

Protokoll der Delegierten-Versammlung der Polizeiange-
gestellten-Verbände der Schweiz, Sonntag den 29. September
1907 im Restaurant „Falken“ in Luzern, behufs Gründung
eines schweizerischen Polizeiangeestellten-Verbandes.

*Die Versammlung wird in Gegenwart von Herrn
Grossrat Scherg, Präsident des beru...
Verbandes eröffnet, welcher die An...
und in kurzen Worten das Zweck...
verkündet.*

100

JAHRE·ANS·ANNI

VSPB · FSFP

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia



Eine Idee feiert Geburtstag

Une idée fête son anniversaire

Un'idea festeggia il compleanno

100 Jahre VSPB • 100 ans FSFP • 100 anni FSFP

100

JAHRE · ANS · ANNI

VSPB · FSFP

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia



Eine Idee feiert Geburtstag

Une idée fête son anniversaire

Un'idea festeggia il compleanno

Version E-book:

Impressum

Herausgegeben vom Verband Schweizerischer
Polizeibeamter VSPB aus Anlass seines
100-jährigen Bestehens

Autor:

Jean-Pierre Monti,
ehemaliger Generalsekretär des VSPB

Gestaltung:

Brunner Medien AG

©VSPB, Mai 2007

Zu beziehen beim VSPB, Villenstrasse 2,

6005 Luzern. mail@vspb.org

www.vspb.org

Impressum

Édité par la Fédération Suisse des Fonctionnaires
de Police FSFP à l'occasion de son centenaire

Auteur:

Jean-Pierre Monti,
ancien secrétaire général de la FSFP

Conception:

Brunner Medien AG

©FSFP, mai 2007

Peut être obtenu auprès de la FSFP, Villenstrasse 2,

6005 Lucerne. mail@fsfp.org

www.vspb.org

Stampa

Edito dalla Federazione Svizzera dei
Funzionari di Polizia FSFP in occasione
del giubileo dei 100 anni dalla fondazione

Autore:

Jean-Pierre Monti,
ex-segretario generale FSFP

Brunner Medien AG

©FSFP, maggio 2007

Ottenibile presso la FSFP, Villenstrasse 2,

6005 Lucerna. mail@fsfp.org

www.fsfp.org

Inhalt

Gründung

Vorwort Micheline Calmy-Rey 7

Vorwort Jean-Pierre Monti 8

Dank 9

Der VSPB entsteht 10

Chronik 1909–2000 13

Chronik 2001–2006 22

Worte der Präsidenten

Jean Chesaux 27

Sergio Crivelli 29

Ernst Berger 32

Daniel Stuby 36

Walter Zraggen 39

Helmut Schmid 43

Heinz Buttauer 48

Zahlen und Namen

Statistik Mitgliederbestand 52

Sektionsbeitritte 54

Organigramm 55

Die Präsidenten im VSPB 56

Gegenwart und Zukunft

Aufbruchstimmung 57

Mitbegründer SPI 62

Berufsanerkennung 65

Zukunft der Ausbildung 68

Verbandspolitische Schwerpunkte . . 71

Und zum Schluss 76

Epilog Heinz Buttauer 77

Sommaire

Fondation

Préface Micheline Calmy-Rey	81
Préambule Jean-Pierre Monti	83
Remerciements	83
La FSFP voit le jour	84
Chronique 1909–2000	87
Chronique 2001– 2006	97

Les présidents s'expriment

Jean Chesaux	103
Sergio Crivelli	105
Ernst Berger	108
Daniel Stuby	112
Walter Zraggen	115
Helmut Schmid	118
Heinz Buttauer	124

Noms et chiffres

Etat des membres	128
Adhésion des sections	130
Organigramme	131
Les présidents de la FSFP	132

Présent et futur

Une fédération en marche	133
Membre fondateur de l'ISP	138
Reconnaissance professionnelle . .	141
Futur et formation	144
Politique fédérative	147
Et pour conclure	152
Epilogue Heinz Buttauer	153

Sommario

La fondazione

Preambolo di Micheline Calmy-Rey	157
Preambolo di Jean-Pierre Monti . .	158
Ringraziamenti	159
La nascita della FSFP	160
La cronaca 1909 – 2000	163
La cronaca 2001 – 2006	173

Parola ai presidenti

Jean Chesaux	178
Sergio Crivelli	180
Ernst Berger	183
Daniel Stuby	187
Walter Zraggen	191
Helmut Schmid	194
Heinz Buttauer	200

Cifre e nomi

Numero dei membri	204
Anni di adesione delle sezioni FSFP	206
Organigramma	207
I presidenti nella FSFP	208

Presente e futuro

Voglia di cambiamento	209
Co-fondatori dell'ISP	214
Il riconoscimento professionale . .	217
Il futuro della formazione	220
Punti fermi della politica federativa	223
E per concludere	228
Epilogo di Heinz Buttauer	229

Vorwort

von *Micheline Calmy-Rey, Bundespräsidentin*

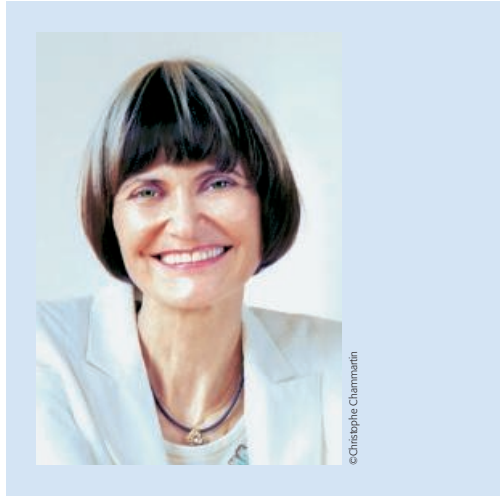
Sichtbar für alle stellt die Polizei im Alltag das Gewaltmonopol des Rechtsstaates dar. Dies ist eine wichtige politische Errungenschaft. Denn wo Anarchie und Selbstjustiz herrschen, kann es keine freie und solidarische Gesellschaft geben. Vom Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat hängt es ab, ob die Polizei als Freund und Helfer oder als furchteinflössende Macht wahrgenommen wird.

Bei Umfragen genießt die Polizei von allen Behörden in der Schweiz das höchste Vertrauen in der Bevölkerung. Man könnte daraus den Schluss ziehen, die Menschen in unserem Land seien besonders obrigkeitsgläubig. Doch das allein wäre keine Vertrauensbasis. Der Grund für das grosse Vertrauen liegt darin, dass die Polizei nicht einfach als Machtinstrument wahrgenommen wird, sondern als Teil des sozialen Lebens.

Dazu trägt bei, dass unser Polizeiwesen föderalistisch organisiert ist und in einer langen Tradition der Bürgernähe steht. Am wichtigsten aber für die Glaubwürdigkeit ist, dass die Polizei sich unzweifelhaft in den Dienst der demokratischen Grundrechte stellt.

Die Polizei ist dem Staat gegenüber zu Loyalität verpflichtet, anders kann sie ihre Aufgabe nicht wahrnehmen. Doch Loyalität ist keine einseitige Verpflichtung. Loyal gegenüber dem Staat kann nur sein, wer die Rechte, die er zu schützen hat, auch selber einfordern kann. Als sich vor hundert Jahren Polizisten in einem Verband organisierten, war das ein selbstbewusster politischer Akt. Die Polizisten taten damit kund, dass sie sich als Arbeitnehmer und Staatsbürger verstanden. Zur Loyalität, die zur Berufspflicht gehört, gesellte sich die Solidarität als Teil des Berufsbildes und des Selbstverständnisses. Die Polizei, organisiert als Berufsverband, ist nicht mehr nur Vollzugsorgan des Staates, sondern auch Sozialpartner, der seine Interessen wahrnimmt, der mitdenkt und am demokratischen Prozess teilnimmt.

Der Unterschied zwischen einem autoritären und einem demokratischen Staat zeigt sich nirgends so deutlich wie an der Rolle der Polizei: Der autoritäre Staat verlangt nur Loyalität und verpflichtet die Polizeiorgane zu blindem Gehorsam. Im demokratischen Staat hingegen besteht die Polizei aus Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können. Das ist ein sicheres Fundament für die Glaubwürdigkeit der Polizei. Der Verband schweizerischer Polizeibeamter hat Wesentliches zur Stärkung dieses Fundamentes beigetragen.



Vorwort

von Jean-Pierre Monti, ehemaliger Generalsekretär des VSPB

Anfangs des letzten Jahrhunderts, als sich Arbeitnehmende verschiedener Berufsgruppen schon längst zur Wahrung ihrer beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen in Verbänden und Gewerkschaften zusammengeschlossen hatten, kam es zur Gründung einzelner Verbände innerhalb schweizerischer Polizeikorps. Dank dem Mut und dem Weitblick aufgeschlossener Polizisten, dem Gebot der Zeit folgend, wurde am 1. Dezember 1907 der Verband Schweizerischer Polizeiangestellter-Vereine gegründet. Es waren vorerst neun Sektionen, die sich dieser schweizerischen Dachorganisation anschlossen. Ab 1940, und bis heute, trägt sie den Namen Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB.

Während im Lauf der letzten Jahre mehrere Sektionen bereits ihr 100-jähriges Bestehen feiern konnten, ist es im Jahr 2007 an der Reihe des VSPB seinen 100-jährigen Geburtstag zu feiern. Jubiläen sind nicht nur Anlass, Erreichtes zu feiern, sondern auch Momente der Besinnung. Sie fordern uns zum Rückblick in die Vergangenheit und zum offenen Ausblick in die Zukunft auf. Es gilt, eine Weile innezuhalten, die Werte zu wägen und sich, im Zeitalter der Globalisierung, neue branchen- und sozialpolitische Ziele zu setzen.

Um die strategische Ausrichtung neuer Ziele festlegen zu können, müssen wir erstmals den Blick in die Vergangenheit richten. Wir verneigen uns vor der Hartnäckigkeit unserer Gründer-Kollegen, die es der schweren Zeit und der harten sozialen Bedrängnis wegen brauchte, um unsere schweizerische Berufsorganisation ins Leben zu rufen. Damals wie heute setzt sich der VSPB dafür ein, die geistigen, beruflichen und gewerkschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu fördern.

Schon früh waren die Gründer des VSPB im Rahmen der Interessenwahrnehmung der Mitglieder bestrebt, durch die Herausgabe 1908 eines dreisprachigen Verbandsorgans, ein wertvolles Bindeglied zwischen den Sektionen herzustellen. Es folgte im Jahr 1909, als Ausdruck der Selbsthilfe und der Solidarität innerhalb des VSPB, die Gründung der Sterbekasse. 1923 wurde der Rechtsschutz eingeführt. Er entwickelte sich als eine der Stützen unseres Verbandes und zu einer Notwendigkeit in unserem immer exponierteren Beruf. Für unverschuldet in Not geratene Kolleginnen und Kollegen wurde 1934 die Unterstützungskasse und 1998 die Darlehenskasse ins Leben gerufen. Als soziale Stützen des VSPB erbringen diese Institutionen jahraus, jahrein ansehnliche finanzielle Hilfeleistungen zu konkurrenzlosen Konditionen, für die wir von andern Verbänden und Gewerkschaften des In- und Auslandes beneidet werden. Alle diese Einrichtungen werden laufend überprüft und situationsgerecht angepasst.

Durch eine ausgedehnte standes- und sozialpolitische Tätigkeit, stete wirkungsvolle Mitarbeit in allen Bereichen der beruflichen Aus- und Weiterbildung und der klaren Haltung unseres Berufsverbandes avancierte der VSPB im Laufe der Jahre bei Politik, Behörden und Verbänden zu einer geachteten und kompetenten Berufsorganisation. Unsere solidarische Verpflichtung zur Idee unseres Verbandes fordert uns auf, das Erreichte zu festigen und zu entwickeln.

Ich möchte dieses Vorwort nicht beenden, ohne einige Gedanken der Besinnung zu haben für alle Polizistinnen und Polizisten, die Opfer unseres mitunter auch gefährvollen Berufs geworden sind. Wir vergessen sie nicht.

Im neuen Jahrtausend und im 2. VSPB-Jahrhundert sind wir bereit, im Dienste unserer Mitglieder dem Verband Schweizerischer Polizeibeamter die Treue zu halten. Er möge im Sinne seiner Gründer geprägt sein von Mut, Weitsicht und Erfolg.

Jean-Pierre Monti



«Damals wie heute setzt sich der VSPB dafür ein, die geistigen, beruflichen und gewerkschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu fördern.»

Dank

Die Recherchen, die Redaktion, die Illustrationen, das Lektorat und die Korrekturen zum Buch «100 Jahre VSPB – Eine Idee feiert Geburtstag» hat weit über ein Jahr in Anspruch genommen. Und es hätte noch weit mehr Zeit beansprucht, hätte ich dieses Werk im Alleingang realisieren müssen.

Meinen allerherzlichsten Dank richte ich an alle Personen, die mich bei der Herstellung des Buches unterstützt haben und viel zum Gelingen dieses Geburtstagsprojekts beigetragen haben.

Mein spezieller Dank geht dabei an die Kollegen der Geschäftsleitung und an den VSPB-Generalsekretär für ihre Bereitschaft, ihre sprachlichen Fähigkeiten in den Dienst dieser Buch-Idee zu stellen.

An Mirjam Meyer-Wölki, welche dank ihrer akademischen Geschichtskennntnisse den Bereich historische Recherchen geleitet hat.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine spannende und aufschlussreiche Lektüre über eine Berufsorganisation, die in den vergangenen 100 Jahren in der Schweiz Geschichte geschrieben hat.

Jean-Pierre Monti, ehemaliger Generalsekretär VSPB und Autor

Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter: eine Personalorganisation entsteht und entwickelt sich

Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter, kurz VSPB, zählt 100 Lenze! Eine beeindruckende Zahl für eine lange Zeit, die schnell durch die Jahrzehnte gezogen ist. Am 29. September 1907 hoben 43 Kollegen den Verband als Personalorganisation der Schweizerischen Polizei aus der Taufe. Den Kollegen der Kantonspolizei Bern, welche bereits am 25. Februar 1900 eine «Vereinigung der Polizeibeamten» gegründet hatten, fällt die Ehre zu, sich als Erste in Richtung Gründung eines schweizerischen Dachverbandes eingesetzt zu haben. Ihr Vorstand lud zu einer Vorbereitungsversammlung im Restaurant «Falken» in Luzern ein. Die anwesenden Kollegen vertraten das Personal von 13 Polizeikorps: Appenzell-Ausserrhodon, Aargau, Basel-Stadt, Bern-Kanton, Bern-Stadt, Graubünden, Neuenburg-Kanton, Luzern-Stadt, St.-Gallen-Kanton, Solothurn-Kanton, Zug-Kanton, Zürich-Kanton und Zürich-Stadt.

Nach einer sehr intensiven Diskussion stimmten die Delegierten folgender Resolution zu: *«Die Delegierten der verschiedenen Polizeiangestelltenvereine der Schweiz, in Verbindung mit einzelnen Polizeiangestellten derjenigen Orte, welche noch keinen Verband besitzen, haben in ihrer Versammlung vom 29. September 1907 im «Falken» Luzern prinzipiell die Gründung eines Verbandes Schweizerischer Polizeiangestellten-Vereine beschlossen. Gleichzeitig erhielt der Polizeimänner-Verein Zürich den Auftrag, Verbandsstatuten auszuarbeiten und eine konstituierende Versammlung einzuberufen.»*

Bereits an dieser Sitzung wurde als wichtige Richtlinie die parteipolitische Unabhängigkeit sowie die konfessionelle Neutralität festgeschrieben. Im Weiteren sollte ein Sekretariat und ein eigenes Verbandsorgan geschaffen werden.

Am 1. Dezember 1907 war es so weit. Im Restaurant «Du Nord» in Zürich versammelten sich 23 Delegierte, die das Personal von 10 Polizeikorps vertraten, insgesamt 916 Polizisten, zur Gründungssitzung des im Jahre 2007 100 Jahre zählenden Dachverbandes der schweizerischen Polizistinnen und Polizisten. Sie beschlossen im Bekenntnis zu den Grundrechten der Demokratie die beruflichen und gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten der Polizisten zu wahren und zu fördern. Die gemeinsamen Interessen und Ideale zu vertreten und zu verfolgen.

Doch, wen vertraten sie überhaupt? Einen Berufsstand, der damals allgemein nicht besonders hoch geachtet war. In einer Zeit, wo sich das bürgerliche Fundament noch als besonders solide und selbstbewusst präsentierte. Wehe dem, der diese kompakte Weltordnung verletzte. Die Ächtung folgte auf dem Fuss. Und sie übertrug sich, wenn auch in leicht gemilderter Form, z. B. als gewisses Misstrauen auf den, der sich mit dem Delinquenten zu befassen hatte: auf den Polizisten. Damals war es nichts Aussergewöhnliches, Polizei als beliebtes Sujet in Witzblättern oder so genannten Lustspielstücken ungestraft und unter anhaltenden Lachsalven auseinanderzunehmen. Und heute? Obschon die Polizei von

Protokoll der Delegierten-Versammlung der Polizeiange-
gestellten-Verbände der Schweiz, Sonntag den 29. September
1907 im Restaurant „Falken“ in Luzern, behufs Gründung
eines schweizerischen Polizeiangeestellten-Verbandes.

Die Versammlung wird vormittags 10 Uhr von Hrn. Grossrat Scherg, Präsident des bereu. kantonalen Polizeiangeestellten-Verbandes eröffnet, welcher die Anwesenden still kommen lässt und in kurzen Worten den Zweck dieses Versammlungszweckes erläutert.

Als Tagespräsident wird vorgeschlagen Herr Grossrat Scherg und Herr Dr. jur. Koll, Rechtskonsulent des Polizeimannes Ferinus Kurich. Der letztere wird mit 22 Stimmen gewählt. Herr Grossrat Scherg erhält 11 Stimmen. Herr Dr. Koll ver dankt der Versammlung die Wahl und das ihm bewiesene Vertrauen und überreicht den Vorsitz.

heute nichts mehr mit dem Polizeimann der Jahrhundertwende ins 20. Jahrhundert gemein hat, ist vieles gleich geblieben. Nur, dass Sarkasmus und Ironie ausgetüftelter und bissiger daherkommen!

Im Allgemeinen hat sich jedoch die Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber Polizistinnen und Polizisten sehr gewandelt. Mag durchaus sein, dass der Wandel der Zeit dazu mitgeholfen hat. Aber weitgehend ist dies ein Verdienst des Verbandes. Von Beginn an war es sein Bestreben, Ansehen und Qualität des Berufsstandes zu heben. Dies gelang ihm, indem er die soziale Lage seiner Mitglieder stets zu verbessern suchte und ihnen damit ein neues Selbstbewusstsein vermittelte. Parallel mit der materiellen Sicherung stieg die Selbstachtung der Polizisten und damit auch die Achtung in der Öffentlichkeit.

Hindernisse fördern den Aufstieg

Wer gedacht hatte, Hindernisse würden den jungen Verband aus der Bahn werfen, musste vom Gegenteil Kenntnis nehmen. Er wuchs und gedieh. Sektion um Sektion trat ihm bei. Der Chronist, der die Geschichte des Verbandes anlässlich seines 25-jährigen Bestehens verfasste, konnte 1933 nicht ohne Stolz feststellen: «Wir können mit Befriedigung sagen, dass wir die hauptsächlichsten Ziele erreicht haben und vor allem das schweizerische Polizeipersonal definitiv und fest in einer unausrottbaren Vereinigung, die auf Gesetzmässigkeit und Gegenseitigkeit aufgebaut ist, vereinigt haben.»

Den Gründern war aber von Anfang an bewusst, dass «wer Rechte fordert auch auf seine Pflichten bedacht sein müsse». Es war klar, dass ein Zusammenschluss zu einer Personalorganisation die unbedingte Solidarität aller voraussetzte. Ein Aufbau auf rein ideeller und geselliger Basis würde nie zu berufsspezifischen und gewerkschaftlichen Ergebnissen führen. Vielerorts empfand man diese klare Voraussetzung als schwer zu erfüllende Pflicht. Nicht überall harmonierten Personal und Vorgesetzte in einer Weise miteinander, als dass sie gemeinsam im gleichen Verband zusammengeschlossen sein wollten. Misstrauen musste zuerst abgebaut und beseitigt werden. Hinzu kamen einzelne sich rivalisierende Polizeikorps, die dem Verbandsvorstand zu schaffen machten. Kantons- und Stadtpolizeien arbeiteten gegen statt miteinander, sogar über Kantonsgrenzen hinweg. Eifer und Idealismus der Gründersektionen fanden nicht überall Unterstützung. Mit der Zeit fiel der positive Geist und sein Elan auf fruchtbaren Boden. Der Aufstieg des Verbandes war eingeleitet und sollte bis zum heutigen Tag anhalten.



*Erster Gönner des Polizeiverbandes
St. Gallen: Leutnant Philipp Hug
(1883–1913)*

*Premier donateur de la fédération
st-galloise: Lieutenant Philipp Hug
(1883–1913)*

*Primo donatore della Federazione
di Polizia S. Gallo: tenente Philipp Hug
(1883–1913)*

Hebung des Ansehens und Solidarität allein aber genügten nicht. Sollte die Philosophie des Verbandes nachhaltig wirken, mussten Leistungen und Erfolge davon zeugen! Soziale Institutionen, wie beispielsweise die Sterbekasse, sollten schon bald nach der Gründung den Solidaritätspakt zwischen Dachverband und Mitgliedern deutlich machen. Was wir heute unter der Bezeichnung «Fürsorgestiftung» kennen, war massgeblicher Impuls zur Festigung der Organisation und zur Förderung des Ansehens der Polizei.

Lehnten anfänglich einige Direktoren und Kommandanten den Aufbau einer Personalorganisation ab und stiessen die Bemühungen des Verbandes zur sozialen Besserstellung der Polizisten auf immer neue Hindernisse, so erwies es sich letztlich, dass jene, deren Widerstand es zu brechen galt, selbst einen nicht unerheblichen Nutzen aus dieser Entwicklung zogen. Es stellte sich heraus, dass der Polizeimann, der zur Jahrhundertwende des 20. Jahrhunderts eher mit Almosen abgespiesen denn nach Verdienst entlohnt war, und nachdem er für seine Rechte und soziale Sicherstellung gekämpft hatte, einen Beruf ausübte, der auch auf allfälligen Nachwuchs über gesteigerte Anforderungen neue Anreize schuf. Diese neue Situation war denn auch mehr Folge als Zielsetzung seines Wirkens.

Chronik 1909 bis 2000

1909

An der Delegiertenversammlung vom 25. April in Bern wird die Gründung einer Sterbekasse beantragt und durch die Urabstimmung mit 800 gegen 181 Stimmen beschlossen. Der Verbandssekretär und Rechtskonsulent Dr. Max Kolb wird mit einer jährlichen Entschädigung von 500 Franken zum Sterbekassenverwalter ernannt.

1911

Eine Eingabe für Abgabe von Militärschuhen an die Polizeiangehörigen wird abschlägig beantwortet, abgelehnt wird auch die Billett-Ermässigung auf den Bundesbahnen. – Die Statuten des Verbandes und der Sterbekasse werden revidiert und gleichzeitig die Entschädigung an den Sterbekassenverwalter/Verbandssekretär erhöht. – Neu wird das System des Leitenden Ausschusses, bestehend aus zwei Mitgliedern und Sekretär, eingeführt und der Zentralvorstand auf sieben Mitglieder erhöht. – An die Polizei-Kommandanten-Konferenz wird ein Begehren zur Schaffung eines schweizerischen Steckbriefregisters eingereicht.

1914

Nachdem schon der Regierungsrat des Kantons Zürich der dortigen Kantonspolizei verboten hatte, dem VSPV beizutreten, billigt auch der Grosse Rat der Waadt einen Entscheid des Polizeidirektors, der den Beitritt seiner Polizei zum VSPV verbot. – Ein stadträtliches Kommissions-Mitglied in Zürich stellt fest, dass die Freizeit der Uniformpolizei dieser Stadt allzu reich bemessen sei.

1917

Die Delegiertenversammlung setzt das Deckungsverfahren bei der Sterbekasse durch. Die Jahresprämie beträgt 22 Franken, wodurch sich die Sterbesumme von 1000 auf 1200 Franken erhöht. – Der um den VSPV sehr verdiente Zentralpräsident unterliegt zusammen mit einem Berner Kollegen der Versuchung des unerlaubten Nachrichtendienstes. Es ist ein schwerer Schlag für die Berufsorganisation, der von Gegnern entsprechend ausgewertet wird. – A. Schoch wird zum neuen Zentralpräsidenten gewählt. – Eingabe an das Eidgenössische Brotamt in Bern, betreffend Einreihung der Polizei in die Rubrik Schwerarbeiter, um erhöhte Brotrationen zu erwirken, wurde abgelehnt. – Vom 15. bis 17. November haben die Kantons- und Stadtpolizei Zürich eine Machtprobe gegen Demonstranten zu bestehen. Ein Polizist wurde dabei getötet und zahlreiche wurden verwundet.

1920

Die Weiterbildung der Polizeiangehörigen wird durch die Verbandszeitung gefördert. – Schaffung eines Verbandsabzeichens. – Hilfsaktion zugunsten der «Wienerkinder». Die schweizerischen Polizeibeamten nahmen an die 600 Kinder österreichischer Polizeibeamter auf, und die diesbezügliche Sammlung nähert sich der 20000-Franken-Grenze. – Dr. Max Kolb wird zum Ehrenmitglied ernannt. Die Sektion La Chaux-de-Fonds übernimmt den Vorort, François Graz wird Zentralpräsident und Redaktor.

1920

1921

Ein leichtes Absinken der Teuerung zieht sofortige Lohnabbaubestrebungen nach sich. Der Verband und seine Sektionen reagierten mit entsprechenden Gegenaktionen analog der anderen Arbeitnehmer-Organisationen. – Die Sektion Bern-Stadt schlägt ein eigentliches Verbands-Arbeitsprogramm vor. Es umfasst Bestrebungen zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen (Besoldung, Arbeits-, Ruhe- und Ferienzeit, Mitspracherecht, Vereinheitlichung der Dienstordnung, Versicherung gegen Krankheit und Unfall, Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung; Pflege der Beziehungen zu ähnlichen Organisationen, Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Organisationen, Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bestrebungen der unselbständig Erwerbenden, Herausgabe einer Zeitung zur Pflege der Kollegialität, zur Besprechung von allgemein organisatorischen und Berufsfragen und zur Aufklärung auf sozialem Gebiet; Pflege der Berufsstatistik; Unterstützung von Mitgliedern, die infolge ihrer Tätigkeit für den Verband in Not geraten sind).

1923

Die Delegiertenversammlung in Basel genehmigt ein Rechtsschutz-Reglement. Die Anwalts- und Gerichtskosten werden auf 60 Prozent begrenzt. Die Gelder der Sterbekasse werden in staatlich garantierten Wertpapieren angelegt.

1926

Nach Vorabstimmungen in den Sektionen wird eine Totalrevision der Verbands-Statuten Tatsache. Angenommen werden: eine Rekursmöglichkeit; die Sektions-Delegiertenzahl an den Verbandskongress; die Entschädigung an die Delegierten und die dreijährige Mandatsdauer der Zentralvorstands-Mitglieder. Verworfen wird ein Antrag auf ständiges Vertreterrecht im Zentralvorstand von Sektionen mit über 300 Mitgliedern. Die Revision der Sterbekassen-Statuten wird auf zwei Jahre verschoben. – Trennung von Verbandssekretariat und Rechtskonsulent. – Grosse Aktivität in den Sektionen und der Verbandspresse hinsichtlich vermehrter Ruhezeit und längerer Ferien.

1930

Die Polizeibeamten setzen sich ein für eine vermehrte Sicherheit des Bürgers, durch Einführung eines Schweizerischen Strafgesetzbuches und durch die Forderung nach einem Waffenverbot. – Der VSPV unterstützt die eidgenössische Vorlage über das Alkoholgesetz. – Der Kongress revidiert die Sterbekassen-Statuten und lehnt die Einführung einer Haftpflichtversicherung ab. – Die Polizeimänner-Chöre der Schweiz vereinbaren auf das kommende Jahr eine erste Tagung in Luzern.

1931

Die Sektionen des VSPV führen Sammlungen zu Gunsten ausgesteuerter, arbeitsloser Familienväter durch. – Erste Bestrebungen für eine Uniform-Reform zeichnen sich ab. – Die Verbandszeitung publiziert ein erster grosser Lehrgang über das «Zeichnen bei Verkehrsunfällen». – Der Verband richtet an die nationalrätliche Kommission eine Eingabe zur Einführung einheitlicher Richtungsanzeiger bei Motorfahrzeugen.

1935

1931



Polizeigarage 1941, Moosbruggerstrasse in St. Gallen

Garage de la police 1941, Moosbruggerstrasse à St-Gall

Garage della Polizia 1941, Moosbruggerstrasse a S. Gallo

Der Verband lehnt den Anschluss an die Internationale Vereinigung der Polizeifunktionäre ab. – Die Polizei setzt sich energisch gegen ein lizenzfreies Waffentragen ein. – Bemühungen um das Weglassen des Revozierens im Fahndungsregister beginnen. – Von welscher Seite wird ein Eidgenössisches Polizeifest geplant.

1938

Der Kongress lehnt einen Antrag auf Auszahlung der Sterbesumme zu Lebzeiten und den Erlass der Beiträge nach einer bestimmten Mitgliedschaftsdauer ab. – Die Revision der Sterbekasse wird statt einer Treuhandgesellschaft jeweils zwei Sektionen übertragen. – Es wird beschlossen, dass bei der ZV-Mitglieder- und Redaktorenwahl auf die verschiedenen Landesteile Rücksicht zu nehmen ist. – Die Vorortsdauer wird von 3 auf 4 Jahre erhöht. – Neuenburg-Kanton wird als neuer Vorort gewählt mit Dr. Max Petitpierre (späterer Bundesrat) als Rechtskonsulenten.

1939

Die Delegiertenversammlung lehnt einen Antrag auf Erhöhung der Sterbesumme auf 1800 Franken ab und verwahrt sich gegen «Darlehens-Inserate» in der Verbandszeitung. Sie beschliesst einen Beitrag an die Soldaten-Weihnacht und diskutiert auf Antrag von Luzern-Stadt über eine Namensänderung des Verbandes in: Verband Schweizerischer Polizeibeamter. – Die Stapo Zürich erhält den ersten Fernschreiber. – Die Polizei-Meisterschaften in Basel werden aufgrund der General-Mobilmachung verschoben.

1940

Der Verband engagiert sich gegen den schleichenden Lohnabbau und für ausgleichende Teuerungs- und Winterzulagen. – Der Kongress beschliesst die Namensänderung in «Verband Schweizerischer Polizeibeamter». – Der Kongress spricht sich einmal mehr gegen die Befreiung des Sterbekassenbeitrages nach 30 Jahren Mitgliedschaft sowie gegen ein neues Verbandsabzeichen und die Erhöhung des Zentralvorstandes von 13 auf 15 Mitglieder aus.

– Ein Schweizerisches Polizeiinstitut wird befürwortet.

1943

Ernsthafte Bemühungen um den Einbau einer Teuerungszulage, denn die Reallohnneinbusen machen sich hart bemerkbar. – Jedes Sprachgebiet erhält die Zusicherung auf Vertretung im Zentralvorstand. – Die Bildung einer Sportkommission wird abgelehnt, die Polizeichefs sind jedoch bezüglich Gestaltung und Termin von Sportanlässen diskussionsbereit. – 2. Polizei-Skimeisterschaften in Grindelwald und 2. Polizeimeisterschaften in Bern. – Das Bedürfnis nach einer Verbands-Krankenkasse und einer Pensions-Zuschusskasse wird vermehrt geäussert.

1947

Die Teuerungszulagen auf Transportentschädigung werden von 20 auf 30 Prozent erhöht. – Der Verband engagiert sich bei der Finanzierung des AHV- Abstimmungskampfes. Die Sterbesumme wird auf 1700 Franken erhöht, die Auszahlung von 1000 Franken nach 35 Jahren und 500 Franken an die Hinterbliebenen wird hingegen abgelehnt. – Der Verband startet eine Hilfsaktion zugunsten ausländischer Berufskollegen und deren Kinder. – Das Polizeibuch «Mein Einsatz – Deine Sicherheit» wird aufgelegt. – Redaktor Leo Klaus, Basel, tritt zurück; Walter Muff, Luzern, wird sein Nachfolger.

1950

Die Sanierung der Sterbekasse wird zum steten Thema. Einem Stillhalteabkommen wird zugestimmt und die Kassenverwaltung der Zürcher Kantonalbank übertragen. – Der Eingabe um Befreiung von der AHV-Abgabe auf der Uniformentschädigung wird entsprochen. – Eingabe an die Polizei-Kommandanten betreffend Austausch von Polizeibeamten. – Die Radiosendung «Polizist Wäckerli» ist sehr erfolgreich. – Die Sektion Lausanne übernimmt den Vorort. – Die Sektion Bern-Kanton feiert ihren 50-jährigen Bestand.

1952

Die Polizeibeamten fordern bessere Anstellungsbedingungen; die Verbandszeitung wehrt sich in dieser Richtung und hinsichtlich Sozialleistungen, insbesondere für die Sektion Obwalden. Die Schaffung eines Literaturpreises im Jubiläumsjahr wird abgelehnt. Das Polizeibegehren betreffend Signal an Polizei-Fahrzeugen wird im neuen Motorfahrzeug-Gesetz berücksichtigt. Die Eingabe über Entlassung aus der Heerespolizei bei Eintritt in das Landwehralter wird verworfen. Der Verbandsbeitrag wird auf 4 Franken erhöht.

1955

Das Polizeiinstitut in Neuenburg erlebt Rekordbesuche. – Die Sektionen Aargau-Kanton und Basel-Stadt feiern ihr goldenes Jubiläum. – Die StaPo Zürich tritt in den Lohnkampf. – Die Bemühungen der Sektion Obwalden zur Verbesserung ihrer Anstellungsbedingungen sind erfolgreich. – Die Schaffung eines ständigen Zentralsekretariates wird abgelehnt. – Das Rechtsschutzreglement wird revidiert. – Die Amtsdauer und die Anzahl der ZV-Mitglieder wird erhöht. – Dr. Fritz Dick wird Chef der Bundespolizei. – Das erfolgreiche Hörspiel «Polizist Wäckerli» wird verfilmt.

1956

Sämtliche im Polizeidienst stehenden Wehrpflichtigen werden vom Militärdienst befreit. – Der Lohnkampf der StaPo Zürich ist erfolgreich. – Das Verbandsarchiv wird geschaffen und ein nebenamtlicher Archivar ernannt. – Die Statuten-Generalrevision wird auf 1958 verschoben. – Der VSPB rüstet sich zur Begehung seines goldenen Jubiläums am Gründungs-ort Luzern. – Der Verband erwirbt eine Polizeimarsch-Komposition von Kollege Emil Würmli, Basel; die Uraufführung erfolgt im Zuge des Jubiläums in Luzern.

1957

Der Polizei eröffnen sich neue Kontrollmöglichkeiten des Verkehrs dank Radar. – Der VSPB feiert sein 50-jähriges Bestehen in Luzern, dem Gründungsort.

1958

Mitte Mai nimmt die Stadt Luzern als erste Schweizer Stadt drei Polizei-Strassenmelder in Betrieb.

1959

Die StaPo Luzern erhält eine neue Alarm-Empfangszentrale. Die Kantons-polizei Schaffhausen führt teilweise die 5-Tage-Woche ein.

1960

Nach nur einem Jahr übergibt Bundesrat Dr. Fritz Wahlen das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement an Herrn Bundesrat Ludwig von Moos, Kanton Obwalden. – Bundesrat von Moos empfängt im Bundeshaus Zentralpräsident Adolf Gege und Redaktor Willi Stierli zu einer längeren Aussprache über Zweck und Ziel sowie Organisation des Verbandes. – Anlässlich des Verbandskongresses in Genf wird einstimmig eine Schweizerische Polizeischule gefordert.

1962

Die Urner Polizei erhält ein modernes Radargerät schweizerischer Fabrikation, welches in der Stunde bis zu 60 Verkehrssünder ermitteln kann. – Das Waadtländer Justiz- und Polizeidepartement ermächtigte die Lausanner Polizeidirektion, gewissen Polizisten die Möglichkeit zu geben, gleich auf dem Platz Bussen zu erteilen. – An der Delegiertenversammlung in Bern wird einer Resolution zugestimmt, welche ein zeitgemässes Mitsprache- und Beschwerderecht für den Polizeibeamten fordert, wie es dem übrigen Personal öffentlicher Verwaltungen zugestanden wird.

1964

Im 18. Jahresbericht teilt das Schweizerische Polizei-Institut in Neuenburg den Beschluss mit, im Jahre 1965 die ersten Grundausbildungskurse für Polizei-Aspiranten zu organisieren. – Der Ruf nach einem beständigen Zentralsekretariat wird wieder laut, dem Antrag jedoch aus finanziellen Gründen nicht entsprochen.

1965

General Motors Suisse SA., Biel, entwickelt in Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Unfallverhütung, den zuständigen Polizeiorganen und zahlreichen weiteren Fachleuten einen mobilen Kinderverkehrsgarten, der allen Verkehrsinstruktoren unentgeltlich für eine

0961

vereinbarte Zeitdauer zur Verfügung gestellt wird. — Die Stadtpolizei Luzern erhält ein neues Kommandopult, welches mit einer neuen Funkanlage, einer Securitonanlage für die einbruch- und feuergesicherten Objekte und einer Kontrolle über die ausgerückten Alarmfahrzeuge sowie mit einer Abfragestation für die Polizeirufsäulen ausgestattet ist.

1966

Die Delegiertenversammlung beschliesst zugunsten der Unterstützungskasse einen Zusatzfranken einzuziehen und den Betrag, rund 10 000 Franken, «Terre des hommes» für die Behandlung von erkrankten Kindern, welche aus Vietnam in die Schweiz verbracht wurden, zur Verfügung zu stellen.

1967

Nach grossem Einsatz kann mit der Unterstützung des Regierungsrates und des Gemeinderates von Neuenburg der Stiftungsrat des SPI am 6.2.1967 die erste Schweizerische Polizeischule gründen.

1969

Die Kantonspolizei Luzern erhält eine neue Besoldung. Der Lohn wird den acht Vergleichskantonen angeglichen und die verschiedenen Realloohnerhöhungen sowie die Teuerungszulagen werden weitgehend in die Besoldung eingebaut. — Der Delegiertenversammlung wird eine Resolution vorgelegt, die sich gegen die allgemeine Verunglimpfung der Polizei und ihre Arbeit durch die Massenmedien ausspricht, welche mit grosser Zustimmung bedacht wird. — Der Stände- und Nationalrat geben grünes Licht zur Schaffung der Interkantonalen Mobilen Polizei (IMP). Nun liegt es an den Kantonen selbst, ob sie sich beteiligen wollen oder nicht.

1971

1971

Der Kauf eines Rekonvaleszentenhauses in einem Kurort wird erneut diskutiert. Die Hilfe an Mitglieder mit rheumatischen Erkrankungen steht dabei im Vordergrund. Die Idee, Ferienwohnungen zu kaufen, wird grossmehrheitlich von den welschen Kollegen befürwortet. Ein mittels Fragebogen durchgeführtes Auswahlverfahren schlägt das Wallis als Region vor.

1975

Die Polizei erhält ihren ersten eigenen Helikopterpiloten, welcher eine grosse Hilfe für die Verkehrsüberwachung und auch für die Kriminalpolizei ist. — Der Leitende Ausschuss wird von Bundesrat Dr. Kurt Furgler empfangen und erhält die Gelegenheit, alle Bedenken und Wünsche zu formulieren: Im Vordergrund steht das Verhältnis zwischen Polizei und Behörden. — Die ersten sechs Absolventen der Schweizerischen Polizeischule (SPS) erhalten ihre Diplome.

1979

Die Unterstützungskasse überweist 15 000 Franken an «Terre des hommes», zur Unterstützung von ausländischen Kindern in der Schweiz. — Die Kantonspolizei Zürich und die BfU organisieren erstmals eine schweizerische Autobahnpolizei-Ausstellung. — Im Zivilschutz-Ausbildungszentrum «Mythen» findet erstmals eine Technische Schule für Polizei-Nachricht-

tenoffiziere des Schweizerischen Polizeiinstitutes statt. – Auf Grund einer Studie werden an der Delegiertenversammlung die Weichen für ein vollamtliches Zentralsekretariat gestellt.

1980

Die Belegung der Ferienwohnungen beträgt über 75 Prozent. – Auf Grund einer Verordnung des EJPD wird ein Versuch über zwei Jahre hinweg gestartet in den Kantonen Baselland, Bern, St. Gallen, Waadt und Zürich sowie auf eigene Kosten und in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit in den Grossstädten Basel, Bern und Zürich, innerorts die Tempolimits 50 km/h zu erlassen. – Die 74. Delegiertenversammlung in Neuenburg bringt mit 64:18 Stimmen die Schaffung eines Zentralsekretariats. – In der Schweiz wird der Verkehrsfunk «Autofahrer-Radio-Informationssystem» (ARI) eingeführt.

1981

Franz Steinegger, Nationalrat, wird einstimmig zum Präsidenten der Sektion Uri-Kanton gewählt. Somit ist der VSPB wiederum im Nationalrat vertreten. – Anlässlich der Abstimmung vom November 1980 ist das Tragen von Sicherheitsgurten obligatorisch geworden wie auch das Tragen von Helmen auf Motorrädern und Kleinmotorrädern. – Redaktor Peter A. Sigron wird an der Delegiertenversammlung zum ersten Zentralsekretär gewählt.

1982

Die Sterbesumme wird auf neu 3000 Franken erhöht, zusätzlich erfolgt für jedes minderjährige Kind neu eine Auszahlung von 600 Franken. – Einem während des Nachhauseweges unverschuldet verunglückten Kameraden wird auf Grund seiner vollständig bleibenden Lähmung ein ausserordentlicher Unterstützungsbeitrag von 15000 Franken zugesprochen. – An der Herbst-Zentralvorstandssitzung in Luzern wird das Zentralsekretariat an der Tribschenstrasse offiziell eröffnet.

1983

Der VSPB-Rechtsschutz wird 60 Jahre alt. – Der Vorstand der Sektion Zürich-Kanton beantragt ein Begehren an den Bundesrat: Für jugoslawische Staatsangehörige die Visumpflicht einzuführen, «um die Welle von kriminellen Elementen jugoslawischer Herkunft» zu brechen. Der Verband richtet ein entsprechendes Schreiben an den Bundesrat. – In Luzern wird die Schweizerische Gesellschaft der Polizeioffiziere (SGPO) gegründet mit dem Ziel, den Erfahrungs- und Gedankenaustausch unter den Polizeioffizieren zu fördern, Lücken im Angebot der beruflichen Weiterbildung und der Information zu schliessen sowie gemeinsame Interessen zu wahren.

1985

Auf vielfachen Wunsch aus der Mitgliedschaft entschliesst sich der Stiftungsrat zur Realisierung des Ferienhauses «Muntschi» im bündnerischen Andeer. – Frau Bundesrätin Dr. Elisabeth Kopp empfängt eine Delegation des VSPB; die Anliegen der Polizei finden ein offenes Ohr. – Die Kommandos der Kantons- und Stadtpolizei Zürich richten ein «Lehrrevier» ein. Diese neue, in der Schweiz erstmals verwirklichte Ausbildungseinrichtung ermöglicht die intensive, praktische und anschauliche Vorbereitung des Polizeinachwuchses auf die Anfor-

0891

derungen des Polizeidienstes, namentlich in den Bereichen Einschreitstil und Taktik.

1986

In einer Urabstimmung sprechen sich die Sektionen des VSPB mit 7505:3429 Stimmen gegen einen Beitritt zur Union Internationale des Syndicats de Police aus. – Die DV wählt Jean-Pierre Monti mit grossem Mehr zum neuen Zentralsekretär.

1987

In Zermatt treffen sich Vertreter des VSPB und der Gewerkschaft der Polizei (GdP/BRD) zur Analyse der UISP-Abstimmung des VSPB und zur Diskussion über das polizeiliche Einsatzmittel: Distanzwaffe «TW73» (Gummigeschosse). – Der VSPB schliesst mit der Krankenkasse ZOKU einen Kollektiv-Vertrag für seine Mitglieder und deren Angehörige ab.

1988

An einer ausserordentlichen ZV-Sitzung in Basel wird dem Präsidenten der Sektion Chur und einer Delegation des Vorstandes rechtliches Gehör eingeräumt, nachdem an der vorhergehenden ordentlichen Zentralvorstandssitzung von 1987 ein Ausschlussverfahren gegen die Sektion Chur aus dem VSPB eingeleitet worden war. Dem Präsidenten wird «Verletzung des gewerkschaftlichen Unabhängigkeitsprinzips», «Falsche Angaben über den Vermögensstand der Sektion», «Undemokratisches Verhalten anlässlich der GV der Sektion in Chur vom 22.6.87» und «Verletzung der Treuepflicht durch eine Strafanzeige gegen eigene Mitglieder» zur Last gelegt. Der Zentralvorstand beschliesst, die Sektion Chur aus dem Verband Schweizer Polizei-Beamter auszuschliessen, und die DV bestätigt diesen Entscheid.

1994

Frau Gisela Hartmann, Zug-Kanton, wird an der DV in Yverdon-les-Bains als erste Frau in den Zentralvorstand gewählt. – Die Regierung Baselland strebt im Rahmen des Projekts «Polizei 2000» das Tragen von Namensschildern seiner uniformierten Polizei an. Zum Schutz seiner Mitglieder äussert sich der Verband ein weiteres Mal negativ zu diesem Ansinnen.

1997

Nach 7-jährigem Ringen wird das Berufsstatut für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte am 11. April von der Konferenz kantonaler Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) einstimmig genehmigt.

1998

In einer Grossreportage «Polizei live» zeigt SF DRS während 18 Stunden den polizeilichen Alltag bei den Polizeibehörden von Stadt und Kanton Zürich und Basel. Als Premiere wird «Polizei live» auch im Internet live übertragen. – Der VSPB tritt der «Union Internationale des Syndicats de Police» (UISP) bei. – Der VSPB organisiert das 2. Forum zum Thema «Innere Sicherheit 2000». Ein international zusammengesetztes Podium mit Referenten aus dem In- und Ausland setzt sich mit diesem aktuellen Thema auseinander.

1999

Im Solothurner Rathaus hält die Schweizerische Vereinigung der Sikripo-Beamtinnen (SVSKPB) eine öffentliche Tagung zum Thema «Häusliche Gewalt» ab, welche mit grossem Interesse auch von Nichtmitgliedern bedacht wird. – Der Zentralvorstand in Interlaken fasst den Beschluss, einen Brief an Bundesrätin Ruth Metzler zu verfassen, um darauf hinzuweisen, dass die Polizei als Teil des öffentlichen Dienstes unbedingt intensiver in den politischen Dialog einbezogen werden muss.

2000

In seinem Bestreben, die internen wie externen Kommunikationsmöglichkeiten entscheidend zu verbessern, startet der VSPB, im zweiten Anlauf, seine Internetpräsenz. Unter www.policiesuisse-vspb.ch betreibt er eine eigene Homepage. – Nach über acht Jahren Rezession, verbunden mit einem Kaufkraftverlust von ca. 15%, fordert der VSPB an der Delegiertenversammlung in Cham eine 4%-Lohnerhöhung und den vollen Teuerungsausgleich für alle Polizeibeschäftigten. – An der Volksabstimmung vom 26. November beschliesst das Schweizervolk, das vom Bundesrat unterbreitete neue Bundespersonalgesetz BPG anzunehmen und gleichzeitig den im Jahre 1927 eingeführten Beamtenstatus abzuschaffen. Im Vorfeld hatte der VSPB zusammen mit andern Verbänden und Gewerkschaften das Referendum gegen das BPG ergriffen. Die ganze Tragweite dieser für den gesamten öffentlichen Dienst bedeutungsvollen Abstimmung wird sich bereits in naher Zukunft entfalten.



Die letzten fünf Jahre: Chronik 2001–2006

2001

- Das Forum «Innere Sicherheit» zum Thema «4 Säulen für die Innere Sicherheit» wird mit namhaften Persönlichkeiten erfolgreich durchgeführt.
- Der Bundesrat wird vom Nationalrat aufgefordert, ein Vernehmlassungsverfahren bezüglich Gewalt in der Ehe und in jeder festen Beziehung zwischen hetero- oder homosexuellen Paaren einzuleiten. Solche Fälle sollen von Amtes wegen und nicht erst auf Antrag hin verfolgt werden.
- Gemäss einer Studie des Magazins «Das Beste» von Reader's Digest bringen 71 Prozent der Schweizer Bevölkerung der Polizei «sehr hohes» bis «ziemlich hohes» Vertrauen entgegen. Damit belegt der Berufsstand des Polizisten und der Polizistin den ersten Rang in der Schweiz.
- Nach beinahe zwanzig Jahren werden die Büroräumlichkeiten des Verbandssekretariats total renoviert.
- Der VSPB befürwortet Änderungen im Militärgesetz und unterstützt so die Bewaffnung von Einheiten, die an Einsätzen zur Friedenserhaltung teilnehmen, wie auch die Ausbildungszusammenarbeit der Schweiz mit anderen Staaten.
- Bei einem Treffen zwischen Verbandspräsident Helmut Schmid, Generalsekretär Jean-Pierre Monti und Bundesrätin Ruth Metzler können folgende fünf Punkte zur Sprache gebracht werden:
 - Überprüfung des Systems Innere Sicherheit der Schweiz (USIS)
 - Schweizerisches Polizei-Institut in Neuenburg (SPI)
 - Die berufliche Anerkennung der Polizistinnen und Polizisten
 - Das Projekt «Train-Street» (Zusammenarbeit Bahnpolizei und Securitas bei Gefangenentransporten)
 - Uran-Munition
- Bei Verhandlungen zwischen Vertretern des Personaldienstes, der Polizei und des VSPB können Reallohnverbesserungen für alle Polizistinnen und Polizisten der Kapo Basel-Stadt erzielt werden.
- Das Bundesprojekt «Überprüfung der Systeme der inneren Sicherheit der Schweiz» (USIS) spricht sich eindeutig für eine absolute Anerkennung des schweizweiten Polizeiberufes aus und steht den Privatisierungstendenzen auf dem polizeilichen Markt kritisch gegenüber.
- Der VSPB verlangt aufgrund der ignorierten Forderung nach einer fünfprozentigen Reallohnerhöhung für Polizistinnen und Polizisten gemeinsam mit anderen Verbänden und Gewerkschaften eine fünfte Ferienwoche.

2002

- Die Schweizerische Bischofskonferenz erhebt an ihrer 253. ordentlichen Sitzung auf Vorschlag der Kantonspolizei Luzern den heiligen Erzengel Michael zum Patron der schweizerischen Polizeibeamtinnen und -beamten. Der heilige Michael ist als Engel ein Bote Gottes, der für das Gute in der Welt eintritt und die Menschen im Auftrag Gottes schützt. Am 11. Mai wird der heilige Michael im Rahmen einer ökumenischen kirchlichen Feier offiziell als Patron eingesetzt.
- In Luzern wird die Gewerkschaft Bahnpolizei Schweiz als 80. Sektion in den VSPB aufgenommen.
- Das Verbandssekretariat bekommt ein neues EDV-System, das die bisherige Infrastruktur effizienter macht.
- Der Zentralvorstand beschliesst, an der Delegiertenversammlung eine Änderung der Verbandsstrukturen zu beantragen. In Zukunft soll der Generalsekretär von zwei Regionalsekretären aus unterschiedlichen Regionen der Schweiz unterstützt werden, welche in erster Linie den Sektionen zur Verfügung stehen. Der Generalsekretär soll damit entlastet werden, um auf den verschiedenen Ebenen dringend notwendiges Lobbying und verstärkt Öffentlichkeitsarbeit betreiben zu können.
- Das Bundesamt für Strassen regelt das Benutzen von fahrzeugähnlichen Geräten wie Inline-Skates oder Trottinetten im Strassenverkehrsrecht neu. Dabei werden die Benutzerinnen und Benutzer von fahrzeugähnlichen Geräten grundsätzlich den Fussgängerinnen und Fussgängern gleichgestellt. Der Bundesrat verankert indessen explizit ein Vortrittsrecht für Fussgängerinnen und Fussgänger in der Verkehrsregelverordnung.
- Am 8. November findet das Forum «Innere Sicherheit» im Verkehrshaus Luzern statt. Dieses Jahr geht es um das Thema «Medien und innere Sicherheit: Eine Paradoxie»
- Der VSPB wehrt sich vehement gegen den Entscheid des Bundesrates, die Armee für Grenzschutz- und Botschaftsbewachungsaufgaben einzusetzen.

2003

- Der VSPB hat die Ehre, den ersten ordentlichen EuroCOP-Kongress nach der Gründung in der Schweiz durchzuführen. Als Austragungsort wird Luzern gewählt. Neben anderen wichtigen Themenkreisen wie Terrorismus und Extremismus ist die Veränderung der Gesellschaft durch die rücksichtslose Anwendung von Gewalt Hauptthema des Kongresses: «Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, Gewalt und Drohung gegen den Rechtsstaat, gegen Staatsanwälte, gegen Zeugen – in einem Wort, gegen Menschen» (Zitat Hermann Lutz, Präsident EuroCOP).
- Resolution des ersten ordentlichen EuroCOP-Kongresses an die Adresse der europäischen und nationalen Politik und Justiz:
 - Gewalt darf für die Polizisten kein Berufsrisiko darstellen.

- Gewalt gegen Polizisten ist ein Angriff auf die Gesellschaft und soll als Ganzes durch ein adäquates öffentliches und politisches Interesse widergespiegelt werden.
- Der Schutz der Polizisten ist wichtig und erfordert festgelegte Vorgehensweisen.
- An der Frühjahrssitzung des Zentralvorstandes geht aus einer Befragung der Sektionen klar hervor, dass die Bedürfnisse an den Dachverband stetig wachsen. Für die Zukunft des Verbandes muss der operative Teil dringend verstärkt werden. Als Lösung steht im Raum, dem Generalsekretär einen Stellvertreter zur Seite zu stellen.
- Am 18. März werden das Prüfungsreglement sowie die entsprechende Wegleitung öffentlich ausgeschrieben. Durch seine Unterschrift anerkennt Bundesrat Joseph Deiss am 7. Mai diese Dokumente und damit den Beruf «Polizist/Polizistin»: ein Meilenstein für den Verband!
- Der Polizeiverband Kanton Bern verfasst ein Merkblatt für Polizistinnen und Polizisten, die Opfer von Gewalt wurden – damit sie auch als solche anerkannt werden.
- Im Verbandsorgan «Police» wird eine detaillierte Stellenbeschreibung zur Neubesetzung der Stelle als Generalsekretär publiziert. Nach 20 Jahren tritt Jean-Pierre Monti an der Delegiertenversammlung 2006 zurück.
- Die Kantonspolizei Luzern feiert ihr 200-jähriges Bestehen. Dabei werden die Abteilungen und ihre Aufgaben vorgestellt.
- Mitte November gibt die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) bekannt, dass künftig die Grundausbildung von Polizistinnen und Polizisten anstatt in den einzelnen Polizeikorps in einigen wenigen regionalen Ausbildungszentren vermittelt werden soll.
- Kurz vor Weihnachten werden erstmals in der Schweiz eidgenössische Fachausweise an frisch vereidigte Polizisten und Polizistinnen überreicht.

2004

- Anlässlich einer Klausursitzung entscheidet die Geschäftsleitung, mit Max Hofmann als neuem Generalsekretär in die Zukunft zu gehen.
- Frau Regierungsrätin Karin Keller-Sutter wird vom Stiftungsrat des Schweizerischen Polizeiinstituts SPI zur neuen Präsidentin gewählt. Unter ihrer Leitung wird die vakante Stelle des SPI-Direktors neu ausgeschrieben. Anlässlich einer ausserordentlichen Stiftungsrats-sitzung wird Peter-Martin Meier, erfahrener Polizei-offizier und Chef der Einsatz- und Verkehrs-polizei bei der Kantonspolizei St. Gallen, zum neuen Direktor des Schweizerischen Polizeiinstituts gewählt.
- Die Paritätische Kommission des VSPB legt die Aufgaben und das Reglement der Prüfungsexperten fest, um ein einheitliches Vorgehen sicherzustellen.

- Das Verbandsorgan «Police» wird vom Verband SCHWEIZER PRESSE für das Jahr 2004 mit dem Gütesiegel «Q-Publikation» ausgezeichnet.
- Der VSPB wehrt sich in einer Medienmitteilung gegen den unseligen Entscheid des Berner Stadtrates, dass Polizistinnen und Polizisten Namensschilder tragen müssen. Er bringt diesen Entscheid auch beim europäischen Polizeiverband EuroCOP zur Sprache.
- Am 5. November findet in Luzern erneut das Forum «Innere Sicherheit» statt. Dieses Jahr steht das Thema «EU-Osterweiterung: Migrationsströme – Risiko für die innere Sicherheit?» zur Diskussion.
- Der Verband der Kantonspolizei Aargau feiert sein 100-jähriges Bestehen.
- Heinz Buttauer wird an der Delegiertenversammlung in Zürich zum neuen Präsidenten gewählt und tritt die Nachfolge von Helmut Schmid an.
- Der Stiftungsrat der Sterbekasse beschliesst auf Anregung verschiedener Sektionen die Erhöhung der Sterbesumme um Fr. 1000.–.
- Der Bündner Polizeibeamten-Verband lädt aus Anlass seines 100-jährigen Bestehens den Zentralvorstand zur ordentlichen Herbstsitzung ins Engadin ein.
- Am Parlamentarier-Treffen während der Herbstsession stehen folgende Themen zur Diskussion:
 - Gründung einer «Kerngruppe Polizei», bestehend aus VSPB-Vertretern sowie National- und Ständeräten
 - Bahnpolizei
 - Subsidiäre Einsätze durch die Armee

2005

- Das Verbandssekretariat bezieht sein neues Domizil an der Villenstrasse 2 in Luzern. Die Liegenschaft gehört der Stiftung VSPBH, der Verband zahlt einen Mietzins für die Nutzung der Büroräumlichkeiten an die Stiftung. Das neue Haus der Polizei ist zu Fuss wie mit dem Bus vom Bahnhof sehr schnell erreichbar.
- Am 18. November führt der VSPB sein Forum «Innere Sicherheit» zum Thema «Kann DNA ein wirkungsvolles Präventions- und Verbrechensbekämpfungsmittel sein?» durch. Aus Anlass des 50-jährigen Bestehens des Präventionsbüros der Stadtpolizei Zürich wird das Marriott Hotel in Zürich als Austragungsort gewählt und nicht wie bis anhin das Verkehrshaus in Luzern.
- Der VSPB freut sich über das Ja der Schweizer Bevölkerung in der Abstimmung über Schengen/Dublin. Dank dem Zugang zur europäischen Fingerabdruckdatenbank Eurodac können Zweit-Asylgesuche aus der EU effizienter erkannt und abgewiesen werden. Der Anschluss an das grenzüberschreitende polizeiliche Fahndungsmittel SIS legt die Basis,

das Sicherheitsniveau in der Schweiz auszubauen. Die Zustimmung wird vom Verband auch als Anerkennung der Bevölkerung für die Arbeit der Polizei gewertet.

- Der Bundesrat lädt den VSPB zur Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Gewaltpropaganda und Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen ein – im Hinblick auf die im Jahre 2008 in der Schweiz und in Österreich stattfindende Fussball-Europameisterschaft ein wichtiges Thema. Die aus dieser Vernehmlassung resultierenden beabsichtigten Massnahmen seitens des Bundes tragen den Vorschlägen des VSPB grösstenteils Rechnung.
- Am jährlichen Parlamentariertreffen werden folgende Themen behandelt:
 - Bahnreform II: Bundesgesetz über den Sicherheitsdienst der Transportunternehmen
 - Auslandseinsätze der Polizei innerhalb der Organisation CIVPOL
 - Gegenentwurf zur Schweizerischen Strafprozessordnung StPO

2006

- In einer Medieninformation zeigt sich der VSPB äusserst besorgt über die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Er stellt einmal mehr die Sparpolitik zu Lasten der Sicherheit an den Pranger.
- Nach Ausschreitungen im Anschluss an das Fussball-Meisterschaftsspiel Basel gegen Zürich bezieht der VSPB Stellung: Er verurteilt gewalttätiges Auftreten der Hooligans und fordert bessere Massnahmen. Mit Nachdruck fordert er die Politik auf, schnellstens die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung des Hooliganismus zu erstellen.
- Jean-Pierre Monti tritt nach 20 Jahren Tätigkeit als Generalsekretär von seinem Amt zurück.
- Der Schweizerische Polizeibeamtenverband kann sich über grünes Licht betreffend neuer Dienstmunition (Munition mit kontrollierten Deformationsgeschossen) freuen.
- Die Polizeischule Ostschweiz in Amriswil startet am 2. Oktober ihren ersten Ausbildungslehrgang mit 91 angehenden Polizistinnen und Polizisten.
- Am 17. November führt der VSPB zum neunten Mal das Forum «Innere Sicherheit» im Stade de Suisse, Bern durch. Dieses Jahr dreht sich alles um das Thema «Hooliganismus – Extremismus».
- An der 88. Delegiertenversammlung in Genf wird Johanna Bundi von der Bundeskriminalpolizei als erste Frau in die Geschäftsleitung gewählt.

«Die Möglichkeit zu verstärkter Zusammenarbeit war ein Erfolg für die damalige Zeit»

Gespräch mit Jean Chesaux

In welchem Jahr sind Sie der Polizei beigetreten? Was waren Ihre Beweggründe, sich diesem Beruf zuzuwenden? In welcher Funktion waren Sie tätig?

Per 1. Mai 1948 trat ich in Bex VD dem Polizeikorps als Polizist bei. 1954 wurde ich in diesem Korps zum Kommissär befördert. Nachdem ich meine Kindheit in schwierigen Familienverhältnissen verbracht hatte, war es mir ein Bedürfnis, mich für schwächere und ärmere Menschen einzusetzen. Neben meinem Beruf als Polizist war ich in über 25 Vereinen tätig. In 20 davon bin ich heute Ehrenpräsident.

Wann wurden Sie Mitglied des VSPB?

Ende 1948 oder Anfang 1949.

Zu welchem Zeitpunkt begann Ihr Engagement für den Verband innerhalb Ihrer Sektion? Gab es ein einschneidendes Ereignis, welches Sie veranlasste, sich für Ihren Beruf einzusetzen, oder welches waren Ihre Beweggründe? Bitte skizzieren Sie uns einen kurzen Werdegang Ihrer verbandspolitischen Laufbahn bis zur Präsidentschaft VSPB.

Ende 1954, mit der Gründung der Sektion Plaine-du-Rhône, welche einigen Dutzend Waliser Kollegen von Gemeindepolizeien die Möglichkeit boten, dem VSPB beizutreten. Von 1962–1966 war ich Mitglied des Zentralvorstandes. Mein Präsidium dauerte von 1974–1978. Weil keine Anwärter für das Amt gefunden werden konnten, war ich von 1978–1982 VSPB-Vizepräsident.

1967 setzte ich mich entschieden für die Gründung einer Gesamtpolizeischule für Waadtländer Gemeindepolizisten ein, welche übrigens noch heute existiert. Im gleichen Jahr konnten die ersten Fachausweise auf kantonaler Ebene abgegeben werden.

Wer waren Ihre Mitstreiter während Ihrer Präsidentschaft des VSPB?

Der Vorort La Côte setzte sich wie folgt zusammen:

- Präsident: Jean Chesaux
- Sekretär: François Tharin
- Kassier: Marc Jotterand
- Rechtskonsulent: Maurice Adler

In den ersten Jahrzehnten der Verbandsgeschichte wurde nach dem Vorortsprinzip gearbeitet. War dieses in Ihren Augen für die Ausübung des Präsidentenamtes förderlich oder eher hinderlich? Bitte begründen Sie Ihre Stellungnahme.

Das Vorortsprinzip war meiner Meinung nach ungeeignet. Gepaart mit dem Polizeiberuf, war die Belastung zu gross.



*Jean Chesaux,
Sektion La Côte VD,
Verbandspräsident
1974–1978*

Welches waren die vorherrschenden gewerkschaftlichen Brennpunkte während Ihrer Amtszeit?

Vereinheitlichte Ausbildung, berufliche Anerkennung, Löhne.

Während meines Mandats als Vizepräsident war ich Mitglied der Kommission zur Gründung eines Zentralsekretariates, mit all den möglichen Konsequenzen. Vor allem aber mit der Überzeugung, der VSPB würde daraus einen grossen Nutzen ziehen.

Wie intensiv gestaltete sich die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften im eigenen Land wie auch mit dem Ausland?

Sie waren eher freundschaftlicher Natur. Es gab gegenseitige Besuche anlässlich von Kongressen und Delegiertenversammlungen, jedoch keine eigentlichen gewerkschaftlichen Verbindungen.

Die Arbeit der Polizei ändert sich fortwährend und muss oftmals innerhalb kurzer Zeit auf neue Situationen eingestellt werden. Wie beurteilen Sie persönlich die Ausbildung und das Weiterbildungsangebot der Polizei während Ihrer Laufbahn, insbesondere während Ihrer Präsidentschaft?

Es war von Anfang an ein Anliegen die Aus- und Weiterbildung zu fördern und stets im Respekt gegenüber den andern Mitgliedern zu agieren.

Hatten Sie bereits Frauen im Polizeidienst? Wie sehen Sie die Arbeit der Frau als Polizistin? Hat dieses Thema den Verband stark beschäftigt?

Diese Frage kann ich ohne weiteres mit einem Ja beantworten. Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass die damals bei der Polizei beschäftigten Frauen hauptsächlich mit administrativen Aufgaben betraut waren.

Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit Bund und Behörden als Präsident des VSPB erlebt? Wurde der Verband als Ansprechpartner für polizeiliche Probleme und Herausforderungen wahrgenommen?

Zu diesem Thema bleiben mir die Treffen mit Herrn Bundesrat Kurt Furgler in bester Erinnerung. Es ergaben sich dabei die Möglichkeiten mit ihm in erster Linie über Themenkreise wie Ausbildung, einheitliche Bewaffnung, Teilnahme an Vernehmlassungsverfahren und Informationsaustausch zu diskutieren.

Seit längerer Zeit ist das Verhältnis zwischen der Armee und der Polizei immer wieder ein brisantes und intensiv diskutiertes Thema: wie gestaltete sich das Verhältnis während Ihrer Amtszeit? Gab es bereits Anlässe und Gelegenheiten, bei welchen die Armee polizeihöheitliche Aufgaben übernommen hatte? War die Aufgabenwahrnehmung zwischen Armee und Polizei klar, oder gab es Berührungspunkte, welche sich schwierig gestalteten?

Zu einer Zeit war dieses Thema kaum aktuell. Allfällige Diskussionen fanden hauptsächlich auf Kantonebene statt.

In den Jahren Ihrer Präsidentschaft, welches Ereignis hat Sie am meisten beschäftigt, am tiefsten berührt? War es ein Erfolg oder gar ein Misserfolg?

Was mich damals am meisten bewegte, war die Möglichkeit, die sich abzeichnete, eine verstärkte gemeine Zusammenarbeit zu erreichen. Ich taxiere diesen Umstand als einen Erfolg für die damalige Zeit.

Können Sie uns von Geschehnissen und politischen wie auch gesellschaftlichen Entwicklungen während Ihrer Amtszeit erzählen, welche den VSPB wie die gesamte Polizeiarbeit direkt betrafen?

Verbandspolitisch möchte ich an dieser Stelle unterstreichen, dass die Arbeit, wie sie sich gezwungenermassen durch das Vorortsprinzip gestaltete, zu viel war. Pro Jahr waren insgesamt ca. 200 Sitzungen.

Nach Ihrem Rücktritt vom Amt des Präsidenten, wie gestaltete sich Ihr Interesse am Verband? Verfolgen Sie auch heute noch die Arbeit des VSPB? Pflegen Sie noch Kontakte zu Mitgliedern des Verbandes? Bitte beurteilen Sie für uns die Entwicklung des VSPB: bewerten Sie sie als positiv oder negativ?

Heute noch verfolge ich mit Interesse die verbandspolitische Arbeit des VSPB, meiner eigenen Sektion sowie derjenigen der Plaine-du-Rhône, deren Gründer und erster Präsident ich war.

Dürfen wir Sie um eine kurze persönliche Bilanz Ihrer Präsidentschaft bitten.

Dank meiner Position, d.h. Mitglied des ZV, Mitglied des LA und schliesslich Präsident und Vizepräsident, ist es mir gelungen, zusammen mit andern guten Geistern, einiges auf den Weg zu bringen. Beispielsweise die Gründung der Polizeischule für Gemeindepolizisten des Kantons Waadt, die Gründung der UPRO, heute USPRO, und die Konsolidierung der sportlichen Tätigkeit im Polizeiwesen.

«Der Polizeiberuf ist ein schöner Beruf. Aber es läuft nicht immer alles glatt»

Gespräch mit Sergio Crivelli

Wann sind Sie zur Polizei gegangen? Warum haben Sie diesen Berufsweg eingeschlagen? Welche Funktion hatten Sie inne?

Im Februar 1944 besuchte ich in Freiburg die Rekrutenschule als Funker der Infanterie. Im November absolvierte ich die Heerespolizeiausbildung in Thun und ab Dezember 1944 leistete ich aktiven Dienst an verschiedenen Schweizer Orten, bis ich schliesslich in Chiasso landete. Im November 1945 ging ich zur Tessiner Kantonspolizei.

Grund: Zu jener Zeit gab es wenig andere sichere Arbeitsplätze. Meine Erfahrungen bei der Militärpolizei haben mir die Wahl erleichtert.

Wann sind Sie Mitglied des VSPB geworden?

1957 trat ich dem VSPB Tessin bei. In unserem Kanton gab es drei Polizeibeamtenverbände. Der offizielle, der VSPB, existierte



*Sergio Crivelli,
Sektion Tessin-
Kanton,
Verbandspräsident
1978–1982*

bereits seit 1915, ein zweiter Verband gehörte der christlich-sozialen Gewerkschaft an und der dritte dem VPOD, war sozialdemokratischer Natur.

Wann haben Sie begonnen, sich in Ihrer Sektion für den Verband zu engagieren? Erinnern Sie sich an ein konkretes Ereignis, das Sie bewogen hat, sich fortan für die Interessen Ihres Berufs einzusetzen, oder waren es andere Gründe? Können Sie Ihre Laufbahn beim VSPB kurz skizzieren?

Für mich war die Funktion eines Polizisten zu wichtig, als dass ich einem Parteiverband beitreten wollte. Der VSPB garantierte mir die grösste Freiheit, da er politisch unabhängig ist. Einige Jahre später trat ich dem kantonalen Vorstand unseres Verbandes als Mitglied bei, später wurde ich Präsident. Ich habe meinen Kanton im Zentralvorstand des VSPB vertreten, bevor ich 1978 an der Jahresversammlung im Lugano zum Präsidenten gewählt wurde.

Wer waren Ihre Mitstreiter während Ihrer Präsidentschaft des VSPB?

Sergio Crivelli: Präsident

Aldo Zanetti: Sekretär

Agostino Bertogliati: Kassier

Mario Molo: Rechtsberater

In den ersten Jahrzehnten der Verbandsgeschichte wurde nach dem Vorortsprinzip gearbeitet. War dieses in Ihren Augen für die Ausübung des Präsidentenamtes förderlich oder eher hinderlich? Bitte begründen Sie Ihre Stellungnahme.

Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Verbands hatte die Tessiner Sektion die Leitung des Vororts. In diesen vier Jahren bestand genug Möglichkeit, diese Führungsart zu erproben, die einerseits sympathisch und vielleicht auch menschlicher war, andererseits aber aufzeigte, dass Amateure am Werk waren. Präsident, Sekretär und Kassier waren alles Kollegen, die sich in der Freizeit für den Verband einsetzten und in erster Linie Polizisten waren. Wenige, um nicht zu sagen keiner, hatte Führungserfahrung im administrativen oder gewerkschaftlichen Bereich. Der VSPB wurde indessen immer stärker. Es gab immer mehr Mitglieder und damit auch mehr Führungsprobleme, sowohl auf finanzieller, gewerkschaftlicher als auch administrativer Seite. Deshalb drängte sich während meiner vierjährigen Amtszeit die Suche nach etwas Neuem auf. Nach langen Diskussionen wurde der Vorschlag, ein ständiges Zentralsekretariat zu bilden, vom Zentralvorstand akzeptiert und – was selten der Fall war – zur Urabstimmung vorgelegt. Nachdem der Antrag angenommen war, wurde das ständige Zentralsekretariat 1982 nach Ablauf unseres Mandates als leitender Ausschuss Realität und Peter A. Sigron zum ersten Zentralsekretär gewählt.

Welches waren die vorherrschenden gewerkschaftlichen Brennpunkte während Ihrer Amtszeit?

Der Vorort hatte kaum Einfluss auf Entscheidungen ausserhalb seines Zugehörigkeitskantons. Die einzelnen Sektionen hatten, vor allem in Gewerkschaftsfragen, wenig zu sagen.

Wie intensiv gestaltete sich die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften im eigenen Land wie auch mit dem Ausland?

An unsere Jahresversammlungen wurden Vertreter der verschiedenen ausländischen Verbände eingeladen, aber mehr aus Sympathie als aus anderen Gründen. Der Beitritt zur

UISP (Union Internationale Syndicats de Police) war symbolisch und ging nicht über den Beobachterstatus hinaus. Innerhalb des Vororts gab es – und das noch sehr lange – Uneinigkeiten. Einige waren der Meinung, die UISP sei eine linke Gewerkschaft und daher nicht unserer Mentalität entsprechend. Es gab viele und schwierige Diskussionen deshalb. Schliesslich, und das war mir eine grosse Freude, konnte ich 1998 lesen, dass wir uns definitiv der UISP angeschlossen hatten.

Die Arbeit der Polizei ändert sich fortwährend und muss oftmals innerhalb kurzer Zeit auf neue Situationen eingestellt werden. Wie beurteilen Sie persönlich die Ausbildung und das Weiterbildungsangebot der Polizei während Ihrer Laufbahn, insbesondere während Ihrer Präsidentschaft?

Der Polizeiberuf ist ein schöner Beruf. Aber es läuft nicht immer alles glatt. Manchmal müssen unvermittelt wichtige Entscheidungen getroffen werden. Deshalb braucht es viel Verantwortungsgefühl. Die Ausbildung ist sehr wichtig und wird ständig verbessert. Viel Wert wird auf eine gute psychologische Vorbereitung gelegt. Die entsprechenden Kurse werden ständig aktualisiert und intensiviert.

Hatten Sie bereits Frauen im Polizeidienst? Wie sehen Sie die Arbeit der Frau als Polizistin? Hat dieses Thema den Verband stark beschäftigt?

1945 waren noch keine Frauen zugelassen. Sie konnten höchstens als Sekretärinnen mit zivilen Aufgaben angestellt werden, keinesfalls aber als Polizistinnen. Mit der Zeit wurde auch das zarte Geschlecht aufgenommen, misstrauisch beobachtet von den männlichen Kollegen, die es aber schliesslich geschluckt haben. Ich persönlich freue mich über die vollwertige Aufnahme der Frauen und verstehe nicht, weshalb es auch heute noch einen Verband nur für Polizistinnen gibt. Einheit macht stark. Während meines Präsidiums war das kein Thema, es war uns fremd.

Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit Bund und Behörden als Präsident des VSPB erlebt? Wurde der Verband als Ansprechpartner für polizeiliche Probleme und Herausforderungen wahrgenommen?

Während meines Präsidiums hatten wir mit dem Schweizerischen Polizeiinstitut in Neuenburg am meisten Kontakt. Der Anfang war harzig, besserte sich aber mit der Zeit zusehends. Auch seitens der Behörden bestand zu Beginn wenig Interesse, doch nahm die Akzeptanz laufend zu. Das permanente Zentralsekretariat hat diesbezüglich mehr Zeit, die Beziehung aufzubauen.

Seit längerer Zeit ist das Verhältnis zwischen der Armee und der Polizei immer wieder ein brisantes und intensiv diskutiertes Thema: wie gestaltete sich das Verhältnis während Ihrer Amtszeit? Gab es bereits Anlässe und Gelegenheiten, bei welchen die Armee polizeiliche Aufgaben übernommen hatte? War die Aufgabenwahrnehmung zwischen Armee und Polizei klar, oder gab es Berührungspunkte, welche sich schwierig gestalteten?

Dank der Tatsache, dass ich von der Militärpolizei zur Kantonspolizei kam, kannte ich beide Aufgabenbereiche und wusste sie zu schätzen. Auf der anderen Seite bin ich dagegen, dass der Armee Polizeiaufgaben übertragen werden. Man wird erst nach Jahren der Erfahrung ein guter Polizist und diese fehlt den Soldaten.

In den Jahren Ihrer Präsidentschaft, welches Ereignis hat Sie am meisten beschäftigt, am tiefsten berührt? War es ein Erfolg oder gar ein Misserfolg?

Einer der bewegendsten Momente war meine Teilnahme im Kommando des Tessiner Kontingents beim Ordnungsdienst gegen das Atomkraftwerk Gösgen. Es war das erste Mal, dass das Tessin eine Aufgabe ausserhalb des Kantons wahrnahm. Der Einsatz war rundum positiv, vor allem weil wir lernten, wie unsere Kollegen der anderen Kantone ihre Einsätze führten, und weil wir viele Kontakte knüpfen konnten.

Können Sie uns von Geschehnissen und politischen wie auch gesellschaftlichen Entwicklungen während Ihrer Amtszeit erzählen, welche den VSPB wie die gesamte Polizeiarbeit direkt betrafen?

Da gibt es praktisch nichts zu sagen.

Nach Ihrem Rücktritt vom Amt des Präsidenten, wie gestaltete sich Ihr Interesse am Verband? Verfolgen Sie auch heute noch die Arbeit des VSPB? Pfliegen Sie noch Kontakte zu Mitgliedern des Verbandes?

Bitte beurteilen Sie für uns die Entwicklung des VSPB: bewerten Sie sie als positiv oder negativ?

Nach dem Präsidium habe ich mich weiterhin für den Verband eingesetzt, auch nach der Pensionierung und immer im Rahmen meiner Möglichkeiten.

Dürfen wir Sie um eine kurze persönliche Bilanz Ihrer Präsidentschaft bitten.

Meine Mitgliedschaft beim VSPB war eine gute Sache. Der Verband hat viele Fortschritte gemacht.

«...er hat das nicht goutiert und bezeichnete mich als Sozialrevolutionär»

Gespräch mit Ernst Berger

In welchem Jahr sind Sie der Polizei beigetreten? Was waren Ihre Beweggründe, sich diesem Beruf zuzuwenden? In welcher Funktion waren Sie tätig?

Ich bin 1957 als 24-Jähriger Bürger von Wattenwil BE als Ernst Berger-Guggisberg, geb. 26.2.1933 in Teterow (Mecklenburg DE), nach Absolvierung der Polizei-Rekrutenschule in Basel der Kantonspolizei Basel-Stadt beigetreten.

Mit Beginn der RS wurde ich durch den Kdt Dr. Otto Altenbach zum Klassenchef nominiert, da ich im Alphabet der Erste am «linken Flügel» war.

Zur Polizei zog es mich, weil ich als Junge den Zweiten Weltkrieg hautnah zu spüren bekam und damit von einem Durchsetzungs- und Rechtsempfinden entsprechend geprägt wurde. Zuvor war ich in Solothurn bei den PTT – also dem Bund – angestellt, wo ich auch meine Frau Trudy Guggisberg kennen lernte.

Bei der Polizei durchlief ich vom Polizeimann – über Gfr – Kpl – Wm diverse Stationen, entwickelte und führte auf Ersuchen von Kdt Dr. Markus Mohler 1980 bis 1988 als Kommissär den Bereitschaftszug und war als Oblt bis 1993 Chef des Fahndungsdienstes.

Wann wurden Sie Mitglied des VSPB?

Mit dem Beitritt zur Kapo BS bin ich dem VSPB (Sektion Basel-Stadt) beigetreten.

Zu welchem Zeitpunkt begann Ihr Engagement für den Verband innerhalb Ihrer Sektion? Gab es ein einschneidendes Ereignis, welches Sie veranlasste, sich für Ihren Beruf einzusetzen, oder welches waren Ihre Beweggründe? Bitte skizzieren Sie uns einen kurzen Werdegang ihrer verbandspolitischen Laufbahn bis zur Präsidentschaft VSPB.

1969 wurde ich in der Sektion Basel-Stadt Erster Vizepräsident (Geschäftsführer) und Dr. iur. Peter Meyer (unser späterer zentraler RK) Präsident. Damit löste ich Charles Bula ab, der von 1966–1970 Zentralpräsident des VSPB war. Danach wurde ich in den Zentralvorstand des VSPB gewählt.

1972 übernahm ich von Dr. Peter Meyer das Präsidium der Sektion Basel-Stadt, das ich 1982 nach 13-jähriger Sektionsführung beendete.

Wer waren Ihre Mitstreiter während Ihrer Präsidentschaft des VSPB?

Während meiner Präsidentschaft des VSPB von 1982–1988 waren meine besten Mitstreiter: Dr. iur. Peter Meyer (Rechtskonsulent), Peter A. Sigron (Urheber des Zentralsekretariats), Jean-Pierre Monti (Zentralsekretär), Jean-Pierre Hegel, Lausanne, Daniel Stuby, Genf, und Heiri Häfeli, Schaffhausen. Wir bildeten damals den Leitenden Ausschuss des VSPB.

In den ersten Jahrzehnten der Verbandsgeschichte wurde nach dem Vorortsprinzip gearbeitet. War dieses in Ihren Augen für die Ausübung des Präsidentenamtes förderlich oder eher hinderlich? Bitte begründen Sie Ihre Stellungnahme.

Das ehemals angewandte Vorortsprinzip war zu jener Zeit der damaligen Verbandsstruktur absolut angebracht – auch wenn sich alle 4 Jahre der Ort geographisch verschoben hat. Mit der Schaffung des Zentralsekretariats hatte sich die Situation positiv verändert. Der eigentliche administrative-organisatorische Ort liegt in der Zentralschweiz, also in Luzern, und die verbandsgewerkschaftliche Führung liegt in der Geschäftsleitung (früher Leitender Ausschuss). Die so genannten «Verschiebeprobleme» während des Vorortsprinzips sind deshalb obsolet.

Welches waren die vorherrschenden gewerkschaftlichen Brennpunkte während Ihrer Amtszeit?

Meine sechs Jahre als Zentralpräsident waren geprägt durch sozial-gewerkschaftliche Gedanken, die ich schon im Zentralvorstand (Kommission Berger) zum Ausdruck gebracht hatte. Darin enthalten: Das Berufsstatut mit einheitlicher Ausbildung, Bewaffnung, Uniformierung mit Kantonseblem als Kennzeichen; die Arbeitszeit und Personal- sowie Lohnfragen und auch ein einheitliches Pensionierungsalter. Oberst Ernest Schmid, Kdt Kapo Wallis,



*Ernst Berger,
Sektion Basel-Stadt,
Verbandspräsident
1982–1988*

hat das nicht goutiert und bezeichnete mich als Sozialrevolutionär. Frau Bundesrätin Elisabeth Kopp hat dies alles als sinnvoll betrachtet, gab mir aber klar zu verstehen, dass auch der Zentralpräsident des VSPB den Kantönligeist nicht wird brechen können. Als ZV-Mitglied hatte ich bereits am 8. März 1977 mit dem Generalsekretär des EJPD, Dr. Riesen, in Basel ein Gespräch unter anderem bezüglich des Polizeistatuts. Dr. Riesen betrachtete unsere Gedanken als realistisch und wollte uns helfen. Während meiner Tätigkeit im VSPB entwickelte sich alles andere als ein «lethargischer Dornröschenschlaf».

Wie intensiv gestaltete sich die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften im eigenen Land wie auch mit dem Ausland?

Gewerkschaftlich waren wir schon längst nach der Ideologie des VSPB tätig. Unsere 26 Kantone sind souverän und ihnen obliegt nach wie vor die Polizeihochheit. Ergo liegt in erster Linie die Aufgabe bei der jeweiligen Sektion, die sozial-wirtschaftlichen Probleme verbandsstrategisch im Sinne der sozial-rechtlichen Möglichkeiten anzugehen.

Wir hatten mit dem SGB diesbezüglich Kontakte aufgenommen. Ich stellte aber schnell fest, dass wir sozusagen das fünfte Rad am Wagen und damit für uns die Kosten zu hoch bzw. die Erfolgsaussichten zu gering gewesen wären.

In Basel hatte ich 1969 mit der deutschen Gewerkschaft der Polizei GdP intensive grenzüberschreitende Kontakte aufgebaut.

Die Arbeit der Polizei ändert sich fortwährend und muss oftmals innerhalb kurzer Zeit auf neue Situationen eingestellt werden. Wie beurteilen Sie persönlich die Ausbildung und das Weiterbildungsangebot der Polizei während Ihrer Laufbahn, insbesondere während Ihrer Präsidentschaft?

Wir hatten schon während meiner Zeit als ZV-Mitglied in der «Kommission Berger» darüber debattiert. Später als Zentralpräsident wegen des stets steigenden polizeiberuflichen Anforderungsprofils wurde auch Frau Bundesrätin Kopp damit konfrontiert.

Unsere damaligen Zielsetzungen sind heute bezüglich der Aus- und Weiterbildung teilweise durch interkantonal-regionale Institutionen übernommen worden.

Beispielsweise lässt man hier die Aspiranten künftig in Hitzkirch und nicht mehr in Basel ausbilden. Langsam merken sowohl die Polizeiführung wie auch die verantwortlichen Politiker, dass die Anforderungen im Tätigkeitsfeld der Polizei erheblich gestiegen sind, ohne aber den Personalbestand an der Basis anzupassen.

Hatten Sie bereits Frauen im Polizeidienst? Wie sehen Sie die Arbeit der Frau als Polizistin? Hat dieses Thema den Verband stark beschäftigt?

1981 sind die ersten 5 Polizistinnen in Basler Polizeikorps aufgenommen worden. Am Anfang war man skeptisch, hat aber schnell festgestellt, dass in der Entwicklung der veränderten Weltanschauung die Frau auch bei der Polizei ihren Platz hat!

Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit Bund und Behörden als Präsident des VSPB erlebt? Wurde der Verband als Ansprechpartner für polizeiliche Probleme und Herausforderungen wahrgenommen?

Mit den Behörden hatten sich gewisse Unebenheiten ergeben.

Seit längerer Zeit ist das Verhältnis zwischen der Armee und der Polizei immer wieder

ein brisantes und intensiv diskutiertes Thema: wie gestaltete sich das Verhältnis während Ihrer Amtszeit? Gab es bereits Anlässe und Gelegenheiten, bei welchen die Armee polizeihohheitliche Aufgaben übernommen hatte? War die Aufgabenwahrnehmung zwischen Armee und Polizei klar, oder gab es Berührungspunkte, welche sich schwierig gestalteten?

Während meiner 36-jährigen Polizeiaufbahn und auch zurzeit, als ich den VSPB präsidierte, haben sich mit den Armee-Stellen keine negativen Erfahrungen abgezeichnet.

Die Basler Polizei hat alles, was mit Diplomatschutz, religiösen Glaubensveranstaltungen oder sportlichen Grossanlässen zu tun hatte, sicherheitspolizeilich durch erforderliche Observationen abgedeckt, was den Personalbestand aber immer bis an den Rand des Möglichen drängte!

Bei der Fussball-Europameisterschaft 2008 aber dürfte ein «militärisches Sicherheitsprofil» zur Entlastung der Polizei notwendig werden, was wir durch die WEF-Tagung in Davos bereits kennen.

Die Notwendigkeit, für komplexe Veranstaltungen immer öfter fremde Kräfte beizuziehen, schwächt das Berufsstatus der Polizei in der Schweiz, verunsichert das Volk und stört damit das Vertrauen zwischen «Bürger und Polizei»!

In den Jahren Ihrer Präsidentschaft, welches Ereignis hat Sie am meisten beschäftigt, am tiefsten berührt? War es ein Erfolg oder gar ein Misserfolg?

Am meisten berührt hat/haben mich:

- der Ausschluss der Sektion Stapo Chur
- die Namensschild-Tragpflicht
- die Differenzen zwischen dem Urheber des Zentralsekretariats, Peter A. Sigron, und mir mit seinem relativ frühen Abgang
- die Ablehnung des Beitritts zur UISP – hat mich natürlich nicht erfreut

Können Sie uns von Geschehnissen und politischen wie auch gesellschaftlichen Entwicklungen während Ihrer Amtszeit erzählen, welche den VSPB wie die gesamte Polizeiarbeit direkt betrafen?

Ich hatte mich politisch wie polizeilich in diversen Institutionen stets für unseren Berufsstand eingesetzt.

Gesamthaft betrachtet hatte ich persönlich einen grossen Energiebedarf aufzuwenden. Über den «Ertrag», der daraus entstand, dies zu beurteilen, überlasse ich anderen. Mir wurden Aufgaben anvertraut, die ganz einfach einer gewissen Durchsetzungskraft bedurften. Ich war nie angetreten, um beliebt zu werden, sondern unserem Berufsstandard zu helfen, in der Öffentlichkeit einen akzeptablen Rahmen zu finden, womit gewisse Reibereien politischer und fachlicher Art mit der so genannten «Obrigkeit» nicht zu verhindern waren!

Rückblickend gesehen waren meine berufs- und verbandsgewerkschaftlichen Tätigkeiten eine mehrheitlich angenehme Lebenserfahrung.

Den Bau des VSPB-Ferienhauses Muntschi in Andeer betrachte ich als Erfolg unseres Engagements, weshalb ich mich oft mit meiner Frau in Andeer als Erholungsort aufhalte. Gerne erinnere ich mich auch noch an die Zusammenarbeit mit der Firma «Schill-Druck»!

Ich pflege nach wie vor den Kontakt mit der GdP in Lörrach sowie mit dem französischen Polizeigewerkschafter Jean-Pierre Boeglin.

Mit der Sektion Basel-Stadt hat sich mit der Präsidentin Andrea Hauri und dem gesamten Vorstand ein hässlicher Generationenkonflikt entwickelt, bei dem teilweise auch das ehe-

malige ZV-Mitglied Daniel Wittlin mich in seinem Verhalten enttäuscht hat. Das frühere ZV-Mitglied Hans Jutzeler hat sein goldenes Ehrenzeichen wieder abgegeben, weil er die Bezeichnung Ehrenmitglied in einer solchen Sektion nicht mehr tragen könne! Eigentlich hätte ich Grund gehabt, dasselbe zu tun!

Mein Grundgedanke war, ist und bleibt:

«Ehrlichkeit, Treue und Pflichterfüllung bilden eigentlich den Grundstein des polizeilichen Kameradschaftsgeistes», doch viele sind dieser Anforderung offenbar aus charakterlichen Gründen nicht gewachsen und haben eigentlich bei der Justiz und Polizei ein falsches Tätigkeitsfeld gefunden!

«Trotz gutem Willen: Das Vorort-Prinzip war in seinen Möglichkeiten sehr eingeschränkt»

Gespräch mit Daniel Stuby

Wann sind Sie zur Polizei gegangen? Warum haben Sie diesen Berufsweg eingeschlagen? Welche Funktion hatten Sie inne?

1964 habe ich auf Empfehlung meines Bruders, der Gendarm war, die Ausbildungsschule der Sicherheitspolizei besucht.

Wann sind Sie Mitglied des VSPB geworden?

Anfang 1965, wie alle meine Kollegen.

Wann haben Sie begonnen, sich in Ihrer Sektion für den Verband zu engagieren? Erinnern Sie sich an ein konkretes Ereignis, das Sie bewogen hat, sich fortan für die Interessen Ihres Berufs einzusetzen, oder waren es andere Gründe? Skizzieren Sie bitte Ihre Karriere beim VSPB.

In den 70er Jahren, im Sektionsvorstand, im Sekretariat der Sektionsleitung, dann im Zentralvorstand; Lohnverteidigung, Polizeigesetz usw.

Ein besonderer Fall war die Affäre Jeanmaire im Jahr 1976, die vor allem das Mobilmachungssystem der Armee erschütterte, und auf Polizeiebene das Fahndungsregister «Zeller». Ich gehörte damals zum Einsatzteam.

Welches Gewerkschaftsteam stand Ihnen während Ihres Präsidiums im VSPB zur Seite?

Ein ausgezeichnetes Sekretariat und engagierte Mitglieder im Leitenden Ausschuss:

- | | |
|---------------------|-----------------|
| – Daniel Stuby | Präsident |
| – Heiri Häfeli | Vizepräsident |
| – Walter Zraggen | Mitglied |
| – Marc Bieri | Rechtsbereater |
| – Hugo Herzog | Finanzberater |
| – Jean-Pierre Monti | Zentralsekretär |

In den ersten Jahrzehnten der Verbandsgeschichte basierte die Arbeit auf dem Vorort-Prinzip (Rotation nach vier Jahren). War dieses Prinzip in Ihren Augen für die Ausübung des Präsidentenamtes besser? Was meinen Sie dazu?

Das Vorort-Prinzip war in seinen Möglichkeiten sehr eingeschränkt, trotz gutem Willen.

Welches waren die wichtigsten Themen während Ihres Präsidentenamtes?

- bessere Vertretung gegenüber den Kommandostellen in den Regionen und in Bern
- Fichen, Drogen, Ausbildung

Wie intensiv war der Austausch zwischen dem Verband und anderen schweizerischen und ausländischen Gewerkschaften?

Nach der Ablehnung 1986 des Beitritts zur USIP (und UNO), Arbeitsbeteiligung beim CESP. Ein weiteres Beispiel ist die Partnerschaft mit Travail.Suisse: ich war immer gegen einen Beitritt, aber für gemeinsame Aktionen auf sozialer Ebene.

Die Arbeit der Polizei verändert sich ständig und muss sich oft innert kurzer Zeit an neue Situationen anpassen. Wie sehen Sie die Aus- und Weiterbildung der Polizei im Laufe Ihrer Karriere, vor allem während Ihres Präsidiums?

Unumgänglich, um sich in einer Karriere zu behaupten.

Wie sieht es mit dem Frauenanteil bei der Polizei aus? Was halten Sie von der Frauenarbeit bei der Polizei? Wird dieses Thema im Verband behandelt?

Die Frauen haben einen Beobachtungssitz im Zentralvorstand. Im Übrigen überschreitet ihre Karriereplanung selten 10 Jahre Tätigkeit bei der Polizei.

Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit dem Bund und den Behörden während Ihres VSPB-Präsidiums empfunden? Wurde der Verband bei spezifischen Problemen, die die Polizei betrafen, als Dialogpartner miteinbezogen?

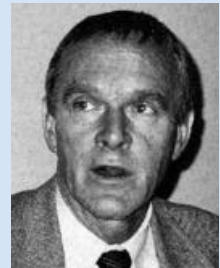
Unsere Initiativen waren sehr fruchtbar.

Die Beziehung zwischen Armee und Polizei wird seit einiger Zeit heftig diskutiert. Wie war die Beziehung während Ihrer Amtszeit? Gab es Anlässe oder Veranstaltungen, wo die Armee Aufgaben der Polizei übernahm? Waren die Kompetenzen zwischen Polizei und Armee klar definiert? Gab es hier ab und zu Probleme?

Mangels polizeilicher Mittel brauchte es betreffend der Sicherheit grosser Konferenzen leider die logistische Unterstützung der Armee.

Welches war das eindrücklichste Ereignis Ihrer Amtszeit? Ein Erfolg oder ein Misserfolg?

Die leidige Fichenaffäre und unser Kampf gegen die Drogen – weder Erfolg noch Misserfolg. Zur Zeit der Fichenaffäre gehörte ich zum Säuberungsteam, später zur öffentlichen Beratung und Reorganisation. Was den VSPB anbelangt, zeigte die Fichenaffäre die Bedeutung der Kohäsion und Solidarität gegenüber den Mitgliedern, die mit ihren Problemen allein gelassen wurden.



*Daniel Stuby,
Sektion Genf-
Kripo, Verbands-
präsident
1988–1994*

Rasch sichere Verbindung!

Jedermann kann Autophon-Radio-Telephongeräte benützen, denn die Übertragungskanäle sind durch Quarzsteuerung ein für allemal fest eingestellt. Mit der Einschaltung sind die Geräte verbindungsbereit.

SE 812, das drahtlose Tornistertelephongerät, ist für den Einsatz in unserem Gelände gebaut: leicht, robust und betriebssicher. Seine Reichweite von mehreren Kilometern in jedem Gelände macht es geeignet für Fahndungsaktionen, Straßenkontrolle und viele andere Verwendungen im Polizeidienst.



AUTOPHON

Solothurn

Inserat aus dem Jahr 1957

Annonce de l'année 1957

Pubblicità dell'anno 1957

Auf der Erfolgsseite sind das Fortschreiten der Arbeiten zur Erlangung der eidgenössischen Berufsankennung zu erwähnen.

Welche Tatsachen haben den VSPB und die Arbeit der Polizei politisch, aber auch auf sozialer Ebene beeinflusst?

Drogen, Flüchtlinge und die Flut von Asylbewerbern!

Welche Interessen haben Sie nach Ihrer Zeit als Präsident vertreten? Verfolgen Sie die Arbeit des VSPB weiterhin? Stehen Sie noch in Kontakt mit den Verbandsmitgliedern?

In einigen Kilometern Entfernung.

Was meinen Sie: wird sich der Verband positiv oder negativ entwickeln?

Die Konkretisierung der eingeleiteten Projekte und die Verstärkung der Verbandsstrukturen und -initiativen sind super. Die Überlegungen bezüglich des jahrelang erworbenen Know-hows und Wissens über den Polizeiberuf müssen meiner Meinung nach bei den Bundesbehörden mehr Gewicht erhalten. Das Gleiche gilt für den Respekt gegenüber den Personen, Mitgliedern und vor allem pensionierten Kollegen.

Bitte ziehen Sie kurz Bilanz über Ihre Amtszeit als Präsident.

Eine kleine Anekdote: Zu Beginn meines Präsidiums ging es darum, die Mitgliederdatei des VSPB, die die ZKB auslagern wollte, wieder aufzunehmen. Mit anderen Worten: es war eine Bank, die die Kartei einer Gewerkschaft führte... Abgesehen davon kennt mein damaliger Sekretär Jean-Pierre Monti die Bilanz besser als ich. Wir haben sogar sehr intensive «Brainstormings» erlebt.

«Der VSPB ist auf dem richtigen Weg. Nur weiter so.»

Gespräch mit Walter Zraggen

In welchem Jahr sind Sie der Polizei beigetreten? Was waren Ihre Beweggründe, sich diesem Beruf zuzuwenden? In welcher Funktion waren Sie tätig?

Nach abgeschlossener Postlehre arbeitete ich bis 1961 auf dem Beruf in Solothurn und Basel. Dann trat ich bei der Kantonspolizei Uri ein. Zuletzt war ich während 11 Jahren als Dienstchef (Zugführer) der Verkehrspolizei Göschenen tätig gewesen. Ich wünschte mir bereits von jung auf, in einem Dienstleistungsbetrieb tätig zu sein, und zwar an einem Ort, wo ich mit Menschen zu tun hatte.

In meiner ganzen Laufbahn habe ich die Entscheidung, zur Polizei zu gehen, nie bereut. Zu Anfang gab es auf unserem Posten in Altdorf keine eigene Kripo: so musste jeder alles machen – vom Verkehrsunfall bis hin zum Tötungsdelikt. In besonders schweren Fällen wurde Unterstützung aus Zürich angefordert, welche über eine Hundestaffel verfügte. Auch der Verkehrsdienst auf dem Klausen musste verrichtet werden.

Wann wurden Sie Mitglied des VSPB?

Im Jahre 1962 nach der Polizei-Rekrutenschule.

Zu welchem Zeitpunkt begann Ihr Engagement für den Verband innerhalb Ihrer Sektion? Gab es ein einschneidendes Ereignis, welches Sie veranlasste, sich für Ihren Beruf einzusetzen, oder welches waren Ihre Beweggründe? Bitte skizzieren Sie uns einen kurzen Werdegang ihrer verbandspolitischen Laufbahn bis zur Präsidentschaft VSPB.

1971–1982 Kassier der Krankenkasse (eigene Sektion) beim VSPB der Sektion Uri
1984–1988 ZV-Mitglied der VSPB
1988–1992 Mitglied der Geschäftsleitung VSPB
1992–1994 Vizepräsident des VSPB
1994–1998 Präsident des VSPB

Im Jahre 1961 zählte das ganze Korps der Kantonspolizei Uri 26 Mann. Im Hinblick auf die Eröffnung der Autobahn A2/A4 mit den beiden Tunnels Gotthard und Seelisberg musste die Kapo auf mehr als 100 Mann aufgestockt werden. Demzufolge gab es in personeller Hinsicht viele Probleme zu lösen. Ich engagierte mich in dieser Sache bereits in den 60er-Jahren. Somit war es klar, dass man mich in den Vorstand des VSPB Sektion Uri wählte. Andererseits war ich seit Jahren vom Pol Kdo aus in einer Arbeitsgruppe, die das Problem einer Verkehrspolizei zu lösen hatte. Des Weiteren waren die Vertreter der Polizei Mitglied beim Staatsverband. Innerhalb dieser Vereinigung stellten sie auf Grund ihres 24-Stunden-Betriebs eine Sondereinheit dar. Forderungen mussten direkt mit dem Regierungsrat ausdiskutiert werden. Es war wichtig, sich gegenüber anderen Berufsgattungen abzuheben als spezieller Beruf. Es gab immer Probleme betreffend Lohn und Arbeitsstunden: jeder Polizeiangestellter arbeitete mehr als die gesetzlich festgelegten 48 Stunden. Jedoch durch die gesetzliche Einstufung als aussergewöhnliche Arbeit wurde die Überzeit nicht entlohnt. Mit Hilfe des VSPB konnte jedoch eine Regelung getroffen werden, dass alles über 52 Stunden kompensiert werden durfte oder mit Fr. 4.–/h entlohnt wurde. Für den Sonntags- und Nachtdienst gab es Fr. 2.–/h Zuschlag.

Wer waren Ihre Mitstreiter während Ihrer Präsidentschaft des VSPB?

– Heiri Hüsler, Stapo Luzern: Vizepräsident
– Helmut Schmid, Bupo: Mitglied
– Jean-Pierre Monti: Generalsekretär
– Marc Bieri: Rechtskonsulent

In den ersten Jahrzehnten der Verbandsgeschichte wurde nach dem Vorortsprinzip gearbeitet. War dieses in Ihren Augen für die Ausübung des Präsidentenamtes förderlich oder eher hinderlich? Bitte begründen Sie Ihre Stellungnahme.

Ich kann mich noch an den letzten «Vorort» erinnern. Es war dies die Kantonspolizei Tessin. Damals soll es deswegen Probleme gegeben haben. Heute ist dieses System undenkbar.

Welches waren die vorherrschenden gewerkschaftlichen Brennpunkte während Ihrer Amtszeit?

– Berufsstatut
– Beitritt zur UISP, heute EuroCOP, wurde vollzogen
– Personalmangel

- Kontakt zur Konferenz der Kant. Polizeikommandanten wurde verbessert
- Kontakt zu verschiedenen Bundesstellen wurde stets gepflegt
- Kontakt zu den einzelnen Sektionen
- Erstellen von neuen Verbandsstatuten und Reglementen

Wie intensiv gestaltete sich die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften im eigenen Land wie auch mit dem Ausland?

Unsere Partner waren beispielsweise die Ebenrainkonferenz, Kontakte zur Gewerkschaft der Polizei in Deutschland und Verbindungen zur UISP.

Die Arbeit der Polizei ändert sich fortwährend und muss oftmals innerhalb kurzer Zeit auf neue Situationen eingestellt werden. Wie beurteilen Sie persönlich die Ausbildung und das Weiterbildungsangebot der Polizei während Ihrer Laufbahn, insbesondere während Ihrer Präsidentschaft?

Das Polizeiinstitut SPI in Neuenburg bietet viele und sehr gute Kurse an. Mit den regionalen Polizeischulen ist die Ausbildung noch viel effizienter geworden. Persönlich durfte ich während meiner Laufbahn viele Kurse beim SPI besuchen und arbeitete in einer Ausbildungsgruppe mit.

Korpsintern ist die Weiterbildung immer gross geschrieben worden. Auch im Bezug auf die körperliche Ertüchtigung und das Schiessen. Die Bewaffnung ist keine Garnitur: die Dienstwaffe ist ein Arbeitsinstrument zur Durchsetzung der Gesetze.

Hatten Sie bereits Frauen im Polizeidienst? Wie sehen Sie die Arbeit der Frau als Polizistin? Hat dieses Thema den Verband stark beschäftigt?

Ja, 1980 arbeitete bei uns die erste Frau in Uniform, und wir haben gute Erfahrungen gemacht. Während meiner Präsidentschaft hatten wir mit Gisela Maler die erste Frau im Zentralvorstand.

Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit Bund und Behörden als Präsident des VSPB erlebt? Wurde der Verband als Ansprechpartner für polizeiliche Probleme und Herausforderungen wahrgenommen?

Die Zusammenarbeit mit Bund und Behörden hat sich während meiner Präsidentschaft wesentlich verbessert. Nachdem sich der Verband vermehrt in der Presse, am Radio usw. bemerkbar machte, hat man uns als seriösen Ansprechpartner wahrgenommen. Wir haben auch erreicht, dass man uns bei Vernehmlassungen einbezog, was früher nicht der Fall war.

Seit längerer Zeit ist das Verhältnis zwischen der Armee und der Polizei immer wieder ein brisantes und intensiv diskutiertes Thema: wie gestaltete sich das Verhältnis während Ihrer Amtszeit? Gab es bereits Anlässe und Gelegenheiten, bei welchen die Armee polizeiliche Aufgaben übernommen hatte? War die Aufgabenwahrnehmung zwischen Armee und Polizei klar, oder gab es Berührungspunkte, welche sich schwierig gestalteten?

Die Aufgabenwahrnehmung zwischen Polizei und Armee war damals noch ziemlich klar. Die Armee baute an sich noch nicht ab. Heute sieht dies ganz anders aus. Durch den



*Walter Zraggen,
Sektion Uri-Kanton,
Verbandspräsident
1994–1998*

Abbau verkleinert sich ihr Betätigungsfeld immer mehr. Dabei versucht sie immer mehr, polizeiliche Hoheitsaufgaben zu übernehmen. Vermehrt Probleme hatten wir während meiner Präsidentschaft mit den zivilen Sicherheitsorganisationen, weil öfters Gemeinden aus finanziellen Gründen solche privaten Dienste in Anspruch nahmen.

In den Jahren Ihrer Präsidentschaft, welches Ereignis hat Sie am meisten beschäftigt, am tiefsten berührt? War es ein Erfolg oder gar ein Misserfolg?

Ein Erfolg war der Beitritt zur UISP (EuroCOP), weil dieser vorher bei der Urabstimmung abgelehnt worden war. Weiter machten wir gute Fortschritte betreffend Berufsstatut, etwas langsam zwar, aber das Ziel wurde später erreicht, was das Wichtigste ist. Als positiv zu werten ist ebenfalls die Annahme der neuen Statuten und Reglemente durch die DV, welche durch eine interne Arbeitsgruppe erarbeitet worden sind.

Können Sie uns von Geschehnissen und politischen wie auch gesellschaftlichen Entwicklungen während Ihrer Amtszeit erzählen, welche den VSPB wie die gesamte Polizeiarbeit direkt betrafen?

Ich habe festgestellt, dass man unseren Verband als einzige Arbeitnehmerorganisation auf allen politischen Ebenen im positiven Sinne wahrgenommen hat. Das Ansehen der Polizei ganz allgemein hat zugenommen. Mit der Gründung des Forums «Innere Sicherheit» hat der Verband ein weiteres Fenster neben der Delegiertenversammlung für unsere Mitglieder geschaffen.

Nach Ihrem Rücktritt vom Amt des Präsidenten, wie gestaltete sich Ihr Interesse am Verband? Verfolgen Sie auch heute noch die Arbeit des VSPB? Pflegen Sie noch Kontakte zu Mitgliedern des Verbandes?

Bitte beurteilen Sie für uns die Entwicklung des VSPB: bewerten Sie sie als positiv oder negativ?

Ich verfolge die Tätigkeit des VSPB nach wie vor mit grossem Interesse, sei es via Verbandszeitung «Police», allgemeine Presse, TV, Radio usw. Ich habe auch regen Kontakt zu Verbandsmitgliedern.

Der VSPB ist auf dem richtigen Weg. Nur weiter so.

Dürfen wir Sie um eine kurze persönliche Bilanz Ihrer Präsidentschaft bitten.

Es war eine interessante und lehrreiche Zeit. Die ganze Arbeit hat mir grosse Freude und Befriedigung gebracht. Hiermit fordere ich junge Leute auf, sich für das Sozialwesen der Polizeibeamten einzusetzen. Der VSPB ist die richtige Organisation hierfür.



«Je mehr man sich persönlich engagiert, desto grösser wird auch das Interesse»

Gespräch mit Helmut Schmid

Wann sind Sie zur Polizei gegangen? Warum haben Sie diesen Berufsweg eingeschlagen? Welche Funktion hatten Sie inne?

Ich habe 1965 als Aspirant bei der Waadtländer Kantonspolizei angefangen. Im Dezember des gleichen Jahres wurde ich nominiert und vereidigt. 1970 fing ich als Inspektor bei der Sicherheitspolizei an. Am 1. Mai 1973 wurde ich zum Inspektor der Bundespolizei in Bern ernannt, seit 1977 bin ich dort als Kommandant tätig.

Gründe/Motivation:

Nachdem ich sieben Jahre als Elektromonteur auf dem Bau gearbeitet hatte, wollte ich in die Verwaltung wechseln. Dass meine Wahl auf den Polizistenberuf fiel, hatte mit der Art zu tun, wie der damalige Leiter der Walliser Sicherheitspolizei, Ernest Udriot, die Leute rekrutierte. Dank seinem Verständnis und weil er seine Versprechen hielt, wurde mein Wunsch, der Kriminalpolizei beizutreten, erfüllt.

Wichtige Funktionen beim Bund:

- verantwortlicher Kommandant für einen Bereich der Gegenspionage
- Instruktionsschef bei der Bundespolizei und SPI-Kursleiter in den Bereichen Staatsschutz (Extremismus – Terrorismusbekämpfung – Gegenspionage)
- Mitglied des Generalstabs der Direktion des BAP, beauftragt mit der Organisation und dem Ablauf der Kurse für die Kandidaten der neuen Gerichtspolizei
- Koordinator und Verantwortlicher der Arbeitsgruppe für die Erstellung der BAP-Richtlinien

Wann sind Sie Mitglied des VSPB geworden?

Ich bin dem VSPB am 1.7.1965 beigetreten, noch vor meiner offiziellen Vereidigung!

Wann haben Sie begonnen, sich in Ihrer Sektion für den Verband zu engagieren? Erinnern Sie sich an ein konkretes Ereignis, das Sie bewogen hat, sich fortan für die Interessen Ihres Berufs einzusetzen, oder waren es andere Gründe?

Es muss nach 1980 gewesen sein, als ich in den Vorstand der Sektion gewählt wurde und später das Präsidium übernahm. 1994 bin ich dem Zentralvorstand des VSPB beigetreten, 1996 der Geschäftsleitung und zwei Jahre später war ich Präsident.

Gründe/Motivation:

Ich habe immer von Rat und Tat meiner älteren Kollegen bei der Bundespolizei profitiert. Dann war es an der Zeit, dass ich selbst die Tradition fortführte und meine Erfahrung an die «Neuen» weitergab. Alles war neu und vieles unbekannt, ungewiss. Die Interessen, die wir vertraten, standen vorwiegend im Zusammenhang mit Nominierungen, Lohn, Organisation, Arbeitsaufteilung. Die Frage der Entschädigungen kam regelmässig auf den Tisch und einige Errungenschaften liessen sich in einer Organisation (BA – Bundesanwaltschaft), in der das Polizeipersonal nicht die Mehrheit hatte, nur schwer verteidigen.



*Helmut Schmid,
Sektion Bundes-
polizei,
Verbandspräsident
1998–2004*

Welches Gewerkschaftsteam stand Ihnen während Ihres Präsidiums im VSPB zur Seite?

Das Team während meiner Präsidentschaft setzte sich wie folgt zusammen:

- Heiri Hüsler, Vizepräsident
- Heinz Buttauer (Vizepräsident nach dem Rücktritt von Heiri Hüsler)
- Josef Dittli
- Gérard Morisod, dann Max Hofmann
- Jean-Pierre Monti, Generalsekretär
- Hugo Herzog, Finanzberater
- Marc Bieri, Rechtsberater

In den ersten Jahrzehnten der Verbandsgeschichte basierte die Arbeit auf dem Vorort-Prinzip (Rotation nach vier Jahren). War dieses Prinzip in Ihren Augen für die Ausübung des Präsidentenamtes besser? Was meinen Sie dazu?

Ich war während meiner Amtszeit im Zentralvorstand und in der Geschäftsleitung nicht direkt mit dem Vorort-Prinzip konfrontiert. Es wäre allerdings kein Vorteil gewesen. Meine Vorgänger hatten sicher Argumente, die sie geltend machen konnten, vor allem als die Aktivität des Dachverbands unter dem Präsidium des VSPB konzentriert war. Seit mehr als 15 Jahren haben nun aber die einzelnen Verbandssektionen mehr Autonomie und die GL nimmt hauptsächlich Aufgaben von gemeinsamer Bedeutung wahr. Es ist kein Direktorium mehr, wie dies unter dem Vorort-Prinzip der Fall war. Ich würde sagen, die heutige Situation (Zentralsitz in Luzern) entspricht den Bedürfnissen des VSPB und seiner Organisation besser.

Welches waren die wichtigsten Themen während Ihres Präsidentenamtes?

Die wichtigsten Herausforderungen des Verbandes waren:

- Mangel an Polizisten in der Schweiz
- Schwierigkeiten bei der Rekrutierung
- Löhne, zusätzlich Harmonisierung der Löhne in den Korps
- Rekrutierung und Berufsanerkennung
- Grundausbildung und Weiterbildung
- Verpflichtung der Polizeikräfte
- Einmischung von aussen in Sicherheitsaufgaben

Wie intensiv war der Austausch zwischen dem Verband und anderen schweizerischen und ausländischen Gewerkschaften?

Dank unserem Engagement und unserem Einsatz für die Sache der Polizei fand ein reger Austausch statt. Je mehr man sich persönlich engagiert, desto grösser wird auch das Interesse in den eigenen Reihen und bei den Partnern, selbst im Ausland. Unser Beitritt zum Dachverband EuroCOP ist ein gutes Beispiel dafür. Kaum waren wir Mitglied der Gewerkschaft, wurden wir bereits mit der Durchführung des ersten Kongresses unter dem neuen Namen betraut. Am schwierigsten wird es sein, den Kurs zu halten, flexibel zu bleiben und Vorstellungskraft zu zeigen, damit wir uns noch besser integrieren und jede neue Form von Partnerschaft akzeptieren können. Dies sind die wichtigsten Anforderungen bezüglich der

Intensität unseres Austauschs mit Berufspartnern und Gewerkschaften, unabhängig von der politischen Zugehörigkeit oder Nationalität.

Die Arbeit der Polizei verändert sich ständig und muss sich oft innert kurzer Zeit an neue Situationen anpassen. Wie sehen Sie die Aus- und Weiterbildung der Polizei im Laufe Ihrer Karriere, vor allem während Ihres Präsidiums?

Ich sage nichts Neues, wenn ich behaupte, dass das Auftreten eines Polizisten direkt mit der Qualität und Seriosität seiner Aus- und Weiterbildung im Zusammenhang steht. Es wird der Tag kommen, da verstärkt Privatorganisationen auf den Markt drängen, um das Produkt Sicherheit noch attraktiver zu verkaufen. Diese Organisationen profitieren schon heute von der Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten. Das Programm ist offiziell verfügbar, und was früher streng geheim gehalten wurde, ist heute öffentlich zugänglich. Die Ausbildung besser und den heutigen Bedürfnissen entsprechend zu gestalten, ist kein Problem.

Doch sollen wir so weit gehen und unser Ausbildungsprogramm wie eine Marke schützen? Diese Idee ist sicher eine Überlegung wert, beinhaltet auf der anderen Seite aber viel Arbeit für jene, die diese neue Deliktform bei Übertretungen vor Gericht zu behandeln hätten.

Wie sieht es mit dem Frauenanteil bei der Polizei aus? Was halten Sie von der Frauenarbeit bei der Polizei? Wird dieses Thema im Verband behandelt?

In den sechziger Jahren wurden Frauen für bestimmte Aufgaben des Polizeikorps rekrutiert: Überwachung des Strassenverkehrs, Mithilfe bei Straftaten mit Beteiligung Minderjähriger, Verwaltungs- und Bildungsaufgaben, hauptsächlich bei der Verwendung von Büromaterial. Mit den Jahren forderten die Frauen zu Recht gleiche Rechte und wollten die gleichen Aufgaben ausführen wie ihre männlichen Kollegen. Leider konnten die Löhne damit nicht Schritt halten! Der VSPB wurde nicht von Anfang miteinbezogen, weil sich die Frauen sehr diskret verhielten. Heute haben sich unsere weiblichen Kolleginnen in einem aktiven und anerkannten Verband organisiert. Mein Wunsch, sie gleichberechtigt mit den Männern in den VSPB aufzunehmen, wurde leider nicht realisiert. Trotzdem sollten die geschlechter-spezifischen Unterschiede beiseite gelassen werden. Wir haben die gleichen Interessen und Ansprüche, deshalb genügt ein einziger Verband für Frauen und Männer.

Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit dem Bund und den Behörden während Ihres VSPB-Präsidiums empfunden? Wurde der Verband bei spezifischen Problemen, die die Polizei betrafen, als Dialogpartner miteinbezogen?

Diesbezüglich vertrete ich die gleiche Meinung wie viele andere Kollegen, die bei der Bundespolizei gedient haben. In den heiklen Fragen der Ausbildung, Anerkennung und Verteidigung der Stellung war der Zugang etwas einfacher. Die Nähe zu den Bundesbehörden erwies sich zum Beispiel vor allem bei der beruflichen Anerkennung der Polizistin und des Polizisten als sehr vorteilhaft. Dass ich die Verantwortlichen, die über die Aufgaben der Polizei zu entscheiden hatten, persönlich kannte, erleichterte es mir, bestimmte Fragen in einem umgänglichen Rahmen und ohne grosse Bürokratie zu behandeln. Da sich der VSPB auf verschiedenen Ebenen profiliert, bringt er sich als Dialogpartner ein und hat Anspruch darauf, miteinbezogen zu werden. Natürlich muss der erste Schritt von unserer Seite kommen.

Die Beziehung zwischen Armee und Polizei wird seit einiger Zeit heftig diskutiert. Wie war die Beziehung während Ihrer Amtszeit? Gab es Anlässe oder Veranstaltungen, wo die Armee Aufgaben der Polizei übernahm? Waren die Kompetenzen zwischen Polizei und Armee klar definiert? Gab es hier ab und zu Probleme?

Wenn es ein Thema gibt, zu dem ich mich bei verschiedenen Gelegenheiten mehr oder weniger eindringlich äusserte, dann ist es unsere Armee. Es gab viele Reaktionen darauf, aber nur jene, die den direkten Austausch nicht scheuten, wussten wirklich, was ich dachte. Das gilt auch heute noch. Wenn sich privilegierte Mitglieder des Polizeikorps, zu denen auch ich gehörte, in den glorreichen Zeiten des SDA (Sicherheitsdienst der Armee) alle zwei Jahre trafen, um sich ein Bild über die unzähligen neuen technologischen Gadgets zu machen, die auf dem Markt erhältlich waren und sich in die verschiedenen Übungen, die die Realität gut oder schlecht simulierten, integrieren liessen, und wenn diese Mitglieder an diesen Zusammenkünften und an den damit verbundenen Befehlen Gefallen fanden, dann geschah dies nur zum Zwecke, sich im Hinblick auf einen hypothetischen Konflikt zu trainieren. Die Idee, uns als inneres Sicherheitsorgan einzusetzen, kam nicht einmal auf. Die Einmischung in die Angelegenheiten der Sicherheitsverantwortlichen war unbedeutend. Heute drohen keine Kanonenschläge mehr und es gibt keinen klassischen Krieg mehr zwischen den Ländern. Die verfügbaren Mittel sind jedoch gleich geblieben. Ein Ausgleich der Sicherheitsbudgets wäre eine mögliche Lösung. Dazu braucht es aber einen Winkelried im Parlament, der den mutigen Vorstoss wagt und eine Verfassungsänderung vorschlägt. Die Mittel, die unserer Armee zur Verfügung stehen, sind in keinem Verhältnis zur politischen Situation und den so genannten Anforderungen. Jene, über die die Verantwortlichen der inneren Sicherheit verfügen, reichen bei Weitem nicht aus. Ein Beweis dafür sind die vielen Anfragen des VSPB bei den kantonalen Regierungen und die unaufhörlichen Anträge der Konferenzen der kantonalen und kommunalen Polizeikommandanten betreffend den akuten Personalmangel. Zu Beginn meiner Amtszeit als Präsident des VSPB fehlten etwa 1000 bis 1200 Einheiten. Heute sind es 2000 Einheiten mehr, die es braucht, damit die Polizei ihre Souveränitätsaufgaben wahrnehmen kann. Und bald werden es 3000 sein! Die Kompetenzen variieren je nach Situation. Wir laufen jedoch Gefahr, dass wir eine Situation, die eine temporäre Koexistenz verlangt, nicht rechtzeitig meistern können.

Welches war das eindrücklichste Ereignis Ihrer Amtszeit? Ein Erfolg oder ein Misserfolg?

Das grösste Ereignis während meines Präsidiums war sicher die Unterzeichnung des Reglements der Eidgenössischen Berufsprüfung Polizist/Polizistin am 7. Mai 2003 durch Bundesrat Joseph Deiss, wodurch unser Beruf offiziell anerkannt wurde. Erst später wurde mir klar, wie wichtig dieser dank der Beharrlichkeit einer paritätischen Kommission errungene Entscheid für den Berufsstand war. Ich danke meinen Amtsvorgängern für ihren unermüdlichen Einsatz! Letzten Endes waren es Polizisten, die sich engagiert haben, damit diese Anerkennung allen Polizistinnen und Polizisten in der Schweiz zu Gute kommt.

Misserfolge gibt es in einer Organisation, die sich an die von ihr erstellten Regeln und Prinzipien hält, nicht. Innerhalb der Geschäftsleitung oder des Präsidiums kann man höchstensfalls von einer Enttäuschung sprechen, wenn eine ausgearbeitete, vorgestellte und diskutierte Idee nicht durchkommt. Die Korrektur erfolgt auf dem Fuss über einen Beschluss des Zentralvorstands, eines Sektionsvorstandes, einer Generalversammlung oder eines Beraters. Sich diesem Entscheid zu stellen, ist wichtiger als die negativen Auswirkungen eines Misserfolgs, und die daraus entstehende Enttäuschung muss sich in eine zusätzliche Motivation umwandeln, um ein Dossier unter Berücksichtigung der getroffenen Entscheide und im Zusammenhang mit den neuen Elementen wieder aufzunehmen und neu vorzubereiten.

Welche Tatsachen haben den VSPB und die Arbeit der Polizei politisch, aber auch auf sozialer Ebene beeinflusst?

Eigentlich beantwortet sich diese Frage selbst, denn einerseits haben die politischen Entschiede einen Einfluss auf die Tätigkeit der Polizei und des VSPB, andererseits führen die Arbeit der Polizei und die Aktivitäten ihres Verbandes zu Reaktionen in der Politik. Ein Verkehrsunfall und der entsprechende Polizeibericht können eine politische Debatte hervorrufen, zum Beispiel um die mangelnde Sicherheit in einem Tunnel zu korrigieren. Umgekehrt führt die politische Tätigkeit beziehungsweise die Arbeit einer parlamentarischen Kommission, die die vorgeschlagenen Änderungen in einer neuen Strafprozessordnung untersuchen soll, zu einer Reaktion bei der Polizei.

Am vordringlichsten scheinen mir folgende Tatsachen:

- Privatisierung der Sicherheit als Souveränitätsaufgabe
- Übertragung der zivilen Sicherheit an militärische Organe
- Polizeireformen (viele Beispiele nur schon im Kanton Waadt)
- Einheitspolizei
- Quartierpolizei
- Vereinheitlichung des Strafprozessrechts
- Auslandsinsätze

Welche Interessen haben Sie nach Ihrer Zeit als Präsident vertreten? Verfolgen Sie die Arbeit des VSPB weiterhin? Stehen Sie noch in Kontakt mit den Verbandsmitgliedern? Was meinen Sie: wird sich der Verband positiv oder negativ entwickeln?

Nach meiner Amtszeit habe ich zuerst eine Verschnaufpause eingelegt, dann kam das Interesse an der Sache der Polizei natürlich zurück. Und auch die Lust, den Anschluss nicht zu verlieren und einige Kontakte zu erhalten. Wer sich jedoch aus dem aktiven Polizeileben zurückzieht, hat es nicht einfach, am Ball zu bleiben.

Ich nehme so oft wie möglich an den Sitzungen der USPRO, an den Anlässen meiner Sektion und an anderen Veranstaltungen wie den Jahresendfeiern oder Konferenzen über die innere Sicherheit teil. Mit dieser passiven Teilnahme zeige ich zwar mein Interesse, es ist aber nur eine Phase des Übergangs, mehr bringt es nicht. Nicht zuletzt hält mich die Verbandszeitung auf dem Laufenden über die vom VSPB behandelten Themen.

Zu behaupten, der VSPB befinde sich an einem schwierigen Wendepunkt in seiner Geschichte, ist meiner Meinung nach nicht der Rede wert. Die Entwicklung des Verbandes fordert Tag für Tag Arbeit und Entschiede. Es vergeht keine Versammlung, Sitzung oder Konferenz im Sicherheitsbereich, an der nicht der Name VSPB fällt. Das ist ein zweischneidiges Schwert. Wir könnten uns hinter unseren kleinen administrativen oder regionalen Aufgaben verschanzen und uns damit begnügen, im günstigen Moment eine Lohnverbesserung, mehr Personal oder neue Waffen zu fordern und dann auf eine Entscheidung zu warten. Ohne etwas anderes zu tun. Wenn der VSPB aber Interesse an den von seinen Mitglieder aufgeworfenen Problemen zeigt, wenn er die Diskussion eingeht, wenn er an den Debatten teilnimmt und sich im Entscheidungsprozess engagiert, dann kann er auf eine verstärkte Anerkennung aller Partner, mit denen er sich auseinandersetzen will, zählen. Das ist es, was ich meiner Meinung nach mit mehr oder weniger Glück versucht habe.

Bitte ziehen Sie kurz Bilanz über Ihre Amtszeit als Präsident.

Über mein sechsjähriges Präsidium Bilanz zu ziehen, scheint mir ein gefährliches Unterfangen, dem ich mich nicht aussetzen will. Die Archive können meine Tätigkeit am besten bezeugen, vor allem wenn mich mein allzu kurzzeitiges Gedächtnis im Stich lassen sollte. Am besten Aufschluss geben die entsprechenden Jahresberichte und Protokolle der vielen Sitzungen, die unter meiner Leitung standen.

Spontan kommen mir folgende Erfolge in den Sinn:

- Übergabe der Verbandskasse in gutem Zustand
- Übergabe der Stiftungskasse in ausgezeichnetem Zustand
- Entwicklung des Zentralvorstands zu einem starken Organ
- mehr Engagement seitens der Sektionen
- Verbesserung, Intensivierung und Strukturierung des Kontakts zu den Medien
- Funktionstüchtigkeit des Verbandssekretariats zugunsten der Sektionen
- verstärkte Partnerschaft mit den Gewerkschaften
- intensivere Kontakte zu den Verbandskonferenzen
- Modernisierung der Verbandszeitschrift

«Die Politik des VSPB ist darauf ausgerichtet, die Probleme im Dialog lösen zu können»

Gespräch mit Heinz Buttauer

In welchem Jahr sind Sie der Polizei beigetreten? Was waren Ihre Beweggründe, sich diesem Beruf zuzuwenden? In welcher Funktion waren Sie tätig?

Im Jahre 1975 trat ich in das Korps der Stadtpolizei Zürich ein. Die Vielseitigkeit sowie die Möglichkeit, sich für die Bevölkerung einzusetzen, waren wichtige Argumente für mich, diesen Beruf zu wählen. Nach der Ausbildung versah ich den Dienst auf verschiedenen Dienststellen. Vor meiner Wahl zum Präsidenten des VSPB war ich als Regionalwachtchef im Kreis 4 tätig. Seit Juli 2004 arbeitete ich im Bereich Community Policing. Dank einer guten Regelung mit dem Kommando war es mir möglich, 25% meiner Arbeitszeit für den Verband aufzuwenden.

Wann wurden Sie Mitglied des VSPB?

Mit der Aufnahme in den Polizeibeamten-Verband der Stadtpolizei Zürich wurde ich im Oktober 1976 auch automatisch Mitglied des VSPB.

Zu welchem Zeitpunkt begann Ihr Engagement für den Verband innerhalb Ihrer Sektion? Gab es ein einschneidendes Ereignis, welches Sie veranlasste, sich für Ihren Beruf einzusetzen, oder welches waren Ihre Beweggründe? Bitte skizzieren Sie uns einen kurzen Werdegang Ihrer verbandspolitischen Laufbahn bis zur Präsidentschaft VSPB.

Verschiedene Probleme bezüglich Lohn, Arbeitszeit, Drogen, Ausrüstung, um nur einige zu nennen, veranlassten den damaligen Sektionsvorstand neue Vorstandsmitglieder zu suchen. Da ich mich für die Belange der Kollegen einsetzen wollte, stellte ich mich 1986 der Wahl und wurde gewählt. Ich übernahm während 2 Jahren das Amt des Sekretärs,

bevor ich mich entschloss, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Nach 6 Jahren Präsidium übernahm ich zum Abschluss noch zwei Jahre das Amt des Vizepräsidenten, um meinem Nachfolger die Einführungszeit erträglicher zu gestalten.

Mit der Übernahme des Präsidiums auf lokaler Ebene begann auch meine Verbandstätigkeit auf nationaler Ebene. An der Delegiertenversammlung 1992 in Zürich wurde ich in den Zentralvorstand gewählt. 1996 wurde die damalige AK I aufgelöst und neu die AK II ins Leben gerufen. Dieser stand ich als Präsident vor und auch den nachfolgenden AK III und AK III plus. Auf die Delegiertenversammlung 1998 wurde der damalige Leitende Ausschuss um zwei Personen erweitert. Zu meiner Freude wurde ich in dieses Führungsgremium gewählt. Nach zwei Jahren Mitgliedschaft übernahm ich das Amt des Vizepräsidenten. Den Höhepunkt konnte ich erleben, als ich 2004 durch meine Sektion und die Region Ostschweiz als Präsident portiert und in der Stadt meines Wirkens zum Präsidenten unseres stolzen Berufsverbandes gewählt wurde.



*Heinz Buttauer,
Sektion
Zürich-Stadt,
Verbandspräsident
seit 2004*

Wer waren Ihre Mitstreiter während Ihrer Präsidentschaft des VSPB?

Seit meinem Amtsantritt gab es wenige personelle Verschiebungen, und alle mussten vorgenommen werden, da die Amtszeitbeschränkung dies verlangte.

Einer der wichtigsten Mitstreiter war sicher der damalige Generalsekretär, Jean-Pierre Monti. Sein Wissen aus rund 20-jähriger Tätigkeit war für mich äusserst wertvoll und hilfreich.

Auch die weiteren Mitstreiter wie Josef Dittli, Jean-Pierre Zehnder, Max Hofmann und Olivier Prevosto waren und sind auch heute noch treue und äusserst sachbezogene Mitstreiter. Durch den Weggang von Josef Dittli und der Übernahme des Amtes des Generalsekretärs durch Max Hofmann wurden in Genf zwei neue Mitglieder gewählt. Zum ersten Mal in der Geschichte des VSPB nahm in der Person von Hanni Bundi eine Frau in der Geschäftsleitung Einsitz mit Urs Krügel zusammen. Jede Person als einzelnes Individuum leistet in ihrer Art und Weise kostbare Arbeit zu Gunsten unseres Verbandes.

In den ersten Jahrzehnten der Verbandsgeschichte wurde nach dem Vororts-Prinzip gearbeitet. War dieses in Ihren Augen für die Ausübung des Präsidentenamtes förderlich oder eher hinderlich? Bitte begründen Sie Ihre Stellungnahme.

Nach der Gründung unseres stolzen Berufsverbandes war es nicht anders möglich, als im Vororts-Prinzip den VSPB zu leiten. Die Strukturen mussten wachsen und den Gegebenheiten angepasst werden. Die beiden Weltkriege mussten zwischenzeitlich verarbeitet und der Verband musste neu strukturiert werden. In den 60er Jahren zeichnete sich bereits ab, dass die Arbeiten je länger, je mehr Zeit in Anspruch nehmen. Die logische Folge davon war, dass 1982 ein permanentes Verbandssekretariat aus der Taufe gehoben wurde.

Welches sind die vorherrschenden gewerkschaftlichen Brennpunkte während Ihrer Amtszeit?

Seit ich Mitglied der Geschäftsleitung bin, plagen uns immer wieder dieselben Probleme einfach in einer anderen Form. Zusätzlich drängen sich immer mehr in die tägliche Arbeit hinein. Dank den Reglementen innerhalb der verschiedenen Polizeiorganisationen kennen wir das Problem «Gleiche Arbeit – Gleicher Lohn» nicht. Viel grössere Sorgen bereiten mir die radi-

kalen Sparmassnahmen des Bundes, der Kantone, der Städte und Gemeinden. Sie alle wollen immer mehr Sicherheit, streichen jedoch mit Freude und schillernd leuchtender roter Farbe die Budgets zusammen, damit zwangsweise keine oder nur wenige Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden können. Dadurch wächst durch die kurzfristige Sichtweise das Manko im Personalbestand gesamtschweizerisch auf rund 1500 Polizeibedienstete.

Ein weiteres sehr gewichtiges Problem beschäftigt uns: die Gelüste der Armee und privater Sicherheitsanbieter, vermehrt polizeihohheitliche Tätigkeiten auszuüben. Tätigkeiten im hoheitlichen Bereich, in welchem Zwangsmassnahmen angewendet werden müssen, sind ausschliesslich Polizeiorganisationen von Bund, Kanton und Gemeinden vorbehalten.

Wie intensiv gestaltete sich die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften im eigenen Land wie auch mit dem Ausland?

Seit Jahren pflegen wir gute Kontakte zu anderen Gewerkschaften und Verbänden. Da wir eine reine Branchenorganisation und zu rund 98% organisiert sind, sind wir so stark, dass wir keinen vollständigen Beitritt zu einer grossen Gewerkschaft ins Auge fassen müssen. Bei verschiedenen politischen Eingaben oder Abstimmungen arbeiten wir punktuell mit anderen Dachorganisationen zusammen.

Wir pflegen auch zu anderen europäischen Polizeiorganisationen sehr gute Kontakte.

Die Arbeit der Polizei ändert sich fortwährend und muss oftmals innerhalb kurzer Zeit auf neue Situationen eingestellt werden. Wie beurteilen Sie persönlich die Ausbildung und das Weiterbildungsangebot der Polizei während Ihrer Laufbahn, insbesondere während Ihrer Präsidentschaft?

Wir haben in der Schweiz eine sehr gute Ausbildung für Angehörige der verschiedenen Polizeikorps. Mit dem neuen «Bildungspolitischen Gesamtkonzept» werden die verschiedenen Ausbildungsmodule gesamtschweizerisch harmonisiert. Leider ist das BGK im Speziellen auf die Kantone ausgerichtet. Die Regionalen Ausbildungszentren – RAZ – müssen zuerst den Beweis erbringen, dass sie auch genügend Ausbildungsplätze für die kleineren Städte, Gemeinden und die Bahnpolizei haben. Sollte dies nicht der Fall sein, wird das BGK zur Totgeburt.

Hatten Sie bereits Frauen im Polizeidienst? Wie sehen Sie die Arbeit der Frau als Polizistin? Hat dieses Thema den Verband stark beschäftigt?

Zu Beginn meiner Polizeilaufbahn hatten wir nur bei der Kriminalpolizei Frauen. Erst einige Zeit später wurden auch Frauen in den allgemeinen Polizeidienst aufgenommen. Sie leisten sehr gute Arbeiten und in den verschiedensten Situationen kann die Anwesenheit einer Frau deeskalierend wirken. Innerhalb des VSPB gab es mit dem Einzug der Frauen im Polizeidienst keine grossen Wellen.

Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit Bund und Behörden als Präsident des VSPB erlebt? Wurde der Verband als Ansprechpartner für polizeiliche Probleme und Herausforderungen wahrgenommen?

Meine Vorgänger mit dem Generalsekretär zusammen bereiteten den Weg vor, um mit den Sachproblemen auf Stufe Bund diskutieren zu können. Was ein absolutes Novum ist, dass der VSPB zu den verschiedensten Hearings in Kommissionen des Stände- und des Nationalrates eingeladen wird. Diese Anerkennung unserer Arbeit bedeutet aber auch für uns, dass wir unser Niveau halten respektive noch erhöhen müssen, um immer wieder als kompetenter Partner anerkannt zu werden.

Seit längerer Zeit ist das Verhältnis zwischen der Armee und der Polizei immer wieder ein brisantes und intensiv diskutiertes Thema: wie gestaltete sich das Verhältnis während Ihrer Amtszeit? Gab es bereits Anlässe und Gelegenheiten, bei welchen die Armee polizeihöhere Aufgaben übernommen hatte? War die Aufgabenwahrnehmung zwischen Armee und Polizei klar, oder gab es Berührungspunkte, welche sich schwierig gestalteten?

Seit dem Fall des «Eisernen Vorhangs» sucht die Armee immer neue Tätigkeitsfelder. Durch die immense personelle Aufstockung der militärischen Sicherheit – MilSich – wird insbesondere für diesen Bereich fieberhaft versucht, polizeihöhere Arbeit an Land zu ziehen. Durch die unrealistischen Sparübungen fühlt sich die Armee prädestiniert, polizeiliche Arbeiten ausführen zu können. Sie glaubt, dass das Tragen eines blauen anstelle eines grünen Béréts genüge, diese Arbeiten erledigen zu können. Die Armee mit all ihren Einheiten hat jedoch gemäss Bundesverfassung einen ganz anderen Aufgabenbereich. Die Politik ist sich hoffentlich im Klaren, dass es zu keiner Vermischung zwischen Polizei und Armee kommen kann. Verschiedene Strategen der Armee glauben jedoch immer noch, dass sie das moderne demokratische Denken unterlaufen und für zweckfremde Visionen einsetzen können.

In den Jahren Ihrer Präsidentschaft, welches Ereignis hat Sie am meisten beschäftigt, am tiefsten berührt? War es ein Erfolg oder gar ein Misserfolg?

Während des Verfassens dieser Zeilen blicke ich auf eine kurze Präsidentschaftszeit von zwei Jahren zurück. Als Erfolg durfte ich erleben, dass es dem VSPB gelang, nachdem 2001 eine polizeirelevante Munition abgelehnt wurde, das Dossier neu zu eröffnen und mit klaren Zielen voran und mit Erfolg zum Ziel führen zu können.

Die Politik des VSPB ist ausgelegt auf kritische Begutachtung, aber immer darauf ausgerichtet, die Probleme im Dialog lösen zu können. Dass der VSPB zu Hearings auf nationaler Ebene eingeladen wird, bestätigt mich in der Vorgehensweise der Verbandspolitik und sie wird auch in diesem Sinn weitergeführt. Konstruktive Politik sehe ich als wirkungsvoller an, als immer wieder von Kampfmassnahmen oder Streik zu sprechen.



Die Entwicklung des Mitgliederbestandes im VSPB 1907–2006

Jahre	Mitglieder	Sektionen	Jahre	Mitglieder	Sektionen
1907		8	1947	5 707	70
1908		18	1948	5 956	70
1909	1 162	23	1949	6 150	70
1910	1 291	27	1950	6 282	70
1911	1 863	37	1951	6 378	70
1912	1 992	37	1952	6 614	70
1913	1 976	38	1953	6 730	70
1914	1 951	37	1954	6 959	70
1915	2 080	38	1955	7 093	71
1916		38	1956	7 402	71
1917		40	1957	7 671	71
1918	2 197	41	1958	7 868	72
1919	2 422	41	1959	8 147	72
1920	2 674	41	1960	8 336	73
1921	2 709	41	1961	8 432	73
1922	2 828	42	1962	8 759	73
1923	2 838	42	1963	9 149	74
1924	2 900	45	1964	9 582	75
1925	2 932	46	1965	10 109	75
1926	2 966	46	1966	10 407	76
1927	3 000	46	1967	10 708	77
1928	3 072	46	1968	10 997	77
1929	3 132	46	1969	11 304	77
1930	3 272	47	1970	11 519	77
1931	3 416	50	1971	11 833	77
1932	3 846	52	1972	12 160	77
1933	3 948	54	1973	12 529	77
1934	4 059	55	1974	12 853	77
1935	4 238	55	1975	13 273	77
1936	4 332	57	1976	13 726	77
1937	4 311	55	1977	14 091	79
1938	4 412	59	1978	14 406	80
1939	4 541	62	1979	14 589	81
1940	4 588	62	1980	14 802	82
1941	4 860	63	1981	15 049	82
1942	5 052	65	1982	15 405	83
1943	5 027	66	1983	15 778	83
1944	5 305	69	1984	16 092	83
1945	5 510	70	1985	16 400	82
1946	5 544	70	1986	16 601	82

Jahre	Mitglieder	Sektionen
1987	16 703	82
1988	17 072	83
1989	17 272	82
1990	17 372	81
1991	17 682	81
1992	18 081	81
1993	18 471	81
1994	18 716	81
1995	18 885	80
1996	19 052	80
1997	19 250	80
1998	19 294	79
1999	19 409	79
2000	19 676	80
2001	19 890	80
2002	20 387	79
2003	20 952	79
2004	21 901	78
2005	22 265	78
2006	22 551	76

In den Jahren ab 1997 wurden zwischen verschiedenen Sektionen Fusionen gebildet und die eine oder andere in eine grössere Sektion überführt. So zum Beispiel integrierte sich die Sektion Thun in die Sektion Bern-Kanton. Die Anzahl der Sektionen ist auf diese Weise zurückgegangen, nicht aber der Mitgliederbestand.

Im Jahr 2007 gehören dem Verband 73 Sektionen an, wurden doch Ende 2006 drei bisher selbstständige Sektionen aufgelöst und überführt. Dies sind:

- NE La Chaux-de-Fonds-Ville wurde überführt in die Sektion Neuchâtel Canton
- TI Locarno e dintorno wurde überführt in die Sektion Tessin-Kanton
- Zürich-Detektive wurde überführt in die Sektion Zürich-Stadt



Personalausweis
1944

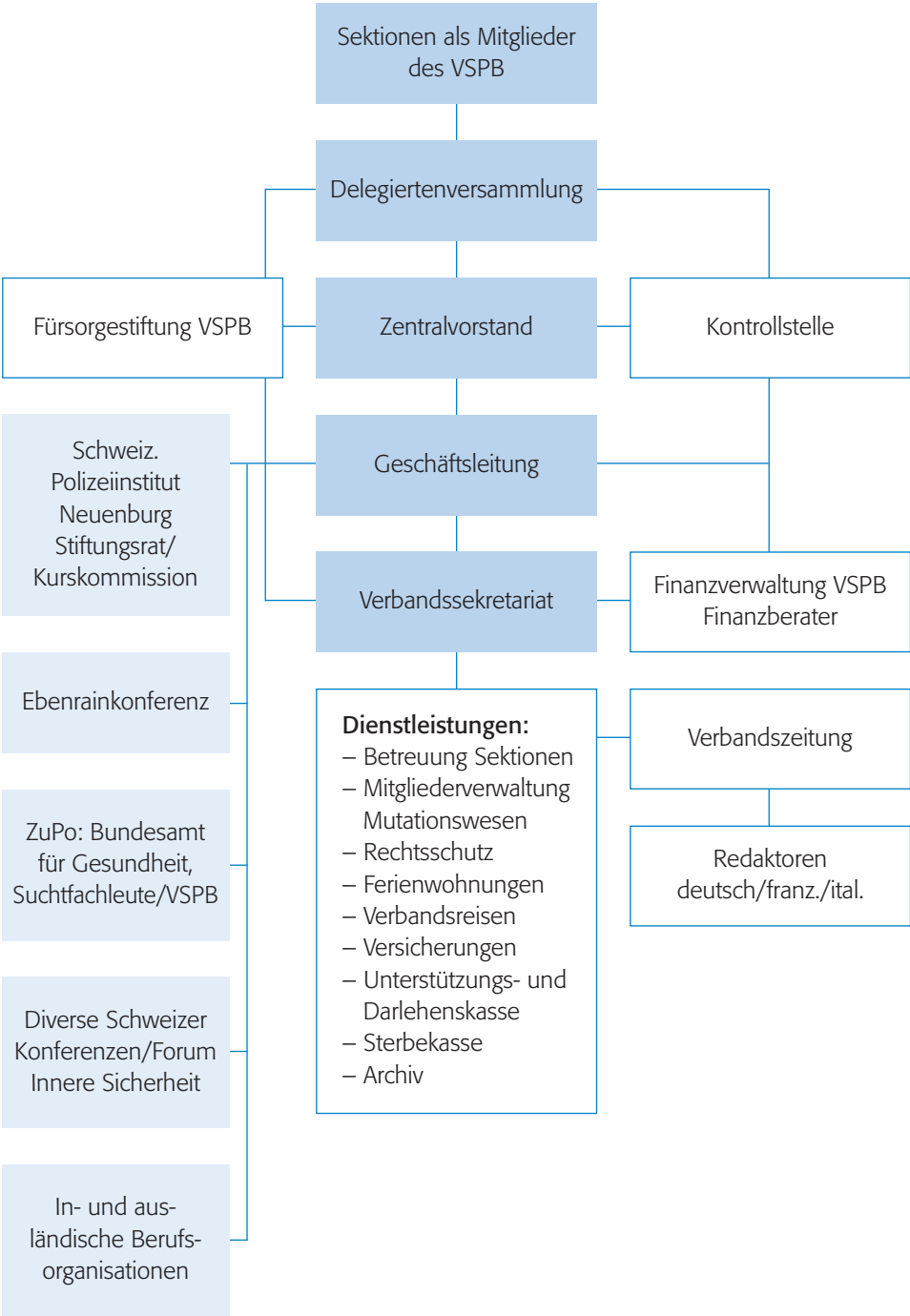
Carte de police
1944

Documento
personale 1944

Eintrittsjahre der Sektionen des VSPB

- 1907 Appenzell Ausserrhoden
Bern-Kanton
Bern-Stadt
Graubünden-Kanton
Luzern-Stadt
Neuchâtel-Gendarmerie
St. Gallen-Stadt
Zürich-Stadt
- 1908 Basellandschaft-Kanton
Basel-Stadt
Chur
Graubünden-Gemeinden
Jura bernois
La Chaux-de-Fonds
Schaffhausen-Stadt
Winterthur
Zug-Stadt
Zürich-Detektive
- 1909 Aargau-Gemeinden
Bienne
Luzern-Kanton
St. Gallen-Kanton
Schaffhausen-Kanton
- 1910 Genève-Gendarmerie
Lausanne
Le Locle
Zug-Kanton
- 1911 Liestal
Nidwalden
Olten
Schwyz
Solothurn-Kanton
Solothurn-Stadt
Thurgau-Kanton
Thurgau-Gemeinden
- 1915 Ticino
- 1917 Appenzell Innerrhoden
Uri
- 1918 Neuchâtel-Ville
- 1922 Riviera vaudoise
- 1924 Baden
- 1925 Lugano
- 1931 Basellandschaft-Gemeinden
Bern-Gemeinden
Yverdon et environs
- 1932 Aarau
Zürich-Kanton
- 1933 Aargau-Kanton
Thun
- 1934 Val-de-Travers
- 1936 Vignoble neuchât.
Zofingen
- 1938 Bundespolizei
Obwalden
- 1939 Glarus
Valais-Canton
Zürich-Gemeinden
- 1941 Vaud-Gendarmerie
- 1942 Fribourg-Gendarmerie
Fribourg-Ville
- 1943 Bellinzona
- 1944 La Côte
Lavaux
Vaud-Sûreté
- 1945 Genève-Sûreté
Sion
- 1946 Grenchen
- 1955 Locarno
Plaine-du-Rhône
- 1958 Fribourg-Sûreté
- 1960 Valais-Sûreté
- 1963 Neuchâtel-Sûreté
- 1964 Genève-Ville
- 1965 Chiasso
- 1966 Sierre et environs
- 1975 Fribourg-Communes
- 1976 Genève-Aéroport
Zürich-Verkehrsbeamte
Genève-Communes
Genève-AGAG
Jura-Canton
Jura-Communes
- 2000 Bundeskriminalpolizei
- 2002 Bahnpolizei Schweiz

Organigramm Verbandsstruktur



Die Präsidenten des VSPB

Nach der Gründung im Jahre 1907 und nachdem der neue Verband sich Statuten gegeben hatte, ging es darum, sich zu konstituieren. Die Statuten sahen den Leitenden Ausschuss als das künftig leitende Organ oder die Exekutive des Verbandes vor. Dieser bestand damals aus einem Zentralpräsidenten, dem Vizepräsidenten, dem Zentralaktuar, dem Zentralkassier und dem Rechtskonsulenten. Im Verlauf der Jahrzehnte veränderte sich diese Konstellation nur wenig. Im Jahre 1981 beschloss die Urabstimmung die Einführung eines Zentralsekretariates mit der Stelle eines vollamtlichen Zentralsekretärs. Im Jahre 1996 wurde aus dem Leitenden Ausschuss die Geschäftsleitung. Der Zentralsekretär wurde Generalsekretär und das dazugehörige Sekretariat nannte sich zeitgemäss Verbandssekretariat.

Gleich nach der Gründung des Verbandes wurde auch über Funktionäre und Geschäfte, über Sektionen und Mitglieder Statistik geführt. Der folgenden Tabelle kann entnommen werden, welches die Präsidenten von 1907 bis 2007 und ihre Amtsdauer waren:

1907–1920	Zürich-Stadt	Heinrich Gut Albert Schoch Adolf Fehr
1920–1923	La Chaux-de-Fonds	François Groz Alfred Bois
1923–1927	Luzern-Kanton	Leo Wolfisberg
1927–1930	Genève-Canton	Alois Gutknecht
1930–1934	Basel-Stadt	Fridolin Häusler
1934–1938	St. Gallen-Kanton und Stadt	Eduard Schmid
1938–1942	Neuchâtel-Canton	Jules Troyon
1942–1946	Bern-Stadt	Otto Büchi
1946–1950	Zürich-Kanton	Paul Stucki
1950–1954	Lausanne-Ville	Robert Marguet
1954–1958	Aargau-Kanton	Fritz Meier
1958–1962	Zürich-Stadt	Adolf Gege
1962–1966	Genève-Canton	André Clerc
1966–1970	Basel-Stadt	Charles Bula
1970–1974	Bern-Stadt	Ernst Merz
Ab 1974 lesen Sie die spannenden Interviews mit den ehemaligen VSPB-Präsidenten, von Jean Chesaux bis zum heutigen Präsidenten Heinz Buttauer, ab Seite 25		
1974–1978	La Côte VD	Jean Chesaux
1978–1982	Ticino-Cantone	Sergio Crivelli
1982–1988	Basel-Stadt	Ernst Berger
1988–1994	Genève-Kripo	Daniel Stuby
1994–1998	Uri-Kanton	Walter Zraggen
1998–2004	Bundespolizei	Helmut Schmid
seit 2004	Zürich-Stadt	Heinz Buttauer

Aufbruchstimmung

Im dritten und letzten Teil der Chronik zum 100-jährigen Bestehen des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter VSPB soll nach der Gründung und den Anfangsjahren, nach der Entwicklungs- und Konsolidierungszeit, ab den 1980er Jahren die Zeit der Neupositionierung aufgezeigt werden. Diese Neupositionierung des Verbandes basierte in erster Linie auf zwei zentralen Überlegungen. Nach den gemachten Erfahrungen mit dem Vorortssystem als Führungsprinzip bekundeten die jeweiligen leitenden Ausschüsse mehr und mehr Mühe, in den ihnen zur Verfügung stehenden vier Mandatsjahren die an Volumen und Komplexität stets zunehmenden Aufgaben im Sinne des mittlerweile auf 82 Sektionen und 14 800 Mitglieder angewachsenen Verbandes zu bewältigen. Das herkömmliche, noch aus Anfangszeiten stammende Milizsystem hatte die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Parallel zu dieser Erkenntnis erwachte innerhalb der Sektionen und ihrer Mitglieder ein sich immer deutlicher abzeichnendes branchenpolitisch orientiertes Selbstgefühl. Der Ruf nach vermehrter Öffentlichkeitsarbeit wurde laut, um bei Politik und Behörden eine breitere Anerkennung für Polizistinnen und Polizisten zu erwirken, die einen Beruf ausüben, der, noch nicht eidgenössisch anerkannt, immer höhere Anforderungen an Sozial- und Berufskompetenz stellte. Aber auch die sich verändernden Kriminalitätsformen und eine Gewaltbereitschaft, deren Schwelle beängstigend nach unten gerutscht war, forderten innerhalb der Reihen der Polizei ihren Tribut. In einem politischen Umfeld, das in den 1970er und 1980er Jahren von Terrorismus und Jugendunruhen bisher unbekanntem Ausmasses geprägt war, mussten Kolleginnen und Kollegen ihr Leben lassen oder wurden gesundheitlich schwer geschädigt.

Es herrscht Aufbruchstimmung. Die Mitglieder wollen strukturelle Änderungen sowohl in der Leitung als auch in der Politik des Verbandes. Die 74. Delegiertenversammlung in Neuenburg beschliesst mit 64:18 Stimmen die Schaffung eines permanenten Zentralsekretariates. Dieses wird an der Herbstsitzung des Zentralvorstandes 1982, mit Sitz in Luzern, eröffnet. Der bisherige Redaktor des VSPB-Organs, Peter A. Sigron, wird zum ersten Zentralsekretär gewählt. Mit der Inbetriebnahme des Zentralsekretariats und der Einsetzung eines hauptamtlichen Zentralsekretärs wird das Vorortsprinzip als Leitungsstruktur des VSPB durch einen Leitenden Ausschuss ersetzt, dessen Präsident der Basler Ernst Berger wird. Die Mitglieder des Leitenden Ausschusses rekrutieren sich aus den diversen Landesre-



*Polizistinnen im internationalen Einsatz
Engagement international de policières
Agenti femminili di polizia nell'impiego internazionale*

gionen und Sektionen der Schweiz. Mit diesem historischen Schritt gibt sich der Verband eine zukunftsorientierte und effiziente Führungsstruktur. Von nun an laufen die Tagesgeschäfte, Anträge und verbandspolitischen Visionen in der «Zentrale» in Luzern zusammen. Das neue System bringt in seinem Kielwasser die dringend notwendige Entlastung des Verbandspräsidenten und eine bessere Verteilung der spezifischen Geschäfte auf die anderen vier Mitglieder des Leitenden Ausschusses. Der Zentralsekretär war und ist Vordenker und Koordinator. Er ist im Wesentlichen dafür verantwortlich, dass die Sozialpartnerschaft immer wieder hinterfragt und den politischen und branchenspezifischen Realitäten angepasst wird, mit dem Ziel, die Perennität und die Philosophie der Grundidee des VSPB zu bewahren und zu fördern. Ab 1996 mutiert der Zentralsekretär, auf Grund der Komplexität seines Mandats, zum Generalsekretär. Der Leitende Ausschuss wird zur Geschäftsleitung und das Zentralsekretariat nennt sich fortan Verbandssekretariat.

Eine neue Ära in der Verbandsgeschichte hat ihren Anfang genommen. Nach anfänglicher Skepsis und Kritik seitens einiger Sektionen gegenüber dem neuen Zentralsekretariat konnte dieses, nach Überwindung der unvermeidbaren Kinderkrankheiten, gefestigt seinen Platz in der Verbandsstruktur einnehmen. In diesem Rahmen konnte der Nachfolger von Peter A. Sigron, der Berner mit Tessiner und Neuenburger Wurzeln, Jean-Pierre Monti, ein auf soliden Fundamenten basierendes Sekretariat übernehmen und weiter ausbauen. Der Wechsel erfolgte an der 78. Delegiertenversammlung von 1986 in Genf.

Etappen

- Ab 1987** Eine vordringliche Aufgabe war es, das Sekretariat in ein benutzerfreundliches, den Gremien zur Verfügung stehendes Dienstleistungszentrum zu strukturieren. Gute Ansätze waren vorhanden. Doch die Logistik musste modernisiert werden. Zuerst ging es darum, den Finanzhaushalt zu konsolidieren. Das Buchhaltungssystem entsprach noch der guten alten «Milchbüchlirechnung». Für den Abschluss der Jahresrechnung verstrichen zirka drei Wochen. Die Stunde der Elektronik hatte geschlagen. Ab 1988/89 wurden die ersten PCs eingeführt.
- 1988/89** Einführung EDV. Umstellung der manuellen Buchhaltung auf die Vorgeneration des E-Banking. Diese Einführung stand als weiterer Schritt in Richtung Professionalisierung unter der Expertenführung von Treuhänder Hugo Herzog, der sozusagen zum «Finanz-Magistraten» avancierte. Von nun an ist die VSPB-Buchhaltung professionell und transparent.
- 1989/90** Die Fichenaffäre erschüttert das Land. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen bewegt sich gegen den Nullpunkt. Der Bundesrat lässt die Polizei im Regen stehen. Der damalige Verbandspräsident Daniel Stuby und der Zentralsekretär arbeiteten Nächte hindurch, um an der DV in Freiburg ein markantes Protestkonzept zu präsentieren. Wie man weiss, war die Wirkung in Helvetien gewaltig. Es läutete gleichzeitig eine neue verbandspolitische Strategie ein. Von nun an sollte der VSPB keine Angriffe auf Beruf und Personal unwidersprochen passieren lassen. Einen Vorgesmack auf diese neue Politik hatte man bereits im Jahre 1988 bekommen, als die bündnerischen

internen Verbandsquerelen auf pragmatische Art und Weise beendet wurden.

Der VSPB beschloss, sich in alle Belange einzumischen, politisch wie medial, die Berufs- und Sozialbedingungen betrafen. Öffentlichkeitsarbeit in breiter Handhabe wurde vorangetrieben.

1991 bis 97 Es waren die Jahre der offenen Drogenszenen in der Schweiz. In Zürich fand 1991 eine diesbezügliche Präsidentenkonferenz statt, welche als Standortbestimmung zur Haltung des VSPB gegenüber der bundesrätlichen Politik dienen sollte.

Nach intensiven Diskussionen beschloss das Plenum, den Bundesrat auf schriftlichem und mündlichem Wege aufzufordern, eine gesamtschweizerische, kohärente Drogenpolitik zu verfolgen.

Drogentourismus, Rösti-Graben, Methadonprogramme, Schadenminderung, Prävention und Repression sollten den gegebenen Umständen angepasst werden. Der Vorläufer der 4-Säulen-Politik des Bundes war geboren.

1994 Die Situation im Drogensektor nimmt in diesem Jahr katastrophale Ausmasse an. Christian Buschan, wissenschaftlicher Adjunkt im BA und der Zentralsekretär Jean-Pierre Monti nahmen diese Situation mit wachsender Sorge wahr. Dies bewog die Ervähnten im Fröhjahr 1994 die nationale Arbeitsgruppe ZuPo (Zusammenarbeit Polizei und Suchtfachleute) ins Leben zu rufen. Ziel war und ist es, auf Ebene der Frontleute gegenseitige Ängste abzubauen, sich kennen zu lernen und zuhanden des EJPD und des EDI Vorschläge und Anträge im Rahmen der Drogenbekämpfung auszuarbeiten. Zur Vertiefung der sachpolitischen Inhalte wurde beschlossen, alljährlich zweitägige Seminare durchzuführen.

1996 Das Bedürfnis, sich im Service public besser, klarer und machtvoller auf der Bühne von Politik und Öffentlichkeit vernehmen zu lassen, führte den Zentralverband des Gemeinde- und Staatspersonals ZV, den Schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband LCH und den VSPB dazu, im Schloss Ebenrain die gleichnamige Konferenz zu gründen. In den vergangenen zehn Jahren wurde aus dieser Konferenz eine Allianz der Arbeitnehmenden des Service public. Mit 800 000 Mitgliedern ist sie zur grössten Arbeitnehmerorganisation des öffentlichen Dienstes und der Angestellten in der Schweiz avanciert.

1997 Als Alternative zur alle zwei Jahre stattfindenden Delegiertenversammlung und da die Geschäftsleitung der Überzeugung war, dass es ein zweites verbandspolitisches Fenster in Richtung Öffentlichkeit brauchte, wurde 1997 das Forum «Innere Sicherheit» gegründet. Um Ideen-Nachahmern zuvorzukommen, wurde der Titel «Forum Innere Sicherheit 2000» beim Amt für geistiges Eigentum in Bern eingetragen und geschützt. Das Forum entwickelte sich immer mehr zu einer absolut notwendigen Plattform, welche den Fokus auf Probleme der inneren Sicherheit richtete, die in einer breiten Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der Mitgliedschaft des VSPB, nur selten oder nicht

diskutiert wurden. Jedes Jahr stand das Forum «Innere Sicherheit» unter einem anderen Titel. Sei es Gewalt gegen Polizei oder an Schulen, die Drogenpolitik oder der Einfluss der Medien auf unsere tägliche Arbeit. 2006 fand es unter dem Motto «Hooliganismus, Extremismus» im Stade de Suisse Wankdorf in Bern statt. Die Charakteristik dieses Forums bestand stets darin, gute Fachexperten einzuladen und ein breites Diskussionspodium zu eröffnen. Der Erfolg gibt uns bis heute Recht.

1998 Seit Beginn der 1950er Jahre war der Anschluss des VSPB an Europa, in diesem Fall an die Union Internationale des Syndicats de Police UISP mit Sitz in Luxemburg, immer wieder Diskussionsthema. Auf Grund des neuen Berufsstatuts und der Tatsache einer sich rasch wandelnden Polizei in der Schweiz und in Europa beschloss die Delegiertenversammlung, nach einer intensiven Informationskampagne, mit 80% Stimmenanteil, der UISP, heute EuroCOP, beizutreten. Die Auflage war von Anfang an, der VSPB solle in diesem Europa der Polizeien eine aktive Rolle übernehmen, was bis heute mit Erfolg der Fall ist.

2003 In Luzern findet der erste ordentliche Kongress der EuroCOP, Nachfolgeorganisation der ehrwürdigen UISP, statt. Für die Schweiz eine grosse Ehre. Die perfekte Durchführung dieses europäischen Grossanlasses der Polizei ist heute noch Referenznorm. Zur Verdeutlichung innereuropäischer Polizeisolidarität folgendes Beispiel, welches vielleicht in anderer Form sich auch in der Schweiz hätte zutragen können.

EuroCOP setzte sich im Jahr 2005 mit der immer intensiver werdenden Aktivität privater Sicherheitsfirmen auf europäischer Ebene auseinander. Eine Umfrage bei allen Mitgliedsorganisationen zum Thema private Sicherheitsfirmen soll es EuroCOP erlauben, eine vereinheitlichte Haltung zu definieren, welche später im Europarat in Strassburg und bei der EU in Brüssel vertreten werden kann.

Militarisierung der Polizei war ebenfalls ein grosses Thema. In diesem Zusammenhang stellte die Schweiz den Antrag, nachdem die Kolleginnen und Kollegen der slowakischen Polizei wieder der militärischen Jurisdiktion unterstellt worden waren, in Bratislava eine Protestkundgebung der slowakischen Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu unterstützen. Die Missachtung des slowakischen Innenministers auch gegenüber dem Vorsitzenden der sich wehrenden Polizeigewerkschaft ging so weit, dass er diesen degradierte und in einen subalternen Dienst, die Wartung von Funkgeräten, versetzte. In der Folge fasste das EuroCOP-Komitee an seiner Sitzung vom 3. November 2005 eine entsprechende Resolution. Darin zeigte sich EuroCOP schockiert über die Reaktion des Innenministeriums der Slowakei, die durch ihre Reaktion gegenüber der slowakischen Polizeigewerkschaft eindeutig Anzeichen eines autoritären Regimes denn einer reifen Demokratie erkennen liess.

Der Solidaritätsantrag des VSPB wurde einstimmig angenommen. In der Folge unterstützten die in Bratislava anwesenden Mitglieder des EuroCOP-Komitees die Protestkundgebung vom 3. Dezember 2005. Als einziger Ver-

treter des Komitees hatte der Verfasser die Ehre, vor gut 5000 Polizistinnen und Polizisten die vom VSPB verfasste Protestnote zu verlesen.

Im Folgenden wurde das Vorhaben, die Polizei der militärischen Jurisdiktion zu unterstellen, fallengelassen und die Arbeit der slowakischen Polizeigewerkschaft anerkannt. Ebenfalls die Degradierungsmaßnahmen gegen den Vorsitzenden der slowakischen Polizeigewerkschaft wurden aufgehoben.

7. Mai 2003 Nach dreizehn langen Jahren des Streitens und der Überwindung von Hindernissen aller Art war es am 7. Mai 2003 endlich so weit. Mit seiner Unterschrift unter das Berufsprüfungsreglement und der entsprechenden Wegleitung anerkannte Bundesrat Joseph Deiss den Beruf Polizistin/Polizist auf eidgenössischer Ebene im Sinne des neuen schweizerischen Berufsbildungsgesetzes. Im gleichen Schritt wurden alle bis dato in einem Polizeikorps Beschäftigten ebenfalls beruflich anerkannt und die Berufsbezeichnung amtlich geschützt – was uns gegenüber Privaten deutlich absetzt. Der grösste Challenge zweier leicht euphorisierter Polizisten war in der Verücktheit der Vision Realität geworden.



*Die Geschäftsleitung des VSPB während einer Sitzung des Zentralvorstandes
Le Bureau exécutif durant une séance du Comité central
L'Ufficio esecutivo della FSFP durante i lavori del Comitato centrale*

Der VSPB ist Mitbegründer des Schweizerischen Polizeiinstituts

Die Anfänge

Nach den verheerenden Folgen des Zweiten Weltkrieges lag praktisch ganz Europa in Trümmern. Die demokratischen Institutionen, dazu zählt auch die Polizei, standen vor der immensen Aufgabe des Neubeginns und des Neuaufbaus. Die Schweiz, die von den Gräueln des Krieges grösstenteils verschont geblieben war, musste sich bewegen, wenn sie nicht durch den Wiederaufbau Europas überholt und als Postkarteninsel mitten im Kontinent stehen bleiben wollte. Die schweizerischen Institutionen waren mentalitätsmässig auf Vorkriegsniveau stehen geblieben und bedurften einer dringenden Hinterfragung. Und zwar auf allen Ebenen. Dies galt insbesondere für die Polizei und deren Image. Ihre Strukturen waren jene einer hierarchisierten paramilitärischen Organisation mit straffen Führungsgrundsätzen, welche mehr der Armeeeinstruktion entstammten denn einer zertifizierten Berufsbildung. Bei Bund und Kantonen, aber auch in Städten und Gemeinden war man sich einig, dass im Sektor Aus- und Weiterbildung der Polizei neue Wege beschritten werden mussten. Diese Auffassung vertrat auch der Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB, schon während der Kriegsjahre. Gestützt auf die Beobachtung, dass die Polizei durch diktatorisches Machtgehabe ihre Grundaufgabe als Dienerin demokratisch erlassener Gesetze der Bevölkerung gegenüber missbraucht und ihrer Ethik beraubt wurde, forderte er eine grundsätzliche Überprüfung ihrer Strukturen. Damit verbunden war der Gedanke einer didaktischen, möglichst einheitlich vermittelten beruflichen Aus- und Weiterbildung. Sinngemäss eine «Unité de doctrine», bevor der Begriff als solcher überhaupt zur Anwendung kam.

Am 5. Januar 1946 war es dann so weit: die Gründung eines Schweizerischen Polizeiinstituts mit Sitz in Neuenburg wurde Realität. Regierungsratspräsident des Kantons Neuenburg Leo Dupasquier, Gemeinderat Georges Béguin, Neuenburg, VSPB-Präsident Otto Büchi und VSPB-Zentralsekretär Bartolomeo Frosio, beide aus Bern, Maurice Nooser, Theologieprofessor an der Universität Neuenburg, Albert Rais, Bundesrichter in Lausanne, Jean-Georges Baer, Professor an der Universität Neuenburg, François Clerc, Professor an der Universität Neuenburg, Oscar Härdy, Staatsanwalt in Zürich, Jules Troyon, Kantonspolizist in Neuenburg und ehemaliger VSPB-Präsident, Willy Bleuler, Kommandant der Stadtpolizei Neuenburg, Charles Gilliéron, Privatdozent an der Universität Lausanne, und Albert Morand, Polizeiinspektor in Winterthur, waren die Gründer des SPI.

In seinen Statuten, unter Artikel 2, ist der Zweck des neuen Instituts verankert: «... sobald ihr Kapital (der Stiftung) den Betrag von fünfzigtausend Franken erreicht, in Neuenburg ein schweizerisches Polizeiinstitut, eine Schule für Polizeibeamte und Agenten der Gerichtspolizei der ganzen Schweiz zu schaffen.

Die Stiftung kann mit ihrem Kapital zusätzliche wissenschaftliche Institutionen, wie z. B. ein Institut für Gerichtspolizei und Chemie, ein Institut für Gerichtsmedizin, ein Institut für internationales Strafrecht und eine Bibliothek für Strafrecht errichten.

Sie kann ebenfalls, namentlich in Neuenburg, Fortbildungskurse für Magistraten, Beamte und Polizeibeamte des ganzen Landes organisieren.»

Das SPI festigt sich

60 Jahre nach der Gründung des Schweizerischen Polizeiinstituts in Neuenburg ziehen wir respektvoll den Hut vor dem Mut dieser Handvoll Pioniere. Sie bewiesen, kurz nach Kriegsende, zukunftsorientierten Sinn und einen erstaunlichen Geist der Öffnung auf ein neu zu schaffendes Europa, auch das der demokratischen Polizeien. Wir wissen, dass die Polizei in all den Jahren des Krieges und der Wirren und Irrungen zum Teil auch eine andere als die ihr zuge dachte Rolle gespielt hat. Deshalb mag es durchaus zutreffen, dass sich die Gründer gesagt haben, solches dürfe in der Schweiz niemals mit der Polizei geschehen. Dieser Gedanke wird durch die Tatsache unterstrichen, dass die Polizeihöhe in unserem Land bei den Kantonen liegt und in der damaligen Zeit eine einheitliche Aus- und Weiterbildung von Polizisten wenig oder überhaupt nicht existent war. Mit einer vereinheitlichten Aus- und Weiterbildung ergab sich die Möglichkeit, solchen Gefahren Vorschub zu leisten.

Integration und Neudefinierung im Wandel der schweizerischen Polizei

Seit den Gründerjahren des SPI wurde unsere Gesellschaft mit tief greifenden Veränderungen konfrontiert. Das Ende des Kalten Krieges war so ziemlich sicher das Ereignis, welches das Weltkartenspiel neu durchmischte. Es entstanden neue Märkte in den ehemaligen kommunistischen Staaten. Die Etymologie des Wortes «Demokratie» wurde neu definiert. Solidarität mit den Menschen der ehemaligen Ostblockstaaten wurde zum viel diskutierten Themenkreis. Die Wirtschaft orientierte sich neu. Ausdrücke wie Flexibilität und Globalisierung hielten Einzug im modernen Sprachgebrauch und in den Wörterbüchern.

Dass aber die Neuorientierung unserer Gesellschaft nicht ohne Misstöne vollzogen würde, war abzusehen. Flexibilität und Globalisierung hielten auch im Verbrechen Einzug. Die Kriminalität organisierte sich zu einem globalisierten Riesengeschäft. Ohne auf Personalprobleme, finanzielle Mittel und Logistik Rücksicht nehmen zu müssen, stellte sie die etablierten Werte des Rechtsstaates auf eine harte Probe. Insbesondere auf Vollzugsebene. Es musste rasch reagiert werden. Die Ausbildung der Polizei musste den neuen Herausforderungen angepasst werden. Mit der Bildung polizeilicher Konkordate auf kantonaler Ebene wurde ein erster wichtiger Schritt in Richtung einer Unité de doctrine im Rahmen der Ausbildung vollzogen.

Auch der VSPB musste sich neu orientieren. Europa wuchs politisch und wirtschaftlich mehr und mehr zu einer Einheit zusammen. Die europäischen Polizeien kamen sich dadurch logistisch wie auch taktisch immer näher. Diese Tatsache bewog den Verband Schweizerischer Polizeibeamter Anfang der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts mit dem ganzen Gewicht einer branchenorientierten Personalorganisation für die eidgenössische Anerkennung des Berufes Polizist/Polizistin zu kämpfen. Aber wie sollte die formelle Anerkennung im Jahre 2003 in die Praxis umgesetzt und Bund und Kantone davon überzeugt werden, Polizist und Polizistin sei von nun an nicht mehr eine amtliche Funktion, sondern ein gesamtschweizerisch anerkannter Beruf?

In dieser komplexen Frage übernahm wieder einmal das Schweizerische Polizeiinstitut eine Schlüsselfunktion. Im SPI kam es intern zu einer fundamentalen Überprüfung der angebotenen Leistungen innerhalb seiner seit beinahe 60 Jahren kaum veränderten Struktur. Eine führte zur Anregung, das SPI zu reformieren und in ein bildungspolitisches Gesamtkonzept nationaler Dimension zu integrieren. Diesem Denkanstoss folgte 2004 die Gründung einer



Arbeitsgruppe unter dem programmatischen Titel «Bildungspolitisches Gesamtkonzept für Polizei und Strafjustiz». Getragen von Bund und Kantonen sollte im BGK die Ausbildung von Polizei und Strafjustiz grundsätzlich überdacht werden. Ziel war es, den nötigen politischen Willen zu mobilisieren, um jungen Menschen einen interessanten, entwicklungsfähigen Beruf anzubieten. Es ging aber auch darum, den Polizeiberuf neu zu definieren und den heutigen Anforderungen und veränderten Gesellschaftsformen anzupassen. Das erarbeitete Berufsprüfungsreglement führte im Jahre 2004 zur Abgabe der ersten eidgenössischen Fachausweise an junge Menschen, die erfolgreich die Prüfung zur Erlangung des Berufstitels Polizist/Polizistin bestanden hatten. Ein Meilenstein in der Geschichte der Polizei dieses Landes!

Die Arbeit im Rahmen des bildungspolitischen Gesamtkonzeptes geht weiter. Die Stufen Polizist II, III und IV müssen noch umgesetzt respektive erarbeitet werden. Dabei kommt man nicht umhin, auch einige kritische Gedanken anzubringen. Zweifelsohne war und ist das BGK die grosse Chance im Bereich der Reform der polizeilichen Ausbildung. Jedoch ist die Problematik eines Gesamtkonzeptes für die Strafjustiz bei weitem nicht gelöst. Der VSPB ist der Meinung, dass das BGK Polizei und Strafjustiz konzeptionell nicht wird unter einen Hut bringen können. Demnach ist es nötig, dass der Geist des BGK sich wieder vermehrt dem Geist und der Philosophie des SPI und seines Zweckartikels annähert. Der VSPB stellt fest, dass die Arbeitsgruppe BGK innerhalb ihrer diversesten Interessen vermehrt auch von politischen Interessen geprägt wird. Diese Prägung führt nicht nur innerhalb des VSPB zu einer gewissen Verunsicherung. Wir sind der profunden Überzeugung, dass das Gesamtkonzept als ein Instrument der Ausbildung und Zertifizierung im Dienste der Polizei zu führen ist, und dieses nicht von politischen Interessen getragen werden darf.

In der heutigen schwierigen wirtschaftlichen Lage vieler öffentlicher Haushalte ist das Schweizerische Polizeiinstitut mehr denn je ein Ankerpunkt für die Polizei unseres Landes. Eingebettet im öffentlichen Dienst der Schweiz finden Polizistinnen und Polizisten aller Chargen im SPI durch Aus- und Weiterbildung die Identifikation mit ihrem Arbeitsumfeld.

Diese Betrachtungen führen uns auf direktem Weg zu einem Problem, dessen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Wenn beschlusseskonform die Grundausbildung von Polizistinnen und Polizisten ab 2007 nicht mehr auch vom SPI angeboten werden soll, entsteht die Gefahr, dass eine bestimmte Kategorie Auszubildender nicht mehr die Garantie hat, nach den Richtlinien des BGK und des Berufsprüfungsreglements an den Polizeiberuf herangeführt zu werden. Dabei ist nicht die Rede von den Kantons- oder grossen Stadtpolizeien, sondern vielmehr von der Gruppe der mittleren und kleineren Gemeindepolizeien und der Bahnpolizei. Was geschieht mit ihnen? In der Diskussion mit diversen Exponenten dieser Polizeigruppe stellten wir fest, dass eine gewisse Ratlosigkeit vorherrscht. Werden diese vollumfänglich und garantiert Aufnahme in die regionalen polizeilichen Ausbildungszentren finden? Drängen sich allenfalls andere Ausbildungswege auf?

Oder war gar der Beschluss, das SPI von der polizeilichen Grundausbildung zu entbinden, im Nachhinein falsch? Wie auch immer, auf gefällte Sachentscheide kann man, gestützt auf Erfahrungswerte, immer wieder zurückkommen. In jedem Fall erscheint es dem VSPB von grosser Bedeutung, sowohl für die Polizei als auch für das Image des SPI, dass bei allenfalls einzugehender, anderweitiger Partnerschaften das Schweizerische Polizeiinstitut seine Führungsposition klarstellt.

Namens des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter VSPB wünschen wir unserem Schweizerischen Polizeiinstitut zum 60. Geburtstag alles Gute. Die Wünsche des VSPB sind jene einer Organisation, die weiss, wie viel sie dem SPI verdankt. Eine Organisation, die unserer nationalen Polizeiausbildungsplattform für die Zukunft Dynamik, Mut und offenen Geist auf den Wunschzettel schreibt. Der VSPB sichert dem SPI weiterhin seine volle Mitarbeit zu.

Der Beruf Polizistin/Polizist wird anerkannt

Die zweite zentrale Überlegung im Zusammenhang mit der Neupositionierung des Verbandes galt der beruflichen Zertifizierung und damit der eidgenössischen Anerkennung des Berufes Polizist/Polizistin.

Im Jahre 1993, nach einer Sitzung des damaligen Leitenden Ausschusses, stellten der amtierende VSPB-Präsident, Daniel Stuby, und der Zentralsekretär Jean-Pierre Monti im geschichtsträchtigen Restaurant «Della Casa» in Bern fest, der Zeitpunkt sei gekommen, die berufliche Anerkennung auf eidgenössischer Ebene anzustreben, im Bewusstsein, dass bereits früher viele Anläufe unternommen worden waren. Allerdings erfolglos. Es wurde beschlossen, als ersten Schritt, über ein Berufsstatut die Stellung der schweizerischen Polizei gegenüber der europäischen Union zu definieren. Es war jedoch klar, dass das Berufs-

statut Grundstein einer beruflichen Anerkennung sein würde. Dieser Grundstein würde aber nur dank einer paritätisch zusammengesetzten Arbeitsgruppe gelegt werden können.

Als Grundlage des Berufsstatuts diene die Gewissheit, dass die Einhaltung der Rechte der Bürger und die Durchsetzung von Bestimmungen zu Gesetz und Ordnung von Polizistinnen und Polizisten eine in allen Belangen lückenlose Berufskennntnis erfordert. Hinzu kam die Frage, wie die Kritik zu interpretieren sei, die gegen die Polizei gerichtet ist, wenn ihr Verhalten nicht den Erwartungen der politischen oder Justizbehörden sowie der Öffentlichkeit entspricht, ohne das Zugeständnis, dass dabei jedes Mal auch die Qualität der Ausbildung in Frage gestellt wird? Die Forderung des VSPB nach einem Polizeistatut für die Polizei war legitim. Dabei sollte dieses Statut gleichsam auch eine Garantie für die Behörden sein, deren Verantwortung durch die Ausübung des Gewaltmonopols direkt involviert ist.

Bei Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden der Schweiz, die über ein Polizeikorps verfügen, beruht die Anstellungsgrundlage auf einem den Bedürfnissen angepassten, breitgefächerten Auswahlssystem. Dieses System hat einerseits zur Entwicklung eines hochqualifizierten Niveaus in Kantonen und Städten geführt, jedoch die Ausbildung der Gemeindepolizei den lokalen Bedürfnissen überlassen. Weil aber die Bevölkerung nicht «eine» Polizei auswählt, wollte der Verband mit dem Berufsstatut vermeiden, dass es im Rahmen des allgemeinen Polizeiauftrages und von dessen Kompetenzen zu einer unerwünschten qualitativen Selektion kommen konnte. Doch die Bedingungen des Föderalismus förderten logischerweise die Entwicklung einer Vielzahl von Systemen, die den sozialen Strukturen gerecht wurden. Demzufolge drängten sich vereinheitlichte Bestimmungen auf, die weitgehend dazu beitragen sollten, durch die berufliche Zertifizierung soziale Verbesserungen für Polizistinnen und Polizisten anzustreben. Dabei haben die Verantwortlichen des Verbandes nie aus den Augen verloren, dass die bis anhin erreichten Verbesserungen in erster Linie das Verdienst der Sektionen ist, die sich in ihrer Arbeit hauptsächlich an den lokalen Realitäten zu orientieren hatten.



Eine Schweizer Polizistin gründet in Georgien einen Polizeipersonalverband.

Une policière suisse fonde une association du personnel de la police en Géorgie.

Una poliziotta svizzera fonda un'associazione del personale in Georgia.

Ohne grundsätzlich die föderalistische Basis und den Charakter der Schweizer Polizei in Frage stellen zu wollen, wünschte der VSPB ein Berufsstatut, das den Anforderungen an die Auswahl sowie die Ausbildung und Kompetenz der Polizeiaufgaben zu genügen vermochte. In der europäischen Perspektive waren und sind die Harmonisierung der Aufgaben und der gegenseitige Wissensaustausch eine wesentliche Bedingung. Dies trifft insbesondere für die Polizei zu. Gestützt auf sorgfältig ausgearbeiteten Übereinkommen koordinierten und koordinieren die europäischen Staaten ihre Einsatzmittel, was zwangsläufig zu einer An-

passung ihrer Strukturen führte. Mit der Intensivierung des internationalen Austausches musste und muss die Integration europäischer Normen laufend auf allen Ebenen verwirklicht werden. In seiner Überlegung folgte der Verband, dass die Ausbildung mit der Zulassung von Schweizer Polizistinnen und Polizisten zu den ausländischen Polizeiakademien und die Anerkennung der erworbenen beruflichen Kompetenzen diese Integration begünstigen würden. Vor allem deshalb, weil das Schweizerische Polizeinstitut in Neuenburg und die Kantone in der Lage wären, eine entsprechende Gegenleistung anzubieten.

Bei der Ausarbeitung eines europäischen Statuts sind die Europäische Menschenrechtskonvention wie auch die Beschlüsse des Europarats und des Europäischen Gerichtshofs berücksichtigt und bestimmen die Tätigkeit der Polizei.

In diesem Sinne schloss sich der VSPB der Definition und den Zielen des Europarats betreffend die Polizei an, die in der Resolution 690 von 1979 verankert sind und deren Erklärung über die Polizei die Deontologie und das Statut der Polizistinnen und Polizisten definiert.

Im Vergleich zu dem vom Europarat als Basis definierten Statut stellen wir auch heute fest, dass in der Schweiz die Ausübung der Polizeitätigkeit im Wesentlichen den empfohlenen Kriterien in Bezug auf Ethik, Organisation und Koalitionsrecht entspricht. Im Gegensatz dazu wiesen die Ausbildungsbedingungen noch verschiedene Lücken auf. Diese Bedingungen wurden vom Europarat wie folgt festgeschrieben:

«Der Polizeibeamte muss vor Dienstantritt und während seiner Amtszeit eine fundierte berufliche und Allgemeinbildung erhalten sowie eine entsprechende Ausbildung betreffend die sozialen Probleme, die öffentlichen Rechte und Pflichten, die Menschenrechte, insbesondere in Anlehnung an die Europäische Menschenrechtskonvention.»

Und hinsichtlich der sozialen Bedingungen:

«Der Polizeibeamte hat Anrecht auf eine gerechte Entlohnung, wobei den speziellen Risiko- und Verantwortungskriterien sowie der unregelmässigen Arbeitszeiten entsprechend Rechnung getragen werden muss.»

Die Harmonisierung dieser Bedingungen in der Schweiz bildete die Grundlage des Mandats, welches sich der VSPB gegeben hatte. Das auf dieser Basis erarbeitete Berufsstatut wurde am 11. April 1987 dank der positiven Einstellung von KKPKS, SVSP und der intensiven Unterstützung des SPI und seines damaligen Direktors Jean-Robert Warynski vollumfänglich vom Bund und den Konferenzen der kantonalen und städtischen PolizeidirektorInnen anerkannt und genehmigt. Ein erster, äusserst wichtiger Schritt in Richtung beruflicher Anerkennung war getan. Es folgte nun die Phase der Realisierung.

Die paritätische Kommission nahm mit den Jahren an Bedeutung zu. Sie wurde zum zentralen Koordinationsinstrument zwischen dem Stiftungsrat des SPI, der neu ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe «Bildungspolitisches Gesamtkonzept BGK» und der Arbeitsgruppe für die Erstellung eines BBT-tauglichen Berufsprüfungsreglements, in welcher der VSPB eine Führungsrolle innehatte.

Nach dreizehn langen Jahren des Streitens und der Überwindung von Hindernissen aller Art war es am 7. Mai 2003 endlich so weit. Indem er seine Unterschrift unter das Berufsprüfungsreglement Polizist/Polizistin und der dazugehörigen Wegleitung setzte, anerkannte Bundesrat Joseph Deiss unsern Beruf auf eidgenössischer Ebene. Was Jahre zuvor beim

BIGA noch gescheitert war, konnte dank des neuen Berufsbildungsgesetzes im Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT verankert werden.

Gleichzeitig mit der Genehmigung des Berufsprüfungsreglements erfolgte die offizielle eidgenössische Berufsankennung für alle als Polizistinnen oder Polizisten in einem anerkannten Polizeikorps Beschäftigten. Die Berufsbezeichnung wurde somit auch amtlich geschützt. Dieser auf europäischer Ebene in dieser Hinsicht und auf Grund der föderalistisch organisierten schweizerischen Polizei einzigartige Erfolg setzt uns gegenüber sich immer deutlicher abzeichnenden Velleitäten von Privaten und Teilen des Militärs klar ab.

Die ersten eidgenössischen Fachausweise Polizist/Polizistin konnten im Jahr 2004 abgegeben werden. Nun gilt es im Rahmen des Bildungspolitischen Gesamtkonzepts BGK die weiteren Schritte in der polizeilichen Laufbahn umzusetzen und die Polizeibildung als integrierten Bestandteil im schweizerischen Bildungswesen zu realisieren.

Der Challenge zweier euphorischer Polizisten war in der Verrücktheit einer Vision zur Realität geworden!

Anforderungen an die Ausbildung der Polizei

Wie bereits im Kapitel über die berufliche Anerkennung zu erfahren ist, definiert sich die Anerkennung des Berufes Polizistin/Polizist über das Berufsstatut. Bei der Erarbeitung desselben konnte festgestellt werden, dass die Ausübung der Polizeitätigkeit im Vergleich zu dem vom Europarat als Basis definierten Statut im Wesentlichen den empfohlenen Kriterien in Bezug auf Ethik, Organisation und Vereinigungsrecht entspricht – jedoch müssen bei den Bedingungen der Ausbildung noch Lücken geschlossen werden.

1997 stand in der Empfehlung an die Kantone zur Abgabe eines Schweizerischen Fähigkeitsausweises gestützt auf das Berufsstatut:

- Erreichung einer möglichst weitgehenden Homologisierung von Ausbildungszeit und Ausbildungsstoff der polizeilichen Grundausbildung;
- Gewährleistung eines hohen Berufsniveaus der Polizeibeamtin/des Polizeibeamten, dass effektive Polizeiaufgaben möglichst nur von Inhaberinnen und Inhabern eines Fähigkeitsausweises wahrgenommen werden;
- Schaffung bestmöglicher Voraussetzungen für die Zusammenarbeit unter allen schweizerischen und mit den ausländischen Polizeikorps;
- Förderung des Gedankens der Freizügigkeit.

Das auf dieser Basis erarbeitete Berufsprüfungs-Reglement brachte 2003 die ersehnte eidgenössische Anerkennung des Berufes Polizistin/Polizist.

Bereits im Herbst 2002 startete unter der Federführung der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) das Projekt zur Erarbeitung eines Bil-

derungspolitischen Gesamtkonzeptes BGK unter der Verantwortung von Regierungsrätin Karin Keller-Suter, St. Gallen, und der Projektleitung von Dr. Christoph Hoffmann, a. Polizeikommandant der Stadt Bern.

Das Konzept sollte den gestiegenen Ansprüchen und den Herausforderungen der Zukunft auch auf dem Gebiet der Ausbildung Rechnung tragen. Die Schweiz und Europa mussten sich immer intensiver mit neuen Formen der organisierten Kriminalität und des Extremismus auseinandersetzen, immer mehr drängte sich eine noch engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf. Diese Entwicklung musste sich bereits in der Grundausbildung niederschlagen, sodass durch das BGK tief greifende Veränderungen die Folge sein würden. Eine erarbeitete Ist-Analyse im Vorfeld zeigte Stärken des bisherigen Systems auf, aber auch erhebliche Schwächen:

- Es fehlt ein Gesamtkonzept für die gesamtschweizerische Polizeiausbildung
- Die Polizeiausbildung ist in das allgemeine schweizerische Bildungssystem nicht eingebunden; der Polizeiberuf zählte im Zeitpunkt der Ist-Analyse nicht zu den eidgenössisch anerkannten Berufen.
- Die bestehenden, durchaus reichhaltigen Ausbildungsangebote sind ungenügend koordiniert und kaum aufeinander abgestimmt
- Die Ausbildung ist zu wenig systematisch auf aktuelle und zukünftige Entwicklungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit ausgerichtet
- Eine einheitliche, mit der Polizeiausbildung koordinierte Grundausbildung für Angehörige der Strafverfolgung fehlt
- Die Ausbildungs-Infrastruktur ist zum Teil veraltet und genügt modernen Unterrichtsbedürfnissen nicht
- Durch das Milizsystem beim Lehrkörper ist die didaktische Professionalität nicht durchwegs gewährleistet
- Gesamtschweizerisch verbindliche Ausbildungsstandards fehlen, ein Qualitätssicherungssystem besteht nicht
- Die höheren Ausbildungsstufen – insbesondere die Führungsausbildung – sind zu wenig aufeinander abgestimmt; die systematische Kontinuität fehlt
- Eine echte Vollkostenrechnung für die Ausbildung in den Korps fehlt fast durchwegs, so dass Kostentransparenz nicht gegeben ist.

Der Grundstein für das Konzept war somit gelegt.

Bildungspolitisches Gesamtkonzept für die schweizerische Polizei und die Strafjustiz

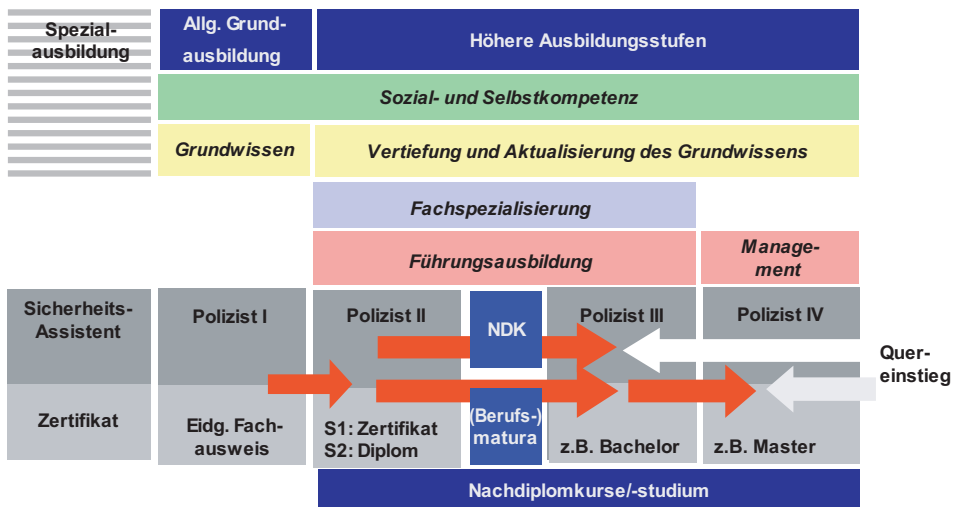
Bereits im November 2003 präsentierte die Projektgruppe das von der KKJPD einstimmig gutgeheissene Konzept. Die wesentlichen Elemente präsentierten sich wie folgt:

- Die Polizeiausbildung soll an das allgemeine Bildungssystem mit entsprechenden Berufsabschlüssen angeglichen werden. Die Grundausbildung dauert rund ein Jahr und wird mit dem eidg. Fachausweis abgeschlossen (Polizist I)
- Im Interesse einer wirkungsvollen Kooperation zwischen Polizei und Strafverfolgungsbehörden in Ermittlungsverfahren empfiehlt sich auch in der Ausbildung eine enge Zusammenarbeit in Form gemeinsamer Module

- Die allgemeine Grundausbildung wird nicht mehr in jedem einzelnen Polizeikorps durchgeführt, sondern idealerweise in 4–5 regionalen Ausbildungszentren mit zeitgemässen Infrastrukturen
- Die höhere Ausbildung erfolgt unter der Verantwortung des gesamtschweizerischen Ausbildungszentrums
- Die Ausbildungsstrukturen werden weiterhin föderalistischen Prinzipien Rechnung tragen, sollen aber gleichzeitig auf gesamtschweizerischer Ebene Steuerung und Koordination ermöglichen
- Der Schulung der Lehrkräfte wird hohe Priorität beigemessen; die fachlichen, methodischen, didaktischen und sozialen Fähigkeiten sind von grosser Bedeutung
- Für die Zulassung zur Grundausbildung wird das Anforderungsprofil gesamtschweizerisch definiert. Am Prinzip der Polizeiausbildung nach erfolgter Berufslehre bzw. nach bestandener Matura wird festgehalten.

Aufbauend auf dem so definierten eidgenössischen Fachausweis (Polizist I) präsentiert sich in Zukunft die höhere Grundausbildung, welche Berufsabschlüsse für die Kader schafft. Durch die Eingliederung in die allgemeine Bildungslandschaft der Schweiz wird die Durchlässigkeit gefördert.

So ist es Polizistinnen und Polizisten möglich nach abgeschlossener Grundausbildung neu nach einem modularen Ausbildungskonzept eine höhere Fachprüfung abzulegen (Polizist II). Das Konzept sieht in einem weiteren Schritt auch vor, Abschlüsse auf Stufe Fachhochschule oder Universität anzubieten (Polizist III und IV).



Mit der Umsetzung des BGK befindet sich der Beruf Polizist/Polizistin auf dem richtigen Weg in die Zukunft, schafft er doch mit diesen Strukturen, sich flexibel und schnell ausbildungsmässig auf neue Herausforderungen einzulassen.

Verbandspolitische Schwerpunkte

Arbeitsmarkt Polizei

In einem bedeutend rauer gewordenen Arbeitsumfeld leisten Polizistinnen und Polizisten ihren grossen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Und dies auch unter Einsatz ihrer körperlichen Integrität. Doch stellen wir mit Besorgnis fest, dass ihre Leistungen und ihre Loyalität vom öffentlichen Arbeitgeber allzu oft als selbstverständlich betrachtet und unter Wert belohnt werden. Diese Feststellung leitet uns zur Erkenntnis, dass der «Arbeitsmarkt Polizei» immer mehr unter Druck gerät. Die Sparvorgaben aus ultraliberalen Kreisen werden immer unverfrorener. Hier sei als Beispiel dieser Politiker zitiert, der sich in aller Öffentlichkeit überlegte, ob es wirtschaftlich nicht sinnvoll wäre, Polizeiposten (im Kanton Waadt) zu privatisieren. Ein weiteres Denkmodell im Rahmen einer effizienteren «Bewirtschaftung» der Polizei ist, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, Polizistinnen und Polizisten, durch den täglichen Turnusdienst aufgebraucht und krank geworden, kurzerhand frühzeitig zu verabschieden und in die IV zu entlassen. Doch, das kommt vor. Und dies in zunehmendem Masse, wie der VSPB seinem Rechtsschutz entnehmen kann.

Nachdem am Arbeitsmarkt Polizei in den letzten Jahrzehnten in zähem Ringen zwischen den Sozialpartnern, d.h. öffentlichem Arbeitgeber und VSPB-Sektionen, die Grundbedürfnisse wie Arbeitszeit, Ferien, Lohn usw. geregelt werden konnten, geht es heute darum, Verbesserungen qualitativer Art zu erreichen, z.B. Information, Mitsprache, Mitgestaltung und Eigenverantwortung am Arbeitsplatz. Im Rahmen der Umsetzung der beruflichen Anerkennung innerhalb des bildungspolitischen Gesamtkonzepts BGK geht es für den VSPB darum, sicherzustellen, dass nebst den Kantonen und grossen Städten die mittleren und kleinen Gemeinden nicht «vergessen» werden. Dass die polizeiliche Berufsausbildung gerade auch für diese Kategorie am Polizeimarkt qualitativ im Rahmen des Reglements über die eidgenössische Berufsprüfung Polizist/Polizistin garantiert wird, ist eine wichtige Verantwortungsaufgabe des Verbandes. Umso mehr, als in kleinen Städten und Gemeinden der Spardruck der öffentlichen Hand oftmals bis ans Limit von noch einigermaßen vernünftigen Argumenten zur Wahrnehmung der inneren Sicherheit geht. Nicht verwunderlich, wenn solche Situationen händereibend von privaten Sicherheitsfirmen genutzt werden.

In diesem Unsicherheitsgefühl bekommen die VSPB-Mitglieder die allgemeine und angespannte Haushaltslage von Bund, Kantonen und Gemeinden meistens als «Fast-Totalschaden-Argument» von den Politikern um die Ohren geschlagen. Und besonders bitter ist die Feststellung, dass der VSPB heute schon die Verhinderung von Schlimmerem als Erfolg verbuchen muss.

Die Folgen dieser Entwicklung sind ambivalent. Einerseits werden die betriebswirtschaftliche Effizienz verbessert und die Interessen der Geldgeber sowie gewisser Manager schamlos wahrgenommen. Auf der anderen Seite versucht man im Bereich der inneren Sicherheit das staatliche Gewaltmonopol aufzuweichen, mit der Begründung, das bewährte System sei auf Grund prekärer finanzieller Mittel nicht mehr aktuell und müsse deshalb auch in diesem heiklen Sektor globaler Denkweise den Vortritt lassen. Daraus resultiert die strategische Perspektive, mittelfristig privaten Sicherheitsfirmen und der Armee Einzug in den polizeihö-

heitlichen Bereich der inneren Sicherheit zu ermöglichen. Unbesehen der zu beklagenden sozialen, beruflichen und menschlichen Defizite.

Doch mit klaren politischen Bekenntnissen zum zivilen Status einer das staatliche Gewaltmonopol durchsetzenden Polizei und ebenso klaren Bekenntnissen auf allen Stufen von Politik und Polizei zur vollständigen, alle Kategorien umfassenden Umsetzung der beruflichen Anerkennung wird sich ein Arbeitsmarkt für die Zukunft des Polizeiberufes entwickeln, der sich auf der Basis eines gesunden Freizügigkeitsgedankens abstützt.

Ebenrain-Konferenz

Im Rahmen ihrer Aktivitäten befasste sich die Ebenrain-Konferenz in den letzten Jahren intensiv mit den möglichen Konsequenzen des von gewissen politischen und öffentlichen Kreisen unverhohlen und als einziges Heil bringendes Mittel angekündigten Abbaus von hart umkämpften sozialen Sicherungssystemen. In dieses Sozialleistungsabbaupuzzle steht der Angriff auf die Strukturen von BVG und Pensionskassen. In vielen Sektionen sind unsere Mitglieder direkt mit der Problematik der «Sanierung» der Pensionskassen im Rahmen finanzieller Restrukturierung und des Abbaus des öffentlichen Dienstes innerhalb von Bund, Kantonen und Kommunen konfrontiert. Nach der Abschaffung im Jahre 2000 des Beamtenstatus auf Bundesebene zogen viele Kantone und Gemeinden nach. Der Trend bewegte sich ab diesem Jahr bei Anstellungen immer deutlicher in Richtung OR-gestützter Arbeitsverträge. Auch bei der Polizei. Demzufolge ist es nicht überaus erstaunlich, wenn die Richtung hin zu ultraliberalen Thesen weist, die der Privatisierung und dem Abbau staatlicher Einrichtungen das Wort reden.

Parlamentariertreffen

Bereits seit einiger Zeit wurde in den Reihen der VSPB-Sektionen der Ruf nach vermehrter Lobby-Arbeit notabene bei nationalen Politikerinnen und Politikern laut. Dies veranlasste die Verbandsführung zu überprüfen, unter welchen Voraussetzungen ein jährliches Treffen mit eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern eingeführt werden könnte. Den langjährigen freundschaftlichen Kontakt zur Dachorganisation Travail.Suisse und zu ihrem Präsidenten, Nationalrat Hugo Fasel, war es zu verdanken, dass dieses für den VSPB heute nicht mehr wegzudenkende Instrument verbandspolitischen Austausches 2003 gegründet wurde.

Auf Grund spezifisch ausgewählter Themen findet diese politische Gesprächsrunde jeweils anlässlich der Wintersession der eidgenössischen Räte in Bern statt.

- Nationales Sicherheitsdepartement – Sind Soldaten Polizisten?
- Bahnreform II – Ist die Sicherheit der Bahn eine private Angelegenheit?
- «Quo vadis?» öffentliche Polizei: Einsatz und Aufrüstung privater Sicherheitsdienste/
Armee-Einsatz in polizeihoeheitlichen Bereichen
- G8: Nachlese aus Sicht des VSPB – Konsequenz für die Politik
- Erreichung eines Ziels: Berufliche Anerkennung durch Bundesrat Joseph Deiss
- Auslagerung von sicherheitspolizeilichen Aufgaben an private Unternehmen in der Schweiz
- Einführung einer neuen Dienstmunition für die Polizei in der Schweiz

Diese kurze Themenübersicht der parlamentarischen Gesprächsrunden zeigt auf, mit welchen sehr politischen Problemen die Verteidigung der Verbandsinteressen und die Wah-

rung unseres Berufsstandes in letzter Zeit konfrontiert wurden. Diese Feststellung gilt jedoch mit Sicherheit auch für die Zukunft. Und vermutlich mit steigender Tendenz.

Drei Problemkreise, die den VSPB in den vergangenen zwei bis drei Jahren intensiv und mit erheblichem Zeitaufwand beschäftigten, sind, im Zusammenhang mit dem sich stets präziser gestaltenden Vorhaben des VBS, polizeihöheitliche Aufgaben zu übernehmen, Auslandseinsätze der Polizei zu Gunsten der UNO im Rahmen der Organisation Civpol, Eckpunkte im Rahmen der Bahnreform II und die Revision der eidgenössischen Strafprozessordnung.

Bei den Auslandseinsätzen schweizerischer Polizistinnen und Polizisten innerhalb des UNO-Mandats der Organisation Civpol ging es dem VSPB primär darum, den zivilen Charakter dieser Mission zu unterstreichen. Es wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass in Ländern, in welchen die Wunden des Krieges längst nicht verheilt sind, der Aufbau einer demokratischen Polizei zivilen Charakters ausschliesslich deren Sache sein muss und nicht der Armee überlassen werden darf. Der VSPB wollte wissen, unter welchen Bedingungen die Einsätze im Ausland erfolgen. Zudem ist es für den VSPB höchst unverständlich, dass Polizistinnen und Polizisten, wenn sie ihre berufliche und soziale Kompetenz in den Dienst der Eidgenossenschaft stellen, bei ihrer Rückkehr in die Schweiz in den allermeisten Fällen keine Möglichkeit haben, ihre Anstellung in ihrem angestammten Polizeikorps wieder aufzunehmen. Auch wenn der VSPB die Auslandseinsätze der Polizei im Sinne von friedenserhaltenden Massnahmen der Schweiz unterstützt, ist es wichtig sicherzustellen, dass Polizistinnen und Polizisten im Ausland der gleiche Rechtsschutz zuteil wird wie üblicherweise in der Schweiz. Die Diskussion zu diesem Thema bleibt offen.

Bei der Bahnreform II ging es darum, den Politikerinnen und Politikern vor Augen zu führen, welche Plattform sich für private Sicherheitsdienste durch den gegenwärtigen Text der Gesetzesvorlage öffnet. Sollte das Parlament diesen Gesetzesvorlagentext annehmen, würde dies bedeuten, dass in Bahnhöfen und Zügen, unbesehen ob privat oder öffentlich, die Sicherheit in Händen von beruflich nicht hinreichend qualifizierten Personen in polizeihöheitlicher Funktion liegen könnte. Personen- und Sicherheitskontrollen wären demzufolge einzig und alleine in Händen von privaten Sicherheitsfirmen. Die Aufweichung des staatlichen Gewaltmonopols könnte nicht mehr gestoppt werden. Zudem würde das Parlament auf ein wichtiges politisches Kontrollmittel wissentlich verzichten.

Als weiterer Punkt wurde mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern die aus polizeilicher Sicht nicht gelösten Probleme im Zusammenhang mit der Revision der eidgenössischen Strafprozessordnung besprochen. Der Verband stellte ihnen die umfassende Arbeit der Arbeitsgruppe «Strafprozessordnung» vor. Sachdienliche Informationen können jederzeit über das Verbandssekretariat in Luzern eingeholt werden.

Die geeignete Dienstmunition existiert!

In der Schweiz ist die Polizei seit vielen Jahren fast ausnahmslos mit Kurzwaffen (Pistolen) im Kaliber 9 mm Luger (9 × 19) ausgerüstet. Abgesehen von einigen Spezialeinheiten haben die Beamten in dieser Waffe so genannte Vollmantelmunition geladen, deren Geschoss einen vollständig ummantelten Bleikern besitzt. Diese Munition wurde anfangs der Vierzigerjahre des letzten Jahrhunderts von der eidgenössischen Munitionsfabrik für die Armee entwickelt (9 mm Pist Pat 41).



Kontrollierte Deformationsgeschosse – die neue Dienstmunition der Polizei
Balles à déformation contrôlée – nouvelle munition de service pour la police
Pallottole a deformazione controllata – la nuova munizione per la polizia

Während Jahrzehnten genügte diese Munition den polizeilichen Anforderungen. Im Verlauf der letzten zwanzig Jahre hat sich das Umfeld sowohl gesellschaftlich als auch polizeilich stark verändert. Die Gewalt gegen Leib und Leben nahm in zum Teil erschreckendem Masse zu. Dabei entstanden Ausdrücke wie organisierte Kriminalität und Kriminaltourismus. Der Einsatz von Schusswaffen häufte sich. Tote und Verletzte waren die Folge. Davon viele in den Reihen der Polizei. Diese Situation bewog verschiedene Sektionen, unter Federführung der Union Syndicale des Policiers Romands USPRO, bei Zentralvorstand und Geschäftsleitung des VSPB eine Motion einzureichen, mit dem Ziel, es sei innerhalb nützlicher Frist eine für den täglichen Polizeidienst geeignete Dienstmunition einzuführen.

Jenseits der Emotionen haben diese tragischen Vorfälle deutlich gezeigt, dass die bei einem Polizeieinsatz mit Feuerwaffen verwendete Munition, in diesem Fall eine Kriegsmunition, den gesuchten Neutralisierungseffekt nicht erzeugen kann. Die Polizei, deren Status zivilrechtlich geregelt ist, sucht in erster Linie Angriffe gegen Drittpersonen und gegen sich selbst mit verhältnismässigen Mitteln zu vereiteln. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist unser demokratisches System mit einem bewaffneten Polizeidienst ausgestaltet. Dieses Grundprinzip ist in allen kantonalen Gesetzgebungen verankert.

Vor diesem Hintergrund und gestützt auf eine solide berufliche Ausbildung, die vom Bund anerkannt ist, stelle sich für die Polizeidienste mit aller Stichhaltigkeit die Frage zur Auswahl der Munition.

Wenn sich der Bundesrat in einer Antwort auf eine einfache Anfrage eines Nationalrates einer Verwendung von Deformations-Geschossen im Rahmen des normalen Polizeidienstes widersetzte, so muss man doch feststellen, dass die rohe Gewalt gegen Bürger und Polizeibeamte seither in alarmierender Weise zugenommen hat. Dies hatte in der Schweiz wie auch im Ausland eine Zunahme der Häufigkeit des Waffengebrauchs durch die Polizeikräfte zur Folge.

Durch die jüngsten Fälle, wie jener in Bex, hatte sich gezeigt, dass die Polizei fast das ganze Magazin leer schießen musste, um einen Gegner ausser Gefecht setzen zu können.

Der VSPB verurteilt deshalb verschiedentlich, öffentlich und bei Behörden und Politik die Unangemessenheit der gegenwärtigen Dienstmunition. Sie sei nicht nur ungeeignet, Täter von schweren Gewalttaten anders als durch Treffen an lebensgefährlichen Stellen zu neutralisieren, sondern sie gefährdet bei einem Schusswechsel – durch ihre Durchschlagskraft und Abpraller – noch zusätzlich unbetroffene Drittpersonen in direkter Weise.

Deutschland, Frankreich und Holland, unter anderen, hatten sich schon früher mit Geschossen ausgerüstet, deren Deformierbarkeit kontrollierbar ist. Die Grundlage für diesen Munitionswechsel beruhte auf derselben Feststellung, wie dargelegt, aber auch auf gründlichen Nachforschungen im technischen und medizinischen Bereich der Ballistik. Es handelte sich bei dieser Munition keineswegs um Dumdumgeschosse, da ihre Kugeln nicht eingeritzt sind. Sie explodieren nicht im Körper, aber deformieren sich beim Aufschlag.

Aus der Sicht des VSPB bot diese neue Munition den Vorteil, Täter von schweren Gewalttaten mit grösserer Sicherheit als mit der heutigen Dienstmunition zu neutralisieren. Ausserdem verletzt die Verwendung derartiger Geschosse in keiner Weise die Abkommen von Den Haag von 1899, die bei bewaffneten Konflikten Anwendung finden. Es ging auch nicht darum, die Unterstellung aufzustellen, dass die menschliche Würde eines Verbrechers weniger bedeutet als jene eines Polizeibeamten.

Im Dienste der Bevölkerung ist es die Hauptaufgabe der Polizei, Personen und Güter zu schützen, aber auch die Täter krimineller Handlungen zu fassen, damit sie vor Gericht gestellt werden können.

Die Frage nach der Einführung leicht deformierender, bleifreier Geschosse als Munition für den bewaffneten Polizeidienst ergab bei deren Evaluation folgende entscheidende Vorteile:

- entscheidende Verminderung der Gefährdung unbeteiligter Personen oder eigener Kolleginnen und Kollegen bei Treffern eines Tatverdächtigen
- bleifreie Munition
- Steigerung der Wirksamkeit beim Tatverdächtigen vermindert die Wahrscheinlichkeit einer ernsthaften Bedrohung der Polizistin oder des Polizisten.

Argumente gegen die Einführung dieser Munition, die unter anderem mit den internationalen Konventionen, für welche die Schweiz Depositarstaat ist, waren nicht stichhaltig.

Dank der äusserst fundierten Arbeit der VSPB-Arbeitsgruppe, einer breiten öffentlichen Diskussion, der Unterstützung der Polizeikonferenzen und der KKJPD wurde die Einführung einer geeigneten Dienstmunition für die Polizei, nach einem ersten Scheitern 2001, im Jahre 2006 Realität.

Und zum Schluss

Der Verfasser dieser Schrift hat durchaus Verständnis, wenn nicht alle Leserinnen und Leser oder zumindest nicht alle Verbandsmitglieder sich restlos damit anfreunden können. Möglicherweise erwartet man eine Verbandschronik, die in Worten Höhepunkte, Erfolge, Misserfolge in Form einer lückenlosen Aufzählung abliefern.

Der dokumentarische Wert eines Sachbuches über unsere Berufsorganisation kann sich aber nicht ausschliesslich auf die Aufzählung materieller Erfolge und Misserfolge beschränken. So stand denn von Anfang an das Bestreben im Vordergrund, den weitsichtigen Gründern unseres Verbandes, allen Funktionären in den Sektionen, den Zentralvorständen und den Geschäftsleitungen für ihr mutiges vergangenes und heutiges Wirken zu danken. Im Weiteren ging es auch darum, Behörden, PolitikerInnen und einer breiten Öffentlichkeit nicht nur das gewerkschaftliche Wirken im Rahmen unserer Personalorganisation, sondern den Polizeiberuf und die Belange des Berufsstandes generell näher zu bringen. Die Polizei in der Schweiz wäre in ihrer eigenen, aber auch in der externen Wahrnehmung nie auf den heutigen qualitativ hohen institutionellen und strukturellen Stand angelangt, wäre sie nicht durch Solidarität und Kompetenz des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter über die Jahrzehnte hinweg getragen worden. Der VSPB ist für die Zukunft gerüstet und bleibt auf Kurs.

Um besagten Kurs zu halten, braucht es den Willen, sich zu hinterfragen, neuen politischen und gewerkschaftlichen Gegebenheiten nicht auszuweichen und, wenn nötig, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen.

Als sichtbarer Willensbeweis dazu steht der Erwerb einer Liegenschaft in Luzern. Mit dem Umzug von der Tribschenstrasse 19, wo das Verbandssekretariat seit 1982 einquartiert war, in das «Haus der Polizei» an der Villenstrasse 2 erfüllte sich für den VSPB am 29.03.2005 ein lang ersehnter Wunsch. Ein eigenes Verbandshaus zu besitzen war Hinweis dafür, dass der VSPB in der Lage ist, auch nach 100-jährigem Bestehen innovativ zu sein und neue Ziele anzupeilen.

Nicht der materielle Wert mit seinen schliesslich einengenden Konturen ist ausschlaggebend. Es ist stets das Primäre, der ideelle Wert, der letztlich entscheidet und den Kurs bestimmt. Auf diesem Wert lässt sich auch der gemeinsame Nenner verbandspolitischer Arbeit definieren. Oder anders ausgedrückt: Ein Verband, der sein Wirken einzig und allein auf Materielles ausrichten würde, hätte sich mit dem Erreichen solcher Ziele selbst überflüssig gemacht. Es wäre, als würde dem Qualifikativ «Sozialpartnerschaft» die ideelle Eigenschaft «sozial» abhanden kommen.

Die Solidarität ist das Band, das die Philosophie des VSPB mit den Sorgen, Nöten, Hoffnungen, Freuden und Erfolgen der Mitglieder verbindet und alle zusammenhält. Dieser Zusammenhalt gibt uns die Kraft, die Reihen geschlossen zu halten, und den Mut, auch gegen den Strom unerschrocken Kurs zu halten. Ein solcher Verband wird seine während hundert Jahren gewachsene Identität nie verlieren und den Nachfolgern eine klare und starke Spur hinterlassen.

Jean-Pierre Monti

Schlusswort «100 Jahre VSPB»

Die Pionierleistung, die unsere Vorfäter vor hundert Jahren in die Wege leiteten, ist heute aktueller denn je. Für die damals herrschenden Verhältnisse, auch und speziell für Polizisten, von denen die Behörden in erster Linie bedingungslosen Gehorsam und in allen Situationen unbeirrbar Treue forderten, eine Tat, die man aus heutiger Sicht und nach hundert Jahren nicht genug würdigen kann. Schon damals stand der verbandspolitische Gedanke im Vordergrund, wurde aber nicht im heutigen, sehr ausgeprägten Sinn umgesetzt. Es lagen den Führungskräften nach der Gründung aber starke Merkmale gewerkschaftlichen Wirkens zugrunde, wie sie etwa bei den ersten englischen «Trade Unions» verankert waren, um damit nachhaltige wirtschaftliche und soziale Verbesserungen zu Gunsten ihrer Mitglieder zu erkämpfen.

Die Leitideen von damals

- Stärkung des Einzelnen durch die Gemeinschaft und
 - Solidarität untereinander
- haben heute noch ihre Gültigkeit.

Für den Menschen, aber vor allem für den arbeitenden Menschen mit sozialen und familiären Verpflichtungen, zählen hundert Jahre seiner Berufsorganisation sehr viel und sind gleichsam Beweis eines tief empfundenen Bedürfnisses. Mit Beharrlichkeit und ausgewogener verbandspolitischer Sensibilität sowie berufsspezifischem und sozialpolitischem Fachwissen verbunden mit den entsprechenden Argumenten führten die Verantwortlichen des Verbandes unsere Organisation dorthin, wo sie heute steht. In die Position eines akzeptierten und respektierten Sozialpartners in allen Bereichen rund um den Berufsstand Polizei.

Die Führung des VSPB war, ist und wird auch in der Zukunft bestrebt sein, sich unermüdlich für ihre Mitglieder einzusetzen. Unserer Organisation ist es in den letzten Jahren gelungen, sich in der politischen Landschaft so zu platzieren, dass sie als anerkannter und akzeptierter Partner wahrgenommen wird. Dieses Ziel haben wir mit gemeinsamer Anstrengung in vielen kleinen Schritten erreicht.

Weil der VSPB nur so stark sein kann wie seine Mitglieder, sind wir weiterhin auf eine solide Basis sowie auf das Engagement und die Visionen unserer Mitglieder angewiesen. Die Verbandszugehörigkeit von über 90 Prozent aller Schweizer Polizistinnen und Polizisten ist eine Grösse, die für sich spricht – und das soll weiterhin so sein. Wir wollen jedoch nicht auf dem Erreichten stehen bleiben, sondern uns kontinuierlich den immer neuen Gegebenheiten anpassen und uns verbessern. Wir wollen unsere Mitglieder auf allen Ebenen kompetent und verlässlich vertreten und ihnen ein attraktives Dienstleistungsangebot zur Verfügung stellen.

Als reine Berufsorganisation für den Berufsstand der Polizei haben wir uns eine starke Position geschaffen. Diese werden wir verteidigen und bei Bedarf jeweils anpassen. Aufgrund verschiedener Gespräche hat sich meine Überzeugung gefestigt, dass wir den gewählten Kurs fortsetzen und uns auf unsere Stärke konzentrieren müssen. Das heisst jedoch nicht,

dass wir andere Anliegen, die nicht direkt etwas mit unserem Beruf zu tun haben, ausser Acht lassen dürfen. Soziale Problematiken betreffen uns wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Wir haben in der Vergangenheit bei verschiedenen Abstimmungen den SGB wie auch Travail.Suisse punktuell aktiv unterstützt. Dies ist für uns der richtige Weg.

Der gesellschaftliche Wandel und der zunehmend lauter werdende Ruf nach mehr Sicherheit stellen immer höhere Anforderungen an den Polizeiberuf. Auch da werden wir am Ball bleiben und für mehr Polizeikräfte sowie ein motivierendes, angenehmes Arbeitsumfeld kämpfen.

Für die nächsten hundert Jahre wünsche ich dem Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB alles Gute sowie den Mut und die Kraft, trotz unvermeidlicher gesellschaftlicher und politischer Veränderungen sich weiterhin mit aller Kraft für seine Mitglieder einzusetzen.

Wir dürfen stolz auf unseren starken VSPB sein – heute und morgen.

Heinz Buttauer, Präsident VSPB



VSPB · FSFP

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia

Préface

*de Micheline Calmy-Rey,
présidente de la Confédération*

Au quotidien, la police est la représentation visible du monopole du pouvoir exercé par l'Etat de droit. C'est là une acquisition politique importante. Car où règnent l'anarchie et la justice exercée par chacun, aucune société libre et solidaire ne peut exister. Il dépend du rapport que les citoyens entretiennent avec leur Etat que la police soit perçue comme une instance amicale et secourable ou comme un pouvoir à craindre.

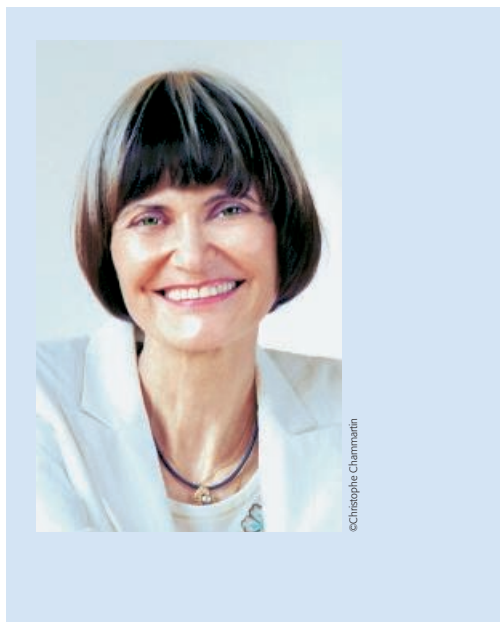
Selon les sondages, la police à tous les niveaux d'autorités jouit en Suisse du degré de confiance le plus élevé au sein de la population. On pourrait en conclure que les gens de notre pays sont particulièrement respectueux de l'autorité. Pourtant, cette qualité à elle seule n'est pas garante de confiance. La raison de cette grande confiance réside dans le fait que la police n'est pas perçue comme un simple instrument du pouvoir, mais comme un élément de la vie sociale.

L'organisation fédéraliste de notre police, associée à une longue tradition de proximité du citoyen, contribue elle aussi à cette confiance. Mais le plus important pour sa crédibilité, c'est que la police s'engage sans réserve au service des droits démocratiques fondamentaux.

La police est tenue à la loyauté envers l'Etat, faute de quoi elle ne peut pas assumer ses tâches. Cette loyauté toutefois n'est pas unilatérale. Ne peut être loyal envers l'Etat que celui qui peut faire appel pour lui-même au droit qu'il est chargé de défendre. Lorsque les policiers se sont organisés en fédération il y a cent ans, il s'agissait alors d'un acte politique conscient. Ils témoignaient ainsi de leur volonté d'être compris en tant que travailleurs et citoyens. A la loyauté, qui fait partie des devoirs de la profession, s'ajoute la solidarité en tant que partie de l'image de la profession et la conscience de soi-même. Organisée en association professionnelle, la police n'est plus seulement un organe exécutif de l'Etat, mais aussi un partenaire social qui défend ses intérêts, communique ses opinions et participe au processus démocratique.

La différence entre un Etat autoritaire et un Etat démocratique ne se manifeste nulle part plus clairement que dans le rôle de la police: l'Etat autoritaire n'exige de sa police que loyauté et obéissance aveugle. Dans un Etat démocratique en revanche, la police est constituée de citoyennes et de citoyens qui peuvent exercer leurs droits sans aucune limite. C'est là un fondement sûr pour la crédibilité de la police. La Fédération suisse des fonctionnaires de police a contribué de manière importante au renforcement de ce fondement.

Micheline Calmy-Rey



Préambule

de Jean-Pierre Monti, ancien secrétaire général de la FSFP

Au début du siècle dernier, alors que les employés des différentes catégories professionnelles s'étaient depuis longtemps déjà regroupés dans des associations et syndicats pour la défense de leurs intérêts professionnels, sociaux et économiques, les policiers en vinrent à fonder différentes associations selon les corps auxquels ils appartenaient. Le 1er décembre 1907 naissait la Fédération des associations suisses de fonctionnaires de police, grâce au courage et à la clairvoyance de policiers à l'esprit large, désireux de résister aux pressions de l'époque. Cette fédération comprenait à l'origine neuf sections qui avaient décidé de se réunir au sein de cette association faitière suisse. Dès 1940 et jusqu'à ce jour, elle porte le nom de Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police FSFP.

Alors qu'au cours des dernières années, plusieurs sections ont déjà pu fêter leurs 100 ans d'existence, c'est le tour en 2007 de la FSFP de fêter son 100e anniversaire. Un jubilé n'est pas seulement l'occasion de célébrer les acquis, mais également l'occasion d'un temps de réflexion. Il nous incite à jeter un regard sur le passé et à ouvrir les yeux sur l'avenir. C'est le moment de marquer un arrêt, de peser nos valeurs et, en cette époque de globalisation, de fixer de nouveaux objectifs pour notre politique professionnelle et sociale.

Pour nous permettre de définir les buts stratégiques de nos nouveaux objectifs, nous devons tout d'abord nous tourner vers le passé. Nous nous inclinons devant la ténacité de nos collègues fondateurs, qui ont éprouvé le besoin de donner vie à notre organisation professionnelle suisse malgré des temps difficiles et une dure pression sociale. A l'époque comme aujourd'hui, la FSFP s'engage à défendre les intérêts intellectuels, professionnels et syndicaux de ses membres.

Très tôt déjà, les fondateurs de la FSFP ont tenu, dans le cadre de la défense des intérêts de leurs membres, à créer un lien précieux entre les sections par l'édition dès 1908 d'un organe fédératif trilingue. Suivi en 1909 par la fondation de la Caisse au décès, expression de l'esprit d'entraide et de solidarité qui règne au sein de la FSFP. Puis la protection juridique a été introduite en 1923. Elle s'est développée en tant que pilier de notre Fédération pour devenir une véritable nécessité dans notre profession, particulièrement exposée. Pour nos collègues en détresse sans qu'il y ait eu faute de leur part, la Fédération a mis sur pied la Caisse de secours en 1934, puis la Caisse de prêts en 1998. En qualité de soutiens sociaux de la FSFP, ces institutions offrent, des prestations financières appréciables à des conditions sans concurrence, que nous envient les autres associations et syndicats de Suisse et de l'étranger. Toutes ces institutions sont régulièrement réexaminées et adaptées à l'évolution de la situation.

Grâce à son activité sociopolitique, sa collaboration efficace dans tous les domaines de la formation et du perfectionnement professionnel et son attitude claire, la FSFP a fait son chemin au cours des années auprès des instances politiques, des autorités et des associations, pour devenir une fédération compétente, jouissant d'une grande considération.

Notre devoir de solidarité à l'égard de la philosophie de notre Fédération nous engage à consolider les acquis et à les développer.

Je ne veux pas terminer ce préambule sans adresser une pensée émue à toutes les policières et à tous les policiers victimes de leur devoir. Nous ne les oublions pas.

Au cours de ce nouveau millénaire et du 2^e siècle d'existence de la FSFP, nous restons au service de nos membres et fidèle aux principes de la Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police. Puissent ses dirigeants être empreints de l'esprit de courage, de prévoyance et de succès de ses fondateurs.

Jean-Pierre Monti



«A l'époque comme aujourd'hui, la FSFP a pour but la défense de la promotion des intérêts professionnels et syndicaux des policiers.»

Remerciements

Les recherches, la rédaction, les illustrations, le lectorat et les corrections en faveur du livre «100 ans FSFP – Une idée fête son anniversaire» ont duré bien plus d'une année. Et cela aurait pris plus de temps encore, si j'avais dû réaliser cet ouvrage en solitaire.

Mes remerciements les plus chaleureux s'adressent à toutes ces personnes qui m'ont soutenu lors de la réalisation de ce livre et qui ont beaucoup contribué à la réalisation de ce projet anniversaire.

J'adresse des remerciements particuliers aux collègues du Bureau exécutif et au secrétaire général pour leur soutien dans le domaine linguistique.

Un grand merci à Mirjam Meyer-Wölki, qui, grâce à ses connaissances d'historienne, a dirigé toute la partie des recherches historiques.

Je souhaite à toutes les lectrices et à tous les lecteurs une prise de connaissance intéressante avec une organisation professionnelle qui a marqué par son existence l'histoire de ce pays durant ces 100 dernières années.

Jean-Pierre Monti, ancien secrétaire général et auteur

La Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police: une organisation de défense du personnel voit le jour et se développe

La Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police, ou plus brièvement FSFP, compte 100 printemps! Un chiffre impressionnant pour une longue période, dont les décennies ont pourtant passé rapidement. Le 29 septembre 1907, 43 collègues ont porté sur les fonts baptismaux cette association destinée à devenir l'organisation du personnel de la police suisse. Il revient aux collègues de la Police cantonale bernoise, qui avaient fondé le 25 février 1900 déjà une «Association des fonctionnaires de police», l'honneur de s'être engagés les premiers en faveur de la fondation d'une association faîtière suisse. Son comité a invité les représentants des corps de police à une manifestation préparatoire au Restaurant «Falken» de Lucerne. Les collègues qui y ont participé représentaient le personnel de 13 corps de police: Appenzell Rhodes-Extérieures, Argovie, Bâle-Ville, Berne-Canton, Berne-Ville, Grisons, Neuchâtel-Canton, Lucerne-Ville, Saint-Gall-Canton, Soleure-Canton, Zoug-Canton, Zurich-Canton et Zurich-Ville.

Après une discussion d'une très animée, les délégués présents adoptèrent la résolution suivante:

«Les délégués des différentes associations d'employés de police de Suisse, en liaison avec certains employés de police provenant de localités n'étant pas encore organisés, ont approuvé lors de leur assemblée du 29 septembre 1907 au «Falken» de Lucerne le principe de la création d'une Fédération des associations suisses des employés de police. Simultanément, l'Association des policiers de Zurich a reçu le mandat d'élaborer des statuts fédératifs et de mettre sur pied une assemblée constitutive.»

Le principe d'indépendance face aux partis politiques et celui de la neutralité confessionnelle ont été définis lors de cette assemblée déjà. En outre, elle a décidé la création d'un secrétariat et de son propre organe fédératif.

Le 1er décembre 1907, tout était prêt. Au «Restaurant du Nord», à Zurich, 23 délégués représentant le personnel de 10 corps de police totalisant 916 policiers ont participé à la séance de fondation de l'association faîtière des policières et des policiers suisses, qui fête 100 ans d'existence en 2007. Ils ont décidé, dans le respect des droits fondamentaux de la démocratie, de sauvegarder et de promouvoir les droits et les devoirs professionnels et syndicaux des policiers, ainsi que de représenter et de poursuivre des intérêts et des idéaux communs.

Pourtant, qui représentaient-ils finalement? Une profession qui ne jouissait pas à cette époque d'une considération particulièrement élevée. Une époque où les bases bourgeoises étaient encore très solides. Malheur à qui troublait un ordre mondial bien établi: la mise hors la loi en était la conséquence immédiate. Et elle se transmettait aussi, par exemple sous forme d'une certaine méfiance envers ceux qui avaient affaire aux délinquants, les policiers. Il n'était pas rare alors que la police soit la cible privilégiée des caricaturistes et un

Präsenzliste

der zur Gründung eines schweiz. Polizeiangestellten Verbandes am
29 September 1907 in Fribourg, in Luzern erschienen Deputierten

✓ 1. Scherg, T. Bern	✓ 19. Hagmann, Luzern Stadt
✓ 2. K. Koll, Lucerne	✓ 20. Rolli, " "
✓ 3. A. Bühler " Stadtsp.	✓ 21. Ritz, F. Kanton Kanton
✓ 4. Ch. Frigg Graubünden Kantsp.	✓ 22. Keel, " "
✓ 5. L. Barandun " "	✓ 23. Müller, Trogen
✓ 6. J. Hartz, Luzern Stadt.	✓ 24. Herzogsggen Speicher
✓ 7. Kaudell " "	✓ 25. Bolliger, Solothurn K.
✓ 8. Ed. Heimer " "	✓ 26. Hys, Luzern Stadt
✓ 9. Kregger " "	✓ 27. Figniot Basel
✓ 10. Kneuburger F. Kanton Luzern	✓ 28. Champion " "
✓ 11. Depina Karne " "	✓ 29. Ruetzchi Sargau
✓ 12. Follschin corp. Bern Haus P.	✓ 30. Kneuburger " "

sujet très apprécié des journaux humoristiques, qui pouvaient déclencher impunément de grands éclats de rire. Et aujourd'hui? Bien que la police actuelle n'ait plus grand-chose de commun avec le policier du début du siècle passé, beaucoup de choses sont demeurées semblables. Les sarcasmes et l'ironie sont simplement devenus plus élaborés et plus mordants!

De manière générale toutefois, la mentalité du public à l'égard des policières et des policiers a beaucoup changé. Il se peut que l'évolution du temps y ait largement contribué. Mais le mérite en revient aussi largement à la Fédération. Dès ses débuts, elle s'est appliquée à élever l'image et la qualité de la profession. Elle y est parvenue en cherchant constamment à améliorer la situation de ses membres et en leur conférant ainsi une nouvelle conscience d'eux-mêmes. Parallèlement à leur sécurité matérielle, l'estime des policiers eux-mêmes, et ainsi donc celle du public à leur égard, a augmenté.

Les obstacles favorisent l'ascension sociale

Tous ceux qui craignaient que les obstacles allaient provoquer la ruine de la jeune fédération ont dû rapidement se persuader du contraire. Elle a crû et prospéré. Des sections l'ont rejointe les unes après les autres. Le chroniqueur qui a rédigé l'histoire de la Fédération à l'occasion de ses 25 ans d'existence a pu constater non sans fierté en 1933: «Nous pouvons affirmer avec satisfaction que nous avons atteint nos objectifs principaux et surtout que nous sommes parvenus à rassembler définitivement et solidement le personnel de la police suisse dans une association indestructible, fondée sur la légalité et la mutualité.» Dès le début, les fondateurs étaient conscients que «qui veut défendre ses droits doit aussi

penser à ses devoirs». Il était clair qu'une adhésion à une organisation du personnel nécessitait une solidarité absolue de tous. Une structure fondée purement sur l'idéalisme et la convivialité ne produirait jamais de résultats sur le plan professionnel et syndical. En de nombreux endroits, cette condition claire a été ressentie comme un devoir difficile à satisfaire. Le personnel et les cadres n'ont pas partout réussi à s'entendre de manière à favoriser une adhésion commune à la même fédération. Il a fallu d'abord vaincre certaines méfiances. De plus, des questions de rivalités entre corps de police ont dû être résolues par le comité de la Fédération. Plutôt que de faire cause commune, souvent les polices cantonales et municipales travaillaient les unes contre les autres, parfois même au-delà des frontières cantonales. L'élan et l'idéalisme des sections fondatrices n'ont pas trouvé partout le soutien espéré. Avec le temps cependant, un esprit positif a pris son essor et trouvé un terrain fertile. L'ascension de la Fédération était lancée et elle s'est poursuivie jusqu'à nos jours.



*Gründung der Sektion
Plaine-du-Rhône 1955*

*Fondation de la section
Plaine-du-Rhône 1955*

*Fondazione della sezione
Plaine-du-Rhône 1955*

Mais promotion de l'image de marque et la solidarité à eux seule ne suffirent pas. Pour que la philosophie de la Fédération soit crédible, il fallait convaincre par des actes et des succès! Des institutions sociales comme la Caisse au décès, créées peu après la fondation, ont rapidement rendu très clair le pacte de solidarité entre l'association faitière et ses membres. Ce que nous connaissons aujourd'hui sous la désignation de «Fondation de prévoyance» a donné une forte impulsion au renforcement de l'organisation et à la promotion de l'image de la police.

Bien qu'au début quelques directeurs et commandants aient refusé la création d'une organisation du personnel et opposé constamment de nouveaux obstacles aux efforts de la Fédération en vue d'une amélioration du statut social des policiers, il s'est révélé finalement que ceux mêmes qui voulaient briser la résistance ont tiré un avantage considérable de son développement. On s'est aperçu en effet que le policier du début du XXe siècle, payé à coups d'aumônes plutôt que rétribué en fonction du mérite, après avoir lutté pour ses droits et sa sécurité sociale, exerçait une profession capable de susciter de nouvelles vocations conformes à son évolution et ses exigences croissantes. Cette nouvelle situation était donc plus la conséquence au travers de l'objectif de son action.

Chronique 1909 à 2000

1909

La proposition de fondation d'une caisse de décès présentée lors de l'assemblée des délégués du 25 avril à Berne est approuvée en votation générale par 800 voix contre 181. Le Dr Max Kolb, secrétaire fédératif et conseiller juridique, est nommé administrateur de la caisse de décès, avec une indemnité annuelle de 500 francs.

1911

Une demande de remise de chaussures militaires aux fonctionnaires de police est refusée, de même qu'une proposition de réduction des prix des billets des Chemins de fer fédéraux. – Les statuts de la fédération et de la caisse de décès sont révisés et l'indemnité à l'administrateur de cette caisse et secrétaire fédératif est simultanément augmentée. – On introduit le système du comité directeur, composé de deux membres et du secrétaire, et le comité central est étendu à sept membres. – A la conférence des commandants de police apparaît le désir de création d'un registre suisse des avis de recherche.

1914

Après que le Conseil d'Etat du canton de Zurich ait interdit aux policiers de son canton d'adhérer à la FSAFP, le Grand Conseil du canton de Vaud approuve lui aussi une décision des directeurs de police prononçant à l'égard de ses policiers la même interdiction d'entrée à la FSAFP. – Un membre d'une commission du Conseil municipal de Zurich prétend que les loisirs de la police en uniforme de la ville seraient trop largement comptés.

1917

L'assemblée des délégués adopte le procédé de la couverture pour la caisse de décès. La prime annuelle se monte à 22 francs, ce qui permet d'augmenter de 1000 à 1200 francs l'allocation de décès. – Le président central, qui a bien mérité de la FSAFP, fait l'objet avec un collègue bernois d'une enquête pour divulgation d'informations non autorisées. C'est un coup très dur pour notre organisation professionnelle et qui est exploité de manière correspondante par ses ennemis. – A. Schoch est élu en qualité de nouveau président central. – La demande à l'Office fédéral du pain à Berne relative au classement du travail de la police dans la catégorie des travaux lourds, qui donne droit à des rations de pain augmentées, est refusée. – Du 15 au 17 novembre, les polices cantonale et municipale de Zurich doivent se livrer à une démonstration de force contre des manifestants. Un policier est tué lors de ces affrontements et de nombreux autres sont blessés.

1920

Le journal fédératif encourage la formation continue des fonctionnaires de police. – Création d'un insigne de l'association. – Action d'entraide en faveur des «enfants viennois». Les fonctionnaires suisses de police prennent en charge 600 enfants de leurs collègues autrichiens, et les frais engendrés par cette action approchent la barre des 20 000 francs. – Le Dr Max Kolb est nommé membre d'honneur. La section de La Chaux-de-Fonds assume la fonction de Vorort et François Graz devient à la fois président central et rédacteur.

1920

1921

Une légère diminution du renchérissement entraîne immédiatement des tentatives de réduction des salaires. La fédération et ses sections réagissent par des actions de défense analogue à celles des autres organisations d'employés. – La section de Berne propose un véritable programme de travail de la fédération. Il comprend des efforts pour atteindre de meilleures conditions de travail (rémunération, durée du travail, du repos et des vacances, droit à la concertation, unification de l'organisation du service, assurance contre la maladie et les accidents, assurance contre la vieillesse, l'invalidité et en faveur des survivants; suivi des relations avec les organisations similaires, promotion des organisations générales économiques et sociopolitiques, soutien aux efforts économiques et sociopolitiques généraux des travailleurs dépendants, édition d'un journal pour la promotion de la collégialité, la discussion des questions générales relatives à l'organisation et à la profession et l'information dans le domaine social; suivi des statistiques de la profession et soutien aux membres tombés dans le besoin par suite de leurs activités en faveur de la fédération).

1923

L'assemblée des délégués de Bâle approuve un règlement sur la protection juridique. Les frais d'avocat et de tribunal sont limités à 60%. La fortune de la caisse de décès est placée en titres garantis par l'Etat.

1926

Après une votation préliminaire dans les sections, la révision totale des statuts de la fédération entre dans les faits. Sont approuvés: une possibilité de recours; le nombre des délégués des sections aux congrès de la fédération; l'indemnité aux délégués et la durée de trois ans du mandat des membres du Comité central. Une proposition de droit de représentation permanent au Comité central pour les sections de plus de 300 membres est rejetée. La révision des statuts de la caisse de décès est différée de deux ans. Séparation entre secrétariat fédératif et conseiller juridique. – Une grande activité règne dans les sections à propos d'une augmentation des périodes de repos et d'un prolongement des vacances.

1930

Les fonctionnaires de police se déclarent en faveur d'une sécurité accrue du citoyen par l'introduction d'un code pénal suisse et par la demande de l'interdiction des armes. – La FSASP soutient la proposition fédérale de législation sur l'alcool. – Le congrès révisé les statuts de la caisse de décès et refuse l'introduction d'une assurance responsabilité civile. – Les chœurs d'hommes des polices de Suisse décident l'organisation de leur première assemblée à Lucerne.

1931

Les sections de la FSAFP organisent des collectes au bénéfice des pères de famille chômeurs en fin de droit aux indemnités. – Les premiers efforts en vue d'une réforme de l'uniforme se dessinent. – Le journal de la fédération publie une première grande étude sur le «dessin lors d'accidents de la circulation». – La fédération adresse à la commission du Conseil national une demande d'introduction d'indicateurs de direction unifiés pour les véhicules à moteur.

1931



1935

La fédération refuse d'adhérer à l'Association internationale des fonctionnaires de police. – La police s'élève énergiquement contre un port d'arme sans permis. – Les efforts en faveur de l'abandon de la révocation dans le registre des recherches commencent. – Du côté romand, on planifie une fête fédérale de la police.

1938

Le congrès refuse une proposition de versement de l'allocation de décès en cours de vie et de dispense des cotisations après une certaine durée de sociétariat. – La révision des comptes de la caisse de décès est confiée chaque année à deux sections et non plus à une société fiduciaire. – Il est décidé de tenir compte des différentes parties du pays lors des élections du comité central et du rédacteur. – La durée du mandat de Vorort est portée de 3 à 4 ans. – Neuchâtel-Canton devient le nouveau Vorort, avec le Dr Max Petitpierre (futur conseiller fédéral) comme conseiller juridique.

1939

L'assemblée des délégués refuse une proposition d'augmentation à 1800 francs de l'allocation de décès et proteste contre l'insertion d'«annonces de prêts» dans le journal de la fédération. Elle décide une contribution au Noël du soldat et discute la proposition de Lucerne-Ville relative à un changement du nom de notre association en «Verband Schweizerischer Polizeibeamten» (VSPB). – La police municipale de Zurich reçoit le premier téléscripteur. – Les championnats de la police à Bâle sont repoussés en raison de la mobilisation générale.

1940

La fédération s'engage contre les réductions furtives des salaires, en faveur de la compensation du renchérissement et pour des suppléments d'hiver. – Le congrès décide le changement de nom de la fédération, qui devient «Verband Schweizerischer Polizeibeamter». – Le congrès s'oppose une fois de plus à la libération des cotisations à la caisse de décès après 30 ans de sociétariat, de même qu'à un nouvel insigne fédératif et à l'augmentation de 13 à 15 du nombre des membres du Comité central. – Il se déclare favorable à la création d'un institut suisse de police.

1943

Tentatives sérieuses d'obtenir un supplément de renchérissement, car les diminutions du salaire réel se font durement ressentir. – Chacune des régions linguistiques obtient l'assurance d'être représentée au Comité central. – La constitution d'une commission sportive est refusée, les chefs des polices se déclarant toutefois prêts à la discussion au sujet de l'organisation et du calendrier de nos manifestations sportives. – 2es Championnats suisses de ski de la police à Grindelwald et 2es Championnats suisses de la police à Berne. – Le besoin d'une caisse maladie fédérative et d'une caisse complémentaire de retraite est de plus en plus nettement exprimé.

1947

Les suppléments de renchérissement sur les indemnités de transport sont augmentés de 20 à 30%. – La fédération s'engage dans la campagne électorale relative au financement de l'AVS. L'allocation de décès est augmentée à 1700 francs, mais le paiement de 1000 francs après 35 ans et de 500 francs aux retraités est en revanche refusé. – La fédération lance une action d'assistance en faveur des collègues étrangers et de leurs enfants. – Parution du manuel de police «Mon engagement – ta sécurité». – Le rédacteur Leo Klaus, de Bâle, se retire; Walter Muff, de Lucerne, lui succède.

1950

L'assainissement de la caisse de décès devient un thème lancinant. Un moratoire est approuvé et l'administration de la caisse est confiée à la Banque cantonale de Zurich. – La demande de libération des cotisations AVS sur l'indemnité pour l'uniforme est acceptée. – Demande aux commandants de police concernant les échanges de fonctionnaires de police. – L'émission de radio «Polizist Wäckerli» obtient un grand succès. – La section de Lausanne reprend le Vorort. – La section de Berne-Canton fête ses 50 ans d'existence.

1952

Les fonctionnaires de police revendiquent de meilleures conditions d'engagement; le journal fédératif lutte dans ce sens et en faveur des prestations sociales, en particulier pour la section d'Obwald. La création d'un prix littéraire en cette année de jubilé est refusée. Les demandes de la police relatives à la signalisation de leurs véhicules sont prises en considération dans la nouvelle loi sur la circulation routière. La demande de sortie de la gendarmerie de l'armée l'atteinte de l'âge de la landwehr est rejetée. La cotisation fédérative est augmentée à 4 francs.

1955

L'Institut suisse de police de Neuchâtel connaît un nombre record de visites. – Les sections d'Argovie-Canton et de Bâle-Ville fêtent leur jubilé. – La police municipale de Zurich engage le combat pour les salaires. – Les efforts de la section d'Obwald pour l'amélioration de ses conditions de travail sont couronnés de succès. – La mise sur pied d'un secrétariat permanent est refusée. – Révision du règlement sur la protection juridique. – La durée des mandats et le nombre des membres du CC sont augmentés. – Le Dr Fritz Dick devient chef de la police fédérale. – La pièce à succès «Polizist Wäckerli» est réalisée sous forme de film.

1956

Tous les conscrits au service de la police sont exemptés de service militaire. – La lutte pour les salaires de la police municipale de Zurich se solde par un succès. – Création des archives de la fédération et nomination d'un archiviste à temps partiel. – La révision générale des statuts est repoussée à 1958. – La FSFP se prépare à célébrer son jubilé à Lucerne, lieu de sa fondation. – La fédération fait l'acquisition d'une marche de la police composée par le collègue Emil Würmli, de Bâle; sa première exécution publique a lieu lors du jubilé de Lucerne.

1957

La FSFP fête ses 50 ans d'existence à Lucerne, lieu de sa fondation.

1958

A la mi-mai et en tant que première ville de Suisse, Lucerne met en service trois bornes routières d'appel de police.

1959

La police municipale de Lucerne reçoit une nouvelle centrale d'alarme.
La police cantonale de Schaffhouse introduit partiellement la semaine de 5 jours.

1960

Après un an seulement, le conseiller fédéral Fritz Wahlen remet le Département fédéral de justice et police à son successeur, le conseiller fédéral Ludwig von Moos, du canton d'Obwald. – Le conseiller fédéral von Moos reçoit au Palais fédéral le président central Adolf Gege et le rédacteur Willi Stierli pour une longue conversation sur les objectifs et l'organisation de la fédération. – A l'occasion du congrès de la fédération à Genève, la demande de fondation d'une école suisse de police est approuvée à l'unanimité.

1962

La police uranaise est dotée d'un appareil radar moderne, de fabrication suisse, qui lui permet d'enregistrer jusqu'à 60 contrevenants à l'heure. – Le Département vaudois de justice et police donne à la direction de police de Lausanne le pouvoir de désigner certains agents habilités à infliger des amendes sur le lieu même de la contravention. – Le congrès de la fédération, à Berne, se tient sous le signe du changement dans sa direction, qui passe désormais aux mains de membres de Genève. – A l'assemblée des délégués de Berne, une résolution est approuvée pour demander, pour les fonctionnaires de police, un droit de concertation et de plainte tel qu'il existe pour les autres membres du personnel des administrations publiques.

1964

Dans le 18e rapport annuel, l'Institut suisse de police de Neuchâtel communique sa décision d'organiser en 1965 les premiers cours de formation de base destinés aux aspirants de police. – La demande de secrétariat permanent est à nouveau formulée, mais elle est rejetée pour des raisons financières.

1965

General Motors Suisse SA, à Bienne, développe en collaboration avec le Bureau fédéral pour la prévention des accidents, les organes de police compétents et de nombreux autres spécialistes un jardin de circulation destiné aux enfants, mis gratuitement à la disposition de tous les instructeurs de circulation pour une durée convenue. – La police municipale de Lucerne reçoit un nouveau pupitre de commande équipé d'une nouvelle installation radio, d'une installation Securiton pour les bâtiments protégés contre les intrusions et le feu, d'un contrôle des véhicules d'alarme sortis ainsi que d'une station d'interrogation pour les bornes d'appel à la police.

1966

L'assemblée des délégués décide de prélever un franc supplémentaire en faveur de la caisse de secours et de mettre ce montant, environ 10 000 francs, à la disposition de «Terre des hommes» pour le traitement d'enfants malades qui ont été transportés du Vietnam en Suisse.

1967

Après un grand engagement et avec le soutien du Conseil d'Etat et de la Municipalité de Neuchâtel, le conseil de fondation de l'ISP peut créer le 6.2.1967 la première école suisse de police.

1969

La police cantonale de Lucerne obtient une nouvelle rémunération. Ce salaire est adapté à celui des huit cantons comparables et les diverses augmentations du salaire réel ainsi que les suppléments de renchérissement sont largement intégrés à la rémunération de base. Une résolution est présentée à l'assemblée des délégués, qui s'oppose au dénigrement exprimé par les médias de masse à l'encontre de la police et de son travail; cette résolution est adoptée à une très large majorité. – Les Chambres fédérales donnent le feu vert à la création d'une police mobile intercantonale (PMI). Il ne reste plus aux cantons qu'à décider s'ils veulent y participer ou pas.

1971

L'achat d'une maison de convalescence dans un lieu de cure est à nouveau évoqué. L'aide aux membres souffrant de rhumatismes en est le motif principal. L'idée d'acheter des maisons de vacances est appuyée par la grande majorité des collègues de Suisse romande. Une procédure de consultation par questionnaires fait ressortir le choix de la région du Valais.

1975

La police compte dans ses rangs un premier pilote professionnel d'hélicoptère. – Le Comité directeur est reçu par le conseiller fédéral Kurt Furg-

ler. But de cet entretien es la définition des rapports entre la police et les autorités. Les six primeurs participants de l'Ecole suisse de police (ESP) obtiennent leur diplôme.

1979

La caisse de secours alloue 15 000 francs à «Terre des hommes» pour l'entretien d'enfants étrangers en Suisse. – La police cantonale de Zurich et le BPA organisent pour la première fois une exposition de la police suisse des autoroutes. – Le centre de formation de la protection civile de «Mythen» organise pour la première fois un cours technique de l'Institut suisse de police destiné aux officiers de renseignement de la police. – Les discussions préparatoires à l'instauration d'un secrétariat permanent ont lieu lors de l'assemblée générale, sur la base d'une étude préliminaire.

1980

Le taux d'occupation des logements de vacances dépasse 75%. – En raison d'une ordonnance du DFJP, un essai de limitation de vitesse à 50 km/h dans les agglomérations est lancé pour deux ans dans les cantons de Bâle-Campagne, Berne, Saint-Gall, Vaud et Zurich, de même que dans les grandes villes de Bâle, Berne et Zurich, à leurs propres frais et en collaboration avec le groupe de travail pour la sécurité routière. – La 74e assemblée des délégués à Neuchâtel approuve par 64 voix contre 18 la création d'un secrétariat permanent. – Le système d'information des automobilistes par radio est introduit en Suisse.

1981

La caisse de secours décide de verser 2500 francs au maximum dans des cas particuliers. – Franz Steinegger, conseiller national, est élu à l'unanimité président de la section d'Uri-Canton. Ainsi donc, la FSFP est à nouveau représentée au Conseil national. – Le port de la ceinture de sécurité devient obligatoire, de même que le port du casque sur les motocyclettes et cyclomoteurs, à la suite de la votation de novembre 1980. – A l'assemblée des délégués, le rédacteur Peter A. Sigron est élu premier secrétaire central.



Der Polizeipräsident von West-Berlin Klaus Hübner im Gespräch mit Ernst Berger

Le président de la police de Berlin-Quest Klaus Hübner en discussion avec Ernst Berger

Il direttore della Polizia di Berlino ovest Klaus Hübner a discorso con Ernst Berger

Zweites Euro-Seminar in Berlin 1981

2ème séminaire européen à Berlin en 1981

Secondo seminario Euro a Berlino 1981

1982

L'allocation au décès est dorénavant portée à 3000 francs, et dès maintenant un versement de 600 francs supplémentaires est accordé à chaque enfant mineur. – Un camarade accidenté sur le chemin du retour de son travail sans qu'il en soit de sa faute reçoit un montant de soutien extraordinaire de 15000 francs, en raison de la paralysie irréversible subie. – Au cours de la séance d'automne du Comité central à Lucerne, le secrétariat central est inauguré officiellement à la Tribtschenstrasse.

1983

La protection juridique de la FSFP existe depuis 60 ans. – Le comité de la section de Zurich-Canton présente une demande au Conseil fédéral: introduire l'obligation du visa pour les citoyens yougoslaves pour briser la «vague des éléments criminels en provenance de Yougoslavie». La fédération adresse une lettre dans ce sens au Conseil fédéral. – A Lucerne, la Société suisse des officiers de police (SSOP) est fondée avec comme buts de promouvoir les échanges d'expériences et d'idées entre les officiers de police, de combler les défauts de formation professionnelle et d'information et de défendre leurs intérêts communs.

1985

Suite aux demandes multiples exprimées par les membres, le conseil de fondation décide la réalisation de l'immeuble de vacances «Muntschi», dans la commune grisonne d'Andeer. – Mme Elisabeth Kopp, conseillère fédérale, reçoit une délégation de la FSFP; les requêtes de la police trouvent en elle une oreille attentive. – Les commandements des polices cantonale et municipale de Zurich organisent un «commissariat école». Cette nouvelle organisation de formation, introduite pour la première fois en Suisse, permet une préparation intensive, pratique et concrète des aspirants policiers aux exigences du service de police, tout particulièrement dans les domaines du style d'intervention et de la tactique.

1986

Lors d'une votation générale, les sections de la FSFP refusent par 7505 voix contre 3429 leur adhésion à l'Union internationale des syndicats de police. – L'Assemblée des délégués élit Jean-Pierre Monti comme nouveau secrétaire central, à une large majorité.

1987

Les représentants de la FSFP et du Syndicat de la police (SdP/RFA) se rencontrent à Zermatt pour analyser la votation de la FSFP sur l'UISP et pour discuter les moyens d'intervention de la police: arme de maintien à distance «TW73» (balles en caoutchouc). – La FSFP conclut un contrat collectif avec la caisse maladie ZOKU pour ses membres et leurs familles.

1988

Lors d'une séance extraordinaire du CC à Bâle, le président de la section de Coire et une délégation de son comité sont reçus en audience, après qu'une procédure d'exclusion de la FSFP ait été engagée contre la section de Coire lors de la précédente séance ordinaire du Comité central de 1987. Le président de cette section est accusé de «violation du principe d'indépendance syndicale», de «fausses indications sur l'état

8
8
1961

de fortune de la section», de «comportement antidémocratique lors de l'AG de la section à Coire le 22.6.87» et de «violation du devoir de fidélité par une plainte déposée contre ses propres membres». Le Comité central décide d'exclure la section de Coire de la Fédération suisse des fonctionnaires de police, et l'AD entérine cette décision.

1994

Mme Gisela Hartmann, de Zoug-Canton, est la première femme à être élue au Comité central à l'occasion de l'AD d'Yverdon-les-Bains. – Dans le cadre du projet «Police 2000», le gouvernement de Bâle-Campagne préconise à sa police uniformée le port de badges nominatifs. Pour la protection de ses membres, la fédération se déclare une fois encore opposée à cette exigence.

1997

Après une lutte de 7 ans, le statut professionnel des fonctionnaires de police est adopté à l'unanimité par la Conférence des directeurs cantonaux des départements de justice et police (CCDJP).

1998

Dans un grand reportage intitulé «Polizei live», la chaîne SF DRS présente pendant 18 heures le travail quotidien des autorités de police des villes et cantons de Zurich et de Bâle. En grande première, l'émission «Polizei live» est également retransmise en direct sur Internet. – La FSFP adhère à l'«Union internationale des syndicats de police» (UISP). – La FSFP organise son 2e congrès sur le thème de la «Sécurité intérieure 2000». Un débat international

1994
1991



permet à différents orateurs suisses et étrangers de confronter leurs opinions sur ce thème très actuel.

1999

A l'Hôtel-de-Ville de Soleure, l'Association suisse des fonctionnaires des Inspectrices de Police (ASIP) tient ses assises officielles sur le thème de la «violence domestique», qui sont suivies avec un grand intérêt même par les non-membres. A Interlaken, le Comité central décide de rédiger une lettre à l'adresse de la conseillère fédérale Ruth Metzler pour lui faire remarquer que la police, en tant que participante au service public, doit absolument être impliquée de manière plus intensive au dialogue politique.

2000

Dans ses efforts pour améliorer de manière décisive ses possibilités de communication interne et externe, la FSFP met en service son site Internet, après une première tentative. Elle exploite sa propre page d'accueil, accessible à l'adresse www.policesuisse-fsfp.ch. – Après plus de huit ans de récession, liés à une perte de pouvoir d'achat de 15% environ, la FSFP revendique à son assemblée des délégués de Cham une augmentation des salaires de 4% et la pleine compensation du renchérissement pour tous les employés de la police. – Lors de la votation populaire du 26 novembre, le peuple suisse décide d'approuver la nouvelle Loi sur le personnel fédéral (Lpers) proposée par le Conseil fédéral et simultanément d'abolir le statut des fonctionnaires introduit en 1927. Au préalable, la FSFP avait lancé, en collaboration avec d'autres associations et syndicats, le référendum contre la



Forum «Gewalt und innere Sicherheit» : Professor Uli Windisch, Genf

Forum «Violence et sécurité intérieure»: Professeur Uli Windisch, Genève

Foro «Violenza et sicurezza interna»: Professore Uli Windisch, Ginevra

Les cinq dernières années: Chronique 2001–2006

2001

- Le forum «Sécurité intérieure» se déroule avec succès, sur le thème «4 piliers pour la sécurité intérieure», avec des personnalités renommées.
- Le Conseil national demande au Conseil fédéral de lancer une procédure de consultation relative à la violence conjugate et dans les couples de partenaires hétérosexuels ou homosexuels. De tels cas doivent être poursuivis d'office et non seulement sur plainte.
- Selon une étude de «Sélection du Reader's Digest», la part de la population suisse accordant à la police une confiance «très élevée» à «assez élevée» s'élève à 71%. Sur ce critère, les policières et les policiers occupent ainsi le premier rang en Suisse.
- Après presque 20 ans d'activité, les bureaux du secrétariat fédératif sont entièrement rénovés.
- La FSFP est favorable aux modifications de la loi militaire et soutient ainsi l'armement des unités appelées à participer à des missions de maintien de la paix, de même que la collaboration avec d'autres Etats en matière de formation.
- Lors d'une rencontre entre le président fédératif Helmut Schmid, le secrétaire général Jean-Pierre Monti et la conseillère fédérale Ruth Metzler, les cinq points suivants sont discutés:
 - Analyse du système de sécurité intérieure de la Suisse (USIS)
 - Institut suisse de police de Neuchâtel (ISP)
 - Reconnaissance de la profession de policière et policier
 - Projet «Train-Street» (collaboration entre la police ferroviaire et Securitas lors du transport de prisonniers)
 - Munition enrichie d'uranium
- Les négociations entre des représentants du service du personnel, de la police et de la FSFP permettent d'obtenir des améliorations du salaire réel pour toutes les policières et policiers de la police cantonale de Bâle-Ville.
- Le projet fédéral «Analyse du système de sécurité intérieure de la Suisse» (USIS) se prononce clairement en faveur d'une reconnaissance absolue de la profession de policier dans toute la Suisse et se montre critique à l'égard des tendances de privatisation du marché de la police.
- Suite à l'échec de la demande d'une augmentation de 5% du salaire réel des policières et policiers, la FSFP revendique une cinquième semaine de vacances, en commun avec d'autres fédérations et syndicats.

2002

- Lors de sa 253e session ordinaire, la Conférence suisse des évêques désigne Saint Michel comme patron des fonctionnaires de police suisses, ceci sur proposition de la police cantonale de Lucerne. Saint Michel est le messenger de Dieu, chargé de veiller à ce que le bien se répande dans le monde et mandaté par Dieu pour la protection des hommes. Le 11 mai, Saint Michel est officiellement institué en tant que patron de la police au cours d'une cérémonie religieuse œuménique.
- A Lucerne, le Syndicat de la police ferroviaire suisse est admis au sein de la FSFP en tant que 80e section.
- Le secrétariat fédératif reçoit un nouveau système informatique qui augmente l'efficacité de son infrastructure.
- Le Comité central décide de proposer à l'Assemblée des délégués une modification des structures de la Fédération. A l'avenir, le secrétaire général doit être assisté de deux secrétaires régionaux provenant de différentes régions de la Suisse, chargés en premier lieu de se tenir à la disposition des sections. Le secrétaire général doit ainsi se trouver déchargé de certaines tâches de proximité pour pouvoir mieux se consacrer à différents niveaux à des tâches de lobbying et de relations publiques.
- L'Office fédéral des routes édicte une nouvelle réglementation sur l'utilisation dans le trafic routier d'appareils assimilables à des véhicules, comme les patins en ligne et les trottinettes. Dans ce texte, les utilisateurs et utilisatrices de tels appareils doivent être fondamentalement assimilés à des piétons. Le Conseil fédéral décrète expressément sur ces entrefaites un droit de priorité pour les piétons dans l'ordonnance sur le trafic routier.
- Le Forum «Sécurité intérieure» se déroule le 8 novembre au Musée des transports de Lucerne. Cette année, il est consacré au thème «Médias et sécurité intérieure: un paradoxe?».
- La FSFP proteste énergiquement contre la décision du Conseil fédéral d'utiliser l'armée pour la surveillance des frontières et des tâches de garde des ambassades.

2003

- La FSFP a l'honneur d'organiser en Suisse le premier congrès ordinaire d'EuroCOP consécutif à sa fondation. Lucerne est choisie comme lieu de ces délibérations. A côté d'autres thèmes importants comme le terrorisme et l'extrémisme, son objet principal réside dans les changements de la société causés par l'utilisation sans discernement de la violence: «Violence contre les policières et policiers, violence et menace contre l'Etat de droit, contre les procureurs, contre les témoins – en un mot contre les hommes» (citation d'Hermann Lutz, président d'EuroCOP).
- Résolution du premier congrès ordinaire d'EuroCOP à l'adresse des services européens et suisses de la police et de la justice:

- La violence ne doit pas constituer un risque professionnel pour les policiers.
 - La violence contre les policiers est une atteinte à la société et doit dans son ensemble faire l'objet d'un intérêt correspondant de la part des instances publiques et politiques.
 - La protection des policiers est importante et nécessite la définition des procédures appropriées.
- Lors de son assemblée de printemps, le Comité central constate clairement qu'une enquête réalisée auprès des sections révèle que leurs besoins à l'égard de leur association faitière augmentent constamment. Pour l'avenir de la Fédération, ses structures opérationnelles doivent être renforcées de toute urgence. Il s'agit comme solution d'engager un suppléant pour assister le secrétaire général.
 - Le 18 mars, le Règlement sur les examens professionnel et la directive d'application correspondante sont officiellement publiés. Par sa signature, le conseiller fédéral Joseph Deiss approuve ces documents le 7 mai et reconnaît ainsi la profession de «policière/policier»: un jalon important pour notre Fédération!
 - L'association de la police cantonale bernoise rédige une note en faveur des policières et policiers victimes de violences – pour qu'ils soient reconnus comme tels.
 - Une offre d'emploi détaillée est publiée dans notre organe fédératif «Police», en vue de repourvoir le poste de secrétaire général. Après 20 ans de service, Jean-Pierre Monti se retirera lors de l'Assemblée des délégués 2006.
 - La Police cantonale de Lucerne fête ses 200 ans d'existence. A cette occasion, elle présente ses différents départements et leurs tâches.
 - Au courant du mois de novembre, la Conférence des directeurs cantonaux de justice et police (CCDJP) annonce que la formation de base des policières et policiers sera dispensée par des centres régionaux de formation, et non plus par les différents des corps de police.
 - Peu avant Noël, les premiers brevets fédéraux de capacité sont remis aux policières et policiers qui viennent de terminer leur formation.

2004

- A l'occasion d'une assemblée à huis clos, le Bureau exécutif décide d'envisager son avenir avec Max Hofmann en qualité de nouveau secrétaire général.
- Mme Karin Keller-Sutter, conseillère d'Etat, est élue comme nouvelle présidente par le Conseil de fondation de l'Institut suisse de police ISP. Sous sa direction, le poste vacant de directeur de l'ISP est mis au concours. Lors d'une assemblée extraordinaire du Conseil de fondation, Peter-Martin Meier, officier de police à la Police cantonale de Saint-Gall, est nommé nouveau directeur de l'Institut suisse de police.

- La Commission paritaire de la FSFP fixe les tâches et le règlement sur les experts aux examens, de manière à assurer un déroulement unifié de ces examens.
- Notre organe fédératif «Police» se voit attribuer le label de qualité «Q-Publication» par l'Association PRESSE SUISSE pour l'année 2004.
- La FSFP proteste dans un communiqué de presse contre la décision malheureuse du Conseil d'Etat bernois de faire porter des badges nominatifs aux policières et policiers. Elle soumet également cette décision à la discussion par la Fédération européenne de police EuroCOP.
- Le 5 novembre, le forum «Sécurité intérieure» se déroule à nouveau à Lucerne. Cette année, son thème de discussion porte sur la question: «Extension à l'Est de l'UE: courants de migration – risque pour la sécurité intérieure?»
- La Fédération de la police argovienne fête ses 100 ans d'existence.
- Heinz Buttauer est élu président par l'Assemblée des délégués de Zurich et prend ainsi la succession de Helmut Schmid.
- Le Conseil de fondation de la Caisse au décès FSFP décide, à la demande de différentes sections, d'augmenter de Fr. 1000.– le montant de l'indemnité de décès.
- A l'occasion de ses 100 ans d'existence, la Fédération grisonne des fonctionnaires de police invite le Comité central à tenir en Engadine son assemblée ordinaire d'automne.
- Les thèmes suivants sont traités lors de la rencontre avec les parlementaires nationaux lors de leur session d'automne:
 - Création d'un «Groupe clé police», composé de représentants de la FSFP ainsi que de conseillers nationaux et de conseillers aux Etats
 - Police ferroviaire
 - Engagements subsidiaires de l'armée

2005

- Le secrétariat fédératif prend ses nouveaux quartiers à la Villenstrasse 2 à Lucerne. La propriété appartient à la Fondation FSPB, la Fédération paie un loyer à la Fondation pour l'utilisation des locaux de bureaux. La nouvelle maison de la police est rapidement accessible depuis la gare, à pied comme par le bus.
- Le 18 novembre, la FSFP tient son forum «Sécurité intérieure» sur le thème: «L'ADN peut-elle être un moyen efficace de prévention et de lutte contre le crime?» A l'occasion des 50 ans d'existence du Bureau de prévention de la police municipale de Zurich, l'Hôtel Marriott de Zurich est choisi comme lieu des délibérations, au lieu du Musée des transports de Lucerne comme jusqu'ici.



Parlamentariertreffen 2005 in Bern

Rencontre avec les parlementaires à Berne en 2005

Incontro con parlamentari del 2005 a Berna

- La FSFP se réjouit de l'approbation des accords de Schengen/Dublin, obtenue en votation populaire. Grâce à l'accès à la base de données européenne des empreintes digitales Eurodac, les demandeurs d'asile de l'UE qui présente une seconde demande peuvent être efficacement reconnus et refoulés. L'adhésion au système transfrontalier d'enquêtes policières SIS fournit la base d'une augmentation du niveau de sécurité en Suisse. La Fédération considère cette approbation comme une reconnaissance du travail de la police par le peuple suisse.
- Le Conseil fédéral invite la FSFP à prendre position sur la loi fédérale sur les mesures de lutte contre la propagande et violence lors de manifestations sportives – thème important dans l'optique du prochain Championnat d'Europe de football qui se déroulera en 2008 en Autriche et en Suisse. Les mesures envisagées suite à cette prise de position tiennent largement compte des propositions de la FSFP.
- Les thèmes suivants sont traités lors de la rencontre avec les parlementaires nationaux:
 - Réforme II des chemins de fer: loi fédérale sur le service de sécurité dans les entreprises de transport
 - Engagements à l'étranger de la police dans le cadre de l'organisation CivPol
 - Contre-projet relatif à l'ordonnance suisse de procédure pénale OSPP

- Dans une information aux médias, la FSFP se déclare extrêmement préoccupée par la violence croissante à l'égard des policières et des policiers. Elle cloue une fois de plus au pilori la politique d'économies au détriment de la sécurité.
- Suite aux incidents survenus après le match du championnat suisse de football entre Bâle et Zurich, la FSFP prend position comme suit: elle condamne les comportements violents des hooligans et demande des mesures mieux appropriées. Elle demande avec insistance aux instances politiques de mettre en place le plus rapidement possible les conditions cadres au niveau législatif qui permettront de combattre le hooliganisme.
- Après 20 ans d'activité en qualité de secrétaire général, Jean-Pierre Monti remet son mandat.
- La Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police se réjouit du feu vert accordé à la nouvelle munition de service (munition à expansion contrôlée).
- L'Ecole de police de la Suisse orientale à Amriswil commence le 2 octobre son premier cycle de formation avec 91 candidats policières et policiers.
- Le 17 novembre, la FSFP organise pour la neuvième fois son forum «Sécurité intérieure», au Stade de Suisse à Berne. Cette année, il est consacré au thème «Hooliganisme – Extrémisme».
- Lors de la 88e assemblée des délégués, à Genève, une femme est élue pour la première fois au Bureau exécutif, en la personne de Johanna Bundi, de la police criminelle fédérale.



«La possibilité envisagée de mettre en œuvre une coopération plus étroite était un succès pour l'époque»

Interview avec Jean Chesaux

En quelle année êtes-vous entré dans la police? Quelle était votre motivation pour embrasser cette profession? Quelle était votre fonction?

J'ai intégré le corps de police le 1er mai 1948 à Bex/VD en tant que policier. En 1954, j'ai été promu commissaire de police. Après une enfance difficile liée à ma situation familiale, j'ai ressenti le besoin d'agir en faveur des plus faibles et des plus défavorisés. En parallèle à mon activité de policier, j'ai participé activement à l'animation de plus de 25 associations. Aujourd'hui, je suis d'ailleurs président d'honneur de 20 d'entre elles.

Quand êtes-vous devenu membre de la FSFP?

Fin 1948 ou début 1949.

A quelle époque a débuté votre engagement en faveur de la Fédération au sein de votre section? Vous souvenez-vous d'un événement concret, vous ayant motivé à vous engager à défendre votre profession, ou alors, quelles en étaient les raisons? Veuillez, s'il vous plaît esquisser votre carrière FSFP.

Fin 1954, année de fondation de la section de la Plaine-du-Rhône, qui a permis à quelques douzaines de collègues valaisans de la police municipale d'adhérer à la FSFP. De 1962 à 1966, j'étais membre du comité central. Ma présidence a duré de 1974 à 1978. En l'absence de tout nouvel aspirant au mandat, j'ai été vice-président de la FSFP de 1978 à 1982. En 1967, j'ai défendu la fondation d'une Académie de police pour les policiers municipaux du Pays de Vaud, qui existe encore aujourd'hui d'ailleurs. La même année, les premiers brevets professionnels au niveau cantonal ont été remis.

Quelle était votre équipe syndicale durant votre présidence de votre section FSFP?

La composition du «Vorort» de la section de La Côte était la suivante:

- Président: Jean Chesaux
- Secrétaire: François Tharin
- Trésorier: Marc Jotterand
- Consultant jur.: Maurice Adler

Durant les premières décennies de l'histoire de la Fédération, le travail était basé sur le principe du «Vorort» (rotation après quatre ans). A vos yeux, ce principe était-il plutôt favorable ou défavorable pour l'exercice de votre fonction de président? Quelle est votre position?

Selon moi, le principe de rotation n'était pas adapté. Combiné à la profession de policier, la charge était trop lourde.



*Jean Chesaux,
section La Côte VD,
président de la FSFP
1974–1978*

Durant votre mandat présidentiel, quelles étaient les principales revendications syndicales?

Formation harmonisée, reconnaissance professionnelle, salaires.

Pendant mon mandat de vice-président, j'étais membre de la commission chargée de former un secrétariat central avec toutes les conséquences que cela pouvait supposer. Mais le plus important, c'est que j'étais surtout convaincu que la FSFP en tirerait de gros bénéfices.

Quelle était l'intensité d'échanges entre la Fédération et d'autres organisations syndicales suisses et étrangères?

Nos contacts étaient plutôt de nature amicale. Nous avons réalisé des visites réciproques à l'occasion de congrès et assemblées de délégués sans pour autant nouer de véritables liens syndicaux.

Le travail de la police est en mutation perpétuelle et doit souvent s'adapter en peu de temps à de nouvelles situations. Quel est votre point de vue relatif à la formation et à la formation continue de la police durant votre carrière, en particulier lors de votre mandat de président?

Dès le départ, soutenir la formation et la formation continue a été ma préoccupation tout comme celle d'agir toujours dans le respect des autres membres.

Est-ce que les femmes avaient déjà fait leur entrée au niveau des services de police? Quel est votre opinion sur le travail des femmes dans la police? Ce sujet a-t-il préoccupé de manière approfondie la Fédération?

Je ne peux répondre que par un oui franc et clair à cette question. Mais il faut savoir que les femmes employées alors dans la police, se chargeaient essentiellement de missions administratives.

De quelle façon avez-vous ressenti la collaboration avec la Confédération et les autorités durant votre mandat de président de la FSFP? La Fédération fut-elle considérée comme partenaire de dialogue en ce qui concerne les problèmes spécifiques de la police?

A ce sujet, je me souviens parfaitement des rencontres avec le Conseiller fédéral Kurt Furgler, occasions qui nous offraient la possibilité de parler avant tout des sujets tels que la formation, l'harmonisation de l'armement, la participation aux procédures de consultation et l'échange d'informations.

Depuis un certain temps déjà, les relations entre l'armée et la police constituent un sujet de discussion très intense: lors de votre mandat, quelles étaient alors ces relations? Existaient-ils des occasions ou manifestations pour lesquelles l'armée s'engageait au niveau de l'autorité de police? La limite de compétences entre la police et l'armée était-elle clairement définie? Ou bien celle-ci était-elle parfois difficile à vivre?

A cette époque, ce sujet n'était pratiquement pas d'actualité. S'il y avait un débat, il se tenait essentiellement au niveau du canton.

Durant votre présidence, quel a été l'événement qui vous a touché le plus? Un succès ou un échec?

Ce qui m'a le plus touché était la possibilité envisagée de mettre en œuvre une coopération plus étroite. Je considère cela comme un succès pour l'époque.

Pouvez-vous citer des faits ayant politiquement, mais aussi sur le plan de la société, influencé directement la FSFP et le travail de la police?

Au niveau de la politique de la Fédération, je tiens à souligner que le travail exigé par le principe de rotation, était excessif. Chaque année, nous avions un total d'environ 200 réunions.

Après avoir quitté la présidence, quels furent vos intérêts en ce qui concerne la Fédération? Suivez-vous aujourd'hui encore les travaux de la FSFP? Avez-vous gardé des contacts avec des membres de la Fédération?

S'il vous plaît, donnez-nous une appréciation sur le développement de la FSFP: est-il plutôt positif ou négatif?

Aujourd'hui, je suis encore avec intérêt la politique fédérative de la FSFP, de ma propre section et de celle de la Plaine-du-Rhône, dont je suis le fondateur et le premier président.

Permettez-nous de vous demander un court bilan sur votre présidence.

Grâce aux fonctions que j'ai occupées, c'est-à-dire de membre du Comité central CC, membre du comité directeur CD, puis finalement de président et de vice-président, j'ai pu, avec l'aide de quelques autres bonnes volontés, faire avancer certaines choses. Comme par exemple en fondant l'Académie de police pour les policiers municipaux du canton de Vaud, en fondant l'UPRO, aujourd'hui USPRO ou en consolidant l'activité sportive dans le corps de police.

«Le métier de policier est une belle profession, cependant, tout ne se passe pas toujours sans heurt»

Interview avec Sergio Crivelli

En quelle année êtes-vous entré dans la police? Quelle motivation vous a poussé à embrasser cette profession? Quelle était votre fonction?

En février 1944, je fréquentais l'école de recrues à Fribourg comme radiotéléphoniste d'infanterie. En novembre de la même année, j'ai suivi la formation de gendarme militaire à Thun et, à partir de décembre 1944, j'ai été transféré en service actif dans différentes localités de Suisse, pour aboutir enfin à Chiasso. En novembre 1945, j'ai intégré la Police cantonale tessinoise.

A cette époque, il existait peu de possibilités d'emploi stable et mon expérience dans la police militaire a facilité ce choix.

Quand êtes-vous devenu membre de la FSFP?

Je suis entré à la FSFP-TI en 1957. Dans notre canton, il existait trois associations de fonctionnaires de police. Une officielle, la FSFP, créée en 1915; une seconde, adhérente au syndicat social-chrétien et la troisième, la Vpod, d'obédience socialiste.



*Sergio Crivelli,
section Tessin-
Canton,
président de la FSFP
1978–1982*

Quand a commencé votre engagement en faveur de la Fédération, au sein de votre section? Vous souvenez-vous d'un événement concret qui vous aurait poussé à vous engager pour la défense de votre profession? Quelles sont les raisons de ce choix? Pourriez-vous retracer brièvement votre carrière au sein de la FSFP?

Je considérais que la fonction d'agent de police était trop importante pour adhérer à un syndicat partisan. La FSFP, organisation politiquement indépendante, me garantissait une plus grande liberté. Quelques années plus tard, j'ai fait partie du Comité cantonal de notre Fédération, tout d'abord comme membre, ensuite en tant que président. J'ai représenté mon canton au sein du comité central de la FSFP pendant cinq ans environ, pour être ensuite nommé président de celle-ci en 1978, lors de l'assemblée annuelle de Lugano.

Comment se composait votre équipe syndicale au cours de votre présidence de la FSFP?

Sergio Crivelli:	président
Aldo Zanetti:	secrétaire
Agostino Bertogliati:	trésorier
Mario Molo:	conseiller juridique

Durant les premières décennies de l'histoire de la Fédération, le travail était basé sur le principe du «Vorort» (une rotation tous les quatre ans). A vos yeux, ce principe était-il favorable ou défavorable dans le cadre de l'exercice de la fonction de président? Quelle est votre position?

Pour la première fois dans l'histoire de notre Fédération, la section tessinoise prenait la direction du «Vorort» et durant ces quatre années, nous avons pu expérimenter ce type de gestion. Ce système semblait sympathique et peut-être même plus humain mais il mettait aussi en lumière le non-professionnalisme de l'équipe dirigeante. En effet, le président, le secrétaire ou le trésorier étaient tous des collègues qui se rendaient disponibles en dehors de leur temps de travail, en plus de leurs fonctions d'agents de police. Très peu (pour ne pas dire aucun) disposaient de compétences de direction dans le domaine administratif et syndical. La FSFP devenait toujours plus importante, le nombre de ses adhérents augmentait et, par conséquent, les problèmes de gestion s'aggravaient, tant du point de vue financier que syndical ou administratif. Au cours de mon mandat, la recherche d'une nouvelle solution s'est imposée avec urgence. Après de longues discussions, la proposition de former un «Secrétariat central permanent» a pris corps et a été acceptée par le comité central, qui, chose rare, l'a soumis pour validation au vote général. En 1982, au terme de notre mandat au comité directeur, le «secrétariat central permanent» est devenu une réalité. Peter A. Sigron fut le premier secrétaire central élu.

Durant votre mandat présidentiel, quelles furent les principales revendications syndicales?

En dehors de son canton d'origine, le «Vorort» avait peu d'influence sur les décisions. Chaque section prise isolément disposait de peu de crédit, spécialement dans les questions syndicales.

Quelle était l'intensité des échanges entre la Fédération et les autres organisations syndicales suisses et étrangères?

Les représentants des diverses associations étrangères étaient invités à nos assemblées annuelles, plus par sympathie que pour d'autres raisons. L'adhésion à l'UISP (Union internationale des syndicats de police) était symbolique et eu dépassait le statut d'observateur. Au sein du «Vorort», des divergences existaient et ont perduré longtemps, car certains considéraient l'UISP comme une organisation syndicale de gauche, par conséquent inadaptée à notre mentalité. Les discussions sur ce sujet furent nombreuses et difficiles. Finalement, en 1998, la nouvelle de notre adhésion complète à l'UISP m'a fait grand plaisir.

Le travail de la police est en constante transformation et doit souvent s'adapter rapidement à de nouvelles situations. Quel est votre point de vue par rapport à la formation et à la formation continue de la police au cours de votre carrière, notamment durant la période de votre mandat présidentiel?

Le métier de policier est une belle profession, cependant, tout ne se passe pas toujours sans heurts. Il faut parfois prendre des décisions imprévues et cruciales en quelques minutes à peine. Il convient donc d'aborder ce métier avec un sens aigu des responsabilités. La formation est capitale et s'est d'ailleurs constamment améliorée. Quant à la préparation psychologique, elle ne doit jamais être négligée. A cet égard, les cours sont sans cesse mis à jour et approfondis.

Les femmes avaient-elles déjà fait leur entrée dans les services de police? Quelle est votre opinion sur le travail des femmes dans la police? Ce sujet a-t-il beaucoup préoccupé la Fédération?

En 1945, les femmes n'étaient pas acceptées. Elles pouvaient tout au plus être employées comme secrétaires, chargées de tâches civiles, mais jamais comme agents de police. Petit à petit, la gent féminine a pu, elle aussi, être admise, au début avec méfiance de la part des collègues masculins, mais ceux-ci ont fini par l'accepter.

Personnellement, c'est avec plaisir que je voyais leur embauche de plein droit et je regrette qu'aujourd'hui encore il existe une association séparée pour les femmes policières. L'union fait la force. Durant ma présidence, on a peu parlé de ce sujet et avec détachement.

Durant votre mandat comme président de la FSFP, de quelle manière avez-vous perçu la collaboration avec la Confédération et les autorités? La Fédération était-elle considérée comme un interlocuteur pour les problèmes spécifiques de la police?

Au cours de ma présidence, les échanges les plus importants avaient lieu avec l'Ecole suisse de police de Neuchâtel. La prise de contact était à peine amorcée, initialement sans grand intérêt de la part des autorités. La reconnaissance de notre association s'est cependant améliorée au fil du temps. Le secrétariat central permanent dispose évidemment de plus de temps pour se faire connaître.

Depuis un certain temps déjà, les relations entre l'armée et la police constituent un sujet de discussion assez fréquent. A l'époque de votre mandat, comment se passaient ces relations? L'armée intervenait-elle, à certaines occasions ou lors de manifestations, pour remplir une mission de police? Les compétences respectives de la police et de l'armée étaient-elles clairement définies? Ou encore, était-il parfois difficile de les traduire en pratique?

Mon passage de la police militaire à la police cantonale m'a permis de connaître à fond les deux fonctions et de les apprécier. Cependant, je suis opposé au fait de confier à l'armée des fonctions de police car l'on ne devient un bon policier qu'après des années d'expérience, années dont le soldat ne dispose pas.

Au cours de votre présidence, quel fut l'événement qui vous a le plus touché? Un succès ou un échec?

Une des expériences les plus touchantes fut ma participation au commandement du contingent tessinois du service d'ordre lors de manifestations contre les implantations nucléaires de Goesgen. C'était la première fois que le Tessin participait à une mission de ce genre en dehors du canton. Ce fut positif sous tous les aspects. Cela nous a permis de connaître les méthodes d'engagements des collègues des autres cantons et de développer des contacts personnels.

Pouvez-vous citer des faits qui, sur le plan politique mais aussi social, ont influencé directement la FSFP et le travail de la police?

J'ai peu de choses à dire sur ce sujet.

Après avoir quitté la présidence, quels ont été vos intérêts à l'égard de la Fédération? Suivez-vous aujourd'hui encore les travaux de la FSFP? Avez-vous maintenu des contacts avec des membres de la Fédération?

Pouvez-vous s'il vous plaît nous donner votre avis sur le développement de la FSFP: est-il plutôt positif ou négatif?

Après mon passage à la présidence fédérale, je me suis toujours impliqué dans la FSFP et ce jusqu'à la retraite et même ensuite, en fonction de mes possibilités naturellement.

Peut-on vous demander de dresser un bref bilan de votre présidence?

Mon appartenance à la FSFP a été positive, j'en ai suivi les progrès qui, en vérité, furent nombreux.

«...n'a guère apprécié cela et m'a traité de socialiste révolutionnaire»

Interview avec Ernst Berger

En quelle année êtes-vous entré dans la police? Quels ont été alors les raisons qui vous ont incité à vous consacrer à cette profession? Quelles ont été vos fonctions?

Je suis entré en 1957 à la police cantonale de Bâle-Ville, après avoir achevé mon école de recrue de police, à l'âge de 24 ans, en qualité de citoyen de Wattenwil BE, sous le nom de Ernst Berger-Guggisberg, né le 26.2.1933 à Teterow (Mecklenburg, DE).

Au début de mon ER, le Cdt Dr Otto Altenbach m'a nommé chef de classe, parce que j'étais le premier dans l'alphabet sur «l'aile gauche».

La police m'a attiré parce que, jeune garçon, j'ai pu ressentir très fortement la Seconde Guerre mondiale, ce qui m'a procuré un certain sens de l'engagement et du droit.

J'étais précédemment à Soleure, employé des PTT – donc de la Confédération – où j'ai également fait la connaissance de mon épouse, Trudy Guggisberg.

Dans la police, j'ai passé par divers postes avec les grades de policier, appointé, caporal, sergent, puis ma carrière s'est développée et m'a conduit à la demande du Cdt Dr Markus Mohler à occuper de 1980 à 1988 un poste de commissaire de la section mobile, avant de devenir premier-lieutenant chef du service des enquêtes jusqu'en 1993.

Quand êtes-vous devenu membre de la FSFP?

Par mon adhésion à la section de la police cantonale de Bâle-Ville, je suis entré également à la FSFP (section de Bâle-Ville).

A quel moment avez-vous commencé à vous engager pour la Fédération au sein de votre section? Avez-vous vécu un événement déterminant qui vous a incité à vous engager pour votre profession, ou quelles ont été alors vos motivations? Esquissez pour nous je vous prie un bref résumé de votre carrière en politique fédérative, jusqu'à votre accession à la présidence de la FSFP.

En 1969, je suis devenu premier vice-président de la section de Bâle-Ville (chef du bureau exécutif) alors que le Dr en droit Peter Meyer (plus tard CJ central) en était le président. J'ai ainsi pris la succession de Charles Bula, qui a été président central de la FSFP de 1966 à 1970. J'ai été ensuite élu au Comité central de la FSFP.

En 1972, j'ai repris du Dr Peter Meyer la présidence de la section de Bâle-Ville, que j'ai quittée en 1982 après 13 ans passés à la tête de la section.

Qui étaient vos compagnons de lutte pendant votre présidence de la FSFP?

Pendant ma période de présidence de la FSFP de 1982 à 1988, mes meilleurs compagnons de lutte ont été: le Dr en droit Peter Meyer (conseiller juridique), Peter A. Sigron (instigateur du secrétariat central), Jean-Pierre Monti (secrétaire central), Jean-Pierre Hegel, de Lausanne, Daniel Stuby, de Genève, et Heiri Häfeli, de Schaffhouse. Nous formions alors le comité directeur de la FSFP.

Au cours des premières décennies de l'histoire de la Fédération, elle fonctionnait selon le principe du «Vorort». A vos yeux, était-ce un avantage ou plutôt un inconvénient pour l'exercice de la présidence? Veuillez je vous prie motiver votre prise de position.

Le principe du «Vorort» appliqué à cette époque était absolument adapté à la structure de la Fédération d'alors – même si son siège changeait de lieu géographique tous les 4 ans. Avec la création du secrétariat central, la situation a changé de manière positive. Le véritable centre administratif et organisationnel s'est dès lors trouvé en Suisse centrale, et donc à Lucerne, et la direction syndicale de la Fédération a été placée entre les mains du Bureau exécutif (précédemment le comité directeur). Les problèmes de déplacements occasionnés par le principe du «Vorort» étaient ainsi supprimés.



*Ernst Berger,
section
Bâle-Ville,
président de la FSFP
1982–1988*

Quels ont été les points brûlants sur le plan syndical auxquels vous avez eu à faire face pendant votre présidence?

Mes six ans de présidence centrale ont été marqués par des réflexions sociales et syndicales que j'ai eu l'occasion d'exprimer au Comité central déjà (commission Berger). Elles avaient pour thèmes: le statut de la profession avec une formation unifiée, l'armement, l'uniforme avec les armoiries cantonales comme signe distinctif. Les questions d'horaires de travail, de personnel et de salaire, ainsi qu'une unification de l'âge de la retraite (le colonel Ernest Schmid, Cdt de la police cantonale valaisanne, n'a guère apprécié cela et m'a traité de socialiste révolutionnaire. Pour sa part, Mme Elisabeth Kopp, conseillère fédérale, a considéré tout cela comme raisonnable, mais elle m'a fait clairement comprendre que même le président central de la FSFP ne peut pas aller à l'encontre de l'esprit des cantons.)

En qualité de membre du CC, j'avais eu le 8 mars 1977 déjà à Bâle un entretien avec le secrétaire général du DFJP, le Dr Riesen, au sujet entre autre du statut de la police. Il considérait nos réflexions comme réalistes et voulait nous aider.

Pendant mon activité à la FSFP, elle s'est développée d'une manière qui ne saurait être qualifiée de «léthargique».

Dans quelle mesure la collaboration avec les autres syndicats de Suisse et de l'étranger était-elle intense?

Sur le plan syndical, nous étions depuis longtemps déjà actifs conformément à l'idéologie de la FSFP. Nos 26 cantons sont souverains et la souveraineté de la police leur appartient toujours. Il était donc du devoir de chacune de nos sections surtout de traiter les problèmes socio-économiques dans le sens de la stratégie fédérative et des possibilités du droit social. Nous avons pris des contacts à ce sujet avec l'USS. J'ai cependant rapidement constaté que nous étions pour ainsi dire la cinquième roue du char et que les coûts seraient trop élevés par rapport aux succès que nous pouvions espérer obtenir.

A Bâle, j'ai mis sur pied en 1969 des contacts transfrontaliers intensifs avec le syndicat allemand de la police GdP.

Le travail de la police change constamment et doit souvent s'adapter rapidement à de nouvelles situations. Quel est votre jugement personnel sur l'offre de formation et de perfectionnement professionnels de la police pendant votre carrière, et tout particulièrement pendant votre présidence?

Nous en avons débattu déjà pendant ma période de membre du CC, dans la «commission Berger». Plus tard, en qualité de président central, j'ai été confronté également à Mme Kopp, conseillère fédérale, au sujet des exigences toujours croissantes imposées aux profils professionnels des policiers.

Nos objectifs de l'époque concernant la formation et le perfectionnement professionnels sont aujourd'hui pris en charge en partie par les institutions intercantionales et régionales.

Par exemple, les aspirants pourront à l'avenir être formés à Hitzkirch et plus à Bâle. Lentement, la direction de la police comme les politiciens responsables remarquent que les exigences dans le domaine des activités de la police ont considérablement augmenté, sans pourtant que ses effectifs en personnel soient adaptés sur cette base.

Aviez-vous déjà des femmes au service de la police? Comment voyez-vous le travail des femmes en tant que policières? Ce thème a-t-il fortement préoccupé la Fédération?

En 1981, les 5 premières policières ont été admises dans le corps de police bâlois. Au début, nous étions sceptiques à leur égard, mais nous avons rapidement constaté que, compte tenu de l'évolution qui se faisait jour dans la manière de voir le monde, la femme avait elle aussi sa place dans la police!

En qualité de président de la FSFP, comment avez-vous vécu la collaboration avec la Confédération et les autorités? La Fédération était-elle perçue comme un interlocuteur valable pour les problèmes et les défis concernant la police?

Nous avons connu certaines divergences de vues avec les autorités.

Depuis longtemps, les relations entre l'armée et la police suscitent des discussions intenses et passionnées: comment ces relations se présentaient-elles pendant votre présidence? Y a-t-il déjà eu des événements et des occasions lors desquels l'armée a pris en charge des tâches souveraines de police? La perception de la répartition des tâches entre l'armée et la police était-elle claire, ou y avait-il des points de friction qui ont causé des difficultés?

Pendant les 36 ans de ma carrière de policier et aussi pendant ma période de présidence de la FSFP, je n'ai pas connu d'expériences négatives avec l'armée.

La police bâloise s'est chargée de toutes les missions nécessaires d'assurance de la sécurité ou d'observation en rapport avec la protection des diplomates, les manifestations importantes de communautés religieuses ou les grands événements sportifs, ce qui toutefois a toujours poussé les membres du personnel aux limites du possible!

Pour les Championnats d'Europe de football 2008 cependant, un «profil de sécurité militaire» devrait s'avérer nécessaire pour décharger la police, ce que nous avons appris à connaître déjà par les journées du WEF de Davos.

La nécessité de recourir de plus en plus souvent à des forces externes pour des manifestations complexes affaiblit le statut professionnel de la police en Suisse, nuit à l'impression de sécurité du peuple et par conséquent aussi à la confiance entre «citoyens et police»!

Pendant les années de votre présidence, quel événement vous a-t-il le plus occupé, le plus profondément touché? Etait-ce un succès ou plutôt un insuccès?

Ce qui m'a le plus touché:

- l'exclusion de la section Coire-Ville
- l'obligation du port de badges nominatifs
- les divergences de vues entre l'instigateur du secrétariat central Peter A. Sigron et moi, et son départ relativement prématuré
- le refus de l'adhésion à l'UISP – qui naturellement ne m'a pas fait plaisir

Pouvez-vous nous faire part d'événements et de développements politiques ou sociaux survenus pendant votre présidence et qui ont concerné directement l'ensemble du travail de la police?

Je me suis engagé, toujours en faveur du statut de notre profession, dans diverses institutions aux niveaux politique et professionnel. Globalement, j'ai dû y consacrer personnellement une grande énergie. Je laisse à d'autres le soin de juger ce que j'ai pu en «retirer». Des tâches m'ont été confiées, qui tout simplement requièrent une certaine capacité d'engagement. Je ne les ai jamais acceptées pour y gagner en popularité, mais bien pour con-

tribuer à améliorer le standard de notre profession et à trouver un cadre acceptable dans le public, ce qui n'est pas allé sans certaines frictions politiques et techniques avec ce que j'appellerai les «instances supérieures»!

Rétrospectivement pourtant, mes activités professionnelles et syndicales ont constitué en majorité une expérience de vie agréable.

Je considère la construction de la maison de vacances de la FSFP Muntschi à Andeer comme un succès de notre engagement, raison pour laquelle je choisis fréquemment Andeer comme lieu de villégiature avec mon épouse. Je me souviens aussi avec plaisir de la collaboration avec l'imprimerie Schill de Lucerne!

Je continue à entretenir des contacts avec la GdP de Lörrach, de même qu'avec le syndicaliste français de la police Pierre Boeglin.

Un dur conflit de générations m'oppose à la section de Bâle-Ville, à sa présidente Andrea Hauri et à l'ensemble de son comité, au cours duquel l'ancien membre du CC Daniel Wittlin m'a quelque peu déçu par son comportement.

L'ancien membre du CC Hans Jutzeler a rendu son insigne d'or parce qu'il ne peut plus porter le titre de membre d'honneur d'une telle section! J'aurais eu effectivement des raisons d'en faire de même!

Ma réflexion de base est et demeure:

«Honnêteté, fidélité et accomplissement du devoir constituent effectivement le fondement de l'esprit de camaraderie de la police», pourtant beaucoup, pour des raisons de caractère, semblent n'avoir pas grandi dans cette conviction et se sont manifestement trompé d'orientation en entrant au service de la justice et de la police!

«Le principe du «Vorort» était trop limité dans ses capacités, malgré les meilleures volontés»

Interview avec Daniel Stuby

En quelle année êtes-vous entré dans la police? Quelle était votre motivation pour embrasser cette profession? Quelle était votre fonction?

En 1964, à l'école de formation de la Police de Sûreté, sur recommandation de mon frère, gendarme.

Quand êtes-vous devenu membre de la FSFP?

Début 1965, comme tous mes collègues.

A quelle époque a débuté votre engagement en faveur de la Fédération au sein de votre section? Vous souvenez-vous d'un événement concret, vous ayant motivé à vous engager à défendre votre profession, ou alors, quelles en étaient les raisons? Veuillez, s'il vous plaît FSFP.

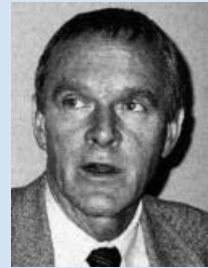
Début des années 70, au comité de la section, du secrétariat à la Présidence de section, puis au Comité central. Défense salariale, loi sur la Police, etc.

Un cas particulier fut l'affaire «Jeanmaire» en 1976. Une affaire qui a ébranlé notamment le système de mobilisation de l'armée et en particulier au niveau policier le recueil de signalement «Zeller». Je faisais à l'époque partie du groupe d'intervention.

Quelle était votre équipe syndicale durant votre présidence FSFP?

Un excellent secrétaire et des membres engagés, puis les conseillers pour la défense juridique et les finances:

- Daniel Stuby président
- Heiri Häfeli vice-président
- Walter Zraggen membre
- Marc Bieri conseiller juridique
- Jean-Pierre Monti secrétaire central



*Daniel Stuby,
section Genève-Sûreté,
président de la FSFP
1988–1994*

Durant les premières décennies de l'histoire de la Fédédation, le travail était basé sur le principe du «Vorort» (rotation après quatre ans). A vos yeux, ce principe était-il plutôt favorable ou défavorable pour l'exercice de votre fonction de président? Quelle est votre position?

Le principe du «Vorort» était trop limité dans ses capacités, malgré les meilleures volontés.

Durant votre mandat présidentiel, quelles étaient les principales revendications syndicales?

- meilleure représentation vis-à-vis des instances de Cdmt, dans les régions et à Berne
- fiches, drogues, formation

Quelle était l'intensité d'échanges entre la Fédération et d'autres organisations syndicales suisses et étrangères?

Suite au rejet 1986 de l'adhésion à l'UISP (et ONU), participation aux travaux du CESP. Un autre exemple est un partenariat avec Travail Suisse: j'ai toujours été opposé à une adhésion, mais favorable à des actions communes au plan social.

Le travail de la police est en mutation perpétuelle et doit souvent s'adapter en peu de temps à de nouvelles situations. Quel est votre point de vue relatif à la formation et à la formation continue de la police durant votre carrière, en particulier lors de votre mandat de président?

Indispensable pour rester performant dans une carrière.

Est-ce que les femmes avaient déjà fait leur entrée au niveau des services de police? Quel est votre opinion sur le travail des femmes dans la police? Ce sujet a-t-il pré-occupé de manière approfondie la Fédération?

Elles ont acquis un siège d'observateur au Comité central. Par ailleurs leur plan de carrière ne dépassait souvent pas 10 ans d'activité dans la Police.

De quelle façon avez-vous ressenti la collaboration avec la Confédération et les autorités durant votre mandat de président de la FSFP? La Fédération fut-elle considérée comme partenaire de dialogue en ce qui concerne les problèmes spécifiques de la police?

Nos initiatives ont porté largement leurs fruits.

Depuis un certain temps déjà, les relations entre l'armée et la police constituent un sujet de discussion très intense: lors de votre mandat, quelles étaient alors ces relations? Existait-il des occasions ou manifestations pour lesquelles l'armée s'engageait au niveau de l'autorité de police? La limite de compétences entre la police et l'armée était-elle clairement définie? Ou bien celle-ci était-elle parfois difficile à vivre?

Par manque de moyens policiers, hélas, la sécurité des grandes conférences justifiaient le soutien logistique de l'armée.

Durant votre présidence, quel a été l'événement qui vous a touché le plus? Un succès ou bien un échec?

L'immense «connerie» des fiches et notre guerre lancée contre la drogue – ni succès, ni échec. Lors de l'affaire des fiches je faisais partie du groupe d'épuration et ensuite de consultation publique, et de réorganisation. Sur le plan de la FSFP, l'affaire des fiches a démontré l'importance de la cohésion et de la solidarité par rapport à des membres laissés seuls face à ces problèmes.

Au chapitre des succès, il s'agit de mentionner la reconnaissance professionnelle sur le plan fédéral.

Pouvez-vous citer des faits ayant politiquement, mais aussi sur le plan de la société, influencés directement la FSFP et le travail de la police?

Le drogue, les réfugiés et l'afflux de requérants d'asile.

Après avoir quitté la présidence, quelles furent vos intérêts en ce qui concerne la Fédération? Suivez-vous aujourd'hui encore les travaux de la FSFP? Avez-vous gardé des contacts avec des membres de la Fédération?

Avec quelque distance en kilomètres.

S'il vous plaît, donnez-nous une appréciation sur le développement de la FSFP: est-il plutôt positif ou négatif?

Bravo pour la concrétisation des projets engagés et le renforcement des structures et initiatives de la Fédération. Les réflexions empreintes de savoir et de connaissance du métier de police accumulées durant de nombreuses années doivent, à mon sens, prendre une place plus importante au niveau des réflexions des instances fédératives. Il y va du respect des personnes, des membres et en particulier des collègues retraités.

Permettez-nous de vous demander un court bilan sur votre présidence.

Au début de ma présidence, au plan de l'anecdote, était de faire rentrer au bercail le fichier des membres de la FSFP expatriés auprès de la BCZ! Autrement dit: c'était une banque qui détenait le fichier d'un syndicat ... Mais à part cela, mon secrétaire d'alors, Jean-Pierre Monti, connaît le bilan mieux que moi et nous avons même survécu à des «brainstorming» redoutables.

«La FSFP est sur la bonne voie. Il lui suffit de continuer comme cela»

Interview avec Walter Zraggen

En quelle année êtes-vous entré dans la police? Quels ont été alors les raisons qui vous ont incité à vous consacrer à cette profession? Quelles ont été vos fonctions?

Après avoir terminé mon apprentissage de postier, j'ai travaillé jusqu'en 1961 dans cette profession à Soleure et à Bâle. Je suis entré ensuite à la police cantonale d'Uri. En dernier lieu, j'ai été pendant 11 ans chef de service (chef de section) de la police routière, à Göschenen. Depuis tout jeune, je désirais exercer une activité de services qui me permettrait d'être en contact avec des gens.

Jamais pendant toute ma carrière je n'ai regretté ma décision d'entrer dans la police. Au début, notre poste d'Altdorf ne disposait pas de sa propre section criminelle: chacun devait donc tout faire – des accidents de la circulation aux assassinats. Dans les cas particulièrement graves, nous demandions le soutien de Zurich, qui disposait d'une équipe de conducteurs de chiens. Nous devions également assurer le contrôle routier sur le Klausen.

Quand êtes-vous devenu membre de la FSFP?

En 1962, après mon école de recrue de police.

A quel moment avez-vous commencé à vous engager pour la Fédération au sein de votre section? Avez-vous vécu un événement déterminant qui vous a incité à vous engager pour votre profession, ou quelles ont été alors vos motivations? Esquissez pour nous je vous prie un bref résumé de votre carrière en politique fédérative, jusqu'à votre accession à la présidence de la FSFP.

1971 à 1982 caissier de la caisse maladie (propre section) à la section d'Uri de la FSFP

1984 à 1988 membre du CC de la FSFP

1988 à 1992 membre du Bureau exécutif de la FSFP

1992 à 1994 vice-président de la FSFP

1994 à 1998 président de la FSFP

En 1961, le corps de la police cantonale d'Uri comptait 26 hommes. En vue de l'ouverture de l'autoroute A2/A4 avec les deux tunnels du Gothard et du Seelisberg, son effectif devait être augmenté à plus de 100 hommes. Il a donc fallu résoudre de nombreux problèmes de personnel. Je me suis consacré à ce problème depuis les années 60 déjà. Il était donc pratiquement clair que je serais élu au comité de la section d'Uri de la FSFP. D'autre part, je faisais partie depuis des années d'un groupe de travail chargé par le commandement de la police de résoudre le problème d'une police routière. En outre, les représentants de la police étaient membres de l'association des fonctionnaires cantonaux. Ils représentaient une entité particulière au sein de cet organisme, en raison de leur service de 24 heures sur 24. Leurs demandes devaient être discutées directement avec le Conseil d'Etat. Il était important de nous démarquer des autres groupes professionnels, en raison de nos spécificités. Les problèmes relatifs au salaire et aux horaires de travail étaient constants: tous les fonctionnaires de police travaillaient davantage que les 48 heures hebdomadaires définies



Walter Zraggen,
section Uri-Canton,
président de la FSFP
1994–1998

dans la loi. Pourtant, en raison du barème légal défini pour le travail extraordinaire, les heures supplémentaires n'étaient pas payées. Avec l'aide de la FSFP, il a été toutefois possible de parvenir à un accord sur un règlement définissant que toutes les heures dépassant 52 heures hebdomadaires devaient être compensées ou payées à raison de Fr. 4.–/h. Un supplément de Fr. 2.–/h était appliqué aux services du dimanche et de la nuit.

Qui étaient vos compagnons de lutte pendant votre présidence de la FSFP?

- | | |
|---|----------------------|
| – Heiri Hüsler, police municipale de Lucerne: | vice-président |
| – Helmut Schmid, police fédérale: | membre |
| – Jean-Pierre Monti: | secrétaire général |
| – Marc Bieri: | conseiller juridique |

Au cours des premières décennies de l'histoire de la Fédération, elle fonctionnait selon le principe du «Vorort». A vos yeux, était-ce un avantage ou plutôt un inconvénient pour l'exercice de la présidence? Veuillez je vous prie motiver votre prise de position.

Je me souviens encore du dernier «Vorort». Il se situait à la police cantonale tessinoise. Il en était alors résulté des problèmes divers. Ce système serait impensable aujourd'hui.

Quels ont été les points brûlants sur le plan syndical auxquels vous avez eu à faire face pendant votre présidence?

- Le statut de professionnel
- L'adhésion à l'UISP, qui deviendra EuroCOP, a été réalisée
- La pénurie de personnel
- Les contacts avec les commandants des polices cantonales ont été améliorés
- Les contacts avec les différents offices fédéraux ont été constamment entretenus
- Les contacts avec les diverses sections
- Elaboration de nouveaux statuts et règlements fédératifs

Dans quelle mesure la collaboration avec les autres syndicats de Suisse et de l'étranger était-elle intense?

Nos partenaires ont été notamment la Conférence Ebenrain, la GdP (Syndicat allemand de policiers) et l'UISP.

Le travail de la police change constamment et doit souvent s'adapter rapidement à de nouvelles situations. Quel est votre jugement personnel sur l'offre de formation et de perfectionnement professionnels de la police pendant votre carrière, et tout particulièrement pendant votre présidence?

L'Institut suisse de police ISP de Neuchâtel offre de nombreux cours de très bonne qualité. Avec les écoles de police régionales, la formation est devenue encore beaucoup plus efficace. Personnellement, j'ai eu la possibilité de suivre de nombreux cours à l'ISP au cours de ma carrière et j'ai collaboré à un groupe de travail sur la formation.

Sur le plan interne au corps, le perfectionnement professionnel a toujours été très important, également pour l'entraînement physique et au tir. L'arme de service est un instrument de travail au service de l'application de la loi.

Aviez-vous déjà des femmes au service de la police? Comment voyez-vous le travail des femmes en tant que policières? Ce thème a-t-il fortement préoccupé la Fédération?

Oui, la première femme en uniforme est entrée chez nous en 1980, et nous avons fait d'excellentes expériences avec elles. C'est pendant ma présidence que nous avons accueilli la première femme au Comité central, en la personne de Gisela Mahler.

En qualité de président de la FSFP, comment avez-vous vécu la collaboration avec la Confédération et les autorités? La Fédération était-elle perçue comme un interlocuteur valable pour les problèmes et les défis concernant la police?

La collaboration avec les autorités fédérales s'est beaucoup améliorée pendant ma période de présidence. Après que la Fédération ait sensiblement augmenté sa présence dans la presse, à la radio, etc., elle a été considérée comme un interlocuteur sérieux. Nous avons également obtenu d'être intégrés aux procédures de consultation, ce qui n'était pas le cas auparavant.

Depuis longtemps, les relations entre l'armée et la police suscitent des discussions intenses et passionnées: comment ces relations se présentaient-elles pendant votre présidence? Y a-t-il déjà eu des événements et des occasions lors desquels l'armée a pris en charge des tâches souveraines de police? La perception de la répartition des tâches entre l'armée et la police était-elle claire, ou y avait-il des points de friction qui ont causé des difficultés?

La perception de la répartition des tâches entre la police et l'armée était encore assez claire à cette époque. L'armée n'avait pas encore été diminuée dans son état. Il en va tout autrement aujourd'hui. La réduction de ses effectifs s'accompagne d'une diminution constante de son champ d'activités. Elle cherche donc toujours davantage à s'appropriier des tâches souveraines de police. Pendant ma présidence, nous avons eu de plus en plus de problèmes avec les organisations de sécurité privées, car les communes recouraient de plus en plus souvent à de tels services pour des raisons financières.

Pendant les années de votre présidence, quel événement vous a-t-il le plus occupé, le plus profondément touché? Était-ce un succès ou plutôt un insuccès?

L'adhésion à l'UISP (aujourd'hui EuroCOP) a été un succès, parce qu'elle avait été refusée lors d'une première votation. En outre, nous avons fait des progrès substantiels en direction de la reconnaissance de notre profession; bien qu'ils aient été lents, l'objectif a été atteint plus tard, ce qui est le plus important.

L'approbation par l'AD des nouveaux statuts et règlements, élaborés par un groupe de travail interne, doit elle aussi être considérée comme positive.

Pouvez-vous nous faire part d'événements et de développements politiques ou sociaux survenus pendant votre présidence et qui ont concerné directement l'ensemble du travail de la police?

J'ai constaté que notre Fédération en tant qu'unique organisation des employés de la police est désormais considérée de manière positive à tous les niveaux de la politique. L'estime généralement accordée à la police a augmenté. Avec la création du forum «Sécurité intérieure», la Fédération a ouvert à nos membres une nouvelle fenêtre, en plus de celle de l'Assemblée des délégués.

Après avoir remis votre charge de président, comment votre intérêt à l'égard de la Fédération a-t-il évolué? Suivez-vous aujourd'hui encore le travail de la FSFP? Avez-vous gardé des contacts avec des membres de la Fédération?

Veillez je vous prie évaluer pour nous le développement de la FSFP: le jugez-vous positif ou négatif?

Je continue à suivre les activités de la FSFP avec le plus grand intérêt, que ce soit par l'intermédiaire de notre organe fédératif «Police», par la presse en général, par la télévision, la radio, etc. J'ai en outre conservé des contacts étroits avec certains membres de la Fédération. La FSFP est sur la bonne voie. Il lui suffit de continuer comme cela.

Pouvons-nous vous demander de tirer pour nous un bref bilan de votre présidence?

Ce fut une période intéressante et riche d'enseignements. L'ensemble de ce travail m'a apporté beaucoup de joie et de satisfactions. Et j'en appelle ici aux jeunes de s'engager en faveur de l'avenir social des fonctionnaires de police. La FSFP est l'organisation qui convient à cette tâche.

«Plus l'on s'implique, plus l'intérêt grandit»

Interview avec Helmut Schmid

En quelle année êtes-vous entré dans la police? Quelle était votre motivation pour embrasser cette profession? Quelle était votre fonction?

Entré à la Police cantonale du Valais en janvier 1965 en qualité d'aspirant. Nomination en décembre de la même année et assermentation. Entré à la Police de sûreté en 1970 en qualité d'inspecteur. Le 1er mai 1973, nomination comme inspecteur à la Police fédérale, à Berne, puis commissaire dès 1977.

Motivations:

Après avoir exercé durant 7 années une profession dans le secteur du bâtiment (monteur électricien), le désir d'entrer dans une administration s'est fait sentir. Si le choix s'est porté sur la police, je le dois à la qualité du recrutement de la part du Chef de la Police de sûreté valaisanne d'alors, le commissaire Ernest Udriot. Mon souhait d'entrer dans les rangs de la police criminelle a été exaucé grâce à la compréhension et aux promesses tenues de ce patron.

Fonctions successives importantes à la Confédération:

- Commissaire responsable d'un domaine du contre-espionnage
- Chef de l'instruction à la Police fédérale et chargé de cours à l'ISP dans les domaines de la protection de l'état (extrémisme – lutte contre le terrorisme – contre-espionnage)

- Membre de l'EM de direction de l'OPF, chargé de l'organisation et du déroulement des cours pour les candidats de la nouvelle police judiciaire
- Coordinateur et responsable du groupe de travail pour la rédaction des directives de l'OPF

Quand êtes-vous devenu membre de la FSFP?

Mon entrée à la FSFP est datée du 1.7.1965, soit avant même l'assermentation officielle!

A quelle époque a débuté votre engagement en faveur de la Fédération au sein de votre section? Vous souvenez-vous d'un événement concret, vous ayant motivé à vous engager à défendre votre profession, ou alors, quelles en étaient les raisons? Veuillez, s'il vous plaît esquisser votre carrière FSFP.

Ils doivent se situer dans les années 1980 par mon entrée au comité de la section, puis en qualité de président de celle-ci. En 1994 je suis entré au comité central de la FSFP, puis au bureau exécutif en 1996 et comme président deux ans plus tard.

Motivation:

Après avoir bénéficié de conseils de la part de mes aînés de la Police fédérale, le temps était venu pour moi de perpétuer la tradition et de faire profiter les collègues nouvellement engagés des expériences acquises. Tout était neuf et bien des bonds dans l'inconnu ont été exécutés. Les intérêts que l'on défendait alors étaient liés aux questions de nominations, de salaires, d'organisation, voire de répartition du travail. La question des indemnités revenait régulièrement sur le tapis et certains acquis étaient durs à défendre dans une organisation (MPC – Ministère public de la Confédération) dont le personnel policier ne constituait pas une majorité.

Quelle était votre équipe syndicale durant votre présidence FSFP?

Equipe syndicale durant ma présidence:

- Heiri Hüsler, vice-président
- Heinz Buttauer (vice-président au départ de Heiri Hüsler)
- Josef Dittli
- Gérard Morisod, puis Max Hofmann
- Jean-Pierre Monti, secrétaire général
- Hugo Herzog, conseiller financier
- Marc Bieri, conseiller juridique

Durant les premières décennies de l'histoire de la Fédération, le travail était basé sur le principe du «Vorort» (rotation après quatre ans). A vos yeux, ce principe était-il plutôt favorable ou défavorable pour l'exercice de votre fonction de président? Quelle est votre position?

Je n'ai pas été directement confronté avec le principe du «Vorort» durant mes années de présence au CC et au BE. Il n'aurait pas constitué un avantage. Les présidents précédents avaient certainement des arguments à faire valoir, surtout lorsque l'activité de l'organe fédérateur était concentrée sous la présidence de la FSFP. Aujourd'hui et depuis plus de 15



*Helmut Schmid,
section police fédérale,
président de la FSFP
1998–2004*

années, les sections qui composent notre Fédération ont gagné en autonomie et le BE remplit essentiellement des tâches d'importance commune et non plus celles du style d'un directoire comme sous le principe du «Vorort». Je dirais que la situation actuelle (siège central à Lucerne) est plus adaptée aux besoins de la FSFP et de son organisation.

Durant votre mandat présidentiel, quelles étaient les principales revendications syndicales?

Principales revendications syndicales:

- Pénurie de personnel policier en Suisse
- Difficultés de recrutement
- Salaires, subsidiairement harmonisation de ceux-ci au sein des corps
- Recrutement et reconnaissance professionnelle
- Formation de base et continue
- Engagement des forces de police
- Immixtions extérieures dans les tâches de sécurité

Quelle était l'intensité d'échanges entre la Fédération et d'autres organisations syndicales suisses et étrangères?

Ces échanges sont directement tributaires de notre engagement et de notre participation aux choses de la police. Plus l'on s'implique, plus l'intérêt grandit dans nos propres rangs et dans ceux de nos partenaires, aussi à l'étranger. Notre entrée dans le syndicat EuroCOP est significative. A peine avons-nous adhéré que l'organisation du premier congrès sous cette nouvelle appellation nous était confiée. Le plus difficile va être de maintenir le cap et de faire preuve de souplesse et d'imagination afin de s'intégrer encore mieux et d'accepter toute nouvelle forme de partenariat. Ce sont les besoins qui prédominaient quant à l'intensité des échanges avec les partenaires de la profession et des organisations syndicales, sans distinction quant à leur appartenance politique ou leur nationalité.

Le travail de la police est en mutation perpétuelle et doit souvent s'adapter en peu de temps à de nouvelles situations. Quel est votre point de vue relatif à la formation et à la formation continue de la police durant votre carrière, en particulier lors de votre mandat de président?

Je n'invente rien en déclarant que l'existence même d'une police est directement liée à la qualité et au sérieux de la formation et de la formation continue. Le jour viendra où des organisations privées vont encore plus se profiler pour reprendre le flambeau sécurité dans des conditions bien plus intéressantes sur l'aspect pécuniaire. Toutes les organisations privées profitent en effet de ce qui est fait dans la formation de la policière et du policier. Tout est officiel et les programmes de formation, tenus secrets à l'époque, sont aujourd'hui à la portée de tous. Les rendre plus performants et mieux adaptés aux besoins actuels ne constitue pas une difficulté trop grande.

Devra-t-on aller jusqu'à protéger d'un label les programmes de formation? C'est une idée à développer. Du pain sur la planche de ceux qui voudront faire figurer, en cas d'infraction reconnue, cette nouvelle forme de délit dans une procédure pénale.

Est-ce que les femmes avaient déjà fait leur entrée au niveau des services de police? Quel est votre opinion sur le travail des femmes dans la police? Ce sujet a-t-il préoccupé de manière approfondie la Fédération?

Dans les «sixties», des femmes ont été recrutées au sein des corps de police pour des tâches spécifiques de surveillance de la circulation routière, de participation aux affaires criminelles impliquant des mineurs, de tâches administratives et de formation, principalement en matière d'utilisation de matériel de bureau. Avec les années, les femmes ont, à juste titre, revendiqué les droits et accès aux mêmes tâches que leurs collègues masculins. Les salaires quant à eux avaient peine à suivre! La FSFP n'a pas été confrontée avec cette question tout au début du fait de l'engagement très confidentiel des femmes. A l'heure actuelle, nos collègues féminines sont organisées au plan national en une association active et reconnue. Mon souhait de les voir rejoindre les rangs de la FSFP au même titre que les hommes ne s'est pas réalisé. On devrait cependant pouvoir gommer toutes les différences inhérentes au sexe et ne former qu'une seule fédération, femmes et hommes confondus. Nos intérêts et revendications sont pour l'essentiel identiques.

De quelle façon avez-vous ressenti la collaboration avec la Confédération et les autorités durant votre mandat de président de la FSFP? La Fédération fut-elle considérée comme partenaire de dialogue en ce qui concerne les problèmes spécifiques de la police?

Mon point de vue à cette question est celui de bien d'autres collègues de par mon activité passée dans un service de police de la Confédération. L'approche a été plus aisée dans bien des questions épineuses de la formation, de la reconnaissance et de la défense de la fonction. Etre proche des autorités fédérales a constitué un avantage non négligeable dans la reconnaissance professionnelle de la policière et du policier par exemple. Connaître personnellement les responsables chargés de statuer sur le métier de la police permet de traiter les questions en toute cordialité et avec plus de célérité. Dans la mesure où la FSFP s'engage et se fait connaître par des partenaires à quelque niveau que ce soit, elle entre dans un processus de dialogue et peut dès lors prétendre à toutes participations. Reste que l'effort du premier contact doit être consenti par des représentants de nos rangs.

Depuis un certain temps déjà, les relations entre l'armée et la police constituent un sujet de discussion très intense: lors de votre mandat, quelles étaient alors ces relations? Existaient-ils des occasions ou manifestations pour lesquelles l'armée s'engageait au niveau de l'autorité de police? La limite de compétences entre la police et l'armée était-elle clairement définie? Ou bien celle-ci était-elle parfois difficile à vivre?

S'il est un sujet sur lequel je me suis étendu avec et parfois sans empressement c'est bien celui de notre armée en mal d'occupations. Les réactions à mes propos ont été légions, mais seuls ceux qui ont daigné m'approcher personnellement ont été mis au courant du fond de ma pensée. Et celle-ci est encore la même aujourd'hui. Si à l'époque glorieuse du SSA (Service de Sécurité de l'Armée), des membres privilégiés des corps de police, et j'en faisais partie, se réunissaient tous les deux ans dans le but de prendre connaissance de la panoplie de gadgets sur le marché en matière de nouvelles technologie et de les engager dans des exercices, bons ou mauvais simulacres de réalités, prenaient un plaisir certain à se retrouver et à exécuter des ordres, c'était dans l'unique but de s'entraîner en vue d'une hypothétique situation conflictuelle. L'idée de se substituer en force de la sécurité intérieure ne nous effleurait même pas. L'ingérence dans les affaires des responsables de la sécurité était insignifiante. Aujourd'hui, la menace ne se circonscrit plus à coups de canon et la guerre classique entre pays n'a plus ou presque cours. Mais les moyens à disposition sont quasi restées identiques. Un rééquilibrage des budgets en matière de sécurité serait une

solution. Reste à trouver le Winkelried au Parlement qui voudra bien lancer le pavé dans la mare et proposer les modifications constitutionnelles. Les moyens mis à disposition de notre armée sont disproportionnés quant à la situation politique et aux soi-disant exigences. Ceux dont disposent les professionnels de la sécurité intérieure sont nettement insuffisants. J'en veux pour preuves les multiples interventions de la FSFP auprès de Gouvernements cantonaux et les appels incessants des conférences des commandants des polices cantonales et municipales sur le cruel manque d'effectifs. Au début de ma présidence à la FSFP, la sous dotation s'exprimait par un manque de 1000 à 1200 unités. Aujourd'hui, ce sont 2000 unités de plus qu'il faudrait avoir pour accomplir correctement les tâches de souveraineté de la police. A quand la barre des 3000! Les compétences varient au gré des situations avec pour conséquence le danger de ne pas corriger au terme d'une situation ayant nécessité une coexistence temporaire.

Durant votre présidence, quel a été l'événement qui vous a touché le plus? Un succès ou un échec?

L'événement qui m'a le plus touché au cours de ma présidence est sans conteste la signature par M. le CF Joseph Deiss, le 7 mai 2003, du règlement d'examen sanctionnant de manière officielle la reconnaissance du métier de policière et de policier avec à la clef un certificat fédéral de capacité. C'est bien plus tard que j'ai véritablement pris conscience de l'importance de ce qui avait été réalisé grâce à l'acharnement d'une commission paritaire qui n'a eu de cesse de remettre l'ouvrage sur le métier. Que mes prédécesseurs en soient largement remerciés! Imaginez que ce sont des policiers qui ont oeuvré afin que tout cela se réalise pour le bien de toutes les policières et de tous les policiers de Suisse.

Quant aux échecs, ils n'existent pas dans une organisation respectueuse des règles et principes qu'elle édicte. Tout au plus, au niveau d'un bureau exécutif ou de président, on peut parler d'une déception, lorsque l'idée développée, présentée et débattue ne passe pas la rampe. La correction est alors immédiate par le biais du verdict d'un CC, d'un comité de section, d'une assemblée générale ou encore d'un conseil. Le fait d'accepter cette décision coupe les effets négatifs d'un échec et la déception restante doit devenir une motivation supplémentaire pour reprendre un dossier, le préparer à nouveau, tout en tenant compte des décisions prises et en fonction des nouveaux éléments.

Pouvez-vous citer des faits ayant politiquement, mais aussi sur le plan de la société, influencés directement la FSFP et le travail de la police?

D'une manière générale cette question peut devenir une affirmation tant les décisions politiques ont une influence sur les activités de la police et de la FSFP et que vice-versa le travail de la police et celui de son organisation syndicale provoquent des réactions dans la sphère politique. Ainsi un accident de la circulation et le rapport qui en est établi peuvent générer un débat au niveau politique, par exemple pour corriger une carence en matière de sécurité dans un tunnel. Dans le sens inverse, l'activité politique à l'image de la commission parlementaire chargée d'étudier les modifications proposées dans la rédaction d'une nouvelle loi sur la procédure pénale entraîne des réactions de la police.

Les faits qui me reviennent le plus souvent à l'esprit:

- Privatisation de la sécurité en tant que tâche de souveraineté
- Transfert de la sécurité civile aux organes militaires
- Réformes sur la police (nombreux exemples dans le seul canton de Vaud)

- Police unique
- Police de proximité
- Loi sur la procédure pénale unifiée
- Engagements à l'étranger

Après avoir quitté la présidence, quelles furent vos intérêts en ce qui concerne la Fédération? Suivez-vous aujourd'hui encore les travaux de la FSFP? Avez-vous gardé des contacts avec des membres de la Fédération?

S'il vous plaît, donnez-nous une appréciation sur le développement de la FSFP: est-il plutôt positif ou négatif?

Après un grand bol d'air de début de retraite, l'intérêt aux choses de la police renaît. Peut-être aussi l'envie de ne pas trop perdre le fil et de garder certains contacts. Un collègue retraité rencontre tout de même quelques difficultés à rester au top.

Pour ma part, je participe le plus souvent possible aux réunions de l'USPRO, aux sorties de ma section et autres réjouissances comme les repas de fin d'année ou les conférences sur la sécurité intérieure. C'est une manière passive de montrer de l'intérêt mais qui ne nous apporte pas d'autres satisfactions que celle de marquer un passage. Le journal permet également de se tenir au courant des principaux dossiers traités à la FSFP.

Dire que la FSFP se trouve à un tournant important de son existence relève d'une banalité que j'ose à peine énoncer. Le développement de la FSFP est un travail sans relâche de tous les jours. Il ne se passe pas une assemblée, une réunion ou une conférence dans les milieux de la sécurité sans que la FSFP ne soit citée. C'est à double tranchant. On pourrait se cantonner dans nos petites tracasseries administratives ou régionales et se contenter de revendiquer au moment opportun une amélioration au plan salarial, une augmentation des effectifs ou encore un nouvel armement, puis attendre une décision. Sans rien entreprendre d'autre. Si au contraire la FSFP montre de l'intérêt aux problèmes soulevés par ses membres, qu'elle accepte la discussion, qu'elle participe aux débats et qu'elle s'engage dans les processus de décision, elle pourra compter sur une reconnaissance accrue de tous les partenaires avec lesquels elle a bien voulu s'engager. C'est je crois ce que j'ai tenté d'entreprendre avec plus ou moins de bonheur.

Permettez-nous de vous demander un court bilan sur votre présidence.

Faire le bilan de 6 années de présidence procède d'un exercice périlleux auquel je refuse de me contraindre. Les archives sont là pour témoigner de mon activité surtout que la mémoire, pour ma part exercée parcimonieusement, risquerait de faire défaut. La consultation des rapports annuels et procès-verbaux des nombreuses séances dirigées est mieux à même de témoigner sur ce sujet.

Ce qui me revient spontanément à l'esprit:

- Remise de la caisse fédérative dans un état satisfaisant
- Remise de la caisse de la Fondation dans un état excellent
- CC devenue un organe performant
- Sections plus engagées
- Contacts avec les médias plus développés, intensifiés et structurés
- Secrétariat fédératif mieux à même fonctionner au profit des sections
- Partenariat avec les organisations syndicales renforcé
- Contacts avec les conférences patronales intensifiés
- Journal fédératif au goût du jour

«La politique de la FSFP s'oriente vers une résolution des problèmes par le dialogue»

Interview avec Heinz Buttauer

En quelle année êtes-vous entré dans la police? Quels ont été alors les raisons qui vous ont incité à vous consacrer à cette profession? Quelles ont été vos fonctions?

Je suis entré en 1975 dans le corps de la Police municipale de Zurich. La diversité des tâches et la possibilité de m'engager en faveur de la population ont été pour moi des arguments importants pour le choix de cette profession. Après ma formation, j'ai assumé des services dans différents organismes. Avant mon élection à la présidence de la FSFP, j'assumais la responsabilité de la surveillance régionale du «Kreis 4». Depuis juillet 2004, je travaille dans le domaine de la «Community Policing». Grâce à un bon arrangement avec le commandement du corps, je peux consacrer à la Fédération 25% de mon temps de travail.

Quand êtes-vous devenu membre de la FSFP?

En adhérant en octobre 1976 à la Fédération des fonctionnaires de la police municipale de Zurich, je suis devenu automatiquement membre de la FSFP.

A quel moment avez-vous commencé à vous engager pour la Fédération au sein de votre section? Avez-vous vécu un événement déterminant qui vous a incité à vous engager pour votre profession, ou quelles ont été alors vos motivations? Esquissez pour nous je vous prie un bref résumé de votre carrière en politique fédérative, jusqu'à votre accession à la présidence de la FSFP.

Différents problèmes concernant le salaire, les horaires de travail, les drogues, les équipements, pour n'en citer que quelques-uns, ont incité le comité de section d'alors à recruter de nouveaux membres pour ce comité. Comme je voulais m'engager en faveur des intérêts de mes collègues, je me suis présenté à l'élection en 1986 et j'ai été élu. J'ai assumé pendant 2 ans la charge de secrétaire, avant de me décider à poser ma candidature à la présidence. Après 6 ans de présidence, j'ai encore rempli pendant 2 ans la charge de vice-président, pour assister mon successeur pendant sa période d'introduction.

Avec la présidence au niveau local ont commencé également mes activités fédératives au niveau national. J'ai été élu au Comité central en 1992 lors de l'assemblée des délégués de Zurich. En 1996, l'ancienne CD I a été dissoute pour faire place à la CD II. Je l'ai dirigée en qualité de président, de même que les autres commissions successives, la CD III et la CD III plus. En 1998, le Comité directeur de l'époque s'est vu adjoindre deux personnes supplémentaires. A ma grande joie, j'ai été élu à cet organe de direction. Après deux ans comme membre de ce comité, j'ai repris la charge de vice-président. J'ai atteint le sommet en 2004 lorsque ma section et la région de la Suisse orientale m'ont porté à la présidence, en me faisant la joie de m'élire à la tête de notre fière Fédération dans la ville où je travaille.

Qui étaient vos compagnons de lutte pendant votre présidence de la FSFP?

Les changements de personnel ont été rares depuis mon entrée en fonction, et tous ont été motivés par les nécessités de la limitation de la durée des mandats.

L'un de mes compagnons de lutte les plus importants a certainement été notre ancien

secrétaire général Jean-Pierre Monti. Son savoir acquis en une vingtaine d'années d'activité a été très précieux pour moi et infiniment utile.

Mes autres compagnons comme Josef Dittli, Jean-Pierre Zehnder, Max Hofmann et Olivier Prevosto ont été et sont encore aujourd'hui des camarades fidèles et d'une extrême compétence. Suite au retrait de Josef Dittli et la reprise du poste de secrétaire général par Max Hofmann, deux nouveaux membres ont été élus à Genève. Ce sont Urs Krügel d'une part, et Hanni Bundi d'autre part, première femme de l'histoire de la FSFP à siéger à son Bureau exécutif. Chaque personne dans son individualité fournit à sa manière un travail précieux pour le bien de notre Fédération.

Au cours des premières décennies de l'histoire de la Fédération, elle fonctionnait selon le principe du «Vorort». A vos yeux, était-ce un avantage ou plutôt un inconvénient pour l'exercice de la présidence? Veuillez je vous prie motiver votre prise de position.

Après la fondation de notre fière Fédération, il n'était pas possible de la diriger autrement que selon le principe du «Vorort». Ses structures ont dû se développer et être adaptées à la situation. Les deux guerres mondiales ont dû entre-temps être surmontées et la Fédération a dû être restructurée. Dans les années 60 déjà, il s'est révélé que les tâches s'amplifiaient et demandaient toujours davantage de temps. La conséquence logique en a été la création en 1982 d'un secrétariat permanent.

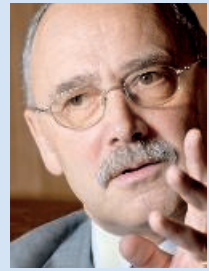
Quels ont été les points brûlants sur le plan syndical auxquels vous avez eu à faire face pendant votre présidence?

Depuis que je suis membre du Bureau exécutif, nous sommes toujours confrontés aux mêmes problèmes, mais simplement sous d'autres formes. De plus, la pression des tâches quotidiennes est toujours plus importante.

Grâce aux règlements qui gouvernent les différentes organisations de police, nous ne connaissons pas le problème «A travail égal, salaire égal». Les mesures d'économies radicales mises sur pied par la Confédération, les cantons, les grandes villes et les communes me causent beaucoup plus de souci. Tous veulent davantage de sécurité, mais semblent prendre un malin plaisir à souligner le rouge des budgets pour limiter ou empêcher la formation de nouvelles policières et de nouveaux policiers. En raison de cette vision à court terme, les besoins en personnel se sont accrus pour l'ensemble de la Suisse de près de 1500 postes de travail. Un autre problème très important nous préoccupe: les envies de l'armée et des fournisseurs de sécurité privés d'assumer de plus en plus de tâches du domaine souverain de la police. Les activités de ce domaine souverain, dans lequel des mesures de contrainte doivent être appliquées, sont exclusivement réservées aux organisations de police de la Confédération, des cantons et des communes.

Dans quelle mesure la collaboration avec les autres syndicats de Suisse et de l'étranger était-elle intense?

Depuis des années, nous entretenons de bons contacts avec les autres syndicats et fédérations. Comme nous sommes une véritable organisation de branche professionnelle et que nous sommes organisés à 98% environ, nous sommes suffisamment forts pour ne pas



*Heinz Buttauer,
section Zurich-Ville,
président de la FSFP
dès 2004*

éprouver le besoin d'une adhésion complète à un syndicat de plus grande taille. Nous collaborons ponctuellement avec d'autres organisations faitières pour différents objets politiques ou lors de différentes votations.

Nous avons également d'excellents contacts avec d'autres organisations européennes de policiers.

Le travail de la police change constamment et doit souvent s'adapter rapidement à de nouvelles situations. Quel est votre jugement personnel sur l'offre de formation et de perfectionnement professionnels de la police pendant votre carrière, et tout particulièrement pendant votre présidence?

Nous disposons en Suisse d'une excellente formation pour les membres des différents corps de police. Grâce au nouveau «Concept global de politique de la formation», les divers modules de formation ont pu être harmonisés pour l'ensemble de la Suisse. Malheureusement, le CGF est orienté tout particulièrement vers les cantons. Les centres régionaux de formation – CRF – doivent tout d'abord apporter la preuve qu'ils offrent suffisamment de places de formation pour les communes et les villes les plus petites, ainsi que pour la police ferroviaire. Si ce n'était pas le cas, le CGF serait mort-né.

Avez-vous déjà des femmes au service de la police? Comment voyez-vous le travail des femmes en tant que policières? Ce thème a-t-il fortement préoccupé la Fédération?

Au début de ma carrière de policier, nous n'avions des femmes que dans la police criminelle. Ce n'est que quelque temps plus tard que les femmes ont été admises dans le service général de police également. Elles y font un excellent travail et la présence d'une femme peut contribuer à détendre les situations les plus diverses. L'arrivée des femmes dans les services de police n'a pas soulevé de grosses vagues au sein de la FSFP.

En qualité de président de la FSFP, comment avez-vous vécu la collaboration avec la Confédération et les autorités? La Fédération était-elle perçue comme un interlocuteur valable pour les problèmes et les défis concernant la police?

Avec le secrétaire général, mes prédécesseurs ont préparé la voie qui permet de discuter les problèmes de notre profession au niveau de la Confédération. Ce qui est absolument nouveau, c'est que la FSFP est invitée à se faire entendre dans les commissions les plus diverses du Conseil national et du Conseil des Etats. Mais cette reconnaissance de notre travail signifie aussi que nous devons maintenir notre niveau, voire l'élever encore, pour être toujours reconnu comme un partenaire compétent.

Depuis longtemps, les relations entre l'armée et la police suscitent des discussions intenses et passionnées: comment ces relations se présentaient-elles pendant votre présidence? Y a-t-il déjà eu des événements et des occasions lors desquels l'armée a pris en charge des tâches souveraines de police? La perception de la répartition des tâches entre l'armée et la police était-elle claire, ou y avait-il des points de friction qui ont causé des difficultés?

Depuis la chute du «Rideau de fer», l'armée est constamment à la recherche de nouveaux champs d'activités. En raison des immenses effectifs en personnel de la sécurité militaire – SécMil, c'est tout particulièrement dans ce domaine que l'armée cherche à s'approprier des tâches souveraines de police. Les tendances irréalistes aux économies incitent l'armée à se

sentir prédestinée pour l'accomplissement de tâches policières. Elle croit que le simple fait de porter un béret bleu au lieu d'un béret vert suffit à lui permettre d'accomplir ces tâches. Pourtant, la Constitution confère à l'armée et à toutes ses unités un domaine d'activités tout à fait différent. Espérons que les politiciens sont parfaitement conscients qu'ils ne peuvent y avoir aucun amalgame entre police et armée. Certains stratèges de l'armée continuent pourtant à croire qu'ils suivent la pensée démocratique moderne et qu'ils peuvent s'engager dans des visions parfaitement étrangères à leurs objectifs.

Pendant les années de votre présidence, quel événement vous a-t-il le plus occupé, le plus profondément touché? Était-ce un succès ou plutôt un insuccès?

Pendant la rédaction de ces lignes, je me retourne sur une brève période de présidence, de deux ans. J'ai pu vivre comme un succès le fait que la FSFP soit parvenue, après le rejet de 2001 d'une muniton conforme aux tâches de la police, à faire ouvrir à nouveau ce dossier et à le conduire au succès, avec des objectifs clairement définis.

La politique de la FSFP est axée sur des avis critiques, mais elle s'oriente toujours vers une résolution des problèmes par le dialogue. Le fait que la FSFP soit entendue au niveau national me confirme la justesse de cette manière de procéder de notre politique fédérative et elle sera donc poursuivie dans ce sens. Je considère qu'une politique constructive est plus efficace que parler constamment de mesures de lutte ou de grève.



Ein aufmerksamer Zentralvorstand

Un Comité central attentif

Un Comitato centrale attento

Développement de l'état des membres FSFP de 1907–2006

Années	Membres	Sections	Années	Membres	Sections
1907		8	1947	5 707	70
1908		18	1948	5 956	70
1909	1 162	23	1949	6 150	70
1910	1 291	27	1950	6 282	70
1911	1 863	37	1951	6 378	70
1912	1 992	37	1952	6 614	70
1913	1 976	38	1953	6 730	70
1914	1 951	37	1954	6 959	70
1915	2 080	38	1955	7 093	71
1916		38	1956	7 402	71
1917		40	1957	7 671	71
1918	2 197	41	1958	7 868	72
1919	2 422	41	1959	8 147	72
1920	2 674	41	1960	8 336	73
1921	2 709	41	1961	8 432	73
1922	2 828	42	1962	8 759	73
1923	2 838	42	1963	9 149	74
1924	2 900	45	1964	9 582	75
1925	2 932	46	1965	10 109	75
1926	2 966	46	1966	10 407	76
1927	3 000	46	1967	10 708	77
1928	3 072	46	1968	10 997	77
1929	3 132	46	1969	11 304	77
1930	3 272	47	1970	11 519	77
1931	3 416	50	1971	11 833	77
1932	3 846	52	1972	12 160	77
1933	3 948	54	1973	12 529	77
1934	4 059	55	1974	12 853	77
1935	4 238	55	1975	13 273	77
1936	4 332	57	1976	13 726	77
1937	4 311	55	1977	14 091	79
1938	4 412	59	1978	14 406	80
1939	4 541	62	1979	14 589	81
1940	4 588	62	1980	14 802	82
1941	4 860	63	1981	15 049	82
1942	5 052	65	1982	15 405	83
1943	5 027	66	1983	15 778	83
1944	5 305	69	1984	16 092	83
1945	5 510	70	1985	16 400	82
1946	5 544	70	1986	16 601	82

Années	Membres	Sections
1987	16 703	82
1988	17 072	83
1989	17 272	82
1990	17 372	81
1991	17 682	81
1992	18 081	81
1993	18 471	81
1994	18 716	81
1995	18 885	80
1996	19 052	80
1997	19 250	80
1998	19 294	79
1999	19 409	79
2000	19 676	80
2001	19 890	80
2002	20 387	79
2003	20 952	79
2004	21 901	78
2005	22 265	78
2006	22 551	76

A partir de 1997, les années ont été caractérisées par des fusions entre différentes sections et par le transfert de petites sections au sein d'autres plus grandes. Par exemple, la section de Thoune a été intégrée dans la section de Berne-Canton. Cela a entraîné une diminution du nombre des sections, mais pas du nombre des membres.

En 2007 la Fédération compte 73 sections, étant donné que fin 2006 trois sections, jusqu'alors indépendantes, ont été dissoutes et transférées. Ces sections sont les suivantes:

- NE La Chaux-de-Fonds-Ville a été intégrée à la section Neuchâtel-Canton
- TI Locarno dintorno a été intégrée à la section Tessin-Canton
- ZH Zurich-Détectifs intégrée à la section de Zurich-Ville



*Polizeipatrouille
in Yverdon-les-Bains*

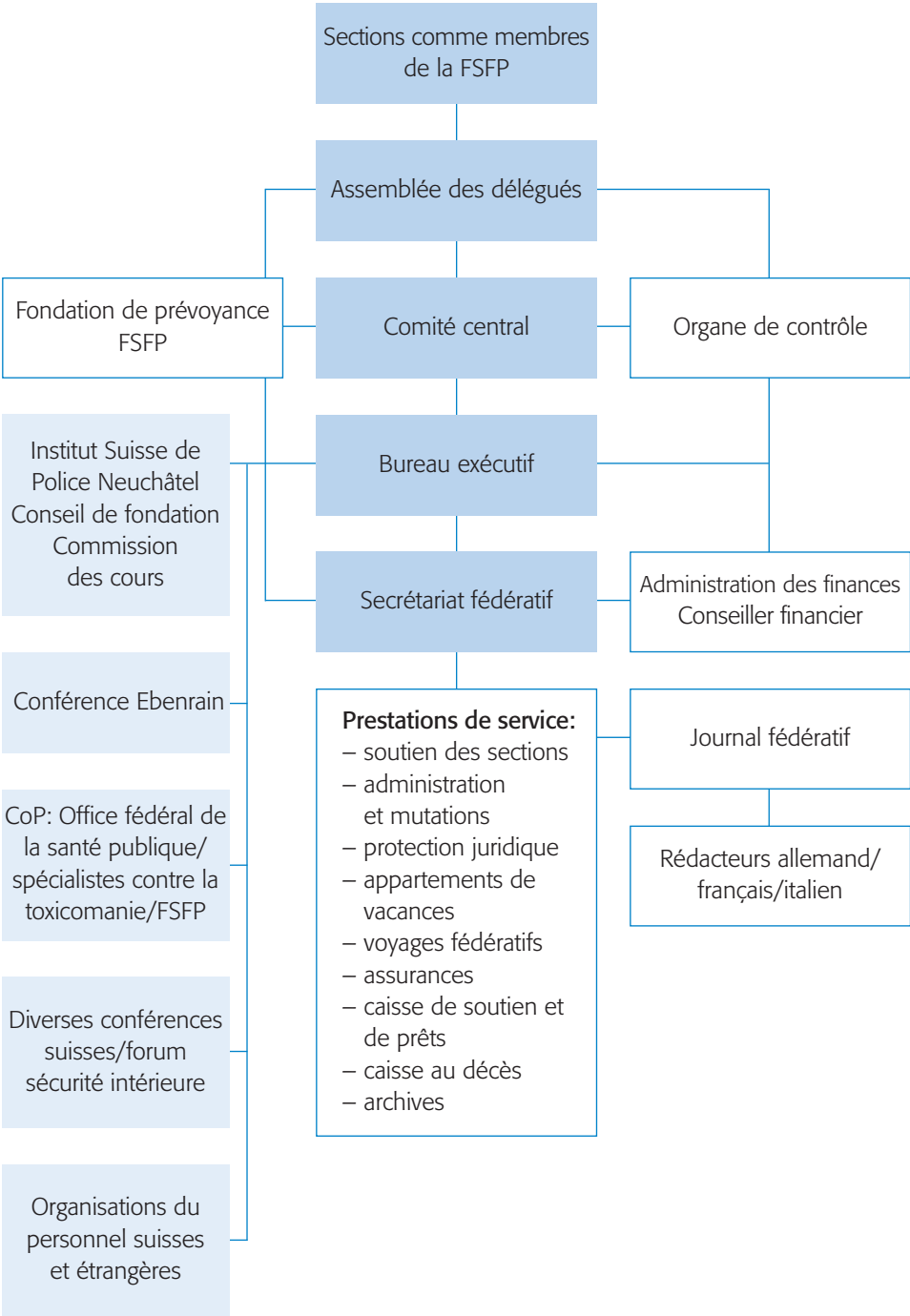
*Patrouille de police
à Yverdon-les-Bains*

*Poliziotti in pattuglia
a Yverdo-les-Bains*

Années d'adhésion des sections FSFP

- 1907** Appenzell Ausserrhoden
Bern-Kanton
Bern-Stadt
Graubünden-Kanton
Luzern-Stadt
Neuchâtel-Gendarmerie
St. Gallen-Stadt
Zürich-Stadt
- 1908** Basellandschaft-Kanton
Basel-Stadt
Chur
Graubünden-Gemeinden
Jura bernois
La Chaux-de-Fonds
Schaffhausen-Stadt
Winterthur
Zug-Stadt
Zürich-Detektive
- 1909** Aargau-Gemeinden
Bienna
Luzern-Kanton
St. Gallen-Kanton
Schaffhausen-Kanton
- 1910** Genève-Gendarmerie
Lausanne
Le Locle
Zug-Kanton
- 1911** Liestal
Nidwalden
Olten
Schwyz
Solothurn-Kanton
Solothurn-Stadt
Thurgau-Kanton
Thurgau-Gemeinden
- 1915** Ticino
- 1917** Appenzell Innerrhoden
Uri
- 1918** Neuchâtel-Ville
- 1922** Riviera vaudoise
- 1924** Baden
- 1925** Lugano
- 1931** Basellandschaft-Gemeinden
Bern-Gemeinden
Yverdon et environs
- 1932** Aarau
Zürich-Kanton
- 1933** Aargau-Kanton
Thun
- 1934** Val-de-Travers
- 1936** Vignoble neuchât.
Zofingen
- 1938** Bundespolizei
Obwalden
- 1939** Glarus
Valais-Canton
Zürich-Gemeinden
- 1941** Vaud-Gendarmerie
- 1942** Fribourg-Gendarmerie
Fribourg-Ville
- 1943** Bellinzona
- 1944** La Côte
Lavaux
Vaud-Sûreté
- 1945** Genève-Sûreté
Sion
- 1946** Grenchen
- 1955** Locarno
Plaine-du-Rhône
- 1958** Fribourg-Sûreté
- 1960** Valais-Sûreté
- 1963** Neuchâtel-Sûreté
- 1964** Genève-Ville
- 1965** Chiasso
- 1966** Sierre et env.
- 1975** Fribourg-Communes
- 1976** Genève-Aéroport
Zürich-Verkehrsbeamte
Genève-Communes
Genève-AGAG
Jura-Canton
Jura-Communes
- 2000** Bundeskriminalpolizei
- 2002** Bahnpolizei Schweiz

Organigramme de la structure fédérative



Présidents de la FSFP

Après avoir créé la Fédération en 1907, et après lui avoir attribué des statuts, il s'agissait de procéder à sa constitution. Les statuts prévoyaient que ce serait le Comité directeur qui représenterait le futur organe directeur, ou l'exécutif de la Fédération. A l'époque, le Comité directeur était formé d'un président central, d'un vice-président, d'un actuaire central, d'un caissier central et d'un conseiller juridique. Pendant des décennies, cette constellation est restée quasi inchangée. En 1981, à la suite d'un vote général, il a été décidé de se doter d'un Secrétariat central comportant un poste de Secrétaire central à plein temps. En 1996 le Comité directeur est devenu le Bureau exécutif. Le Secrétaire central est devenu Secrétaire général et le secrétariat correspondant a pris la dénomination actuelle de Secrétariat fédératif.

Peu de temps après la fondation de la Fédération déjà, les statistiques donnaient des informations sur les fonctionnaires et activités fédératives, sur les conditions d'emplois des policiers, ainsi que sur les sections et les membres. Le tableau ci-dessous dresse la liste des présidents qui se sont succédé à la direction de la Fédération de 1907 à 2007 et de leurs mandats respectifs:

1907–1920	Zurich-Ville	Heinrich Gut Albert Schoch Adolf Fehr
1920–1923	La Chaux-de-Fonds	François Groz Alfred Bois
1923–1927	Lucerne-Canton	Leo Wolfisberg
1927–1930	Genève-Canton	Alois Gutknecht
1930–1934	Bâle-Ville	Fridolin Häusler
1934–1938	Saint-Gall-Canton et Ville	Eduard Schmid
1938–1942	Neuchâtel-Canton	Jules Troyon
1942–1946	Berne-Ville	Otto Büchi
1946–1950	Zurich-Canton	Paul Stucki
1950–1954	Lausanne-Ville	Robert Marguet
1954–1958	Argovie-Canton	Fritz Meier
1958–1962	Zurich-Ville	Adolf Gege
1962–1966	Genève-Canton	André Clerc
1966–1970	Bâle-Ville	Charles Bula
1970–1974	Berne-Ville	Ernst Merz

A partir de 1974, vous pouvez lire les interviews avec les ex-présidents FSFP, de Jean Chesaux jusqu'à l'actuel président en place Heinz Buttauer, publiées dès la page 120

1974–1978	La Côte VD	Jean Chesaux
1978–1982	Tessin-Canton	Sergio Crivelli
1982–1988	Bâle-Ville	Ernst Berger
1988–1994	Genève Sûreté	Daniel Stuby
1994–1998	Uri-Canton	Walter Zraggen
1998–2004	Police fédérale	Helmut Schmid
seit 2004	Zurich-Ville	Heinz Buttauer

Une fédération en marche

Dans cette troisième et dernière partie de notre chronique sur les 100 ans d'existence de la Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police FSFP, nous examinons son positionnement à partir des années 1980, après la fondation, les années initiales et la période de développement et de consolidation. Ce nouveau positionnement de la Fédération est fondé principalement sur deux réflexions essentielles. Les expériences vécues avec le système du «Vorort» comme principe de direction, les comités directeurs successifs éprouvant de plus en plus de peine à maîtriser des tâches toujours plus nombreuses et plus complexes au cours des mandats de quatre ans dont ils disposaient et dans l'optique d'une Fédération qui entre-temps avait atteint un effectif de 82 sections et 14 800 membres. Le système de milice traditionnel hérité du temps des débuts avait atteint la limite de sa capacité de travail. Parallèlement à cette constatation, une nouvelle prise de conscience de leur propre force politique se faisait sentir de plus en plus clairement parmi les sections et les membres. Les appels d'augmenter les relations publiques se faisaient pressants, afin d'obtenir de la politique et des autorités une reconnaissance plus large de policières et d'une profession non encore reconnue par la Confédération et qui exige des compétences sociales et professionnelles toujours plus élevées. Mais la police a également payé un lourd tribut à des formes de criminalité en évolution et à une violence qui augmentait de manière effrayante. Dans un environnement politique marqué dans les années 1970 et 1980 par le terrorisme et les troubles d'une ampleur inconnue jusqu'ici, des collègues ont sacrifié leur vie ou ont vu leur santé gravement altérée.



Forum «Innere Sicherheit» im Jahr 2000 mit Moderator Erich Gysling

Forum «Sécurité intérieure» en l'an 2000 et son animateur Erich Gysling

Forum «Sicurezza interna» del 2000 con Erich Gysling

Il règne au sein de la FSFP une atmosphère de transformation. Les membres exigent des modifications de structures, dans la direction comme dans la politique de la Fédération. A Neuchâtel, la 74e Assemblée des délégués décide par 64 voix contre 18 la création d'un secrétariat central permanent. Il est ouvert en 1982 à Lucerne, pour l'assemblée d'automne du Comité central. Le rédacteur alors en charge de l'organe de la FSFP, Peter A. Sigron, est élu premier secrétaire central. Avec la mise en œuvre de ce secrétariat central et la création d'un poste de secrétaire central à plein temps, le principe du «Vorort» en tant que structure de direction de la FSFP est remplacé par un Comité directeur, présidé par le Bâlois Ernst Berger. Les membres de ce Comité directeur se recrutent dans les différentes régions linguistiques de la Suisse et dans les diverses sections de la Fédération. Avec cette

transition historique, elle se dote d'une structure de direction efficace et orientée vers l'avenir. Désormais, les affaires courantes, les propositions et les visions de politique fédérative sont assumées par la «centrale» de Lucerne. Le nouveau système apporte dans son sillage l'indispensable et urgent allègement de la tâche du président fédératif et une meilleure répartition des tâches entre le président et les quatre autres membres du Comité directeur. Le secrétaire central en est l'esprit visionnaire et le coordinateur. Il est responsable pour l'essentiel de l'examen constant du partenariat social et de son adaptation aux réalités politiques et spécifiques à notre branche, avec pour objectif d'assurer et de promouvoir la pérennité et la philosophie de l'idée fondamentale de la FSFP. Dès 1996, le secrétaire central devient secrétaire général, en raison de la complexité de son mandat. Le Comité directeur se mue en Bureau exécutif et le secrétariat central porte désormais le nom de secrétariat fédératif.

Une nouvelle ère s'ouvre dans l'histoire de notre Fédération. Après le scepticisme et les critiques de certaines sections à l'égard du nouveau secrétariat central et après qu'il ait vaincu ses inévitables maladies de jeunesse, ce dernier a pu affirmer sa position dans les structures de la Fédération. Dans ce cadre, le Bernois aux racines tessinoises et neuchâteloises Jean-Pierre Monti, successeur de Peter A. Sigron, a pu reprendre et développer un secrétariat aux bases solides. Ce changement est intervenu lors de la 78^e Assemblée des délégués de 1986, à Genève.

Quelques étapes

Dès 1987 Structurer le secrétariat en un centre de prestations à la disposition de toutes les instances a constitué une tâche urgente. Les conditions pour y parvenir étaient favorables. Pourtant, la logistique devait être modernisée.

Il s'agissait tout d'abord de consolider nos finances. Le système comptable s'apparentait alors encore au bon vieux «carnet du lait». Le bouclage annuel prenait trois semaines environ. L'heure de l'électronique avait sonné. Les premiers PC ont été introduits dès 1988–1989.

1988/1989 Introduction de l'informatique. Passage de la comptabilité manuelle à la génération qui a précédé le e-banking. Cette introduction a constitué une nouvelle étape dans le sens d'une professionnalisation, sous la direction experte de la Fiduciaire Hugo Herzog, qui se profilait dès lors comme notre «grand argentier».

La comptabilité de la FSFP est dès lors devenue professionnelle et transparente.

1989/1990 L'affaire des fiches secoue le pays. La confiance de la population en ses institutions se rapproche du point zéro. Le Conseil fédéral laisse la police exposée à un flot de critiques. Le président fédératif de l'époque Daniel Stuby et le secrétaire général travaillent pendant des nuits pour présenter à l'AG de Fribourg un concept de protestation marquant. Comme on le sait, son effet a été puissant dans le pays. Simultanément, une nouvelle stratégie de politique fédérative a été mise en place. Désormais, la FSFP ne laisserait plus sans réplique aucune attaque contre les fonctionnaires de police et leur profession. En 1988 déjà, nous avons eu un avant-goût de cette nouvelle politique

lorsqu'on a pu mettre fin de manière pragmatique aux querelles grisonnes à l'interne avec l'aide de la Fédération.

La FSFP décide de s'impliquer dans toutes les affaires, politiques comme médiatiques, qui concernent notre profession et nos conditions sociales. Elle entreprend un vaste travail de relations publiques.

1991 à 1997 Ce sont les années des scènes ouvertes de la drogue en Suisse. En 1991 se déroule à Zurich une conférence des présidents consacrée à cet objet; elle est destinée à faire le point de la situation et à définir la position de la FSFP face à la politique du Conseil fédéral en la matière.

Après d'intenses discussions, le plenum décide de demander oralement et par écrit au Conseil fédéral de conduire une politique cohérente face à la drogue, dans l'ensemble du pays.

Tourisme de la drogue, «Röstigraben», programme de distribution de méthadone, minimisation des dommages, prévention et répression devaient être adaptés aux circonstances. Le prédécesseur de la politique des quatre piliers de la Confédération était né.

1994 Cette année-là, la situation dans le secteur de la drogue empire dans une mesure catastrophique. Christian Buschan, adjoint scientifique de l'office fédéral de la santé publique et le secrétaire général Jean-Pierre Monti considèrent cette situation avec une inquiétude croissante. Au printemps 1994, elle les incite à mettre sur pied le groupe de travail national COP (collaboration entre police et spécialistes des questions de drogues). Son objectif était et demeure la diminution des craintes réciproques au niveau des gens du front, prise de connaissance mutuelle et d'élaborer des propositions à l'intention du DFJP et du DFI dans le cadre de la lutte contre la drogue. Il est décidé de mettre sur pied un séminaire annuel de deux jours pour approfondir les contenus techniques et politiques.

1996 Le besoin de faire percevoir, plus clairement et plus fortement le service public sur la scène politique et publique incite la Fédération Suisse du Personnel de l'Etat et des Communes ZV, la Fédération Suisse du Personnel Enseignant FSPE et la FSFP à fonder au Château Ebenrain la conférence du même nom. Dans les dix dernières années, cette conférence a donné naissance à une alliance des employés et du service public. Avec ses 800 000 membres, elle se place en tête des plus grandes organisations d'employés des délégués du service public en Suisse.

1997 En alternative à l'assemblée organisée tous les deux ans, et parce que le Bureau exécutif était convaincu de la nécessité d'ouvrir en direction du public une seconde fenêtre de politique fédérative, il a fondé en 1997 le forum «Sécurité intérieure». Pour décourager les imitateurs, le titre «Forum Sécurité intérieure 2000» a été déposé à l'Office de la propriété intellectuelle à Berne, pour en assurer la protection. Ce forum s'est développé de plus en plus comme une plate-forme absolument nécessaire, résolument orientée vers les problèmes de sécurité intérieure rarement ou pas du tout discutés

dans le grand public, mais aussi parmi les membres de la FSFP. Chaque année, le forum «Sécurité intérieure» a été organisé sous un titre différent, par exemple la violence contre la police, la violence dans les écoles, ou l'influence des médias sur notre travail quotidien. En 2006, il a eu lieu au Stade de Suisse, le Wankdorf de Berne, sous le mot d'ordre «Hooliganisme/Extrémisme». La caractéristique de ce forum se situe constamment dans le fait d'inviter des experts reconnus des sujets traités et d'ouvrir un large podium de discussion. Le succès qu'il rencontre nous donne raison.

1998 Depuis le début des années 1950, l'adhésion de la FSFP à l'Europe, dans notre cas à l'Union internationale des syndicats de police UISP, qui a son siège à Luxembourg, est un thème de discussion constant. En raison du nouveau statut professionnel et du fait que la police est soumise à une mutation rapide en Suisse et en Europe, l'Assemblée des délégués a décidé, après une campagne d'information intense, d'adhérer à l'UISP, aujourd'hui EuroCOP, à une majorité de 80%. Dès le début, l'intention de la FSFP était d'assumer un rôle actif dans cette Europe des polices, intention concrétisée avec succès à ce jour.

2003 Le premier congrès ordinaire d'EuroCOP s'est déroulé à Lucerne, organisation qui a succédé à la respectable UISP. Ce fut là un grand honneur accordé à la Suisse. Le déroulement parfait de cette grande manifestation européenne de la police constitue aujourd'hui encore la norme de référence. L'exemple suivant illustre clairement la solidarité qui règne dans la police européenne, et qui aurait peut-être pu exister en Suisse sous une autre forme. EuroCOP s'est beaucoup préoccupée en 2005 de l'activité toujours plus intense développée par les entreprises privées de sécurité au niveau européen. Une enquête organisée parmi tous les membres de l'organisation sur le thème des entreprises privées de sécurité doit permettre à EuroCOP de définir une position unifiée qui pourra être défendue plus tard devant le Conseil de l'Europe à Strasbourg et auprès de l'UE à Bruxelles.

La militarisation de la police est également un sujet essentiel. A ce propos, la Suisse a émis la proposition d'aller sur place soutenir une manifestation de nos collègues de la police slovaque à Bratislava, après qu'ils aient été à nouveau subordonnés à une direction militaire. Le mépris du ministre de l'intérieur slovaque à l'égard du président du syndicat de la police, défenseur de la position de son organisation, a été si loin qu'il a été dégradé et affecté à un service subalterne, l'entretien des appareils radio. En conséquence, le comité d'EuroCOP a rédigé la résolution correspondante lors de son assemblée du 3 novembre 2005. EuroCOP s'y déclarait choquée de la réaction du ministre de l'intérieur de la Slovaquie à l'égard du syndicat slovaque de la police, qui montrait ainsi les signes clairs d'un régime autoritaire, alors qu'il se prétendait une véritable démocratie.

La motion de solidarité de la FSFP a été adoptée à l'unanimité. Par la suite, la note de protestation du 3 décembre 2005 a été présentée à Bratislava par

les membres présents du comité d'EuroCOP. Seul représentant du comité, l'auteur de la présente chronique et représentant FSFP a eu l'honneur de lire la note de protestation devant environ 5000 policières et policiers.

En conséquence, la procédure de subordination de la police à une direction militaire a été abandonnée et le travail du syndicat de la police slovaque a été reconnu. De même, les mesures de dégradation de son président ont été levées et il a été réintégré à son poste.

7 mai 2003 Après treize longues années de lutte et après avoir vaincu des obstacles de toutes sortes, le but a enfin été atteint le 7 mai 2003. Par sa signature apposée au bas du Règlement sur les examens professionnels et de la directive d'application correspondante, le conseiller fédéral Joseph Deiss a reconnu la profession de policière/policier au niveau fédéral, dans le sens de la nouvelle loi suisse sur la formation professionnelle. Simultanément à l'approbation de ce règlement sont intervenues la reconnaissance fédérale officielle de toutes les policières et de tous les policiers en service dans un corps de police reconnu. De même la protection officielle de la désignation de notre profession – ce qui nous distingue clairement des privés. Le grand défi de deux policiers légèrement euphoriques de faire passer dans la réalité une vision utopique était ainsi devenu réalité.



La FSFP membre fondatrice de l'Institut suisse de police

Les débuts

Suite aux conséquences dévastatrices de la Seconde Guerre mondiale, toute l'Europe était pratiquement en ruines. Les institutions démocratiques, dont la police fait partie, se trouvaient confrontées à la tâche gigantesque de leur réorganisation et de la reconstruction. La Suisse, à qui les atrocités de la guerre avaient été en grande partie épargnées, devait s'activer si elle ne voulait pas se trouver dépassée par la reconstruction de l'Europe et demeurer une sorte d'îlot de carte postale au milieu du continent. Les institutions suisses en étaient restées au stade d'avant la guerre par leur mentalité et devaient rapidement se remettre en question. C'était vrai en particulier pour la police et son image. Ses structures étaient celles d'une organisation paramilitaire hiérarchisée, avec des principes de direction sévères, hérités davantage de l'instruction militaire que d'une formation professionnelle certifiée. A la Confédération et dans les cantons, mais aussi dans les villes et les communes, chacun était d'accord sur le fait que la police devait explorer de nouvelles voies dans le domaine de la formation et du perfectionnement professionnel. La Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police FSFP partageait cette conviction, pendant les années de guerre déjà. La police, souvent utilisée à des fins antidémocratiques et dénuée de ses valeurs éthiques durant cette période de guerre, aspirait après la fin des hostilités à une analyse fondamentale de ses structures. A ce désir était associée une réflexion sur la nécessité de dispenser une formation et un perfectionnement professionnel aussi unifiés que possible sur le plan didactique. Il s'agissait de définir une «unité de doctrine» avant même l'apparition et l'utilisation de ce terme.

Le 5 janvier 1946, la fondation d'un Institut suisse de police, avec siège à Neuchâtel, était devenue réalité. Les fondateurs de l'ISP étaient le président du Conseil d'Etat neuchâtelois Léo Dupasquier, le municipal neuchâtelois Georges Béguin, le président de la FSFP Otto Büchi et le secrétaire central FSFP Bartolomeo Frosio, tous deux de Berne, le professeur de théologie à l'Université de Neuchâtel Maurice Nooser, le juge fédéral lausannois Albert Rais, les professeurs à l'Université de Neuchâtel Jean-Georges Baer et François Clerc, l'avocat de la Ville de Zurich Oscar Härdy, le délégué de la police cantonale neuchâteloise Jules Troyon, l'ancien président de la FSFP et commandant de la police municipale neuchâteloise Willy Bleuler, le privat-docent à l'Université de Lausanne Charles Gilliéron et l'inspecteur de police de Winterthur Albert Morand.

L'article 2 de ses statuts définit le but du nouvel institut: «... dès que le capital (de la fondation) atteint le montant de cinquante mille francs, de créer à Neuchâtel un institut suisse de police, une école pour fonctionnaires de police et agents de la police judiciaire de toute la Suisse.

Avec son capital, la fondation peut mettre sur pied des institutions scientifiques complémentaires, comme un institut de police judiciaire et de chimie, un institut de médecine légale, un institut de droit pénal international et une bibliothèque de droit pénal.

Elle peut également, notamment à Neuchâtel, organiser des cours de formation continue pour les magistrats, les fonctionnaires et les policiers de l'ensemble du pays.»

L'ISP se consolide

60 ans après la fondation de l'Institut suisse de police de Neuchâtel, nous ne pouvons que tirer respectueusement un grand coup de chapeau devant le courage de cette poignée de pionniers. Ils ont témoigné peu après l'armistice d'un grand sens de l'avenir et d'un esprit d'ouverture étonnant envers une Europe encore à créer et à doter de polices démocratiques. Nous savons que la police, pendant toutes les années de guerre, de troubles et d'errements, a joué parfois un rôle autre que celui qui lui était dévolu. C'est pourquoi, comme les fondateurs l'ont affirmé, il était parfaitement juste de préciser, que de tels comportements ne devaient à aucun instant se produire au niveau de la police en Suisse. Cette réflexion est soulignée par le fait que la souveraineté de la police appartient dans notre pays aux cantons et qu'à cette époque, il n'existait que peu ou pas du tout de formation et de perfectionnement professionnels unifiés pour les policiers. La mise sur pied d'une formation et d'un perfectionnement unifiés permettraient de pallier de tels dangers.

Intégration et nouvelle définition dans une police suisse en mutation

Depuis les années de la fondation de l'ISP, notre société a été confrontée à de profonds changements. Ainsi donc, la fin de la guerre froide a très probablement été l'événement qui a déclenché une redistribution des cartes dans le monde. De nouveaux marchés se sont ouverts dans les anciens pays communistes. L'étymologie du mot «démocratie» a été redéfinie. La solidarité avec les hommes de l'ancien bloc des pays de l'Est a suscité des discussions animées. L'économie s'est réorientée. Des expressions comme «flexibilité» et «globalisation» ont fait leur apparition dans les conversations modernes et dans les dictionnaires.

Il était prévisible toutefois que la nouvelle orientation de notre société n'irait pas sans quelques fausses notes. Le crime a lui aussi tiré parti de la flexibilité et de la globalisation. La criminalité s'est organisée en une gigantesque affaire globale. Sans avoir à prendre en considération des problèmes de personnel, de moyens financiers ou de logistique, elle a mis à rude épreuve les valeurs établies de l'Etat de droit, tout particulièrement au niveau de l'exécution des peines. Il fallait réagir rapidement et adapter la formation de la police aux nouveaux défis qu'elle devait relever. Par la création de concordats policiers au plan intercantonal, une première étape en direction d'une unité de doctrine dans ce domaine devenait réalité.

La FSFP devait elle aussi se réorienter. L'Europe connaissait un accroissement politique et économique de plus en plus fort et progressait vers son unité. Les polices européennes devenaient par conséquent toujours plus proches les unes des autres, sur le plan logistique comme sur le plan tactique. Cette constatation a poussé la Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police, au début des années nonante du siècle dernier, à mettre tout le poids de son organisation syndicale de la branche dans la lutte pour la reconnaissance fédérale et la certification de la profession de policier/ère. Mais comment appliquer en pratique cette reconnaissance formelle obtenue en 2003, et comment convaincre la Confédération et les cantons que le métier de policière et de policier n'était plus simplement une fonction officielle, mais bien une profession reconnue dans toute la Suisse?

De nouveau, l'Institut suisse de police a joué un rôle essentiel dans cette question complexe. L'ISP se livra à une analyse interne fondamentale des prestations qu'il offrait au sein de sa structure, pratiquement inchangée depuis près de 60 ans. Elle aboutit à la suggestion de réformer l'ISP et de l'intégrer dans un concept général de la politique de formation de dimension nationale. Cette incitation conduisit en 2004 à la création d'un groupe de travail dont le nom évoque le programme, «Concept général de la formation de la police et de la justice pénale». Avec le soutien de la Confédération et des cantons, le CGF devait repenser fondamentalement la formation de la police et de la justice pénale. L'objectif consistait à mobiliser les volontés politiques nécessaires pour offrir aux jeunes aspirantes et aspirants une profession intéressante et susceptible de développement. Mais il s'agissait aussi de redéfinir la profession de policier et de l'adapter aux exigences actuelles et aux formes nouvelles de la société. Le règlement sur les examens professionnels qui a été élaboré a conduit en 2004 à la remise des premiers certificats fédéraux de capacité à ceux qui avaient subi avec succès l'examen donnant droit au titre professionnel de policier/policière diplômé(e). Un jalon important dans l'histoire de la police de ce pays!

Le travail dans le cadre du concept général de formation se poursuit. Les niveaux de policier II, III et IV doivent encore être mis en place, respectivement définis. Nous aurons là certainement à faire face à des réflexions critiques. Sans aucun doute, le CGF représente la grande chance de la réforme de la formation de la police. Cependant, le problème d'un concept global pour la justice pénale n'est de loin pas résolu. La FSFP est d'avis que le CGF pour la police et pour la justice pénale ne peuvent pas se concevoir sous un même chapeau. Il est donc nécessaire que l'esprit du CGF se rapproche à nouveau davantage de l'esprit et de la philosophie de l'ISP et de l'article consacré à son but. La FSFP constate que le groupe de travail CGF, dans ses intérêts les plus divers, est en outre marqué par des intérêts politiques également. Cette emprise conduit à une certaine insécurité, et pas seulement à l'intérieur de la FSFP. Nous sommes profondément convaincus que le concept général doit être géré comme un instrument de formation et de certification au service de la police et qu'il n'a pas à être exposé à des pressions politiques.

Dans la situation économique difficile que connaissent aujourd'hui de nombreux institutions publics, l'Institut suisse de police demeure plus que jamais un point d'ancrage pour la police de notre pays. Intégrés au service public de la Suisse, les policières et les policiers trouvent dans la formation et le perfectionnement professionnels dispensés par l'ISP leur identification avec leur environnement de travail, quelles que soient les tâches qu'ils accomplissent.

Ces considérations nous conduisent directement à un problème dont l'importance ne doit pas être sous-estimée. Si, à partir de 2007, la formation de base des policières et policiers ne devait plus être proposée par l'ISP conformément aux décisions prises, il en résulterait le danger qu'une certaine catégorie des gens à former n'aient plus la garantie de pouvoir accéder à la profession de policier selon les directives du CGF et du règlement sur les examens professionnels. Ce n'est pas le cas des polices cantonales ou des grandes polices municipales, mais beaucoup plus du groupe des polices des petites et moyennes agglomérations et de la police ferroviaire. Qu'advient-il d'elles? Lors des discussions avec divers représentants de ce groupe de polices, nous avons pu constater qu'il règne une certaine perplexité. Bénéficieront-elles entièrement et de manière assurée d'admissions dans les centres régionaux de formation de la police? Se verront-elles imposer d'autres voies de formation?

Ou même, avec le recul, la décision de décharger l'ISP de la formation policière de base s'avèrera-t-elle fautive? Comme toujours, l'expérience montrera si la nécessité s'impose de revenir sur les décisions techniques antérieures. En tout cas, la FSFP considère comme très important pour la police comme pour l'image de l'ISP que, en cas de conclusion d'autres partenariats, l'Institut suisse de police précise clairement sa position de leader.

Au nom de la Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police FSFP, nous présentons nos vœux à notre Institut suisse de police pour son 60e anniversaire et lui souhaitons le meilleur pour le futur. Les vœux de la FSFP sont ceux d'une organisation qui sait combien elle est redevable à l'ISP. Une organisation qui souhaite à notre plate-forme nationale de formation policière dynamisme, courage et ouverture d'esprit pour son avenir. La FSFP réitère à l'ISP l'assurance de sa totale collaboration.

Le métier de policière/policier profession reconnue

Le second sujet primordial de réflexion en relation avec le nouveau positionnement de la Fédération se situait dans la certification de la profession et donc dans la reconnaissance fédérale de la profession de policière/policier.

En 1993, après une séance du Comité directeur de l'époque, Daniel Stuby, alors président de la FSFP, et son secrétaire central Jean-Pierre Monti, constatèrent lors d'une discussion au restaurant «Della Casa» à Berne, que le moment était venu de tendre vers une reconnaissance fédérale de la profession, tout en étant conscients que des tentatives avaient déjà été faites dans ce sens, mais sans succès jusqu'ici. Il a été alors décidé comme première étape de définir par un statut professionnel la position de la police suisse vis-à-vis de l'Union européenne. Il était clair que ce statut professionnel serait la première pierre d'un édifice conduisant vers la reconnaissance de la profession. Pourtant, cet édifice ne pouvait être établi que grâce à un groupe de travail constitué de manière paritaire.

Le statut professionnel a été fondé sur la conviction que le respect des droits du citoyen et l'introduction de dispositions dans la loi et l'ordonnance correspondantes exigeaient en toute circonstance des policières et des policiers des connaissances professionnelles sans faille.

Vint alors s'ajouter la question, comment interpréter les critiques adressées à la police lorsque son comportement ne répond pas aux attentes des autorités politiques, judiciaires, ou à celles du public, sans devoir tolérer à chaque fois une remise en question de la qualité de la formation. La revendication de la FSFP d'un statut policier pour ses membres était légitime. Ce statut devait de même constituer une garantie pour les autorités, dont la responsabilité est directement impliquée dans l'exercice du monopole du pouvoir.

A la Confédération et dans les cantons, comme dans les villes et les communes qui disposent de corps de police, le principe de l'engagement du personnel repose sur un système de sélection adapté aux besoins et très largement diversifié. Ce système a conduit d'une part au développement d'un niveau de qualification élevé dans les cantons et les villes, mais ce même système a laissé la formation des polices municipales se satisfaire des besoins locaux. Parce que la population ne choisit pas «une» police, la Fédération voulait éviter par ce statut professionnel d'aboutir à une sélection qualitative indésirable dans le cadre du mandat général de la police et de ses compétences. Pourtant, les conditions du fédéralisme ont encouragé logiquement le développement d'une multitude de systèmes conformes à nos structures sociales. En conséquence, il s'imposait de définir des dispositions unifiées qui devaient contribuer considérablement à l'obtention d'améliorations sociales pour les policières et policiers, par leur certification professionnelle. Les responsables de la Fédération n'ont dès lors jamais perdu de vue que le mérite des améliorations obtenues jusqu'ici revenait en premier lieu aux sections, qui devaient dans leur travail s'orienter principalement vers les réalités locales.

Sans vouloir en principe remettre en question la base fédéraliste et le caractère de la police suisse, la FSFP désirait un statut professionnel susceptible de satisfaire aux exigences de sélection, de formation et de compétences qu'impliquent les tâches policières. Dans la perspective européenne, l'harmonisation des tâches et les échanges de connaissances étaient et sont toujours une condition essentielle. Cette affirmation est particulièrement vraie pour la police. Sur la base d'accords soigneusement élaborés, les Etats européens coordonnaient et coordonnent encore leurs moyens d'action, ce qui a obligatoirement conduit à une adaptation de leurs structures. L'intensification des échanges internationaux a provoqué et provoque encore l'obligation d'une intégration constante des normes européennes, à tous les niveaux. Dans sa réflexion, la Fédération en a déduit que la formation des policières et policiers suisses, avec leurs admissions dans les académies de police étrangères et la reconnaissance des compétences professionnelles acquises, favoriseraient cette intégration. Pour la raison surtout que l'Institut suisse de police de Neuchâtel et les cantons seraient en mesure d'offrir une contre-prestation correspondante.

Lors de l'élaboration d'un statut européen, la Convention des droits de l'homme comme les décisions du Conseil de l'Europe et de la Cour européenne de justice ont été prises en considération et déterminent l'activité de la police.

Dans ce sens, la FSFP a adhéré à la définition et aux buts du Conseil de l'Europe concernant la police, qui sont ancrés dans sa résolution 690 de 1979, dont la Déclaration sur la police définit la déontologie et le statut des policières et policiers.

Comparativement au statut défini comme base par le Conseil de l'Europe, nous constatons aujourd'hui aussi qu'en Suisse, l'exercice des activités de police correspond pour l'essentiel aux critères recommandés en ce qui concerne l'éthique, l'organisation et le droit de coalition. Les conditions de formation, au contraire, présentent encore différentes lacunes. Ces conditions ont été fixées comme suit par le Conseil de l'Europe:

«Le fonctionnaire de police doit recevoir une formation professionnelle et générale adaptée avant son entrée en service et pendant la période au cours de laquelle il exerce sa fonction, de même qu'une formation portant sur les problèmes sociaux, ses droits et devoirs officiels et les droits de l'homme, en particulier sur la base de la Convention européenne des droits de l'homme.»



Et pour ce qui concerne les conditions sociales:

«Le fonctionnaire de police a droit à une rémunération adaptée, qui doit tenir compte des critères particuliers de risque et de responsabilité de sa fonction, ainsi que l'irrégularité des horaires de travail.»

L'harmonisation de ces conditions en Suisse constitue la base du mandat que la FSFP s'est donné. Le statut professionnel élaboré sur cette base a été entièrement adopté le 11 avril 1987 par la Confédération et la Conférence des directeurs de police cantonaux et municipaux, grâce à l'approbation de la CCPCS et de la SCPVS, et au soutien intensif de l'ISP et de son directeur de l'époque, Jean-Robert Warynski. Un premier pas extrêmement important était ainsi franchi dans le sens de la reconnaissance de notre profession. Il a été suivi de la phase de réalisation.

La Commission paritaire a gagné en importance au fil des années. Elle est devenue l'instrument central de coordination entre le Conseil de fondation de l'ISP, le groupe de travail «Concept général de la formation CGF» nouvellement constitué et le groupe de travail pour l'élaboration d'un règlement sur les examens professionnels compatible OFFT, dans lequel la FSFP assumait un rôle de direction.

Après treize ans de lutte et d'obstacles de toutes sortes, nous sommes enfin parvenus au but le 7 mai 2003. En apposant sa signature au bas du règlement sur les examens professionnels de policier/policrière et de la directive qui l'accompagne, le conseiller fédéral

Joseph Deiss a reconnu notre profession au niveau fédéral. Ce qui avait échoué des années auparavant auprès de l'OFIAMI a pu être ancré dans la loi sur la formation professionnelle à l'Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie OFFT.

Simultanément à l'approbation du règlement sur les examens professionnels est venue se greffer la reconnaissance fédérale officielle de toutes les policières et de tous les policiers en service dans un corps de police reconnu. La raison sociale de cette profession devenait elle aussi officiellement protégée. Ce succès unique au niveau européen à notre point de vue, et en raison de l'organisation fédéraliste de la police suisse, nous distancie clairement des velléités toujours plus nettes des entreprises privées et d'une partie de l'armée.

Les premiers certificats fédéraux de capacité de policier/policière ont pu être décernés en 2004. Il s'agit maintenant, dans le cadre du concept général de la formation CGF de lancer les étapes suivantes relatives à la carrière de policier et de faire en sorte que la formation de policier devienne partie intégrante du système de la formation en Suisse.

Le défi, de deux policiers euphoriques de faire passer dans la réalité une vision, était ainsi gagné!

Exigences à l'égard de la formation de la police

Comme nous l'avons vu dans le chapitre consacré à la reconnaissance de la profession, de policière/policier, celle-ci se définit par le biais du statut professionnel. Lors de l'élaboration de ce statut, on a pu constater que pour ce qui concerne l'exercice des activités de police et comparativement au statut défini comme base par le Conseil de l'Europe, il répond pour l'essentiel aux critères recommandés en matière d'éthique, d'organisation et de droit de coalition – mais que des lacunes doivent encore être comblées dans les conditions de la formation.

En 1997, la recommandation aux cantons sur l'attribution du certificat fédéral de capacité fondée sur le statut professionnel disposait ce qui suit:

- Obtention d'une homologation aussi large que possible du temps et de la matière de la formation de police de base
- Assurance d'un niveau professionnel suffisamment élevé des fonctionnaires de police pour que les tâches effectives de police ne puissent être assumées que par des détenteur·rices et détenteurs du certificat fédéral de capacité
- Création des conditions de collaboration les meilleures possibles entre les corps de police suisses et étrangers
- Promotion de l'idée de libre parcours.

Le Règlement sur les examens professionnels élaboré sur cette base a apporté en 2003 la reconnaissance fédérale de la profession de policière/policier.

En automne 2002 déjà, le projet d'élaboration d'un concept général de la formation CGF a débuté sous l'égide de la Conférence des directeurs cantonaux de justice et police CCDJP, sous la direction de la conseillère d'Etat Karin Keller-Suter, de Saint-Gall, la direction du projet étant assumée par le Dr Christoph Hoffmann, ancien commandant de la police municipale de Berne.

Ce projet devait tenir compte des exigences croissantes et des défis de l'avenir dans le domaine de la formation. La Suisse et l'Europe devant faire front toujours plus intensément contre de nouvelles formes de criminalité organisée et d'extrémisme une collaboration transfrontalière encore plus étroite s'imposait de manière urgente. Cette évolution devait se refléter dans la formation de base, si bien que des changements profonds en étaient la conséquence pour le CGF. Une analyse préalable de la situation actuelle montra les points forts du système actuel, mais révéla également des lacunes importantes:

- Il manque un concept général de formation de la police applicable à l'ensemble de la Suisse
- La formation de police n'est pas intégrée dans le système général de formation suisse; la profession de policier ne faisant pas partie des professions reconnues par la Confédération au moment de l'analyse de la situation actuelle
- Les offres de formation existantes, au contenu pourtant riche, sont insuffisamment coordonnées et très mal harmonisées entre elles
- La formation n'est pas orientée trop peu systématiquement sur l'évolution actuelle et future dans le domaine de la sécurité publique
- Il manque une formation de base pour les personnes chargées de la répression pénale qui soit harmonisée avec la formation des policiers
- Les infrastructures de formation sont en partie désuètes et ne correspondent plus aux besoins de l'enseignement moderne
- Le système de milice du corps enseignant n'assure pas toujours le professionnalisme didactique nécessaire
- Il manque des standards de formation obligatoire pour toute la Suisse; il n'existe aucun système certification de qualité
- Les niveaux de la formation supérieure – en particulier la formation des cadres – ne sont pas assez harmonisés entre eux; la continuité systématique fait défaut
- Un véritable calcul des coûts de la formation manque presque partout, si bien que la transparence de ces coûts n'est pas assurée.

Les fondements du concept étaient ainsi posés.

Concept général de politique de la formation pour la police et la justice pénale helvétique

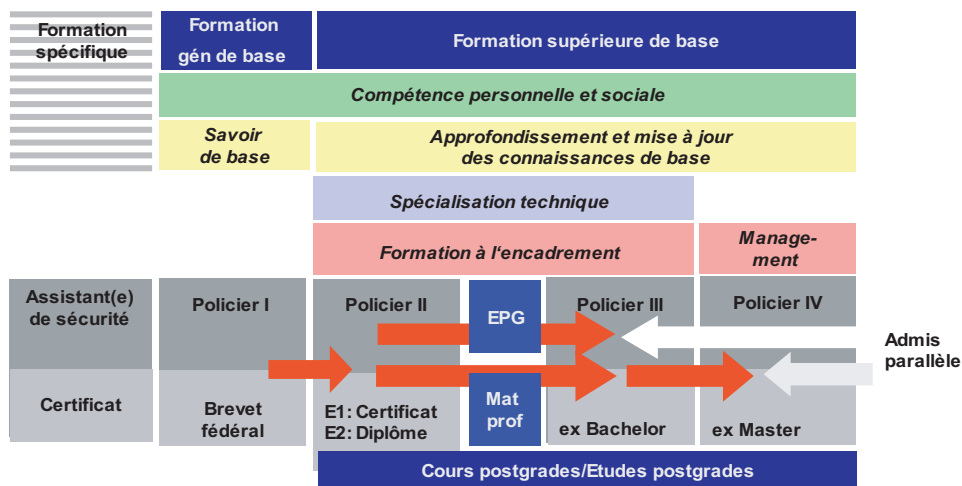
En novembre 2003 déjà, le groupe de travail présentait un concept qui a été approuvé à l'unanimité par la CDCJP. Ses éléments essentiels se présentaient comme suit:

- La formation de police doit être harmonisée avec le système général de la formation et doit être sanctionnée par les examens professionnels correspondants. La formation de base dure un an environ et débouche sur le certificat fédéral de capacité (policier I)

- Dans l'intérêt d'une coopération efficace entre la police et les autorités chargées de la répression pénale lors des procédures d'enquêtes, une collaboration étroite est recommandée lors de la formation également, sous la forme de modules communs
- La formation générale de base n'est plus dispensée individuellement par chacun des corps de police, mais idéalement dans 4 ou 5 centres de formation régionaux dotés d'infrastructures adaptées à notre époque
- La formation supérieure est dispensée sous la responsabilité de centres de formation actifs au niveau de l'ensemble de la Suisse
- Les structures de formation continuent à tenir compte des principes fédéralistes, mais elles doivent cependant simultanément permettre un contrôle et une coordination au niveau de l'ensemble du pays
- Une priorité élevée doit être accordée à la formation des enseignants; leurs capacités techniques, méthodologiques, didactiques et sociales revêtent une grande importance
- Un profil d'exigences doit être défini pour toute la Suisse pour l'admission à la formation de base. On conservera le principe de la formation de police après un apprentissage ou l'obtention d'une maturité.

Perfectionnement consécutif à l'obtention du certificat fédéral de capacité tel qu'il est défini plus haut (policier I), ainsi se présentera à l'avenir la formation de base supérieure destinée à préparer les cadres. L'intégration au paysage général de la formation en Suisse permet de promouvoir la perméabilité nécessaire.

Il est ainsi désormais possible aux policières et aux policiers ayant suivi la formation de base d'accéder selon un concept de formation modulaire à un examen professionnel supérieur (policier II). Ce concept prévoit en outre, dans une étape ultérieure, d'offrir des examens du niveau de la haute école spécialisée ou de l'université (policier III et IV).



Avec la mise en application du CGF, la profession de policière/policier se trouve sur la bonne voie pour son avenir; il crée avec ses structures la possibilité d'adapter souplement et rapidement la formation à de nouveaux défis.

Éléments directeurs de la politique fédérative

Marché du travail de la police

Dans un environnement de travail singulièrement durci, les policières et les policiers fournissent une contribution importante au maintien du tranquilité, de l'ordre et de la sécurité. En cela, ils mettent également en jeu leur intégrité physique. Pourtant, nous constatons avec préoccupation que prestations et loyauté envers leurs employeurs publics sont trop souvent considérées comme allant de soi et rémunérées au-dessous de leur valeur. Cette constatation nous conduit à reconnaître que le «marché du travail de la police» est soumis à une pression toujours plus forte. Les appels à l'économie des milieux ultralibéraux deviennent toujours plus insolents. Citons ici par exemple ce politicien qui s'est demandé en public s'il ne serait pas économiquement raisonnable de privatiser les postes de police dans le canton de Vaud. Autre modèle de pensée dans le cadre d'une meilleure «rentabilité» de la police: faire usage de la possibilité de licencier prématurément et de mettre à l'AI les policières et policiers usés par les services quotidiens en tournus et tombés malades. Cela arrive! Et même dans une mesure croissante, ainsi que la FSFP a pu le constater au niveau des cas de protection juridique qui lui sont soumis.

Après que, sur le marché du travail de la police, les exigences de base comme les horaires de travail, les vacances, les salaires, etc. aient pu être satisfaites au cours des dernières décennies au fil de difficiles négociations entre les partenaires sociaux, soit les employeurs publics et les sections de la FSFP, il s'agit aujourd'hui d'obtenir des améliorations de nature qualitative. Par exemple l'information, la participation, la concertation et la responsabilité personnelle au poste de travail. Dans le cadre de la reconnaissance de la profession, ainsi qu'au sein général du concept de formation CGF, il s'agit pour la FSFP d'assurer qu'en parallèle des cantons et des grandes villes, les communes moyennes et petites ne soient pas «oubliées». Garantir que la formation professionnelle de policier pour cette catégorie se situe qualitativement dans le cadre du règlement sur les examens professionnels fédéraux de policier/ère constitue une tâche importante sous la responsabilité de la Fédération. Ceci est d'autant plus vrai que dans les petites villes et communes, la pression des pouvoirs publics pour faire des économies est poussée souvent à sa limite. Il n'est pas étonnant que de telles situations soient exploitées avec joie par les entreprises de sécurité privées.

Dans ce sentiment d'insécurité, les membres de la FSFP sont confrontés à des arguments de plus en plus défaitistes des politiciens sur la situation financière soit-disant catastrophique de la Confédération, des cantons et des communes. Et il est particulièrement amer de constater que la FSFP, aujourd'hui déjà, doit enregistrer comme succès le fait d'avoir réussi à éviter le pire.

Les conséquences de cette évolution sont ambivalentes. D'une part, les ressources économiques de certains particuliers et des managers grossissent de manière perverse. D'autre part, on cherche dans le domaine de la sécurité intérieure à saper le monopole étatique du pouvoir, sous prétexte que le système éprouvé ne serait plus d'actualité en raison de la pré-

carité des moyens financiers à disposition. L'Etat devrait donc dans ce secteur sensible également renoncer à sa tâche. Il en résulte la perspective stratégique d'ouvrir à moyen terme la possibilité pour les entreprises de sécurité privées et l'armée de s'immiscer dans le domaine de l'autorité de la police, sans égard aux déficits déplorables provoqués sur le plan social, professionnel et humain.

Pourtant, une position politique claire en faveur du statut civil d'une police garante du monopole du pouvoir de l'Etat et une adhésion tout aussi claire de la part de la politique et de la police, à tous les niveaux, à une application complète de la reconnaissance de la profession, il sera possible, à l'avenir, de créer un véritable «marché du travail de la police».

Conférence Ebenrain

Dans le cadre de ses activités, la Conférence Ebenrain s'est occupée intensément ces dernières années de combattre les conséquences du démantèlement des systèmes de sécurité sociale. Les attaques contre les structures de la LPP et des caisses de pensions s'inscrivent dans cet arsenal de mesures de réduction des prestations sociales. Dans de nombreuses sections, nos membres sont confrontés directement à la problématique de «l'assainissement» de leurs caisses de pensions, dans le cadre de restructurations financières et du démantèlement du service public au sein de la Confédération, des cantons et des communes. Après l'abrogation en l'an 2000 du statut de fonctionnaires au niveau fédéral, de nombreux cantons et communes en ont fait de même. La tendance depuis cette année-là va de plus en plus en direction de contrats de travail basés sur le code des obligations. La police est également touchée. En conséquence, il n'est pas particulièrement étonnant qu'on se dirige vers des thèses ultralibérales, qui parlent de privatisation et de démantèlement des institutions étatiques.

Rencontres avec les parlementaires

Depuis quelque temps déjà, le besoin se fait sentir dans les rangs des sections de la FSFP en faveur d'une intensification du travail de lobbying auprès des politiciennes et politiciens au niveau fédéral. La direction de la Fédération a été ainsi engagée à examiner les conditions dans lesquelles il serait possible d'introduire des rencontres annuelles avec les parlementaires de la Confédération. On doit aux contacts amicaux entretenus depuis de longues années avec l'organisation faitière Travail.Suisse et son président, le conseiller national Hugo Fasel, la mise sur pied en 2003 de cet instrument d'échanges que la FSFP considère aujourd'hui comme indispensable à sa politique fédérative.

Basés sur des thèmes spécifiques choisis, ces entretiens politiques se déroulent désormais chaque année en principe à l'occasion de la session d'hiver des Chambres fédérales, à Berne.

- Département fédéral de la sécurité – Les soldats sont-ils des policiers?
- Réforme II des chemins de fer – La sécurité des chemins de fer est-elle une affaire privée?
- «Quo vadis?», police publique: Engagement et équipement des services de sécurité privés/engagement de l'armée dans les domaines souverains de la police
- G8: Leçons à tirer du point de vue de la FSFP – conséquence pour la politique
- Atteinte d'un objectif: reconnaissance de la profession par le conseiller fédéral Joseph Deiss

- Sous-traitance de tâches policières de sécurité à des entreprises de sécurité privées en Suisse
- Introduction d'une nouvelle munition de service pour la police en Suisse.

Ce bref aperçu de thèmes de discussion avec les parlementaires montre bien les problèmes très politiques de défense des intérêts de notre Fédération et de notre statut professionnel auxquels nous avons été confrontés ces derniers temps. Cette constatation est certainement valable pour l'avenir également, et probablement avec une tendance accrue.

Ces deux ou trois dernières années, la FSFP s'est occupée intensément de quatre thèmes auxquels elle a consacré beaucoup de temps; ce sont les questions en relation avec la tendance toujours plus marquée du DDPS à mettre la main sur des tâches souveraines de la police, les engagements à l'étranger de la police en faveur de l'ONU dans le cadre de l'organisation Civpol, certains points essentiels de la Réforme II des chemins de fer et la révision de l'Ordonnance fédérale de procédure pénale.

Pour ce qui concerne les engagements à l'étranger de policières et policiers suisses pour des mandats de l'ONU par son organisation Civpol, la FSFP tient essentiellement à souligner le caractère civil de ces missions. Elle insiste fermement sur le fait que dans les pays où les plaies de la guerre ne sont de loin pas cicatrisées, la mise sur pied d'une police démocratique à caractère civil relève de sa compétence et ne doit pas être laissée à l'armée. La FSFP aimerait savoir sous quelles conditions se déroulent ces engagements à l'étranger. En outre, il est absolument incompréhensible pour la FSFP que dans la majorité des cas, les policières et policiers, qui ont mis leurs compétences professionnelles et sociales au service de la Confédération, ne retrouvent pas à leur retour leurs places dans les corps de police dont ils sont issus. Même si la FSFP soutient les engagements à l'étranger de la police suisse dans le sens des mesures internationales du maintien de la paix, il est important d'assurer que les policières et policiers bénéficient à l'étranger de la même protection juridique que dans notre pays. La discussion sur ce thème demeure ouverte.

Pour ce qui concerne la Réforme II des chemins de fer, il s'agit de montrer aux politiciennes et politiciens la plate-forme offerte aux entreprises de sécurité privées par le



Zentralvorstand mitten in einer Sitzung
Comité central en pleine séance
Comitato centrale in seduta

texte actuel du projet de loi. Si le Parlement venait à approuver ce projet de loi dans cette teneur, cela signifierait que dans les gares et les trains, qu'ils soient privés ou publics, la sécurité pourrait être confiée à des employés insuffisamment qualifiés dans les tâches souveraines de police. Les contrôles des personnes et la sécurité seraient par conséquent exclusivement aux mains d'entreprises privées de sécurité. Le démantèlement du monopole du pouvoir de l'Etat ne pourrait dès lors plus être stoppé. De plus, le Parlement renoncerait sciemment à un moyen de contrôle politique important.

Autre question discutée avec les parlementaires, celle de la révision du code de procédure pénale suisse, qui selon le point de vue de la police n'est pas résolue. La Fédération leur a présenté l'analyse complète élaborée par le groupe de travail «Code de procédure pénale». Des informations techniques précises peuvent en tout temps être demandées au secrétariat fédératif, à Lucerne.

La munition de service appropriée existe!

En Suisse, la police est équipée presque sans exception, depuis de nombreuses années, d'armes de poing (pistolets) de calibre 9 mm Luger (9 × 19). Exception faite de quelques unités spéciales, les fonctionnaires de police chargent ces armes avec une munition à blindage intégral, dont le projectile comporte un noyau de plomb non blindé. Cette munition a été développée pour l'armée au début des années quarante du siècle dernier par la Fabrique fédérale de munition (9 mm Pist Pat 41).

Pendant des décennies, cette munition a satisfait aux exigences de la police. Au cours des vingt dernières années, l'environnement social autant que policier s'est fortement modifié. La violence physique a augmenté dans une mesure parfois effrayante. On a vu l'apparition de termes comme criminalité organisée et tourisme criminel. Le recours aux armes à feu est devenu plus fréquent, avec pour conséquence des morts et des blessés, dont un nombre important dans les rangs de la police. Cette situation a poussé différentes sections, sous la direction de l'Union syndicale des polices romandes USPRO, à adresser une motion au Comité central et au Bureau exécutif de la FSFP, dans le but d'introduire dans un délai raisonnable une munition de service adaptée aux missions quotidiennes de la police.

Outre l'émotion suscitée, ces incidents tragiques ont clairement montré que lors d'un engagement policier avec armes à feu, la munition utilisée, en l'occurrence une munition de guerre, ne peut pas produire l'effet de neutralisation recherché. La police, dont le statut est réglé par le droit civil, essaie en premier lieu d'éviter, par des moyens proportionnels au but recherché, les atteintes contre de tierces personnes et contre elle-même. Pour remplir correctement cette mission, notre système démocratique est doté d'un service de police armé. Ce principe de base est ancré dans toutes les législations cantonales.

Etant donné cette situation et la solide formation professionnelle de la police, reconnue par la Confédération, la question de sa munition de service se pose pour elle avec une grande acuité.

Lorsque le Conseil fédéral, dans sa réponse à une simple question d'un conseiller national, s'est opposé à l'utilisation de projectiles à expansion contrôlée dans le cadre du service quotidien de police, force est de constater une recrudescence alarmante de la violence contre les citoyens et les fonctionnaires de police. En Suisse comme à l'étranger, nous

assistons à un usage accru des armes par les forces de police, conséquence directe de l'accroissement des actes de violence.

Un des cas les plus récents comme celui de Bex a révélé que le policier – avant de décéder tragiquement – a dû presque vider son chargeur pour mettre son agresseur hors de combat.

La FSFP a donc signalé à plusieurs reprises officiellement aux autorités et au monde politique l'inadéquation de la munition de service actuelle. Elle est non seulement peu appropriée à neutraliser des malfaiteurs et à empêcher de graves actes de violence autrement qu'en les touchant dans des zones vitales, mais elle met aussi directement en danger les tiers non concernés, de par ses ricochets et sa puissance de pénétration.

L'Allemagne, la France et les Pays-Bas, entre autres, se sont équipées depuis longtemps de balles à expansion contrôlée. La raison de ce changement de munition repose sur la même constatation que ci-dessus, mais aussi sur des recherches fondamentales portant sur les domaines techniques et médicaux de la balistique. Elles n'explorent pas dans le corps, mais se déforment à l'impact.

Du point de vue de la FSFP, cette nouvelle munition offre l'avantage de neutraliser les malfaiteurs et d'empêcher leurs actes de violence avec une plus grande sécurité qu'avec la munition de service actuelle. De plus, l'utilisation de tels projectiles ne viole en aucune manière les Accords de La Haye de 1899, qui trouvent leur application dans les conflits armés. Il ne s'agit pas non plus d'insinuer que la vie d'un criminel est moins importante que celle d'un fonctionnaire de police.

La tâche primordiale de la police au service de la population consiste à protéger les personnes et les biens, mais aussi à arrêter les auteurs d'actions criminelles pour pouvoir les traduire devant les tribunaux.

La question de l'introduction de projectiles à expansion contrôlée, exempts de plomb, en tant que munition pour le service de police armé, a trouvé sa réponse dans une évaluation qui a révélé les avantages suivants:

- Réduction décisive du danger de toucher une personne non concernée ou un/une collègue par une balle ayant atteint un suspect
- L'augmentation de l'efficacité sur les suspects réduit la probabilité d'une menace sérieuse contre les policiers, aussi bien que contre des tiers.

Les arguments contre l'introduction de cette munition, notamment ceux qui se réfèrent aux conventions internationales dont la Suisse est dépositaire, ne sont pas fondés.

Grâce aux études extrêmement fouillées du groupe de travail de la FSFP, reprises dans un débat public ouvert, ainsi qu'avec le soutien des différentes Conférences de police et de la CCDJP, l'introduction d'une munition de service appropriée au travail de la police est devenue réalité en 2006, et ce malgré l'échec initial de 2001.

Et pour conclure ...

L'auteur de cet opuscule peut parfaitement comprendre que tous ses lectrices et lecteurs, ou en tout cas tous les membres de la Fédération, ne puissent pas se reconnaître complètement dans ses textes. Ils attendaient peut-être une chronique de la Fédération qui leur aurait apporté une énumération complète des événements du siècle dernier sous forme de hauts faits, de succès et d'échecs.

La valeur documentaire d'un ouvrage spécialisé sur notre organisation professionnelle ne peut pourtant pas se limiter à une énumération de succès et d'échecs matériels. Dès le début, nous tenions avant tout à exprimer de vifs remerciements aux fondateurs si clairvoyants de notre Fédération, à tous les fonctionnaires des sections, aux comités centraux et aux bureaux exécutifs successifs pour leurs actions courageuses passées et présentes. Nous devons en outre nous efforcer de familiariser les autorités, les politiciennes et politiciens et un large public, non seulement avec l'action syndicale de notre organisation, mais aussi avec la profession de policier et avec les conditions dans lesquelles elle est exercée. Jamais la police suisse n'aurait eu une telle perception d'elle-même ni n'aurait été aussi bien perçue de l'extérieur par le niveau de qualité institutionnelle et structurelle qu'elle a atteint aujourd'hui, sans le soutien apporté par la solidarité et la compétence que la Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police lui a témoigné pendant des décennies. La FSFP est bien armée pour l'avenir et maintient son cap.

Pour conserver ce cap, elle a besoin de la volonté de se remettre en question, de ne pas rater les nouvelles opportunités politiques et syndicales et, si nécessaire, de procéder aux corrections indispensables. L'acquisition d'une propriété à Lucerne est la preuve tangible de cette volonté. Avec le déménagement, le 29 mars 2005, de la Tribtschenstrasse 19 où le secrétariat fédératif avait ses quartiers depuis 1982 vers la nouvelle «Maison de la police» de la Villenstrasse 2, la FSFP voyait se réaliser un souhait caressé depuis longtemps: disposer de son propre immeuble fédératif constituait la preuve que la FSFP était en mesure, même après 100 ans d'existence, de se montrer novatrice et de viser de nouveaux objectifs.

La valeur matérielle avec ses limites finalement étroites n'est pas déterminante. C'est toujours la valeur primaire, idéale, qui est essentielle et détermine le cours. Cette valeur permet aussi de définir le dénominateur commun du travail de politique fédérative. Ou, exprimé autrement: une fédération qui axerait son action exclusivement sur le côté matériel, se rendrait elle-même superflue dès l'atteinte de ses objectifs. Ce serait comme si le terme de «partenariat social» se voyait dépouillé de sa qualité idéale, son aspect «social». La solidarité est le lien qui relie la philosophie de la FSFP aux soucis, besoins, espoirs, joies et succès de ses membres, et qui cimenter le tout. Cette cohésion nous donne la force de serrer les rangs et le courage de maintenir le cap sans crainte de la tempête. Une telle fédération ne perdra jamais l'identité acquise au cours de cent ans d'histoire et laisse à ses successeurs une trace profonde et forte.

Jean-Pierre Monti

Centenaire de la FSFP: conclusion

Les prestations de pionniers que nos prédécesseurs ont fournies pendant cent ans sont aujourd'hui plus actuelles que jamais. Dans la situation qui régnait à cette époque, aussi et particulièrement pour les policiers, dont les autorités exigeaient avant tout une obéissance sans condition et une fidélité sans faille en toute circonstance, leur action ne saurait être assez louée aujourd'hui selon les vues actuelles et avec un recul d'un siècle. A l'époque déjà, les réflexions de politique fédérative se situaient au premier plan, mais sans pourtant être appliquées au sens où on l'entend aujourd'hui. Après la fondation, les forces dirigeantes étaient pourtant très fortement axées vers l'action syndicale, à peu près comme l'étaient les premières «trade unions» anglaises, pour obtenir ainsi des améliorations économiques et sociales durables au bénéfice de leurs membres.

L'idée directrice d'alors,

- renforcement de l'individu par la collectivité et
 - solidarité entre les membres
- conserve aujourd'hui toute sa valeur.

Pour les hommes, mais surtout pour les travailleurs chargés de devoirs sociaux et familiaux, les cent ans de leur organisation professionnelle comptent énormément et témoignent simultanément d'un besoin profondément ressenti. Avec beaucoup de persévérance et de sensibilité à l'égard d'une politique fédérative équilibrée, de même qu'avec des connaissances professionnelles et de politique sociale spécifiques associées aux arguments correspondants, les responsables de notre Fédération ont conduit notre organisation à ce qu'elle est aujourd'hui: un partenaire social accepté et respecté dans tous les domaines qui touchent à la profession de policier.

Le sens de la mission de la FSFP a été de tous temps de défendre inlassablement les intérêts de ses membres. Au cours des dernières années, notre organisation a su se positionner sur la scène politique au point d'être perçue aujourd'hui comme un partenaire reconnu et accepté. Cet objectif, nous l'avons atteint dans un effort commun ponctué d'une multitude de petites étapes.

Parce que ses membres font sa force, la FSFP dépend aujourd'hui comme demain de cette base solide, soit de l'engagement de ses membres et des visions qu'ils peuvent apporter à la Fédération. L'appartenance de plus de 90% des fonctionnaires de police suisses à la Fédération constitue une référence – et elle doit le rester. Toutefois, nous ne voulons pas nous complaire dans nos acquis, mais nous améliorer en nous adaptant sans cesse aux nouvelles données sociales et politiques. Nous voulons agir à tous les niveaux en représentants compétents et dignes de la confiance de nos membres et mettre à leur disposition une palette toujours plus complète de prestations.

L'idée d'une affiliation à un grand syndicat a été rejetée à une nette majorité par l'Assemblée des délégués en 2002. A première vue, rien n'y changera au cours des prochaines années. Nous avons conquis une position solide en tant qu'organisation professionnelle

exclusivement dévolue aux policières et policiers. Nous sommes résolu à renforcer notre action en procédant, au besoin, aux adaptations nécessaires.

Les contacts noués à tout niveau dans mon activité de président fédératif m'ont renforcé dans ma conviction que nous devons poursuivre sur la voie que nous avons choisie et miser sur notre force. Cela ne signifie pas pour autant que nous devons négliger d'autres préoccupations non directement liées à notre profession. Nous sommes concernés par les problèmes sociaux au même titre que les autres citoyennes et citoyens de notre pays. Par le passé, nous avons apporté un soutien ponctuel actif à l'USS et à Travail.Suisse sur plusieurs objets de votations. Nous pensons que c'est la voie à suivre.

Pour ses cent prochaines années, je souhaite le meilleur à la Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police FSFP, de même que la volonté de s'engager toujours avec le même courage et la même force au service de ses membres, malgré les inévitables changements sociaux et politiques.

Nous pouvons être fiers de notre Fédération – aujourd'hui et demain.

Heinz Buttauer, président de la FSFP



VSPB · FSFP

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia

Prologo

*Micheline Calmy-Rey,
presidente della Confederazione*

È evidente per tutti che la polizia rappresenta, nella quotidianità, il monopolio del potere dello Stato di diritto. Si tratta di una conquista politica di grande importanza perché, laddove dominano l'anarchia e la giustizia privata, non può esserci alcuna società libera e solidale. La percezione della polizia come alleato e soccorritore o come potere che incute timore, è determinante nel definire il rapporto che i cittadini sviluppano con il loro Stato.

Alcuni sondaggi hanno indicato che, di tutte le autorità della Svizzera, la polizia è quella che gode della fiducia maggiore fra la popolazione.

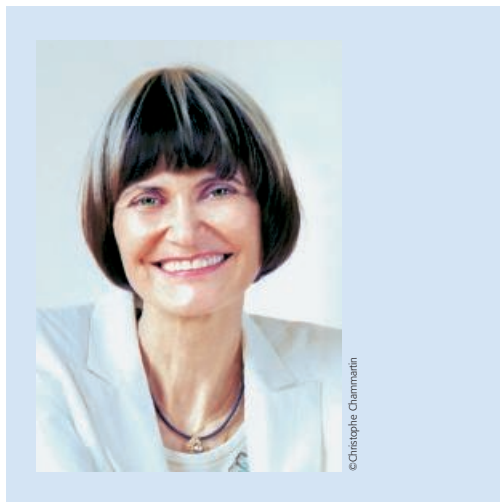
Se ne potrebbe dedurre che i cittadini del nostro Paese credono fermamente nelle autorità. Tuttavia, questa non sarebbe da sola, una base sufficiente su cui fondare un rapporto di fiducia. Il forte sentimento di fiducia trova spiegazione nel fatto che la polizia non viene percepita come un mero strumento di potere, ma come una componente della vita sociale.

A questo si aggiunge il fatto che la nostra polizia è organizzata su base federalistica, ed ha alle spalle una lunga tradizione di vicinanza al cittadino. La credibilità di cui gode le deriva dal fatto che senza alcun dubbio essa si mette al servizio dei diritti democratici fondamentali.

Nei confronti dello Stato, la polizia è tenuta alla lealtà e non potrebbe concepire il suo mandato altrimenti. Tuttavia, la lealtà non costituisce un obbligo unilaterale. Leale nei confronti dello Stato può essere solamente colui che può esigere per se stesso il rispetto di quegli stessi diritti che è chiamato a tutelare. Quando, cento anni fa, i poliziotti si unirono in un'unica Federazione, questo principio costituì un atto politico autocosciente. I poliziotti dichiararono di considerarsi lavoratori e cittadini dello Stato. Alla lealtà propria dell'obbligo professionale, si affiancò la solidarietà come componente dell'immagine e dell'identità della professione. La polizia, organizzata come federazione professionale, non è più solo un organo esecutivo dello Stato, ma anche un partner sociale che cura i suoi interessi, possiede una propria linea di pensiero e prende parte al processo democratico.

La differenza fra uno Stato autoritario e uno Stato democratico non è mai così evidente come nel ruolo della polizia. Lo Stato autoritario esige solo lealtà e obbliga gli organi di polizia a un'ubbidienza cieca. Al contrario, in uno Stato democratico la polizia è formata da cittadine e cittadini che possono tutelare i propri diritti in modo illimitato. Questo costituisce un fondamento solido per la credibilità della polizia, e la Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia ha contribuito significativamente al rafforzamento di questo fondamento.

Micheline Calmy-Rey



Premessa

*Jean-Pierre Monti,
ex Segretario generale FSFP*

All'inizio del secolo scorso, quando già da tempo i lavoratori di diverse categorie professionali si erano riuniti in associazioni e sindacati per tutelare i loro interessi professionali, sociali ed economici, all'interno del corpo di polizia svizzero i poliziotti si organizzarono in singole associazioni. Grazie al coraggio e alla lungimiranza di alcuni poliziotti di ampie vedute che diedero ascolto alle esigenze del tempo, il 1° dicembre 1907 venne fondata la Federazione delle Associazioni Svizzere degli Agenti di Polizia. Inizialmente furono nove le sezioni che aderirono a quest'organizzazione mantello svizzera. Dal 1940, l'organizzazione porta il nome di Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia FSFP.

Nonostante, nel corso degli ultimi anni, varie sezioni abbiano già potuto festeggiare il loro 100° anniversario di fondazione, nel 2007 è la FSFP a festeggiare il suo 100° compleanno. Gli anniversari non sono solo l'occasione giusta per festeggiare gli obiettivi raggiunti, ma sono anche momenti di riflessione. Ci invitano a guardare al passato e a pensare al futuro con mente aperta. In queste occasioni è necessario fermarsi un momento, ponderare i valori e, nell'era della globalizzazione, porsi nuovi obiettivi settoriali e socio-politici.

Per poter definire l'orientamento strategico dei nuovi obiettivi, dobbiamo innanzitutto rivolgere lo sguardo al passato. Non possiamo che inchinarci di fronte alla caparbia dei nostri colleghi fondatori dettata dalle difficoltà dell'epoca e dagli enormi ostacoli sociali che si opponevano alla fondazione della nostra organizzazione professionale svizzera. Oggi come allora, la FSFP è impegnata a promuovere gli interessi intellettuali, professionali e sindacali dei suoi membri.

Sin dall'inizio i fondatori della FSFP, nell'ambito della tutela degli interessi dei propri membri, hanno voluto creare un prezioso elemento di unione fra le sezioni mediante l'istituzione, nel 1908, di un organo federativo trilingue. Nel 1909, a testimonianza dell'iniziativa personale e della solidarietà all'interno della FSFP, ha fatto seguito la fondazione della Cassa decessi. Nel 1923 è stata introdotta la protezione giuridica. Questa è via via diventata uno dei pilastri della nostra Federazione e uno strumento fondamentale nella nostra professione caratterizzata da un'esposizione sempre elevata. Per le colleghe e i colleghi che si trovano senza colpa in difficoltà economiche, nel 1934 è stata creata la Cassa di soccorso e, nel 1998, la Cassa di prestito. In quanto pilastri sociali della FSFP, queste istituzioni offrono, anno dopo anno, importanti prestazioni di assistenza finanziaria a condizioni uniche, che le altre federazioni e gli altri sindacati nazionali ed esteri ci invidiano. Tutte queste istituzioni vengono costantemente controllate e adattate in base alle condizioni del momento.

Grazie ad un'attività di ampio respiro in ambito professionale e socio-politico, a una partecipazione continua ed efficace in tutti i settori della formazione e del perfezionamento professionale e all'atteggiamento trasparente della nostra Federazione professionale, nel corso degli anni la FSFP ha guadagnato terreno sul fronte politico, istituzionale e federativo, affermandosi come un'organizzazione professionale stimata e competente.

La nostra adesione solidale alla filosofia della nostra Federazione ci spinge a rafforzare e a sviluppare ulteriormente quanto già raggiunto.

Non voglio concludere questa premessa senza rivolgere un pensiero a tutti gli agenti di polizia che sono caduti vittima di questa nostra talvolta pericolosa professione. Noi non dimentichiamo.

In questo nuovo millennio e nel 2° secolo della FSFP siamo pronti a lavorare ancora al servizio dei nostri membri rimanendo fedeli alla Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia. Com'era nelle intenzioni dei suoi fondatori, la nostra Federazione dovrà essere contraddistinta dal coraggio, dalla lungimiranza e dal successo.



«Ieri come oggi la FSFP si impegna al promuovimento degli interessi dello spirito, professionali e sindacali.»

Jean-Pierre Monti

Ringraziamenti

Le ricerche, la redazione, le illustrazioni, lo svolgimento e le correzioni a favore del libro «100 anni FSFP – Un'idea festeggia il proprio anniversario» sono durate ben oltre un anno. Rivolgo i miei più calorosi ringraziamenti a tutte quelle persone che mi hanno sostenuto in occasione della stesura di questo libro, e che hanno contribuito in modo determinante alla realizzazione di questo progetto dell'anniversario.

Un ringraziamento particolare è rivolto ai colleghi dell'Ufficio esecutivo ed al Segretario generale per il loro sostegno nell'ambito linguistico.

Un grazie speciale va a Mirjam Meyer-Wölki che, grazie alle sue conoscenze storiche, ha diretto tutta la parte delle ricerche.

Auguro a tutte le lettrici ed a tutti i lettori un contatto interessante con un'organizzazione professionale che ha marcato, dalla sua esistenza, la storia di questo paese negli ultimi 100 anni.

Jean-Pierre Monti, già Segretario generale della FSFP e autore del libro

La Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia: nascita e sviluppo di un'organizzazione del personale

La Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia FSFP, conta 100 primavere! Un numero impressionante per una lunga storia che si è dipanata rapidamente attraverso i decenni. Il 29 settembre 1907, 43 colleghi hanno tenuto a battesimo la Federazione come organizzazione del personale di Polizia Svizzera. Ai colleghi della Polizia Cantonale di Berna, che già il 25 febbraio 1900 avevano fondato una «Associazione dei funzionari di polizia», va il merito di avere intrapreso per primi il percorso verso la fondazione di una federazione mantello svizzera. Il Comitato organizzò un'assemblea preparatoria presso il ristorante «Falken» di Lucerna. I colleghi presenti rappresentavano il personale di 13 corpi di polizia: Appenzello Esterno, Argovia, Basilea Città, Berna Cantone, Berna Città, Grigioni, Neuchâtel, Lucerna Città, San Gallo Cantone, Soletta Cantone, Zugo, Zurigo Cantone e Zurigo Città.

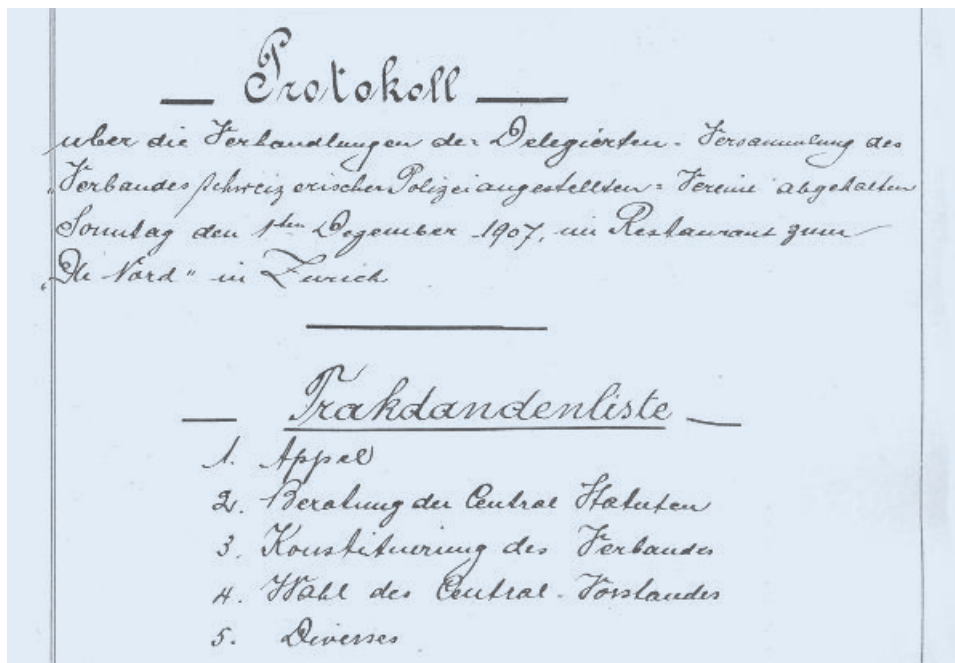
Dopo un'intensa discussione, i delegati approvarono la seguente risoluzione:

«I delegati delle diverse associazioni di agenti di polizia della Svizzera, in concerto con i singoli agenti di polizia delle località che non dispongono ancora di alcuna federazione, hanno stabilito nella loro assemblea del 29 settembre 1907 al «Falken» di Lucerna, le linee direttive per la fondazione di una Federazione delle associazioni di agenti di polizia svizzeri. Al contempo, all'Associazione dei poliziotti di Zurigo è stato affidato il compito di elaborare gli statuti della Federazione e di convocare un'assemblea costituente.»

Già in occasione di questa seduta si stabilì come direttiva fondamentale, l'indipendenza in materia politica e la neutralità confessionale della Federazione. Si doveva inoltre istituire un Segretariato ed un Organo federativo proprio.

Il 1° dicembre 1907 è avvenuta la svolta decisiva: presso il ristorante «Du Nord» a Zurigo si riunirono 23 delegati rappresentanti il personale di 10 corpi di polizia, in totale 916 poliziotti, in occasione della seduta di fondazione della Federazione mantello degli agenti di polizia svizzeri, che nel 2007 festeggia il suo 100° anniversario. Nell'osservanza dei fondamenti democratici, i delegati decisero di tutelare e promuovere i diritti ed i doveri professionali e sindacali dei poliziotti, nonché di rappresentare e perseguire gli interessi e gli ideali comuni della categoria.

Ma chi rappresentavano realmente? Una categoria professionale che all'epoca non godeva nel complesso di grande considerazione. Era quello un periodo in cui il fondamento civile appariva ancora particolarmente solido e consapevole. Guai a chi avesse osato ledere questo consolidato ordine mondiale. Il disprezzo ne fu la più immediata conseguenza. Un disprezzo che si riversò, anche se in forma leggermente attenuata assumendo ad esempio le sembianze di una certa diffidenza, su colui che per lavoro aveva a che fare con i delinquenti: il poliziotto. All'epoca non era insolito che la figura del poliziotto venisse utilizzata come soggetto di vignette umoristiche o presa di mira impunemente, fra ininterrotti scrosci



di risa, nelle cosiddette commedie burlesche. E oggi? Nonostante la Polizia di oggi non abbia più nulla in comune con il poliziotto degli anni a cavallo fra il 19° e il 20° secolo, molto è rimasto come allora. Con l'unica differenza che oggi, il sarcasmo e l'ironia sono più sottili e pungenti!

In generale, tuttavia, l'atteggiamento dell'opinione pubblica nei confronti degli agenti di polizia è molto cambiato. È possibile che a questa evoluzione abbia contribuito anche il mutare dei tempi, ma il merito più grande deve essere senza dubbio riconosciuto alla Federazione. Sin dall'inizio essa ha perseguito con tenacia l'obiettivo d'innalzare l'immagine e la qualità della categoria professionale, riuscendovi migliorando costantemente le condizioni sociali dei suoi membri e trasmettendo loro una nuova consapevolezza. Parallelamente alla sicurezza materiale è aumentata anche l'autostima dei poliziotti e, con essa, la considerazione della categoria fra l'opinione pubblica.

Gli ostacoli stimolano la crescita

Chi credeva che gli ostacoli avrebbero fatto capitolare la giovane Federazione, ha dovuto ricredersi. La nostra associazione crebbe e progredì. Il numero dei suoi membri aumentò sezione dopo sezione, ed il cronista che nel 1933 in occasione del suo 25° anniversario riassunse la storia della Federazione poté dichiarare, non senza orgoglio: «Possiamo affermare con soddisfazione di avere raggiunto gli obiettivi fondamentali e, soprattutto, di avere riunito il personale svizzero della polizia in modo definitivo e saldo in una Federazione ben radicata, fondata sui principi della legalità e della reciprocità.»

Tuttavia, sin dall'inizio i fondatori erano consapevoli che «chi promuove i diritti deve badare anche ai suoi doveri». Era chiaro che il raggruppamento dei corpi di polizia in un'organizzazione mantello del personale presupponeva la solidarietà incondizionata di tutti. La costitu-

zione di un'organizzazione fondata su basi puramente ideali e aggregativi non avrebbe mai potuto portare a risultati specifici per la professione o a risultati di rilevanza sindacale. In molte località questo chiaro presupposto venne percepito come un dovere difficile da soddisfare. Non dappertutto il personale ed i superiori riuscirono a raggiungere un accordo sulle modalità con cui volevano essere riuniti in un'unica Federazione. Occorreva innanzi tutto abolire ed eliminare la diffidenza. A questo si aggiunsero le rivalità fra singoli corpi di polizia che diedero filo da torcere al Comitato della Federazione. Le polizie cantonali e cittadine lavoravano le une contro le altre anziché insieme, e questa rivalità riusciva persino a superare i confini dei Cantoni. L'entusiasmo e l'idealismo delle sezioni fondatrici non furono sempre accolti con disponibilità e sostegno. Con il trascorrere del tempo, tuttavia, lo spirito positivo ed il suo slancio trovarono un terreno fertile, cosicché l'ascesa della Federazione, destinata a continuare fino ad oggi, poté iniziare.

Ciononostante il miglioramento dell'immagine e la solidarietà da soli, non erano sufficienti. Affinché la filosofia della Federazione potesse esercitare un effetto duraturo, essa doveva essere sostenuta da risultati e successi che ne fornissero una testimonianza concreta! Le sue istituzioni sociali, come ad esempio la Cassa decessi, dovevano rendere evidente da subito il patto di solidarietà fra la Federazione mantello ed i suoi membri. Ciò che oggi conosciamo con il nome di «Fondazione di previdenza» ha costituito un impulso determinante per il consolidamento dell'organizzazione e la promozione dell'immagine della Polizia.

Se inizialmente alcuni Direttori e Comandanti si opposero alla fondazione di un'organizzazione del personale, e gli sforzi della Federazione per il miglioramento delle condizioni sociali degli agenti di polizia cozzarono contro ostacoli sempre nuovi, alla fine anche le voci contrarie poterono trarre benefici non trascurabili da questo sviluppo. È emerso che l'agente di polizia, che a cavallo del XX° secolo ha vissuto prima di elemosine e successivamente è stato retribuito secondo il merito, dopo avere combattuto per i suoi diritti e le garanzie sociali svolgeva una professione che, grazie all'innalzamento dei requisiti, creava nuovi stimoli anche per le nuove leve. Questa nuova situazione ha costituito più una conseguenza che un obiettivo del suo operato.

*Polzeischule St. Gallen beim
Schreibmaschinen-Training*

*Ecole de police de St-Gall
à l'entraînement machine
à écrire*

*La scuola di Polizia di San
Gallo durante la lezione di
dattilografia*



Cronaca dal 1909 al 2000

1909

La proposta di fondare una Cassa decessi presentata all'Assemblea dei delegati del 25 aprile a Berna viene approvata tramite votazione generale con 800 voti contro 181.

Il segretario federativo e consulente giuridico D' Max Kolb viene nominato amministratore della Cassa decessi con un'indennità annuale di 500 franchi.

1911

Viene respinta la richiesta di fornitura di calzature militari ai funzionari di polizia e anche la proposta di ridurre il prezzo del biglietto delle ferrovie federali. – Gli statuti della federazione e della Cassa decessi vengono rivisti e viene contemporaneamente aumentata l'indennità all'amministratore della Cassa decessi/segretario federativo. – Viene introdotto il nuovo sistema di Giunta direttiva composta da due membri e dal segretario, ed il numero dei membri del Comitato centrale aumenta a sette. – Alla conferenza dei comandanti di polizia viene espresso il desiderio di creare un registro svizzero dei mandati di cattura.

1914

Dopo che il Consiglio di Stato del Cantone Zurigo aveva vietato alla sua polizia di aderire alla FSAFP, anche il Gran Consiglio del Cantone Vaud approva una decisione del direttore di polizia che vieta alla sua polizia l'adesione alla FSAFP. – Un membro della commissione del consiglio municipale di Zurigo ritiene che il tempo libero della polizia in uniforme della città sia eccessivo.

1917

L'Assemblea dei delegati riesce ad imporre la procedura di copertura della Cassa decessi. Il premio annuo è di 22 franchi, consentendo così di incrementare l'indennità di decesso da 1000 a 1200 franchi. – Il Presidente centrale, molto stimato nella FSAFP, cede alla tentazione di divulgare informazioni non autorizzate insieme ad un collega bernese. È un duro colpo per l'organizzazione professionale e verrà opportunamente sfruttato dai suoi oppositori. – A. Schoch viene eletto nuovo Presidente centrale. – La richiesta all'Ufficio federale del pane di Berna, relativa all'inserimento del lavoro di polizia nella categoria dei lavori pesanti, al fine di ricevere maggiori razioni di pane viene rifiutata. – Dal 15 al 17 novembre gli agenti della polizia cantonale e municipale di Zurigo hanno uno scontro con dei dimostranti. Un poliziotto viene ucciso e molti altri sono feriti.

1920

Il giornale federativo promuove la formazione continua dei funzionari di polizia. – Si crea un distintivo della federazione. – Azione di soccorso a favore dei «bambini viennesi». I funzionari di polizia svizzeri si fanno carico di 600 bambini dei colleghi austriaci e la colletta di questa azione si avvicina ai 20 000 franchi. – Il D' Max Kolb è nominato membro onorario. La sezione di La Chaux-de-Fonds assume la «rotazione cantonale» e François Graz diventa Presidente centrale e redattore.

1920

1921

Una leggera diminuzione del carovita comporta immediatamente dei tentativi di riduzione dei salari. La federazione e le sue sezioni reagiscono con azioni di difesa simili a quelle delle altre organizzazioni di lavoratori. – La sezione della città di Berna propone un vero e proprio programma di lavoro della federazione. Sono previste delle azioni volte ad ottenere migliori condizioni di lavoro (salario, durata del lavoro e del riposo, delle ferie, diritto alla concertazione, unificazione dell'attività di servizio, assicurazione per malattia e infortuni, assicurazione per la vecchiaia, l'invalidità e in favore dei superstiti; mantenimento dei rapporti con organizzazioni simili, promozione delle organizzazioni generali economiche e sociopolitiche, supporto alle azioni economiche e sociopolitiche generali dei lavoratori dipendenti, pubblicazione di un giornale per la promozione della collegialità, della discussione di questioni generali relative all'organizzazione e alla professione e per l'informazione sul piano sociale; elaborazione di statistiche relative alla professione e sostegno dei membri che si trovano in difficoltà a causa della loro attività in favore della federazione).

1923

A Basilea, l'Assemblea dei delegati approva un regolamento per la protezione giuridica. Le spese legali e giudiziarie sono limitate al 60 per cento. I fondi della Cassa decessi sono convertiti in titoli garantiti dallo Stato.

1926

A seguito delle votazioni preliminari nelle sezioni, la revisione complessiva dello statuto della federazione diventa un dato di fatto.

Vengono approvati: la possibilità di ricorso, il numero dei delegati delle sezioni ai congressi della federazione, l'indennità ai delegati e la durata di tre anni per il mandato dei membri del Comitato centrale. Viene respinta una proposta di diritto di rappresentazione permanente nel Comitato centrale per le sezioni con oltre 300 membri. La revisione dello statuto della Cassa decessi è posticipata di due anni. – Separazione tra segretariato federativo e consulente giuridico. – Nelle sezioni e nella stampa della federazione c'è una forte attività per l'incremento del periodo di riposo ed il prolungamento delle ferie.

1930

I funzionari di polizia si adoperano a favore di una maggiore sicurezza del cittadino con l'introduzione di un codice penale svizzero e del divieto di portare armi. – La FSAFP sostiene la presentazione federale della legge sugli alcolici. – Il congresso si occupa della revisione dello statuto della Cassa decessi e rifiuta l'introduzione di un'assicurazione per responsabilità civile. – I cori di agenti di polizia svizzeri decidono di organizzare per l'anno seguente la loro prima assemblea a Lucerna.

1931

Le sezioni della FSAFP organizzano delle collette a favore dei padri di famiglia disoccupati giunti alla fine del diritto all'indennità. – Si delineano le prime azioni volte alla riforma dell'uniforme. – Il giornale della federazione pubblica un primo ampio studio sui «disegni in occasione di incidenti automobilistici». – La federazione presenta alla commissione del Consiglio nazionale la richiesta per l'introduzione di indicatori di direzione unificati per i veicoli a motore.



Polizeifahrzeug am Anfang der Motorisierung

Le début de la motorisation policière

Veicolo di polizia agli inizi della motorizzazione

1935

La federazione rifiuta di aderire all'Associazione internazionale dei funzionari di polizia. – La polizia si oppone con vigore al porto d'armi senza licenza. – Iniziano le azioni volte all'eliminazione della revoca nel registro di ricerca. – Nell'area romanda si progetta una festa federale della polizia.

1938

Il congresso respinge una proposta di versamento d'indennità di decesso in vita e la di spesa dai contributi dopo un determinato periodo di affiliazione. – La revisione della Cassa decessi è affidata a due sezioni anziché ad una società fiduciaria. – Si decide di prendere in considerazione diverse aree del paese in occasione delle elezioni del Comitato centrale e del redattore. – La durata del mandato di «rotazione cantonale» passa da 3 a 4 anni. – Il Cantone di Neuchâtel diventa il nuovo «Vorort» (rotazione cantonale) ed il D' Max Petitpierre (futuro consigliere federale) consulente giuridico.

1939

L'Assemblea dei delegati respinge una richiesta di aumento dell'indennità di decesso a 1800 franchi e si oppone alla pubblicazione di «inserzioni di istituti di prestito» all'interno del giornale della federazione. L'Assemblea stabilisce un contributo per il Natale dei soldati

e dibatte sulla richiesta della città di Lucerna di cambiare il nome della federazione in Federazione dei funzionari di polizia (FSFP). – La polizia della Città di Zurigo riceve la prima tele-scrittore. – I campionati della polizia a Basilea vengono spostati a causa della mobilitazione generale.

1940

La federazione si impegna contro la celata riduzione dei salari e per la compensazione del carovita ed i contributi invernali. – Il congresso sancisce il cambiamento del nome in «Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia». – Il congresso si oppone nuovamente alla dispensa dai contributi per la Cassa decessi dopo 30 anni di affiliazione, ad un nuovo distintivo federativo come pure al passaggio da 13 a 15 membri nel Comitato centrale. – Il congresso si dichiara favorevole alla creazione di un istituto svizzero di polizia.

1943

Sforzi concreti sono profusi per ottenere un supplemento al carovita dato che la diminuzione dei salari effettivi ha delle forti ripercussioni. – Ogni area linguistica riceve l'assicurazione di essere rappresentata nel Comitato centrale. – Viene respinta la proposta di costituzione di una commissione sportiva, tuttavia i capi della polizia sono disposti a discutere dell'organizzazione e del calendario delle manifestazioni sportive. – 2ª edizione dei Campionati svizzeri di sci della polizia a Grindelwald e 2a edizione dei Campionati svizzeri di polizia a Berna. – La necessità di una cassa malattia federativa e di una cassa pensionistica integrativa è sentita in maniera sempre più diffusa.

1947

I supplementi per il carovita sulle indennità di trasporto vengono incrementati dal 20 al 30 per cento. – La federazione si impegna nel finanziamento della campagna elettorale per l'AVS (Assicurazione vecchiaia e superstiti). L'indennità di decesso viene elevata a 1700 franchi, tuttavia viene respinto il pagamento di 1000 franchi dopo 35 anni e di 500 franchi ai superstiti. – La federazione promuove un'azione di soccorso a favore dei colleghi stranieri e dei loro figli. – Pubblicazione del libro della polizia «Il mio impegno – la tua sicurezza». – Il redattore Leo Klaus di Basilea si ritira e gli succede Walter Muff di Lucerna.

1950

Il risanamento della Cassa decessi diventa un tema costante. Viene approvata una moratoria e l'amministrazione della cassa è affidata alla Banca cantonale di Zurigo. – La richiesta di dispensa dai contributi AVS per l'indennità per l'uniforme è accolta. – Richiesta ai comandanti di polizia in merito allo scambio di funzionari di polizia. – La trasmissione radiofonica «Polizist Wäckerli» ha molto successo. – La sezione di Losanna assume la rotazione cantonale. – La sezione Berna-cantone festeggia i suoi 50 anni dalla fondazione.

1952

I funzionari di polizia rivendicano migliori condizioni di lavoro; il giornale federativo si impegna in tal senso ed in favore delle prestazioni sociali, in particolare per la sezione di Obvaldo. Viene respinta la proposta di creazione di un premio letterario per l'anno del giubileo. La richiesta della

polizia in merito al segnale sui propri veicoli viene presa in considerazione nella stesura della nuova legge sulla circolazione stradale.

La richiesta di congedo dalla polizia militare al raggiungimento dell'età per la Landwehr viene respinta. Il contributo federativo passa a 4 franchi.

1955

L'Istituto svizzero di polizia di Neuchâtel ha un impressionante numero di frequentatori. – Le sezioni del Cantone Argovia e della città di Basilea festeggiano il loro giubileo d'oro. – La polizia della Città di Zurigo partecipa alla lotta per i salari. – Gli sforzi della sezione di Obvaldo per il miglioramento delle condizioni di lavoro sono coronati dal successo. – Viene respinta la proposta di creazione di un segretariato centrale permanente. – Viene rivisto il regolamento per la protezione giuridica. – Vengono aumentati la durata del mandato ed il numero dei membri del Comitato centrale. – Il D' Fritz Dick diviene il capo della polizia federale. – Dal radiodramma di successo «Polizist Wäckerli» viene realizzato un film.

1956

Tutti i soggetti alla leva in servizio alla polizia, vengono esentati dal servizio militare. – La lotta per i salari della polizia della Città di Zurigo ha successo. – Viene creato l'archivio della federazione e nominato un archivista part-time. – La revisione generale dello statuto è posticipata al 1958. – La FSFP si prepara a celebrare il suo giubileo d'oro nel luogo della sua fondazione, Lucerna. – La federazione acquisisce dal collega Emil Würmli di Basilea una composizione per la marcia della polizia; la prima esecuzione pubblica avviene in occasione del giubileo di Lucerna.

1957

Grazie al radar, la polizia ha a disposizione nuove possibilità di controllo del traffico. – La FSFP festeggia i suoi 50 anni a Lucerna, luogo di fondazione.

1958

A metà maggio la Città di Lucerna, la prima in Svizzera, mette in funzione tre colonnine per l'intervento della polizia.

1959

La polizia della Città di Lucerna riceve una nuova centrale d'allarme. La polizia cantonale di Scaffusa introduce parzialmente la settimana di 5 giorni.

1960

Dopo solo un anno il consigliere federale D' Fritz Wahlen rimette il Dipartimento federale di giustizia e polizia al consigliere federale Ludwig von Moos del cantone Obvaldo. – Il consigliere federale von Moos riceve a palazzo federale il presidente centrale Adolf Gege e il redattore Willi Stierli per una lunga conversazione sugli scopi e gli obiettivi, nonché sull'organizzazione della federazione. – In occasione del congresso della federazione a Ginevra è approvata all'unanimità l'istituzione di una scuola svizzera di polizia.

1962

La polizia del Canton Uri riceve un moderno apparecchio radar di fabbricazione svizzera,

555
1956

che consente di registrare fino a 60 infrazioni del codice stradale all'ora. — Il Dipartimento di giustizia e polizia del Canton Vaud autorizza la direzione della polizia di Losanna a consentire ad alcuni agenti di infliggere sanzioni sul luogo stesso dell'infrazione. — All'Assemblea dei delegati di Berna viene approvata una risoluzione che promuove il diritto alla concertazione e al ricorso per i funzionari di polizia già riconosciuto al personale delle amministrazioni pubbliche.

1964

Nel 18° rapporto annuale, l'Istituto svizzero di polizia di Neuchâtel rende nota la sua decisione di organizzare per il 1965 i primi corsi di formazione di base per aspiranti agenti di polizia. — La richiesta di creazione di un segretariato permanente viene nuovamente presentata, tuttavia non viene accolta per motivi finanziari.

1965

La General Motors Suisse SA di Bienne sviluppa, in collaborazione con l'Ufficio svizzero per la prevenzione degli infortuni, gli organi di polizia competenti e numerosi altri specialisti, un giardino mobile per la circolazione destinato ai bambini e messo gratuitamente a disposizione di tutti gli istruttori del traffico per un periodo concordato. — La polizia della Città di Zurigo riceve un nuovo pannello di comando dotato di un nuovo impianto radio, di un impianto Securiton per gli edifici protetti da dispositivi antifurto e antincendio, di un controllo dei veicoli di soccorso in azione e di una stazione di consultazione delle colonnine per l'intervento della polizia.

1966

L'Assemblea dei delegati decide di prelevare un ulteriore franco per la Cassa soccorso e di mettere a disposizione di «Terre des Hommes» l'importo di circa 10 000 franchi per la cura dei bambini malati trasportati dal Vietnam in Svizzera.

1967

Grazie al grande impegno ed al sostegno del Consiglio di Stato e del Consiglio comunale di Neuchâtel, in data 6.2.1967 il consiglio di fondazione dell'ISP può fondare la prima scuola svizzera di polizia.

1969

La polizia cantonale di Lucerna ottiene una nuova remunerazione. Il salario è adeguato a quello degli otto cantoni di riferimento, i diversi aumenti di salario reale ed i supplementi per il carovita vengono ampiamente integrati nella remunerazione di base. — Viene presentata una risoluzione all'Assemblea dei delegati che si oppone alla generale denigrazione della polizia e del suo operato ad opera dei mass media; la risoluzione è approvata con larga maggioranza. — Il Consiglio nazionale e degli Stati acconsentono alla creazione di una polizia mobile intercantonale (PMI). Ora spetta ai cantoni decidere se aderirvi.

1971

Si discute nuovamente in merito all'acquisto di una casa di convalescenza in una stazione termale. Motivo principale è il sostegno ai membri che soffrono di malattie reumatiche.

L'idea di acquistare appartamenti di vacanza è appoggiata dalla maggior parte dei colleghi romandi. L'esito di una consultazione tramite questionari indica la regione del Vallese.

1975

La polizia ottiene per la prima volta un proprio elicotterista professionale che costituisce un valido ausilio per il controllo del traffico e anche per la polizia criminale. — Il consigliere federale D^r Kurt Furgler riceve l'Ufficio esecutivo che ha l'opportunità di esprimere perplessità e desideri: in primo piano si trova il rapporto tra la polizia e le autorità. — I primi sei diplomandi della Scuola svizzera di polizia (SSP) conseguono il loro diploma.

1979

La Cassa di soccorso consegna 15000 franchi a «Terre des Hommes» a sostegno dei bambini stranieri in Svizzera. — La polizia cantonale di Zurigo e l'UPI organizzano per la prima volta un'esposizione della polizia autostradale svizzera. — All'interno del centro di formazione della protezione civile «Mythen» si tiene per la prima volta un corso tecnico dell'Istituto svizzero di polizia destinato agli ufficiali informatori della polizia. — All'Assemblea dei delegati, sulla base di uno studio preliminare, hanno luogo le discussioni preparatorie per l'introduzione di un segretariato centrale a tempo pieno.

1980

Gli appartamenti di vacanza sono occupati per oltre il 75%. — Sulla base di un'ordinanza del DFGP si promuove un tentativo di limitazione della velocità a 50 km/h all'interno dei centri abitati per un periodo di due anni nei cantoni di Basilea-campagna, Berna, San Gallo, Vaud e Zurigo e, a spese dei cantoni ed in collaborazione con il gruppo di lavoro per la sicurezza stradale, nelle grandi città di Basilea, Berna e Zurigo. — La 74^a Assemblea dei delegati a Neuchâtel approva la creazione di un segretariato centrale permanente con 64 voti a favore e 18 contrari. — Viene introdotta in Svizzera l'emittente radio «Sistema informativo per automobilisti» (ARI).

1981

Franz Steinegger, consigliere nazionale, viene eletto all'unanimità presidente della sezione del Canton Uri. La FSFP è così nuovamente rappresentata nel Consiglio nazionale. — Con la votazione del novembre 1980 si sancisce l'obbligo di indossare le cinture di sicurezza, come pure il casco sulle moto ed i ciclomotori. — In occasione dell'Assemblea dei delegati, il redattore Peter A. Sigron viene eletto primo segretario centrale.

1982

L'indennità di decesso è elevata a 3000 franchi e per ogni figlio minore viene accordato un versamento supplementare di 600 franchi. — Un agente che rimane infortunato, senza colpa, nel tragitto di rientro all'abitazione dal lavoro riceve una somma straordinaria di sostegno di 15000 franchi per l'intervenuta paralisi irreversibile. — Il segretariato centrale nella Tribschenstrasse viene inaugurato ufficialmente in occasione della riunione autunnale del Comitato centrale a Lucerna.

1982
1981

1983

La protezione giuridica della FSFP festeggia i 60 anni. – Il comitato della sezione Zurigo-cantone presenta una richiesta al Consiglio federale per l'introduzione dell'obbligo del visto per i cittadini jugoslavi «onde frenare l'ondata di elementi criminali provenienti dalla Jugoslavia». La federazione invia al Consiglio federale una lettera in tal senso. – A Lucerna viene fondata la Società Svizzera degli Ufficiali di Polizia (SSUP) con il fine di promuovere lo scambio di esperienze e di idee tra gli ufficiali di polizia, di colmare le lacune nell'offerta di formazione professionale e di informazione e di difendere gli interessi comuni.

1985

Dietro numerose richieste dei membri, il consiglio di fondazione decide di realizzare la casa di vacanza «Muntschi» a Andeer, nel Canton Grigioni. – La consigliera federale D' Elisabeth Kopp riceve una delegazione della FSFP: le richieste della polizia trovano un referente attento. – I comandi della polizia cantonale e della Città di Zurigo organizzano un «commissariato scuola». Questa nuova organizzazione per la formazione introdotta per la prima volta in Svizzera, consente di preparare gli aspiranti in modo intensivo, pratico e concreto alle esigenze del servizio di polizia, ed in particolar modo alle modalità di intervento come per la tattica.

1986

In una votazione generale le sezioni della FSFP si oppongono all'adesione all'Union Internationale des Syndicats de Police per 7505 voti contro 3429. – L'Assemblea dei delegati elegge a larga maggioranza Jean-Pierre Monti nuovo segretario centrale.

1987

I rappresentanti della FSFP e del Sindacato della polizia (GdP/Germania) si incontrano a Zermatt per analizzare la votazione della FSFP in merito alla UISP e per discutere sul mezzo di intervento della polizia, l'arma a lungo raggio «TW73» (proiettili in gomma). – La FSFP stipula un contratto collettivo con la cassa malattia ZOKU per i suoi membri ed i loro familiari.



Präsident Ernst Berger im Gespräch mit Bundesrätin Elisabeth Kopp (1986)

Le président Ernst Berger en conversation avec la conseillère fédérale Elisabeth Kopp (1986)

Il presidente Ernst Berger a colloquio con la consigliera federale Elisabeth Kopp (1986)

1988

Durante una seduta straordinaria del Comitato centrale a Basilea, il presidente della sezione di Coira e una delegazione del suo comitato vengono sentiti dopo che, in occasione della precedente seduta ordinaria del Comitato centrale del 1987, era stato avviato il procedimento di esclusione della sezione dalla FSFP.

Il presidente di questa sezione è accusato di «violazione del principio d'indipendenza sindacale», «dichiarazioni mendaci in merito al patrimonio della sezione», «comportamento antidemocratico in occasione dell'assemblea generale della sezione a Coira

del 22.6.87» e «violazione dell'obbligo di fedeltà per mezzo di un reclamo presentato contro i propri membri».

Il Comitato centrale decide di escludere la sezione di Coira dalla Federazione Svizzera Funzionari di Polizia e l'Assemblea dei delegati conferma questa decisione.

1994

Nell'Assemblea dei delegati di Yverdon-les-Bains, la signora Gisela Hartmann del Canton Zugo è la prima donna eletta nel Comitato centrale. – Nell'ambito del progetto «Polizia 2000», il governo del Cantone Basilea-campagna invita la polizia in uniforme ad indossare il tesserino con il nome. La federazione si oppone ancora una volta a questa richiesta per proteggere i propri membri.

1997

Dopo una lotta di sette anni, in data 11 aprile la Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CCDGP) approva all'unanimità lo statuto professionale dei funzionari di polizia.

1998

In un ampio reportage dal titolo «Polizei live», la televisione svizzera SF DRS mostra per 18 ore il lavoro quotidiano delle autorità di polizia della città e dei cantoni di Zurigo e Basilea. La trasmissione «Polizei live» viene trasmessa in diretta anche su internet. – La FSFP entra a far parte dell'«Union Internationale des Syndicats de Police» (UISP). – La FSFP organizza il 2° congresso sul tema «Sicurezza interna 2000». Un podio internazionale composto da relatori svizzeri e stranieri dà vita ad un dibattito su questo tema molto attuale.

1999

Nel municipio di Soletta, l'Associazione svizzera delle funzionarie di sicurezza e polizia criminale (ASFSPC) tiene un'assemblea pubblica sul tema «violenza domestica», seguita con molto interesse anche da non membri. – Il Comitato centrale decide ad Interlaken di inviare una lettera alla consigliera federale Ruth Metzler per far presente che la polizia, in quanto parte del servizio pubblico, dovrebbe necessariamente essere coinvolta in modo più attivo nel dibattito politico.

2000

La FSFP si adopera per il significativo miglioramento delle possibilità comunicative interne ed esterne e, dopo un primo tentativo, mette in linea il suo sito. Gestisce la propria homepage nel sito www.policessuisse-vspb.ch. – Dopo oltre otto anni di recessione ed una perdita del potere d'acquisto di circa il 15%, in occasione dell'Assemblea dei delegati a Cham, la FSFP chiede un aumento dei salari del 4% e la piena compensazione del carovita per tutti gli agenti di polizia. – Alla votazione popolare del 26 novembre il popolo svizzero decide di approvare la nuova Legge sul personale federale (Lpers) presentata dal Consiglio federale, ed allo stesso tempo di abolire lo statuto di funzionario introdotto nel 1927. La FSFP aveva già promosso, insieme ad altre associazioni ed ai sindacati, il referendum contro la Lpers. L'intera portata di questa votazione così importante per la totalità del servizio pubblico si farà sentire nel futuro prossimo.



*Das Gesicht unserer
Verbandszeitschrift hat sich
immer wieder verändert.*

*Le visage de notre organe fédé-
ratif se modifie régulièrement.*

*L'aspetto del nostro giornale
federativo è in continua
evoluzione.*

Gli ultimi cinque anni: cronaca 2001–2006

2001

- Il forum «Sicurezza interna» sul tema «4 pilastri per la Sicurezza Interna» si svolge con successo e con la partecipazione di personalità di spicco.
- Il Consiglio federale viene invitato dal Nazionale ad avviare una procedura di consultazione sulla violenza domestica ed in ogni altra forma di rapporto stabile fra coppie eterosessuali o omosessuali. Questi episodi dovrebbero essere perseguiti d'ufficio e non solo su querela. In base ad un'indagine della rivista «Das Beste» di Reader's Digest, il 71 per cento dei cittadini svizzeri nutre una fiducia da «molto alta» ad «abbastanza alta» nei confronti della polizia. Il dato indica che la categoria professionale degli agenti di polizia si situa al primo posto in Svizzera.
- Dopo quasi vent'anni, gli uffici del Segretariato federativo vengono completamente rinnovati.
- La FSFP appoggia le modifiche alla Legge militare e sostiene l'armamento delle unità che prendono parte agli impieghi per il mantenimento della pace, come pure la collaborazione della Svizzera con altri Stati nell'ambito della formazione.
- Durante un incontro fra il Presidente Helmut Schmid, il Segretario generale Jean-Pierre Monti e la Consigliera federale Ruth Metzler vengono discussi i seguenti cinque punti:
 - Verifica del Sistema Sicurezza Interna della Svizzera (USIS)
 - Istituto svizzero di polizia di Neuchâtel (ISP)
 - Riconoscimento professionale degli agenti di polizia
 - Progetto «Train-Street» (collaborazione fra polizia ferroviaria e Securitas per il trasporto dei detenuti)
 - Munizioni all'uranio
- Nell'ambito delle trattative fra i rappresentanti del servizio del personale, della polizia e della FSFP, vengono ottenuti dei miglioramenti dello stipendio reale per tutte gli agenti di polizia cantonale di Basilea Città.
- Il progetto federale «Überprüfung der Systeme der inneren Sicherheit der Schweiz» (USIS – Verifica dei sistemi della sicurezza interna della Svizzera) si dichiara totalmente favorevole all'introduzione di un riconoscimento assoluto della professione di poliziotto a livello nazionale svizzero, ed esprime un parere critico sulle tendenze alla privatizzazione nelle attività di polizia.
- Dopo che la richiesta di un aumento del cinque per cento dello stipendio reale degli agenti di polizia viene ignorata, la FSFP pretende, assieme ad altre associazioni e sindacati, una quinta settimana di vacanze.

2002

- Su proposta della polizia cantonale di Lucerna ed in occasione della sua 253^a seduta ordinaria, la Conferenza dei vescovi svizzeri eleva San Michele Arcangelo a patrono dei funzionari di polizia svizzeri. San Michele Arcangelo è un messaggero di Dio che scende sulla Terra per il bene e protegge gli uomini per incarico di Dio. L'11 maggio, San Michele viene dichiarato ufficialmente patrono durante una cerimonia ecclesiastica ecumenica.
- A Lucerna, il sindacato della polizia ferroviaria viene ammesso quale 80^a sezione della FSFP.
- Il Segretariato federativo ottiene un nuovo sistema di EDP che rende più efficiente l'infrastruttura fino a quel momento utilizzata.
- Il Comitato centrale decide di presentare una richiesta di modifica delle strutture federative in occasione dell'Assemblea dei delegati. In futuro, il Segretario generale dovrebbe essere affiancato da due Segretari regionali provenienti da regioni diverse della Svizzera, e saranno in primo luogo a disposizione delle sezioni. L'iniziativa è volta a ridurre il carico di lavoro del Segretario generale, che in questo modo potrà dedicarsi al lobbying urgentemente necessario a diversi livelli, ed all'intensificazione del lavoro di pubbliche relazioni.
- L'Ufficio federale delle strade introduce nuove regole nella legge sulla circolazione stradale per l'utilizzo di attrezzi analoghi ai veicoli, come pattini in linea o monopattini. Gli utilizzatori di questi attrezzi vengono in linea di principio equiparati ai pedoni. Il Consiglio federale stabilisce esplicitamente un diritto di precedenza per i pedoni nell'Ordinanza sulle norme della circolazione stradale.
- L'8 novembre si svolge il forum «Sicurezza interna» presso il Museo svizzero dei trasporti di Lucerna. Quest'anno il tema trattato è «Media e sicurezza interna: un paradosso».
- La FSFP si oppone fermamente alla decisione del Consiglio federale di impiegare l'esercito per compiti al confine e di sorveglianza delle ambasciate.

2003

- La FSFP ha l'onore di organizzare il primo congresso ufficiale di EuroCOP dopo la sua fondazione in Svizzera. Come sede dell'incontro viene scelta Lucerna. Oltre ad altri importanti argomenti, come il terrorismo e l'estremismo, il tema principale del congresso è il mutamento della società attraverso l'uso sconsiderato della violenza: «Violenza contro gli agenti di polizia, violenza e minaccia contro lo Stato di diritto, contro i procuratori, contro i testimoni – in una parola, contro l'umanità» (citazione da Hermann Lutz, già Presidente di EuroCOP).
- Risoluzione del primo congresso ufficiale di EuroCOP all'indirizzo della politica e della giustizia europea e nazionale:
 - La violenza non deve rappresentare un pericolo professionale per i poliziotti.
 - La violenza contro i poliziotti è un attacco alla società e deve essere riconosciuto nella sua interezza da un interesse pubblico e politico adeguato.
 - La protezione dei poliziotti è importante e richiede delle procedure definite.

- Durante la seduta di primavera del Comitato centrale, da un'indagine svolta fra le sezioni emerge che le esigenze nei confronti dell'associazione mantello sono in costante crescita. Per il futuro della Federazione occorre urgentemente rafforzare la sezione operativa. Una possibile soluzione prevede l'affiancamento di un sostituto al Segretario generale.
- Il 18 marzo vengono resi pubblici il regolamento per l'esame e le relative linee guida. Apponendo la sua firma, il 7 maggio il Consigliere federale Joseph Deiss riconosce questi documenti e quindi la professione di «poliziotto/poliziotto»: una pietra miliare per la Federazione!
- La Federazione di polizia del Canton Berna redige un promemoria per gli agenti di polizia vittime della violenza, affinché vengano riconosciuti tali.
- Nel giornale federativo «Police» viene pubblicata una dettagliata descrizione degli obblighi per la messa a concorso del posto di Segretario generale. Dopo 20 anni, Jean-Pierre Monti lascia l'incarico in occasione dell'Assemblea dei delegati 2006.
- La polizia cantonale di Lucerna festeggia il suo 200° anniversario. In quest'occasione vengono presentati i dipartimenti ed i loro compiti.
- A metà novembre la Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CCDGP) annuncia che, in futuro, la formazione di base degli agenti di polizia non dovrà più essere impartita nei singoli corpi di polizia, ma in alcuni pochi centri di formazione regionali. Poco prima di Natale, per la prima volta in Svizzera vengono rilasciati degli attestati professionali federali ad agenti di polizia di giuramento.

2004

- In occasione di una seduta di chiusura l'Ufficio esecutivo decide di andare incontro al proprio futuro con Max Hofmann nel ruolo di nuovo Segretario generale.
- La Consigliera di Stato Karin Keller-Sutter viene eletta nuova Presidentessa del Consiglio di fondazione dell'Istituto svizzero di polizia ISP. Sotto la sua guida, il posto vacante di Direttore dell'ISP viene messo a concorso. Durante una seduta straordinaria del Consiglio di fondazione, Peter-Martin Meier, esperto ufficiale di polizia e Capo della sezione della polizia mobile e d'intervento della polizia cantonale di San Gallo, viene eletto nuovo Direttore dell'Istituto svizzero di polizia.
- La Commissione paritetica definisce i compiti ed il regolamento dei periti esaminatori per garantire una procedura uniformata.
- Il giornale federativo «Police» viene insignito del sigillo di qualità «Q-Publikation» dall'Associazione SCHWEIZER PRESSE per l'anno 2004.
- La FSFP si oppone in un comunicato stampa contro l'infelice decisione del Consiglio municipale bernese di introdurre l'obbligo per gli agenti di polizia di portare una targhetta con il nome. La Federazione discute della decisione anche in seno alla Federazione di polizia europea EuroCOP.

- Il 5 novembre ha nuovamente luogo il forum «Sicurezza interna» a Lucerna. Quest'anno il tema del dibattito è «Ampliamento dell'UE verso l'est: flussi migratori – Un rischio per la sicurezza interna?».
- La Federazione della polizia cantonale di Argovia festeggia il suo 100° anniversario.
- Heinz Buttauer viene eletto nuovo Presidente durante l'Assemblea dei delegati di Zurigo e subentra a Helmut Schmid.
- Su richiesta di diverse sezioni, il Consiglio di fondazione della Cassa decessi decide l'aumento dell'indennità di decesso di Fr. 1000.–.
- La Federazione dei funzionari di polizia dei Grigioni, in occasione del 100° anniversario dalla sua fondazione, invita il Comitato centrale a partecipare alla seduta ordinaria d'autunno in Engadina.
- Durante l'incontro parlamentare nella sessione autunnale il dibattito verte sui seguenti temi:
 - Fondazione di un «Gruppo parlamentare Polizia», formato da rappresentanti della FSFP nonché da rappresentanti del Consiglio nazionale e degli Stati
 - Polizia ferroviaria
 - Impieghi sussidiari dell'esercito

2005

- Il Segretariato federativo trova la sua nuova sede in Villenstrasse 2 a Lucerna. L'immobile appartiene alla Fondazione FSFP, e la Federazione paga alla Fondazione un canone di affitto per l'utilizzo degli uffici. La nuova sede della polizia è comodamente raggiungibile a piedi e con il bus dalla stazione.
- Il 18 novembre, la FSFP tiene il suo forum «Sicurezza interna» sul tema «Il DNA può essere un efficace mezzo di prevenzione e lotta contro il crimine?». In occasione del 50° anniversario dell'Ufficio di prevenzione della polizia comunale di Zurigo, viene scelto come sede dell'incontro il Marriott Hotel di Zurigo anziché, come di consueto, il Museo svizzero dei trasporti di Lucerna.
- La FSFP è soddisfatta del Sì espresso dai cittadini svizzeri nell'ambito della votazione su Schengen/Dublino. Grazie all'accesso alla banca dati europea delle impronte digitali Eurodac, le domande di secondo asilo dall'UE possono essere riconosciute e respinte con maggiore efficienza. L'adesione al sistema transnazionale di ricerca di polizia SIS getta le basi per l'aumento del livello di sicurezza in Svizzera. La Federazione considera l'approvazione anche un riconoscimento per il lavoro svolto dalla polizia da parte della popolazione.
- Il Consiglio federale invita la FSFP alla procedura di consultazione sulla legge federale relativa alle misure contro la propaganda violenta e la violenza in occasione delle manifestazioni sportive, un tema importante in vista del Campionato europeo di calcio del 2008 che si terrà in Svizzera e Austria. Le misure proposte dalla Confederazione nell'ambito di questa procedura di consultazione rispecchiano in gran parte le proposte della FSFP.

- In occasione dell'incontro parlamentare annuale vengono trattati i seguenti temi:
 - Riforma delle ferrovie II: legge federale sul servizio di sicurezza delle società di trasporti
 - Impieghi della polizia all'estero nell'ambito dell'organizzazione CIVPOL
 - Controproposta relativa al Codice di procedura penale svizzero CPP

2006

- In un comunicato stampa, la FSFP si mostra estremamente preoccupata per l'escalation di violenza contro gli agenti di polizia. Ancora una volta la Federazione mette «alla berlina» la politica del taglio dei costi a discapito della sicurezza.
- Dopo gli eccessi di violenza in seguito alla partita di campionato Basilea – Zurigo, la FSFP prende posizione e condanna il comportamento violento degli hooligan, chiedendo contemporaneamente nuove misure. La Federazione chiede con insistenza alla politica di redigere al più presto le condizioni quadro legislative per combattere il fenomeno dell'hooliganismo.
- Dopo 20 anni di attività come Segretario generale, Jean-Pierre Monti lascia l'incarico.
- La Federazione svizzera dei funzionari di polizia si rallegra del via libera sull'introduzione delle nuove munizioni per il servizio (munizioni con pallottole a deformazione controllata).
- La scuola di polizia della Svizzera orientale di Amriswil avvia il 2 ottobre il primo corso di formazione con 91 aspiranti poliziotte e poliziotti.
- Il 17 novembre, la FSFP svolge per la nona volta il forum «Sicurezza interna» presso lo Stade de Suisse di Berna. Quest'anno il forum è incentrato sul tema «Hooliganismo – Estremismo».
- Durante l'88ª Assemblea dei delegati di Ginevra, per la prima volta nell'Ufficio esecutivo viene eletta una donna nella persona di Johanna Bundi della polizia giudiziaria federale.



La possibilità di una maggiore collaborazione è stata un successo a quell'epoca

Intervista a Jean Chesaux

In quale anno ha fatto il suo ingresso nella polizia? Qual è stata la motivazione che l'ha spinto ad abbracciare questa professione? Qual era la sua funzione?

Il 1° maggio 1948 sono entrato a far parte del corpo di polizia a Bex VD in qualità di agente di polizia. Nel 1954 sono stato promosso a Commissario.

Dopo un'infanzia segnata da difficili rapporti familiari, sentivo l'esigenza di mettere il mio lavoro al servizio dei più deboli e dei più poveri. Oltre alla mia professione di poliziotto, ho svolto un ruolo attivo in oltre 25 associazioni, ed in 20 di queste sono oggi Presidente onorario.

Quando è diventato membro della FSFP?

Alla fine del 1948 o all'inizio del 1949.

Quando ha avuto inizio il suo impegno a favore della Federazione, in seno alla sua sezione? Lei ricorda un avvenimento concreto che l'abbia spinto ad impegnarsi nella difesa della sua professione, oppure quali ne siano state le ragioni? Può tratteggiare brevemente la sua carriera nell'ambito della FSFP?

Alla fine del 1954, la creazione della sezione Plaine du Rhône ha offerto ad alcune decine di colleghi vallesani di diversi corpi di polizia comunali la possibilità di entrare a far parte della FSFP. Dal 1962 al 1966 sono stato membro del Comitato centrale, e la mia presidenza è durata dal 1974 al 1978. In ragione dell'assenza di candidati per la carica di Vice-presidente della FSFP, ho ricoperto questo ruolo dal 1978 al 1982.

Nel 1967 ho contribuito con convinzione all'iniziativa per la fondazione di una scuola per gli agenti di polizia comunale del canton Vaud, scuola che tra l'altro esiste tutt'oggi. Nello stesso anno è stato possibile rilasciare i primi attestati professionali a livello cantonale.

Come era composta la sua équipe sindacale durante la sua presidenza FSFP?

Il direttivo di La Côte era così composto:

- Presidente: Jean Chesaux
- Segretario: François Tharin
- Cassiere: Marc Jotterand
- Consulente legale: Maurice Adler

Durante i primi decenni della storia della Federazione, il lavoro era basato sul principio del «Vorort» (rotazione dopo quattro anni). Ai suoi occhi, questo principio era favorevole o sfavorevole rispetto all'esercizio della funzione di presidente? Qual è la sua posizione?

Secondo il mio parere, il principio della rotazione cantonale era inadeguato. Associato alla professione di polizia, il carico lavorativo era eccessivamente gravoso.



*Jean Chesaux,
Sezione La Côte VD,
presidente federativo
1974–1978*

Durante il suo mandato presidenziale, quali sono state le principali rivendicazioni sindacali?

Formazione uniforme, riconoscimento professionale, stipendi.

Durante il mio mandato di Vicepresidente sono stato membro della commissione per la fondazione di un Segretariato centrale, con tutte le possibili conseguenze. Tuttavia, il mio impegno si fondava in primo luogo sulla convinzione che la FSFP ne avrebbe tratto un enorme vantaggio.

Qual era l'intensità degli scambi fra la Federazione e le altre organizzazioni sindacali svizzere ed estere?

Intrattenevamo dei rapporti piuttosto amichevoli. Ci sono state visite reciproche in occasione di congressi e assemblee dei delegati, tuttavia nessun legame propriamente sindacale.

Il lavoro della polizia è in costante trasformazione e deve sovente adattarsi rapidamente a situazioni nuove. Qual è il suo punto di vista rispetto alla formazione nonché alla formazione continua della polizia durante la sua carriera, in particolare nel periodo del suo mandato presidenziale?

Sin dall'inizio ci siamo fatti portatori della richiesta di incentivare la formazione e il perfezionamento e agire sempre nel rispetto degli altri membri.

Le donne avevano già fatto il loro ingresso nei servizi di polizia? Qual è la sua opinione sul lavoro delle donne nella polizia? Questo argomento ha preoccupato molto la Federazione?

A questa domanda posso rispondere senza indugio con un Sì. Occorre tuttavia considerare il fatto che le donne all'epoca impegnate in polizia ricoprivano principalmente funzioni amministrative.

Durante il suo mandato come presidente della FSFP, in quale modo lei ha percepito la collaborazione con la Confederazione e le autorità? La Federazione era considerata un interlocutore per quanto riguarda i problemi specifici della polizia?

A questo riguardo ricordo con particolare piacere gli incontri con il Consigliere federale Kurt Furgler. In quelle occasioni, ho avuto la possibilità di discutere con lui innanzitutto di tematiche come la formazione, l'armamento unitario, la partecipazione alle procedure di consultazione e lo scambio di informazioni.

Già da un po' di tempo, le relazioni tra esercito e polizia costituiscono un argomento di discussione molto sentito: all'epoca del suo mandato come erano queste relazioni? Esistevano occasioni o manifestazioni nelle quali l'esercito si impegnava a livello di autorità di polizia? I limiti di competenza fra polizia ed esercito erano chiaramente definiti? Oppure a volte era difficile tradurli in pratica?

C'è stato un periodo in cui questo tema non veniva quasi per nulla sentito. I pochi dibattiti a riguardo venivano condotti principalmente a livello cantonale.

Durante la sua presidenza, qual è stato l'avvenimento che l'ha toccata di più? Un successo oppure un fallimento?

La cosa che all'epoca mi ha toccato maggiormente è stata la possibilità che si stava delineando di realizzare una collaborazione comune più forte. Ritengo questo aspetto un successo per quel periodo.

Può citare dei fatti che, sul piano politico ma anche su quello sociale, abbiano influenzato direttamente la FSFP e il lavoro della polizia?

Dal punto di vista politico-federativo desidererei sottolineare a questo punto che il lavoro che eravamo costretti a svolgere a causa del principio della rotazione cantonale era eccessivamente gravoso. Ogni anno venivano tenute in totale ca. 200 sedute.

Dopo aver lasciato la presidenza, quali sono stati i suoi interessi per quanto riguarda la Federazione? Segue ancora oggi i lavori della FSFP? Ha mantenuto i contatti con membri della Federazione? Ci dia per favore un giudizio sullo sviluppo della FSFP: tende al positivo o al negativo?

Ancora oggi seguo con interesse l'attività politico-federativa della FSFP, della mia sezione nonché della sezione della Plaine du Rhône, di cui sono stato fondatore e primo Presidente.

Ci permetta di chiederle di fare un breve bilancio della sua presidenza.

Grazie alla mia posizione, ossia membro del Comitato centrale, membro della Giunta direttiva e infine Presidente e Vicepresidente, insieme all'aiuto di alcuni altri spiriti buoni, sono riuscito a realizzare alcune cose importanti. Alcuni esempi sono la fondazione della scuola per gli agenti di polizia comunale del Canton Vaud, la fondazione della UPRO, oggi USPRO, ed il consolidamento dell'attività sportiva nel corpo di polizia.

La professione di agente di polizia è bella, ma non sempre tutto fila liscio

Intervista a Sergio Crivelli



*Sergio Crivelli,
Sezione Ticino
Cantone, presidente
federativo
1978–1982*

In quale anno lei ha fatto il suo ingresso nella polizia? Qual è stata la motivazione che l'ha spinto ad abbracciare questa professione? Qual era la sua funzione?

Nel febbraio 1944 ho frequentato la scuola reclute quale radiotelefonista di Fanteria a Friburgo. In novembre dello stesso anno ho seguito il corso quale Gendarme dell'esercito a Thun e dal dicembre 1944 sono stato trasferito in varie località della Svizzera in servizio attivo, per poi finire a Chiasso. Finalmente, nel novembre 1945 sono passato alla Polizia cantonale ticinese.

Motivo: a quei tempi esistevano poche altre possibilità di lavoro sicuro e la mia esperienza nella polizia militare mi ha facilitato la scelta.

Quando è diventata membro della FSFP?

Sono entrato in FSFP-TI nel 1957. Nel nostro Cantone erano sorte tre associazioni di funzionari di polizia. Quella ufficiale, la

FSFP esistente già dal 1915, una seconda, aderente al sindacato Cristiano Sociale e la terza, la VPOD, di fede socialista.

Quando ha avuto inizio il suo impegno a favore della Federazione, in seno alla sua sezione? Lei ricorda un avvenimento concreto che l'abbia spinto ad impegnarsi nella difesa della sua professione, oppure quali ne siano state le ragioni? Può tratteggiare brevemente la sua carriera nell'ambito della FSFP?

Ho ritenuto che la funzione di agente di polizia fosse troppo importante per aderire ad un sindacato di partito; la FSFP mi garantiva maggiore libertà essendo un ente politicamente neutro. Sono entrato a far parte del Comitato cantonale della nostra Federazione, alcuni anni più tardi, prima come membro, poi quale presidente cantonale. Ho rappresentato il mio cantone in seno al Comitato centrale della FSFP per circa cinque anni, per poi essere nominato presidente della stessa nel 1978, in occasione dell'assemblea annuale di Lugano.

Come era composta la sua équipe sindacale durante la sua presidenza FSFP?

Sergio Crivelli: presidente

Aldo Zanetti: segretario

Agostino Bertogliati: cassiere

Mario Molo: consulente legale

Durante i primi decenni della storia della Federazione, il lavoro era basato sul principio del «Vorort» (rotazione dopo quattro anni). Ai suoi occhi, questo principio era favorevole o sfavorevole rispetto all'esercizio della funzione di presidente? Qual è la sua posizione?

Per la prima volta nella storia della nostra Federazione, la sezione ticinese prende la direzione del «Vorort». Durante i quattro anni di gerenza si è avuta la possibilità di sperimentare questo tipo di gestione che, se da un lato poteva essere simpatico e fors'anche più umano, dall'altro dimostrava il dilettantismo di chi ne era alla direzione. In effetti questo sistema, dal presidente, al segretario, al cassiere, erano tutti colleghi che si mettevano a disposizione fuori dal loro tempo di lavoro, cioè rimanevano sempre e comunque poliziotti. In massima parte pochi, per non dire nessuno, aveva criteri direzionali nel campo amministrativo aziendale e sindacale. La FSFP diventava sempre più importante; i soci aumentavano e con essi i problemi di gestione, sia dal lato finanziario, sia da quello sindacale che amministrativo. E nel quadriennio da me gestito si è fatta impellente la ricerca di qualcosa di nuovo. Dopo lunghe discussioni la proposta di formare un «Segretariato centrale permanente» prende consistenza, viene accettato dal Comitato centrale che, caso raro, lo sottopone al voto popolare che ne avalla la decisione. Nel 1982, alla scadenza del nostro Comitato direttivo, il «Segretariato centrale permanente» diventa realtà. Quale primo segretario centrale viene nominato Peter A. Sigron.

Durante il suo mandato presidenziale, quali sono state le principali rivendicazioni sindacali?

Il «Vorort» poco poteva influire sulle decisioni fuori dal suo Cantone di appartenenza. Ogni singola sezione, specie nelle questioni sindacali, non aveva molto credito.

Qual era l'intensità degli scambi fra la Federazione e le altre organizzazioni sindacali svizzere ed estere?

Alle nostre assemblee annuali venivano invitati i rappresentanti della varie associazioni estere, più per simpatia che per altro. L'adesione all'UISP (Unione internazionale sindacati di polizia) era simbolica e la si considerava come «osservatore». In seno al «Vorort» esistevano, e sono esistite ancora per lungo tempo, varie divergenze perché consideravano l'UISP un'organizzazione sindacale di sinistra e quindi non adatta alla nostra mentalità. Le discussioni in merito sono state variate e difficili. Alla fine, mi ha fatto piacere, nel 2001, poter leggere la nostra adesione completa a questa UISP.

Il lavoro della polizia è in costante trasformazione e deve sovente adattarsi rapidamente a situazioni nuove. Qual è il suo punto di vista rispetto alla formazione nonché alla formazione continua della polizia durante la sua carriera, in particolare nel periodo del suo mandato presidenziale?

La professione del poliziotto è una bella professione. Non sempre tutto va per il liscio. A volte ti richiede improvvise decisioni molto importanti nello spazio di pochi minuti. Per questa ragione occorre accettarla con molto senso di responsabilità. La formazione è importantissima e migliorata in ogni momento; la preparazione psicologica non va mai dimenticata e migliorata. Corsi in questa direzione vanno sempre aggiornati ed intensificati.

Le donne avevano già fatto il loro ingresso nei servizi di polizia? Qual è la sua opinione sul lavoro delle donne nella polizia? Questo argomento ha preoccupato molto la Federazione?

Nel 1945 le donne non erano accettate. Al massimo potevano essere impiegate quali segretarie con mansioni civili ma mai come agenti di polizia. A poco a poco anche il gentil sesso ha potuto essere ammesso, con molta diffidenza da parte dei colleghi maschi, che, alla fine, l'hanno digerita. Personalmente vedevo con piacere la loro assunzione a pieno titolo; non mi piace che ancor'oggi esista a parte un'associazione solo per donne poliziotto. L'unione fa la forza. Durante la mia presidenza se ne è parlato poco e con molto distacco.

Durante il suo mandato come presidente della FSFP, in quale modo lei ha percepito la collaborazione con la Confederazione e le autorità? La Federazione era considerata un interlocutore per quanto riguarda i problemi specifici della polizia?

Durante il periodo della mia presidenza i maggiori contatti si avevano con la Scuola svizzera di polizia di Neuchâtel. L'approccio era appena cominciato ed in un certo senso migliorava con il passare del tempo. Cominciata con poco interesse da parte delle Autorità, l'accettazione della nostra associazione, è migliorata con il passare del tempo; ma il segretariato centrale permanente ha più tempo per farsi conoscere.

Già da un po' di tempo, le relazioni tra esercito e polizia costituiscono un argomento di discussione molto sentito: all'epoca del suo mandato come erano queste relazioni? Esistevano occasioni o manifestazioni nelle quali l'esercito si impegnava a livello di autorità di polizia? I limiti di competenza fra polizia ed esercito erano chiaramente definiti? Oppure a volte era difficile tradurli in pratica?

La mia provenienza nella polizia cantonale da quella militare mi ha permesso di conoscere a fondo le due mansioni e di apprezzarle. D'altra parte sono contrario dare all'esercito mansioni di polizia perché il buon poliziotto lo si ottiene solo dopo anni di esperienze che il soldato non può avere.

Durante la sua presidenza, qual è stato l'avvenimento che l'ha toccata di più? Un successo oppure un fallimento?

Una delle esperienze più toccanti è stata la mia partecipazione a comandare la sezione ticinese al servizio d'ordine contro gli impianti nucleari di Goesgen. Era la prima volta che il Ticino partecipava ad una missione del genere fuori Cantone. È stata positiva sotto tutti gli aspetti, soprattutto per conoscere il modo di agire dei colleghi di altri Cantoni e sviluppare contatti personali.

Può citare dei fatti che, sul piano politico ma anche su quello sociale, abbiano influenzato direttamente la FSFP e il lavoro della polizia?

Poco da dire su questo soggetto.

Dopo aver lasciato la presidenza, quali sono stati i suoi interessi per quanto riguarda la Federazione? Segue ancora oggi i lavori della FSFP? Ha mantenuto i contatti con membri della Federazione?

Ci dia per favore un giudizio sullo sviluppo della FSFP: tende al positivo o al negativo?

Dopo la presidenza federale la mia partecipazione mi ha sempre coinvolto sino ed ancora dopo il pensionamento, proporzionalmente alle mie possibilità.

Ci permetta di chiederle di fare un breve bilancio della sua presidenza.

La mia appartenenza alla FSFP è stata positiva, ne ho seguito i progressi che, in verità sono stati molti.

...lui non ha gradito tutto questo e mi ha definito un social-rivoluzionario

Intervista a Ernst Berger

In quale anno ha fatto il suo ingresso nella polizia? Qual è stata la motivazione che l'ha spinto ad abbracciare questa professione? Qual era la sua funzione?

Sono entrato a far parte della polizia cantonale di Basilea Città nel 1957 all'età di 24 anni, come cittadino di Wattenwil BE a nome Ernst Berger-Guggisberg (nato il 26.02.1933 a Teterow (Mecklenburgo DE), dopo aver terminato gli studi presso la scuola reclute di polizia di Basilea.

All'inizio della scuola reclute sono stato nominato capoclasse dal Comandante D' Otto Altenbach, essendo il primo nome in ordine alfabetico partendo da sinistra.

Ho deciso di intraprendere la professione di poliziotto perché ho vissuto da giovane, sulla mia pelle, la Seconda Guerra mondiale e quest'esperienza mi ha portato a sviluppare uno spiccato senso della disciplina e della giustizia.



*Ernst Berger,
Sezione Basilea Città,
presidente federativo
1982–1988*

In precedenza ero dipendente delle allora PTT del Canton Soletta (ero quindi un dipendente federale), dove ho conosciuto anche mia moglie Trudy Guggisberg.

In seno alla polizia ho intrapreso un percorso segnato da varie tappe (da poliziotto ad appuntato, caporale, sergente); su richiesta del Comandante D' Markus Mohler, ho sviluppato e guidato dal 1980 al 1988, in qualità di Commissario, il servizio di picchetto ed in seguito, fino al 1993, sono stato a capo dell'ispettorato in qualità di Tenente Colonnello.

Quando è diventato membro della FSFP?

Al momento di entrare a far parte della polizia cantonale di Basilea Città, ho aderito anche alla FSFP (sezione Basilea Città).

Quando ha avuto inizio il suo impegno a favore della Federazione, in seno alla sua sezione? Lei ricorda un avvenimento concreto che l'abbia spinto ad impegnarsi nella difesa della sua professione, oppure quali ne siano state le ragioni? Può tratteggiare brevemente la sua carriera nell'ambito della FSFP?

Nel 1969 sono stato eletto primo Vicepresidente (amministratore) della sezione Basilea Città, mentre il D' iur. Peter Meyer è stato eletto Presidente (in seguito sarebbe diventato il nostro consulente legale centrale). Io sono subentrato al posto di Charles Bula, che dal 1966 al 1970 ha ricoperto la carica di Presidente centrale della FSFP. In seguito sono stato eletto membro del Comitato centrale della FSFP.

Nel 1972 sono subentrato al D' Peter Meyer alla presidenza della sezione Basilea Città, incarico che ho concluso nel 1982 dopo 13 anni alla guida della sezione.

Come era composta la sua equipe sindacale durante la sua presidenza FSFP?

Durante il mio mandato presidenziale della FSFP dal 1982 al 1988, i miei migliori alleati erano: D' iur. Peter Meyer (consulente legale), Peter A. Sigron (fondatore del Segretariato centrale), Jean-Pierre Monti (Segretario centrale), Jean-Pierre Hegel, Losanna, Daniel Stuby, Ginevra, ed Heiri Häfeli, Sciaffusa. All'epoca formavamo la Giunta direttiva della FSFP.

Durante i primi decenni della storia della Federazione, il lavoro era basato sul principio del «Vorort» (rotazione dopo quattro anni). Ai suoi occhi, questo principio era favorevole o sfavorevole rispetto all'esercizio della funzione di presidente? Qual è la sua posizione?

Il principio della rotazione cantonale utilizzato in passato era assolutamente appropriato per la struttura federativa di allora, anche se richiedeva che la sede della Federazione venisse trasferita ogni 4 anni. Con la creazione del Segretariato centrale, la situazione si è evoluta in positivo. La sede amministrativo-organizzativa vera e propria si trova nella Svizzera centrale, a Lucerna, e la direzione sindacale della Federazione è affidata all'Ufficio esecutivo (in precedenza Giunta direttiva). I cosiddetti «problemi di spostamento» durante il periodo del principio della rotazione cantonale sono quindi completamente superati.

Durante il suo mandato presidenziale, quali sono state le principali rivendicazioni sindacali?

I sei anni del mio mandato come Presidente centrale sono stati contrassegnati da tematiche sociali e sindacali che io avevo già sollevato all'interno del Comitato centrale (Commissione Berger). Alcune di esse riguardavano: uno statuto professionale indicante delle linee guida di formazione ed armamento comuni, ed un'uniformazione con emblema cantonale

come simbolo distintivo. L'orario di lavoro e le questioni relative al personale e allo stipendio, nonché un'età di pensionamento uniformata (il Colonnello Ernest Schmid, Comandante in capo Vallese, non gradiva le mie idee e mi definì un social-rivoluzionario. La Consigliera federale Elisabeth Kopp riteneva tutto questo sensato, ma mi fece capire che nemmeno il Presidente centrale della FSFP avrebbe potuto scalfire la mentalità cantonale). In qualità di membro del CC, già l'8 marzo 1977 avevo avuto un colloquio con il Segretario generale del DFGP, il D' Riesen, a Basilea, durante il quale avevamo discusso, fra le altre cose, dello statuto di polizia. Il D' Riesen ritenne che le nostre proposte fossero realistiche e ci offrì il suo aiuto.

Durante la mia attività all'interno della FSFP, le cose si sono sviluppate in modo molto diverso da un «sonno letargico».

Qual era l'intensità degli scambi fra la Federazione e le altre organizzazioni sindacali svizzere ed estere?

Sul piano sindacale, lavoravamo già da tempo secondo l'ideologia della FSFP. I nostri 26 Cantoni sono sovrani e, allora come oggi, detengono la sovranità in materia di polizia. Ergo, compito principale delle relative sezioni è di affrontare i problemi socio-economici da un punto di vista strategico della Federazione nell'ottica delle possibilità socio-giuridiche. Avevamo a questo riguardo preso contatti con l'USS. Mi sono presto reso conto, tuttavia, che eravamo per così dire l'ultima ruota del carro e che, per noi, le spese sarebbero state troppo elevate e le prospettive di successo troppo scarse.

A Basilea, nel 1969 avevo instaurato degli intensi contatti transnazionali con il sindacato tedesco della polizia GdP.

Il lavoro della polizia è in costante trasformazione e deve sovente adattarsi rapidamente a situazioni nuove. Qual è il suo punto di vista rispetto alla formazione nonché alla formazione continua della polizia durante la sua carriera, in particolare nel periodo del suo mandato presidenziale?

Di questo tema avevamo già discusso durante il mio mandato come membro del CC all'interno della «Commissione Berger». In seguito, durante il mio mandato di Presidente centrale, a fronte del costante aumento del profilo di requisiti relativo alla professione di poliziotto, avevo fatto presente il problema anche alla Consigliera federale Kopp.

I nostri obiettivi di allora, relativi alla formazione e al perfezionamento, sono stati oggi parzialmente superati grazie alle istituzioni intercantonali e regionali.

Ad esempio, in futuro gli aspiranti poliziotti verranno formati a Hitzkirch e non più a Basilea. Lentamente, sia la direzione della polizia sia i politici responsabili si stanno rendendo conto che i requisiti richiesti nell'ambito dell'attività di polizia sono significativamente aumentati, senza essere stati accompagnati alla base da un adeguamento del personale.

Le donne avevano già fatto il loro ingresso nei servizi di polizia? Qual è la sua opinione sul lavoro delle donne nella polizia? Questo argomento ha preoccupato molto la Federazione?

Nel 1981, nel corpo di polizia di Basilea sono state ammesse le prime cinque poliziotte. All'inizio c'era scetticismo, ma presto ci si è resi conto che, nell'ambito di una concezione del mondo in mutamento, la donna doveva avere il proprio posto anche nella polizia!

Durante il suo mandato come presidente della FSFP, in quale modo lei ha percepito la collaborazione con la Confederazione e le autorità? La Federazione era considerata un interlocutore per quanto riguarda i problemi specifici della polizia?

Sono emerse alcune disparità nell'ambito dei rapporti con le Autorità.

Già da un po' di tempo, le relazioni tra esercito e polizia costituiscono un argomento di discussione molto sentito: all'epoca del suo mandato come erano queste relazioni? Esistevano occasioni o manifestazioni nelle quali l'esercito si impegnava a livello di autorità di polizia? I limiti di competenza fra polizia ed esercito erano chiaramente definiti? Oppure a volte era difficile tradurli in pratica?

Durante i 36 anni della mia carriera in polizia e anche nel periodo in cui ho presieduto la FSFP, non si sono verificati episodi negativi con le cariche dell'esercito.

La polizia di Basilea si è sempre occupata di garantire la sicurezza mediante le necessarie osservazioni nell'ambito di tutto ciò che aveva a che fare con la protezione di diplomatici, manifestazioni di fede religiosa o grandi eventi sportivi, impiegando il personale fino al limite delle capacità!

Per il campionato di calcio europeo 2008 sarà tuttavia necessario un «profilo di sicurezza militare» per ridurre il carico di lavoro della polizia, necessità e situazione che conosciamo già dal WEF di Davos.

La necessità di ricorrere sempre più spesso all'impiego di forze esterne alla Polizia per gestire le manifestazioni complesse indebolisce lo statuto professionale del poliziotto in Svizzera, rende insicura la popolazione e, di conseguenza, influisce negativamente sulla fiducia fra «cittadino e polizia»!

Durante la sua presidenza, qual è stato l'avvenimento che l'ha toccata di più? Un successo oppure un fallimento?

Sono stato particolarmente toccato da:

- l'esclusione della sezione della polizia di Coira
- l'obbligo del porto della targhetta con il nome
- le divergenze fra me e il fondatore del Segretariato centrale, Peter A. Sigron, e il suo ritiro relativamente precoce
- il rifiuto dell'adesione alla UISP – che non mi ha di certo fatto piacere

Può citare dei fatti che, sul piano politico ma anche su quello sociale, abbiano influenzato direttamente la FSFP e il lavoro della polizia?

Mi sono sempre impegnato per la nostra categoria professionale sul piano politico e poliziesco nell'ambito di diverse istituzioni.

In generale, personalmente questo mi ha richiesto un grande dispendio di energie. Lascio ad altri il compito di giudicare il «risultato» che ne è scaturito. Mi sono stati affidati dei compiti che, di fatto, hanno richiesto una certa forza d'imposizione. Non sarei mai entrato a far parte della Federazione per essere apprezzato, ma per contribuire a sostenere il livello della nostra professione, per trovare una collocazione accettabile della polizia nella percezione dell'opinione pubblica, nonostante alcuni attriti di natura politica e tecnica con la cosiddetta «Autorità» fossero inevitabili!

Guardando indietro, posso affermare che le mie attività professionali e sindacali nell'ambito della Federazione hanno costituito principalmente un'esperienza di vita piacevole.

Considero la costruzione della casa di vacanza FSFP Muntschi ad Andeer un successo del nostro impegno, e per questo spesso trascorro le mie vacanze ad Andeer con mia moglie. Ricordo con piacere anche la collaborazione con l'azienda «Schill-Druck»! Curo oggi come allora i contatti con la GdP di Lörrach nonché con il sindacalista della polizia francese Jean-Pierre Boeglin.

Con la sezione Basilea Città, nei rapporti con la Presidentessa Andrea Hauri e l'intero Comitato, si è sviluppato uno spiacevole conflitto generazionale; talvolta sono rimasto deluso anche dal comportamento dell'ex membro del CC Daniel Wittlin.

L'ex membro del CC Hans Jutzeler ha rinunciato al riconoscimento d'onore in oro, affermando di non poter più accettare la denominazione di membro onorario in una tale sezione! In realtà, anch'io avrei avuto dei buoni motivi per fare lo stesso!

Il mio pensiero di fondo era, è e rimarrà:

«l'onestà, la fedeltà e l'adempimento del dovere sono il fondamento dello spirito cameratesco di polizia», tuttavia molti non sono chiaramente all'altezza di questo requisito per ragioni caratteriali e hanno trovato, in seno alla giustizia e alla polizia, un ambito di attività sbagliato!

Malgrado la buona volontà: il sistema del Vorort era molto limitato nelle sue possibilità

Intervista a Daniel Stuby

In quale anno ha fatto il suo ingresso nella polizia? Qual è stata la motivazione che l'ha spinto ad abbracciare questa professione? Qual era la sua funzione?

Nel 1964, su consiglio di mio fratello, gendarme, mi sono iscritto alla scuola di formazione della Polizia di sicurezza.

Quando è diventato membro della FSFP?

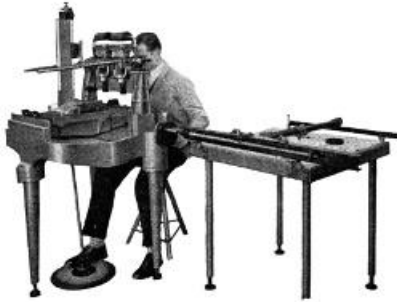
All'inizio del 1965 come tutti i miei colleghi.

Quando ha avuto inizio il suo impegno a favore della Federazione, in seno alla sua sezione? Lei ricorda un avvenimento concreto che l'abbia spinto ad impegnarsi nella difesa della sua professione, oppure quali ne siano state le ragioni? Può tratteggiare brevemente la sua carriera nell'ambito della FSFP?

All'inizio degli anni 70, al comitato di sezione, dalla segreteria alla presidenza di sezione, poi al Comitato centrale. Difesa salariale, legge sulla Polizia, ecc. Un caso particolare fu l'affare «Jeanmaire» nel 1976. Un affare che scosse soprattutto il sistema di mobilitazione dell'esercito e in particolare, a livello di polizia, la raccolta di dati segnaletici «Zeller». All'epoca facevo parte del gruppo di intervento.



*Daniel Stuby,
Sezione Ginevra
Giudiziaria, presi-
dente federativo
1988–1994*



WILD
HEERBRUGG

**Photogrammetrische Instrumente
für Tatbestandsaufnahmen**

Autograph Wild A4 (Bild oben) zur Auswertung der Aufnahmen mit hoher Präzision

Stereometerkammer Wild C12 (Basis 120 cm) für rasche und zuverlässige Aufnahme des Tatbestandes

Beide Instrumente werden von der Kantons-polizei St. Gallen für die Tatbestands-aufnahme verwendet

Wild Heerbrugg AG, Heerbrugg
Fabriken für Optik und Feinmechanik
Telephon (071) 7 24 33



**Selbstladepistole
Neuhausen SP 47,8**

für den Polizeidienst besonders geeignet

Hervorragende Präzision, sichere Funktion, rasche Feuerbereitschaft. Die SP 47,8 ist lieferbar in den Kalibern 9 mm und 7,65 mm Parabellum sowie .22 long rifle.



**Schweizerische
Industrie-Gesellschaft
Neuhausen am Rheinfall**

Telephon 0733/ 5 34 32



FLEXARMIT

Regen- und Moto-Mäntel
für Polizei und Privat

Leder-Mäntel, Ziege la

la Loden-Mäntel

Armslulpen aus Flexarmit
oder Scotchfile

Marktstandverdecke
la Segeltuch

Beste Referenzen!



A. STADLER ST. GALLEN

REGENSCHUTZ-KLEIDER UND BLACHEN
St.-Georgen-Strasse 98 Telephon (071) 2310 89

Inserate aus dem Jahre 1957

Annonces de l'année 1957

Inserzioni dell'anno 1957

Come era composta l'équipe sindacale durante la sua presidenza FSFP?

Da un eccellente segretario e membri impegnati e poi il team per la difesa giuridica e le finanze.

- Daniel Stuby presidente
- Heiri Häfeli vicepresidente
- Walter Zraggen membro
- Marc Bieri consigliere giuridico
- Jean-Pierre Monti segretario centrale

Durante i primi decenni della storia della Federazione, il lavoro era basato sul principio del «Vorort» (rotazione dopo quattro anni). Ai suoi occhi, questo principio era favorevole o sfavorevole rispetto all'esercizio della funzione di presidente? Qual è la sua posizione?

Nonostante le migliori intenzioni, il principio del «Vorort» era troppo limitato nelle sue «capacità».

Durante il suo mandato presidenziale, quali sono state le principali rivendicazioni sindacali?

Una migliore rappresentanza rispetto alle istanze del Cdo, nelle regioni e a Berna schede, droga, formazione.

Qual era l'intensità degli scambi fra la Federazione e le altre organizzazioni sindacali svizzere ed estere?

In seguito al rifiuto del 1986 di aderire all'UISP (Unione Internazionale dei Sindacati di Polizia) (e all'ONU), partecipazione ai lavori del CESP (Consiglio Europeo dei Sindacati di Polizia)? Un altro esempio è un partenariato con Travail-Suisse: mi sono sempre opposto a un'adesione, ma sono sempre stato favorevole ad azioni comuni sul piano sociale.

Il lavoro della polizia è in costante trasformazione e deve sovente adattarsi rapidamente a situazioni nuove. Qual è il suo punto di vista rispetto alla formazione nonché alla continua formazione della polizia durante la sua carriera, in particolare nel periodo del suo mandato presidenziale?

Indispensabile per rimanere efficienti nel corso della carriera.

Le donne avevano già fatto il loro ingresso nei servizi di polizia? Qual è la sua opinione sul lavoro delle donne nella polizia? Questo argomento ha preoccupato molto la Federazione?

Le donne hanno acquisito un posto da «osservatori» nell'ambito del Comitato centrale. D'altro canto la loro carriera nella Polizia non supera quasi mai i dieci anni di attività.

Durante il suo mandato come presidente della FSFP, in quale modo lei ha percepito la collaborazione con la Confederazione e le autorità? La Federazione era considerata un interlocutore per quanto riguarda i problemi specifici della polizia?

Decisamente le nostre iniziative hanno portato i loro frutti.

Già da un po' di tempo, le relazioni tra esercito e polizia costituiscono un argomento di discussione molto sentito: all'epoca del suo mandato come erano queste relazioni? Esistevano occasioni o manifestazioni nelle quali l'esercito si impegnava a

livello di autorità di polizia? I limiti di competenza fra polizia ed esercito erano chiaramente definiti? Oppure a volte era difficile tradurli in pratica?

Purtroppo per mancanza di mezzi di polizia, la sicurezza delle grandi conferenze giustificava il sostegno logistico dell'esercito.

Durante la sua presidenza, qual è stato l'avvenimento che l'ha toccata di più? Un successo oppure un fallimento?

L'enorme sciocchezza delle schede e la nostra battaglia contro la droga – né un successo né un fallimento.

All'epoca della questione delle schede facevo parte di un gruppo di epurazione e in seguito di consulenza pubblica e di riorganizzazione. Sul piano della FSFP, la questione delle schede ha dimostrato l'importanza della coesione e della solidarietà rispetto ai membri lasciati soli davanti a questi problemi.

Per quanto riguarda il capitolo dei successi, devo menzionare la riconoscenza professionale a livello federale.

Può citare dei fatti che, sul piano politico ma anche su quello sociale, abbiano influenzato direttamente la FSFP e il lavoro della polizia?

Droga, rifugiati e richiedenti l'asilo.

Dopo aver lasciato la presidenza, quali sono stati i suoi interessi per quanto riguarda la Federazione? Segue ancora oggi i lavori della FSFP? Ha mantenuto i contatti con membri della Federazione?

Con qualche distanza chilometrica.

Ci dia per favore un giudizio sullo sviluppo della FSFP: tende al positivo o al negativo?

Positivo per la concretizzazione dei progetti intrapresi e per il rafforzamento delle strutture e iniziative della Federazione. Le riflessioni impresse dal sapere e dalla conoscenza della professione, accumulati in anni di attività nella polizia, devono, secondo me, occupare un posto più importante a livello di riflessione sulle istanze federative. C'è il rispetto delle persone, dei membri e, in particolare, dei colleghi in pensione.

Ci permetta di chiederle di fare un breve bilancio della sua presidenza.

All'inizio della mia presidenza, per citare un aneddoto, l'obiettivo era di far rientrare «all'ovile», quei membri FSFP «espatriati» alla BCZ! Detto in altro modo: era una banca che deteneva l'archivio di un sindacato... Ma a parte questo, il mio segretario di allora, Jean-Pierre Monti, conosce il bilancio meglio di me e siamo anche sopravvissuti a dei tremendi «brainstorming».

La FSFP è sulla strada giusta. Continuiamo così!

Intervista a Walter Zraggen

In quale anno ha fatto il suo ingresso nella polizia? Qual è stata la motivazione che l'ha spinto ad abbracciare questa professione? Qual era la sua funzione?

Dopo avere concluso l'apprendistato presso la posta, ho svolto questo lavoro a Soletta ed a Basilea fino al 1961. In seguito sono entrato nella polizia cantonale di Uri dove per 11 anni ho ricoperto la carica di caposervizio (capsezione) della polizia stradale di Göschenen. Fin da giovane il mio desiderio era di lavorare in un'azienda di servizi e, in particolare, di svolgere un lavoro che mi permettesse di essere a contatto con le persone.

Durante tutta la mia carriera non mi sono mai pentito della decisione di entrare in polizia. All'inizio, il nostro posto di Altdorf non disponeva di una polizia criminale propria; pertanto, tutti dovevano occuparsi di tutto, dall'incidente stradale all'omicidio. Per i casi particolarmente difficili veniva richiesto il supporto della polizia di Zurigo, che disponeva di una squadra cinofila. I nostri compiti comprendevano anche l'esecuzione del servizio di trasporto sul passo del Klausen.



*Walter Zraggen,
Sezione Uri Can-
tone, presidente
federativo
1994–1998*

Quando è diventato membro della FSFP?

Nel 1962, dopo la scuola reclute di polizia.

Quando ha avuto inizio il suo impegno a favore della Federazione, in seno alla sua sezione? Lei ricorda un avvenimento concreto che l'abbia spinto ad impegnarsi nella difesa della sua professione, oppure quali ne siano state le ragioni? Può tratteggiare brevemente la sua carriera nell'ambito della FSFP?

1971–1982	Cassiere della Cassa malattia (sezione propria) presso la FSFP sezione Uri
1984–1988	Membro del CC della FSFP
1988–1992	Membro dell'Ufficio esecutivo FSFP
1992–1994	Vicepresidente della FSFP
1994–1998	Presidente della FSFP

Nel 1961, il corpo della polizia cantonale di Uri contava in totale 26 uomini. In vista dell'apertura dell'autostrada A2/A4 con i due tunnel Gottardo e Seelisberg, la polizia cantonale doveva essere portata a più di 100 uomini. Ci furono pertanto molti problemi da risolvere a livello del personale, ed io ho iniziato a occuparmi di questa questione a partire degli anni 60. Era stata quindi ovvia la mia elezione nel Comitato della sezione Uri della FSFP. D'altro canto, facevo parte ormai da anni di un gruppo di lavoro del comando della polizia che doveva risolvere il problema relativo alla polizia stradale. I rappresentanti della polizia erano, inoltre, membri della confederazione degli Stati. Svolgendo un'attività che li impegnava 24 ore su 24, all'interno di questa associazione essi rappresentavano un'unità speciale. Le richieste dovevano essere discusse direttamente con il Consiglio di Stato. Era

importante distinguersi dalle altre categorie professionali affermandosi come professione speciale. C'erano sempre dei problemi riguardo allo stipendio ed alle ore lavorative: ogni agente di polizia lavorava più delle 48 ore stabilite per legge. Tuttavia, poiché la nostra professione era classificata per legge come lavoro straordinario, le ore in eccedenza non venivano retribuite. Con l'aiuto della FSFP, è stato possibile elaborare un regolamento che prevedeva la compensazione di tutte le ore di lavoro in eccedenza rispetto alle 52 ore prestabilite o la loro compensazione a una tariffa di Fr. 4.–/ora. Per il servizio domenicale o notturno veniva riconosciuta una maggiorazione di Fr. 2.–/ora.

Come era composta la sua équipe sindacale durante la sua presidenza FSFP?

- Heiri Hüsler, polizia comunale Lucerna: vicepresidente
- Helmut Schmid, polizia federale: membro
- Jean-Pierre Monti: segretario generale
- Marc Bieri: consulente legale

Durante i primi decenni della storia della Federazione, il lavoro era basato sul principio del «Vorort» (rotazione dopo quattro anni). Ai suoi occhi, questo principio era favorevole o sfavorevole rispetto all'esercizio della funzione di presidente? Qual è la sua posizione?

Ricordo ancora l'ultima «rotazione cantonale». Si trattava della polizia cantonale del Ticino. Da un punto di vista finanziario, all'epoca c'erano certamente dei problemi. Oggi questo sistema sarebbe impensabile.

Durante il suo mandato presidenziale, quali sono state le principali rivendicazioni sindacali?

- Statuto professionale
- L'adesione alla UISP (EuroCOP) è stata portata a termine
- Carezza di personale
- I contatti con la Conferenza dei comandanti delle polizie cantonali sono stati migliorati
- I contatti con i vari uffici federali sono stati costantemente curati
- Contatti con le singole sezioni
- Elaborazione di nuovi statuti federali e regolamenti

Qual era l'intensità degli scambi fra la Federazione e le altre organizzazioni sindacali svizzere ed estere?

- Conferenza di Ebenrain
- Contatti con i sindacati della polizia in Germania
- Contatti con EuroCOP

Il lavoro della polizia è in costante trasformazione e deve sovente adattarsi rapidamente a situazioni nuove. Qual è il suo punto di vista rispetto alla formazione nonché alla formazione continua della polizia durante la sua carriera, in particolare nel periodo del suo mandato presidenziale?

L'Istituto svizzero di polizia ISP di Neuchâtel offre molti corsi di ottimo livello. Con l'aggiunta delle scuole di polizia regionali, la formazione è divenuta ancora più valida. Personalmente, durante la mia carriera, ho potuto frequentare numerosi corsi presso l'ISP ed ho lavorato in un gruppo di formazione.

All'interno del corpo di polizia, al perfezionamento è sempre stata attribuita una grande importanza, anche per quanto riguarda l'allenamento fisico e le esercitazioni di tiro. L'armamento non è un accessorio: l'arma di servizio è uno strumento di lavoro per l'applicazione delle leggi.

Le donne avevano già fatto il loro ingresso nei servizi di polizia? Qual è la sua opinione sul lavoro delle donne nella polizia? Questo argomento ha preoccupato molto la Federazione?

Sì, nel 1980 nel nostro corpo di polizia lavorava la prima donna in uniforme e le esperienze fatte insieme sono state ottime. Durante il mio mandato presidenziale, Gisela Maler è stata la prima donna ad essere eletta nel Comitato centrale.

Durante il suo mandato come presidente della FSFP, in quale modo lei ha percepito la collaborazione con la Confederazione e le autorità? La Federazione era considerata un interlocutore per quanto riguarda i problemi specifici della polizia?

La collaborazione con la Confederazione e le autorità ha registrato un significativo miglioramento durante la mia presidenza. Dopo che la Federazione ha iniziato a farsi conoscere di più sulla stampa, alla radio, ecc., abbiamo iniziato ad essere percepiti come un valido partner di riferimento. Abbiamo anche ottenuto di essere coinvolti nelle procedure di consultazione, cosa che prima non accadeva.

Già da un po' di tempo, le relazioni tra esercito e polizia costituiscono un argomento di discussione molto sentito: all'epoca del suo mandato come erano queste relazioni? Esistevano occasioni o manifestazioni nelle quali l'esercito si impegnava a livello di autorità di polizia? I limiti di competenza fra polizia ed esercito erano chiaramente definiti? Oppure a volte era difficile tradurli in pratica?

La definizione dei compiti di polizia ed esercito era all'epoca ancora abbastanza chiara, e l'esercito non era ancora soggetto all'attuale riduzione degli effettivi. Oggi la situazione è molto cambiata. La riduzione del personale determina un progressivo restringimento del campo di attività dell'esercito e, per questo, esso sta cercando sempre più di assumere compiti ed attività di polizia. Durante la mia presidenza abbiamo avuto svariati problemi con le organizzazioni di sicurezza private, poiché spesso i Comuni facevano ricorso a questi servizi per meri motivi finanziari.

Durante la sua presidenza, qual è stato l'avvenimento che l'ha toccata di più? Un successo oppure un fallimento?

Un successo è stata l'adesione alla UISP (EuroCOP), poiché in precedenza, in occasione della votazione generale per corrispondenza, la proposta era stata respinta. Abbiamo inoltre compiuto ottimi progressi sul fronte dello statuto professionale, anche se con una certa lentezza, ma alla fine lo scopo è stato raggiunto ed questo è ciò che conta.

Positiva è stata anche l'accettazione dei nuovi statuti e regolamenti da parte dell'AD, elaborati da un nostro gruppo di lavoro interno.

Può citare dei fatti che, sul piano politico ma anche su quello sociale, abbiano influenzato direttamente la FSFP e il lavoro della polizia?

Ho constatato che la nostra Federazione viene percepita a tutti i livelli politici come l'unica organizzazione di lavoratori con una connotazione positiva. L'immagine della polizia nel suo

complesso è migliorata, e con l'istituzione del forum «Sicurezza interna», la FSFP ha aperto un'altra via di accesso per i nostri membri, oltre all'Assemblea dei delegati.

Dopo aver lasciato la presidenza, quali sono stati i suoi interessi per quanto riguarda la Federazione? Segue ancora oggi i lavori della FSFP? Ha mantenuto i contatti con membri della Federazione?

Ci dia per favore un giudizio sullo sviluppo della FSFP: tende al positivo o al negativo?

Ho continuato a seguire con grande interesse l'attività della FSFP sia attraverso il giornale federativo «Police», sia attraverso la stampa generale, la TV, la radio, ecc. Ho inoltre assidui contatti con i membri della Federazione.

La FSFP è sulla strada giusta. Deve solo continuare così.

Ci permetta di chiederle di fare un breve bilancio della sua presidenza.

È stato un periodo interessante e istruttivo. L'intero lavoro svolto è stato per me fonte di gioia e soddisfazione. Colgo quindi l'occasione per invitare i giovani con le capacità giuste a farsi avanti per dare il proprio contributo all'attività sociale dei funzionari di polizia. La FSFP è l'organizzazione giusta per farlo.

Quanto più aumenta l'impegno personale, tanto più grande diventa anche l'interesse

Intervista a Helmut Schmid

In quale anno ha fatto il suo ingresso nella polizia? Qual è stata la motivazione che l'ha spinto ad abbracciare questa professione? Qual era la sua funzione?

Sono entrato nella Polizia cantonale del Vallese nel gennaio 1965 in qualità di aspirante, e nominato agente di polizia nel dicembre dello stesso anno. Dal 1970 Polizia di sicurezza in qualità di ispettore, e dal 1° maggio 1973 ispettore della Polizia federale a Berna, poi commissario a partire dal 1977.

Motivazioni:

Dopo aver lavorato per sette anni nel settore edile (elettricista montatore), ho sentito il desiderio di entrare nella pubblica amministrazione. Se la scelta è caduta sulla Polizia lo devo al tipo di reclutamento adottato dal Capo della Polizia di sicurezza vallesana di allora, il commissario Ernest Udriot. Il mio desiderio di entrare nei ranghi della polizia criminale ha potuto avverarsi grazie alla comprensione ed alle promesse, mantenute, del commissario di allora.

Importanti funzioni successive presso la Confederazione:

- Commissario responsabile di un settore del controspionaggio
- Capo dell'istruzione alla Polizia federale e responsabile dei corsi all'ISP (Istituto svizzero di polizia) nei settori della protezione dello Stato (estremismo – lotta contro il terrorismo – controspionaggio)

- Membro dell'EM di direzione dell'UFP (Ufficio federale di polizia), responsabile dell'organizzazione e dello svolgimento dei corsi per i candidati della nuova polizia giudiziaria
- Coordinatore e responsabile del gruppo di lavoro per la redazione delle direttive dell'UFP.

Quando è diventato membro della FSFP?

Il mio ingresso nella FSFP risale al 01.07.1965, ovvero ancora prima del giuramento ufficiale!

Quando ha avuto inizio il suo impegno a favore della Federazione, in seno alla sua sezione? Lei ricorda un avvenimento concreto che l'abbia spinto ad impegnarsi nella difesa della sua professione, oppure quali ne siano state le ragioni? Può tratteggiare brevemente la sua carriera nell'ambito della FSFP?

Dobbiamo risalire agli anni 80, epoca del mio ingresso nel comitato della sezione, ed in seguito quale presidente di quest'ultima. Nel 1994 sono entrato a far parte del Comitato centrale della FSFP, poi all'Ufficio esecutivo nel 1996 e come presidente due anni dopo.

Motivazione:

Dopo aver potuto beneficiare dei consigli dei miei colleghi più anziani della Polizia federale, il tempo era venuto perché anch'io perpetuassi la tradizione offrendo alle nuove leve le esperienze acquisite. Tutto era nuovo e sono stati fatti molti salti nel buio. Gli interessi che difendevamo allora erano legati a questioni di nomine, salari, organizzazione se non addirittura di ripartizione del lavoro. La questione delle indennità era regolarmente rimessa in discussione e certi diritti acquisiti erano duri da difendere in un'organizzazione (MPC – Ministero pubblico della Confederazione) il cui il personale di polizia non costituiva una maggioranza.

Come era composta la sua équipe sindacale durante la sua presidenza FSFP?

Equipe sindacale durante la mia presidenza:

- Heiri Hüsler, vice-presidente
- Heinz Buttauer (vicepresidente succeduto a Heiri Hüsler)
- Josef Dittli
- Gérard Morisod, poi Max Hofmann
- Jean-Pierre Monti, segretario generale
- Hugo Herzog, consigliere finanziario
- Marc Bieri, consigliere giuridico

Durante i primi decenni della storia della Federazione, il lavoro era basato sul principio del «Vorort» (rotazione dopo quattro anni). Ai suoi occhi, questo principio era favorevole o sfavorevole rispetto all'esercizio della funzione di presidente? Qual è la sua posizione?

Non mi sono mai direttamente confrontato con il principio del «Vorort» negli anni della mia presenza nel CC (Comitato centrale) e all'UE. Non avrebbe costituito un vantaggio. I presi-



*Helmut Schmid,
Sezione Polizia
federale, presi-
dente federativo
1998–2004*

denti precedenti avevano certamente delle questioni da far valere, soprattutto quando l'attività dell'organismo centrale era concentrata sotto la presidenza della FSFP. Oggi e dopo oltre 15 anni, le sezioni che compongono la nostra Federazione si sono guadagnate maggiore autonomia e l'UE svolge essenzialmente funzioni di ordinaria importanza e non più quelle tipiche di un direttorio come avveniva in base al principio del Vorort. Direi che la situazione attuale (sede centrale a Lucerna) è più adatta alle esigenze della FSFP e della sua organizzazione.

Durante il suo mandato presidenziale, quali sono state le principali rivendicazioni sindacali?

Principali rivendicazioni sindacali:

- Penuria di personale di polizia in Svizzera
- Difficoltà di reclutamento
- Salari, quindi armonizzazione di questi ultimi in seno ai vari corpi
- Reclutamento e riconoscimento professionale
- Formazione di base e continua
- Arruolamento nelle forze di polizia
- Attacchi dall'esterno ai compiti di sicurezza interna

Qual era l'intensità degli scambi fra la Federazione e le altre organizzazioni sindacali svizzere ed estere?

Questi scambi sono direttamente proporzionali al nostro impegno e alla nostra partecipazione alle questioni della polizia. Più ci si fa coinvolgere, più l'interesse cresce nei nostri stessi ranghi e in quelli dei nostri partner anche all'estero. Il nostro ingresso nel sindacato EuroCOP è significativo. Non appena vi abbiamo aderito, ci è stata affidata l'organizzazione del primo congresso con questa nuova denominazione. La cosa più difficile è mantenere la rotta e dare prova di elasticità e immaginazione per integrarsi ancor meglio e accettare ogni nuova forma di partenariato. Sono queste le esigenze predominanti per quanto riguarda l'intensità degli scambi con i partner della professione e delle organizzazioni sindacali, senza distinzione per quanto riguarda la loro appartenenza politica o la loro nazionalità.

Il lavoro della polizia è in costante trasformazione e deve sovente adattarsi rapidamente a situazioni nuove. Qual è il suo punto di vista rispetto alla formazione nonché alla formazione continua della polizia durante la sua carriera, in particolare nel periodo del suo mandato presidenziale?

Non invento niente dichiarando che l'esistenza stessa di una polizia è direttamente collegata alla qualità e alla serietà della formazione e della formazione continua. Verrà il giorno in cui delle organizzazioni private si profileranno ancora di più per riprendere la fiaccola della sicurezza in condizioni molto più interessanti sotto l'aspetto pecuniario. Tutte le organizzazioni private approfittano infatti di quanto viene fatto nella formazione dell'agente di polizia. Tutto è ufficiale ed i programmi di formazione, a quel tempo segreti, sono oggi alla portata di tutti. Renderli più efficaci e più adatti alle esigenze attuali non costituisce una difficoltà troppo grande.

Dovremo dunque proteggere con un marchio i programmi di formazione? È un'idea da sviluppare. Molto lavoro per chi vorrà far figurare, in caso di infrazione riconosciuta, questa nuova forma di reato in una procedura penale.

Le donne avevano già fatto il loro ingresso nei servizi di polizia? Qual è la sua opinione sul lavoro delle donne nella polizia? Questo argomento ha preoccupato molto la Federazione?

Negli anni sessanta, furono reclutate delle donne in seno ai corpi di polizia per dei compiti specifici di sorveglianza della circolazione stradale, partecipazione ai processi criminali che coinvolgevano minori, mansioni amministrative e di formazione, principalmente circa l'utilizzo di materiale d'ufficio. Con gli anni le donne hanno, a giusto titolo, rivendicato il diritto di accedere alle stesse mansioni dei loro colleghi maschi. Purtroppo l'adeguamento dei salari era difficile da ottenere! La FSFP non si è confrontata sin dall'inizio con questa problematica per via dell'impegno molto «riservato» da parte delle donne. Attualmente le nostre colleghe sono organizzate a livello nazionale in un'associazione attiva e riconosciuta. Il mio desiderio di vederle raggiungere i ranghi della FSFP a pari titolo dei colleghi maschi non si è purtroppo realizzato. Dovremmo tuttavia cancellare tutte le differenze dovute al sesso e formare un'unica federazione, donne e uomini insieme. I nostri interessi e le nostre rivendicazioni sono essenzialmente gli stessi.

Durante il suo mandato come presidente della FSFP, in quale modo lei ha percepito la collaborazione con la Confederazione e le autorità? La Federazione era considerata un interlocutore per quanto riguarda i problemi specifici della polizia?

Il mio punto di vista a questo proposito è simile a quello di altri colleghi incontrati durante la mia attività in un servizio di polizia della Federazione. L'approccio è stato più facile in molte questioni spinose riguardanti la formazione, il riconoscimento e la difesa della funzione. Essere vicino alle autorità federali ha costituito un vantaggio non indifferente per quanto riguarda, per esempio, il riconoscimento professionale della poliziotta e del poliziotto. Conoscere personalmente i responsabili incaricati di deliberare sul mestiere della polizia permette di trattare i problemi più rapidamente e in un clima di cordialità. Nella misura in cui la FSFP si impegna e si fa conoscere da partner a qualsiasi livello, essa entra in un processo di dialogo e può pertanto tendere a qualsiasi partecipazione. Lo sforzo del primo contatto deve essere consentito a rappresentanti dei nostri ranghi.

Già da un po' di tempo, le relazioni tra esercito e polizia costituiscono un argomento di discussione molto sentito: all'epoca del suo mandato come erano queste relazioni? Esistevano occasioni o manifestazioni nelle quali l'esercito si impegnava a livello di autorità di polizia? I limiti di competenza fra polizia ed esercito erano chiaramente definiti? Oppure a volte era difficile tradurli in pratica?

Se c'è un argomento sul quale mi sono dilungato con e, a volte, senza sollecitudine è esattamente quello del nostro esercito senza occupazioni. Ci sono state legioni di reazioni alle mie proposte, ma solo coloro che si sono degnati di contattarmi personalmente hanno potuto conoscere appieno il mio pensiero. Che è lo stesso anche oggi. Se all'epoca gloriosa del SSA (Servizio di sicurezza dell'esercito), membri privilegiati dei corpi di polizia, e io stesso ne facevo parte, si riunivano ogni due anni allo scopo di prendere coscienza della molteplicità dei gadget presenti sul mercato in materia di nuove tecnologie e di impiegarle nelle esercitazioni, buoni o cattivi simulacri della realtà, e provavano un piacere reale nel ritrovarsi e ad eseguire degli ordini, questo era unicamente allo scopo di addestrarsi in previsione di un'ipotetica situazione di conflitto. L'idea di sostituirci in forza alla sicurezza interna non ci sfiorava neppure. L'ingerenza nelle questioni dei responsabili della sicurezza era insignificante. Oggi la minaccia non si circoscrive più a colpi di cannone e la guerra classica

fra nazioni, non ha più, o quasi, luogo. Ma i mezzi a disposizione sono rimasti pressoché identici. Un riequilibrio dei budget in materia di sicurezza sarebbe una soluzione. Resta da trovare un Winkelried in Parlamento che voglia lanciare la pietra nello stagno e proporre le modifiche costituzionali. I mezzi messi a disposizione del nostro esercito sono inadeguati rispetto alla situazione politica e alle cosiddette esigenze. Quelli di cui dispongono i professionisti della sicurezza interna sono nettamente insufficienti. Cito come prova i molteplici interventi della FSFP presso i Governi cantonali e gli incessanti appelli delle conferenze dei comandanti delle polizie cantonali e municipali sulla spaventosa mancanza di effettivi. All'inizio della mia carica nella FSFP, la sotto-dotazione era nell'ordine di 1000–1200 unità. Oggi si dovrebbe disporre di 2000 unità in più per poter svolgere adeguatamente i compiti di sovranità della polizia. A quando le 3000 unità! Le competenze variano in base alle circostanze con il conseguente pericolo di non «riadattarsi» al termine di una situazione che necessita di una coesistenza temporanea.

Durante la sua presidenza, qual è stato l'avenimento che l'ha toccata di più? Un successo oppure un fallimento?

L'evento che mi ha toccato di più nel corso della mia presidenza è stato indubbiamente la firma da parte del CF Joseph Deiss, il 7 maggio 2003, del regolamento d'esame che sanciva in maniera ufficiale il riconoscimento del mestiere di poliziotto/poliziotto o con un diploma federale di capacità. È stato molto più tardi che ho veramente preso atto dell'importanza di ciò che era stato realizzato grazie alla perseveranza di una commissione paritaria che non ha mai cessato di occuparsi della questione. Dobbiamo essere profondamente grati ai miei predecessori! Pensate che sono dei poliziotti che si sono adoperati perché tutto ciò si potesse realizzare per il bene di tutte le poliziotte e i poliziotti svizzeri.

Quanto agli insuccessi, non esistono in un'organizzazione rispettosa delle regole e dei principi che essa stessa promulga. Tutt'al più, si può parlare di delusione a livello di Comitato esecutivo o di presidente, quando, dopo aver sviluppato, presentato e discusso un'idea, questa non viene accettata. L'ammonimento è quindi immediato tramite il verdetto di un CC, di un comitato di sezione, di un'assemblea generale oppure di un consiglio. Il fatto di accettare questa decisione evita gli effetti negativi di un insuccesso e la delusione che permane, deve diventare un motivo in più per riaprire una pratica, istruirla ex novo tenendo conto delle decisioni prese e in funzione dei nuovi elementi.

Può citare dei fatti che, sul piano politico ma anche su quello sociale, abbiano influenzato direttamente la FSFP e il lavoro della polizia?

In linea di massima questa domanda può diventare un'affermazione tanto le decisioni politiche influenzano le attività della polizia e della FSFP e quanto, viceversa, il lavoro della polizia e quello della sua organizzazione sindacale provocano delle reazioni nella sfera politica. Così un incidente stradale e il rapporto che ne consegue, possono generare un dibattito a livello politico, per correggere, ad esempio, una carenza in materia di sicurezza in un tunnel. D'altro canto, l'attività politica della commissione parlamentare incaricata di studiare le modifiche nella redazione di una nuova legge sulla procedura penale provocherà le reazioni della polizia.

I fatti che mi tornano più spesso alla memoria:

- Privatizzazione della sicurezza in quanto mansione di sovranità
- Trasferimento della sicurezza civile agli organi militari
- Riforme sulla polizia (numerosi esempi nel solo canton Vaud)

- Polizia unica
- Polizia di prossimità
- Legge sulla procedura penale unificata
- Arruolamenti all'estero

Dopo aver lasciato la presidenza, quali sono stati i suoi interessi per quanto riguarda la Federazione? Segue ancora oggi i lavori della FSFP? Ha mantenuto i contatti con membri della Federazione?

Ci dia per favore un giudizio sullo sviluppo della FSFP: tende al positivo o al negativo?

Dopo una grande «bolla d'aria» all'inizio del pensionamento, è rinato in me l'interesse per le questioni della polizia. Può anche essere il desiderio di non perdere troppo il filo e di mantenere certi contatti. Anche un collega in pensione incontra qualche difficoltà a restare al top.

Da parte mia, partecipo il più spesso possibile alle riunioni dell'USPRO (Unione Sindacale Polizie Romande), alle uscite della mia sezione e ad altri festeggiamenti come i pranzi di fine anno oppure le conferenze sulla sicurezza interna. È un modo passivo di mostrare interesse, ma che non ci dà altra soddisfazione se non quella di contrassegnare un passaggio. Anche il giornale permette di tenersi al corrente sulle principali questioni trattate dalla FSFP. Dire che la FSFP si trovi a una svolta importante della sua esistenza è un'affermazione banale che oso appena fare. Lo sviluppo della FSFP è un lavoro quotidiano che non conosce sosta. Non ha luogo assemblea, riunione o conferenza negli ambienti della sicurezza senza che sia citata la FSFP. E' un'arma a doppio taglio. Potremmo limitarci alle nostre piccole questioni amministrative o regionali e accontentarci di rivendicare al momento opportuno un adeguamento sul piano salariale, un aumento degli effettivi oppure un nuovo armamento, quindi aspettare una decisione. Senza prendere altre iniziative. Se al contrario, la FSFP mostra interesse per i problemi sollevati dai suoi membri, se essa accetta la discussione, se partecipa ai dibattiti e si impegna nei processi di deliberazione, essa potrà contare sull'accresciuto riconoscimento da parte di tutti i partner con i quali ha voluto impegnarsi. Questo è, credo, tutto ciò che ho tentato di fare con alterna fortuna.

Ci permetta di chiederle di fare un breve bilancio della sua presidenza.

Fare il bilancio di sei anni di presidenza è un esercizio pericoloso a cui non voglio costringermi. Gli archivi sono là per testimoniare la mia attività tanto più che la memoria che esercito con parsimonia, rischierebbe di fare difetto. A questo proposito è certamente più opportuno consultare i rapporti annuali e i verbali delle numerose riunioni che ho presieduto.

Ciò che mi torna spontaneamente alla memoria:

- Cassa della federazione riportata a condizioni soddisfacenti
- Cassa della Fondazione riportata a condizioni eccellenti
- Reso CC un organo performante
- Sezioni più impegnate
- Contatti con i media più sviluppati, intensificati e strutturati
- Segreteria federativa in grado di funzionare meglio a vantaggio delle sezioni
- Rafforzato il partenariato con le organizzazioni sindacali
- Contatti intensificati con le associazioni padronali
- Giornale federativo aggiornato

La politica della FSFP è indirizzata alla risoluzione dei problemi mediante il dialogo

Intervista a Heinz Buttauer



*Heinz Buttauer,
Sezione Zurigo Città,
presidente federativo
da 2004*

In quale anno ha fatto il suo ingresso nella polizia? Qual è stata la motivazione che l'ha spinto ad abbracciare questa professione? Qual era la sua funzione?

Nel 1975 sono entrato nel corpo della polizia Città di Zurigo. L'ecletticità di questo lavoro nonché la possibilità di essere d'aiuto alla popolazione hanno costituito per me quei validi motivi per scegliere questa professione. Dopo la formazione ho esercitato il servizio in diversi uffici. Prima della mia elezione a Presidente della FSFP ricoprivo la carica di sergente capo responsabile del circondario 4. Dal luglio 2004 lavoro nel settore Polizia di prossimità. Grazie ad un buon accordo con il mio comando, ho la possibilità di dedicare il 25% del mio tempo lavorativo alla Federazione.

Quando è diventato membro della FSFP?

Con l'ammissione alla Federazione dei funzionari di polizia della polizia Città di Zurigo nell'ottobre 1976, sono diventato automaticamente membro della FSFP nazionale.

Quando ha avuto inizio il suo impegno a favore della Federazione, in seno alla sua sezione? Lei ricorda un avvenimento concreto che l'abbia spinto ad impegnarsi nella difesa della sua professione, oppure quali ne siano state le ragioni? Può tratteggiare brevemente la sua carriera nell'ambito della FSFP?

Diversi problemi relativi a stipendio, orario di lavoro, droghe, equipaggiamento, solo per citarne alcuni, hanno indotto l'allora Comitato della sezione a cercare nuovi membri. Poiché desideravo dare il mio contributo alla tutela degli interessi dei colleghi, ho presentato nel 1986 la mia candidatura che ha portato alla mia elezione. Per due anni ho ricoperto la funzione di Segretario prima di decidere di candidarmi per la carica di Presidente. Dopo sei anni di presidenza sono rimasto in seno alla Federazione ancora per due anni come Vicepresidente, per facilitare l'inserimento del mio successore.

Con l'assunzione della presidenza a livello locale è iniziata anche la mia attività federativa a livello nazionale. Durante l'Assemblea dei delegati del 1992 a Zurigo sono stato eletto nel Comitato centrale, partecipando dal 1996 ai lavori dell'allora Commissione sviluppo CS II derivante dalla CS I. Sono stato Presidente di quest'ultima, ed anche delle successive CS III e CS III plus. In occasione dell'Assemblea dei delegati del 1998, il numero dei membri dell'allora Giunta direttiva, ora Ufficio esecutivo UE, è stato ampliato di due unità. Per mia gioia, sono stato eletto in questo organo direttivo. Dopo due anni di permanenza all'interno dell'UE come membro, ho assunto la carica del Vicepresidente. Ho raggiunto l'apice della mia carriera nel 2004 proprio a Zurigo, quando la mia sezione e la regione della Svizzera orientale hanno presentato e sostenuto la mia candidatura a Presidente, garantendomi così l'investitura alla presidenza della nostra splendida Federazione professionale.

Come era composta la sua equipe sindacale durante la sua presidenza FSFP?

Dalla mia entrata in servizio si sono verificati pochi differimenti di personale, tutti resi necessari dalla limitazione della durata del mandato.

Uno degli alleati più importanti è stato sicuramente l'allora Segretario generale Jean-Pierre Monti. Le conoscenze che aveva accumulato nella sua attività ventennale si sono rivelate per me estremamente preziose ed utili.

Anche gli altri alleati, fra cui Josef Dittli, Jean-Pierre Zehnder, Max Hofmann ed Olivier Prevosto, erano e sono ancora oggi dei colleghi leali ed estremamente competenti. A Ginevra, dopo il ritiro di Josef Dittli e l'assunzione della carica di Segretario generale da parte di Max Hofmann, sono stati eletti due nuovi membri nell'UE. Per la prima volta nella storia della FSFP l'Ufficio esecutivo ha accolto fra i suoi ranghi una donna, nella persona di Hanni Bundi. Completa la mia attuale equipe il collega di Lucerna Urs Krügel. Ogni persona, in quanto singolo individuo, offre a suo modo un contributo prezioso a vantaggio della nostra Federazione.

Durante i primi decenni della storia della Federazione, il lavoro era basato sul principio del «Vorort» (rotazione dopo quattro anni). Ai suoi occhi, questo principio era favorevole o sfavorevole rispetto all'esercizio della funzione di presidente? Qual è la sua posizione?

Dopo la fondazione della nostra fiera Federazione professionale non c'era altra possibilità di guidare la FSFP se non in base al principio della rotazione cantonale. Le strutture dovevano crescere ed essere adeguate alle circostanze. Al contempo, era necessario elaborare gli avvenimenti delle due guerre mondiali e ristrutturare la Federazione. Negli anni 60 era già evidente che quanto più passava il tempo, tanto più i lavori richiedevano tempo. La conseguenza logica è stata l'istituzione, nel 1982, di un Segretariato federativo permanente.

Durante il suo mandato presidenziale, quali sono state le principali rivendicazioni sindacali?

Da quando sono entrato a far parte dell'Ufficio esecutivo i problemi che ci affliggono sono sempre gli stessi, semplicemente in forme diverse e che invadono sempre di più il lavoro quotidiano.

Grazie ai regolamenti interni alle diverse organizzazioni di polizia, il problema «stesso lavoro – stesso stipendio» è ormai completamente risolto. Nutro preoccupazioni molto maggiori per le radicali misure di abbattimento dei costi della Confederazione, dei Cantoni, delle città e dei comuni. Essi pretendono sempre più sicurezza, ma depennano a cuor leggero con un bel color rosso vivo le voci di bilancio, e questo implica obbligatoriamente che nessuno o solo pochi agenti di polizia possono accedere alla formazione. La prospettiva a breve termine deve prevedere l'aumento del personale di circa 1500 agenti di polizia a livello nazionale.

Sussiste inoltre un altro problema molto importante: la propensione dell'esercito e delle società di sicurezza private ad esercitare con frequenza crescente le attività della forza pubblica di polizia. Le attività che rientrano nell'ambito della sovranità, in cui è necessario applicare delle misure coercitive, sono di esclusiva competenza delle organizzazioni di polizia della Confederazione, dei Cantoni e dei comuni.

Qual era l'intensità degli scambi fra la Federazione e le altre organizzazioni sindacali svizzere ed estere?

Da anni intratteniamo buoni contatti con altri sindacati e associazioni. Poiché siamo una vera e propria organizzazione di settore organizzata al 95%, la nostra posizione è così forte

che non ci permette di prendere in considerazione l'ipotesi di un'adesione completa a un grande sindacato. Nel caso di richieste o votazioni politiche di varia natura, lavoriamo in stretta collaborazione con altre organizzazioni mantello.

Intratteniamo ottimi contatti anche con altre organizzazioni di polizia europee.

Il lavoro della polizia è in costante trasformazione e deve sovente adattarsi rapidamente a situazioni nuove. Qual è il suo punto di vista rispetto alla formazione nonché alla formazione continua della polizia durante la sua carriera, in particolare nel periodo del suo mandato presidenziale?

In Svizzera abbiamo un'ottima offerta di formazione per gli appartenenti ai diversi corpi di polizia. Con il nuovo «Concetto generale di formazione CGF», i diversi moduli di formazione verranno armonizzati su tutto il territorio svizzero. Purtroppo, il CGF è concepito specificamente per i Cantoni. I Centri di formazione regionali devono prima di tutto dimostrare che dispongono di un numero sufficiente di posti di formazione per le città più piccole, i comuni e la polizia ferroviaria. In caso contrario, il CGF è destinato a fallire.

Le donne avevano già fatto il loro ingresso nei servizi di polizia? Qual è la sua opinione sul lavoro delle donne nella polizia? Questo argomento ha preoccupato molto la Federazione?

All'inizio della mia carriera in polizia, le donne erano impiegate solo nella polizia criminale. Solamente in seguito sono state ammesse anche al servizio di polizia generale. Le donne svolgono un ottimo lavoro e, nelle situazioni più disparate, la presenza di una donna può servire ad allentare la tensione. All'interno della FSFP, l'ammissione delle donne al servizio di polizia non ha provocato grossi scossoni.

Durante il suo mandato come presidente della FSFP, in quale modo lei ha percepito la collaborazione con la Confederazione e le autorità? La Federazione era considerata un interlocutore per quanto riguarda i problemi specifici della polizia?

I miei predecessori, insieme al Segretario generale, hanno gettato le basi per poter discutere dei problemi della nostra categoria a livello federale. L'assoluta novità è che la FSFP viene ora invitata alle più svariate udienze che si tengono all'interno delle commissioni del Consiglio degli Stati e del Consiglio nazionale. Per noi, il riconoscimento del nostro lavoro significa anche che possiamo mantenere o migliorare ulteriormente il nostro stato, per poter continuare ad essere considerati un partner competente.

Già da un po' di tempo, le relazioni tra esercito e polizia costituiscono un argomento di discussione molto sentito: all'epoca del suo mandato come erano queste relazioni? Esistevano occasioni o manifestazioni nelle quali l'esercito si impegnava a livello di autorità di polizia? I limiti di competenza fra polizia ed esercito erano chiaramente definiti? Oppure a volte era difficile tradurli in pratica?

Dalla caduta della «cortina di ferro» l'esercito è alla ricerca di campi di attività sempre nuovi. Forzando l'incremento del personale della sicurezza militare, l'esercito sta tentando febbrilmente di impossessarsi di compiti di esercizio della forza pubblica di polizia, nell'ambito della sicurezza interna. A causa degli importanti tagli dei costi, l'esercito si sente in obbligo e predestinato ad esercitare dei compiti di questa natura. L'esercito crede che basti indossare un berretto blu invece del berretto militare per potersi sentire investita dall'eseguire queste mansioni, per definizione civili. Tuttavia, in base a quanto stabilito dalla costituzione

federale, l'esercito e tutte le sue unità hanno un campo di attività ben diverso. Ci auguriamo che gli esponenti politici abbiano ben chiaro che non è possibile mescolare polizia ed esercito. Diversi strateghi dell'esercito sono tuttavia ancora convinti di poter sfuggire al pensiero democratico moderno, e di poter essere impiegati in scenari originariamente non concepiti per loro.

Durante la sua presidenza, qual è stato l'avvenimento che l'ha toccata di più? Un successo oppure un fallimento?

Scrivo queste righe volgendo lo sguardo indietro a un breve periodo di presidenza, durato due anni. Considero un successo il fatto che la FSFP sia riuscita, dopo il rifiuto del 2001, a fare riaprire il dossier della nuova munizione di servizio per la polizia, a perseguirlo con perseveranza fino a raggiungere il suo obiettivo nel corso del 2006.

La politica della FSFP è fondata sul giudizio critico, ma è sempre orientata alla risoluzione dei problemi con il dialogo. Il fatto che la FSFP venga invitata alle udienze a livello nazionale è per me una conferma che la politica federativa sta procedendo sulla strada giusta, strada che continuerà a seguire. Ritengo che una politica costruttiva sia più efficace di una politica costantemente mirata al confronto o allo sciopero.



Nationalrat Hugo Fasel anlässlich einer Zentralvorstandssitzung

Conseiller national Hugo Fasel lors d'une séance du Comité central

Il Consigliere Nazionale Hugo Fasel in occasione di una seduta del Comitato centrale

L'evoluzione dei membri della FSFP dal 1907 al 2006

anni	membri	sezioni	anni	membri	sezioni
1907		8	1947	5 707	70
1908		18	1948	5 956	70
1909	1 162	23	1949	6 150	70
1910	1 291	27	1950	6 282	70
1911	1 863	37	1951	6 378	70
1912	1 992	37	1952	6 614	70
1913	1 976	38	1953	6 730	70
1914	1 951	37	1954	6 959	70
1915	2 080	38	1955	7 093	71
1916		38	1956	7 402	71
1917		40	1957	7 671	71
1918	2 197	41	1958	7 868	72
1919	2 422	41	1959	8 147	72
1920	2 674	41	1960	8 336	73
1921	2 709	41	1961	8 432	73
1922	2 828	42	1962	8 759	73
1923	2 838	42	1963	9 149	74
1924	2 900	45	1964	9 582	75
1925	2 932	46	1965	10 109	75
1926	2 966	46	1966	10 407	76
1927	3 000	46	1967	10 708	77
1928	3 072	46	1968	10 997	77
1929	3 132	46	1969	11 304	77
1930	3 272	47	1970	11 519	77
1931	3 416	50	1971	11 833	77
1932	3 846	52	1972	12 160	77
1933	3 948	54	1973	12 529	77
1934	4 059	55	1974	12 853	77
1935	4 238	55	1975	13 273	77
1936	4 332	57	1976	13 726	77
1937	4311	55	1977	14 091	79
1938	4412	59	1978	14 406	80
1939	4541	62	1979	14 589	81
1940	4588	62	1980	14 802	82
1941	4860	63	1981	15 049	82
1942	5052	65	1982	15 405	83
1943	5027	66	1983	15 778	83
1944	5305	69	1984	16 092	83
1945	5510	70	1985	16 400	82
1946	5544	70	1986	16 601	82

anni	membri	sezioni
1987	16 703	82
1988	17 072	83
1989	17 272	82
1990	17 372	81
1991	17 682	81
1992	18 081	81
1993	18 471	81
1994	18 716	81
1995	18 885	80
1996	19 052	80
1997	19 250	80
1998	19 294	79
1999	19 409	79
2000	19 676	80
2001	19 890	80
2002	20 387	79
2003	20 952	79
2004	21 901	78
2005	22 265	78
2006	22 551	76

Gli anni a partire dal 1997 sono stati caratterizzati da diverse fusioni fra sezioni e da vari trasferimenti di alcune sezioni più piccole all'interno di sezioni più grandi. Ad esempio, la sezione di Thun si è integrata all'interno della sezione del Canton Berna. Questo ha determinato una diminuzione del numero delle sezioni, ma non del numero dei membri.

Nel 2007 la Federazione conta 73 sezioni, dato che alla fine del 2006 tre sezioni, fino a quel momento indipendenti, sono state sciolte e trasferite. Esse sono:

- NE La Chaux-de-Fonds è stata trasferita alla sezione NE Cantone SAPCN
- TI Locarno è stata trasferita alla sezione TI Cantone
- ZH Detektive è stata trasferita alla sezione ZH Zurigo Città



Personalausweis
1923

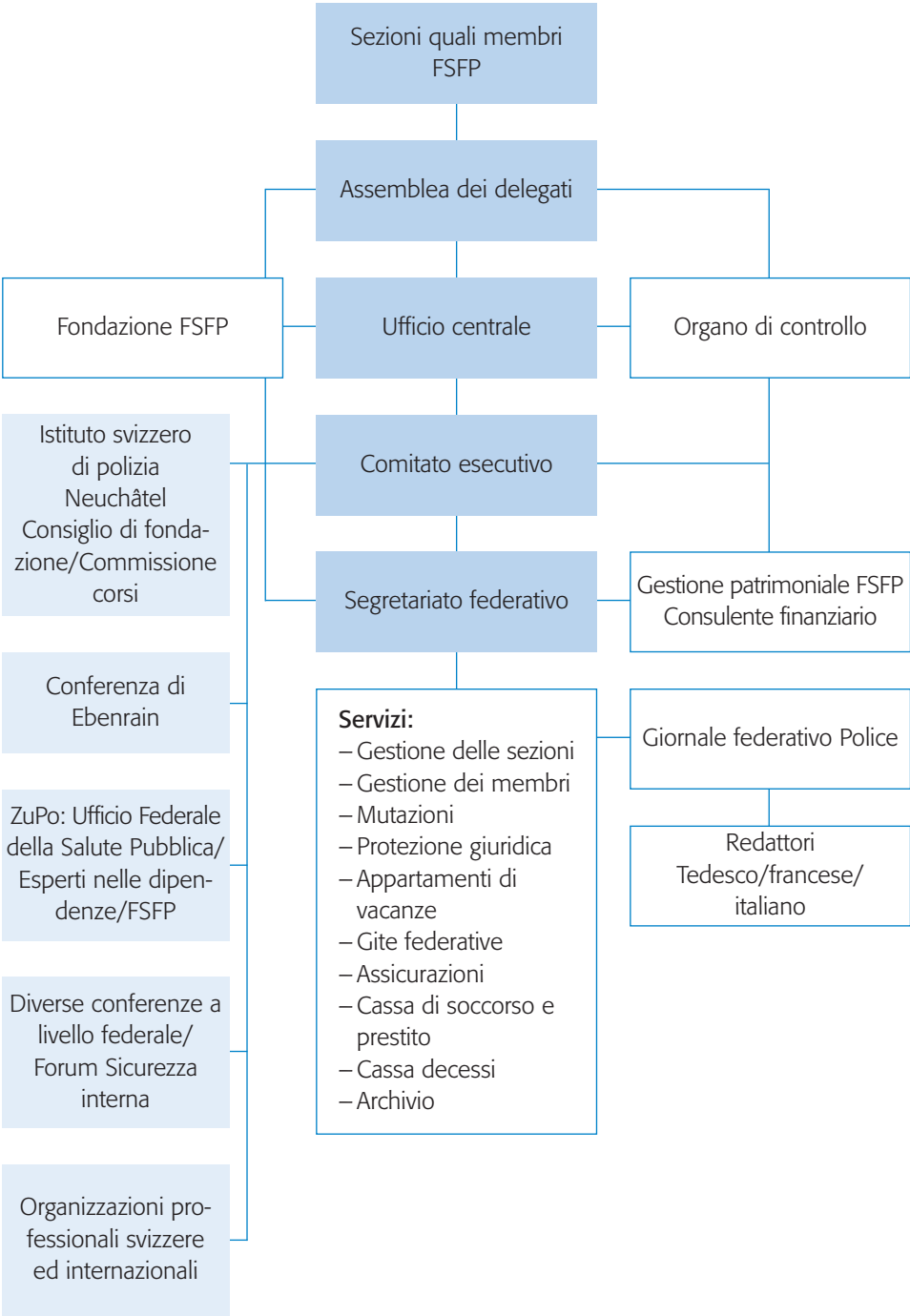
Carte de police
1923

Documento
personale 1923

Anni di adesione delle sezioni FSFP

- 1907** Appenzell Ausserrhoden
Bern-Kanton
Bern-Stadt
Graubünden-Kanton
Luzern-Stadt
Neuchâtel-Gendarmerie
St. Gallen-Stadt
Zürich-Stadt
- 1908** Basellandschaft-Kanton
Basel-Stadt
Chur
Graubünden-Gemeinden
Jura bernois
La Chaux-de-Fonds
Schaffhausen-Stadt
Winterthur
Zug-Stadt
Zürich-Detektive
- 1909** Aargau-Gemeinden
Bienna
Luzern-Kanton
St. Gallen-Kanton
Schaffhausen-Kanton
- 1910** Genève-Gendarmerie
Lausanne
Le Locle
Zug-Kanton
- 1911** Liestal
Nidwalden
Olten
Schwyz
Solethurn-Kanton
Solethurn-Stadt
Thurgau-Kanton
Thurgau-Gemeinden
- 1915** Ticino
- 1917** Appenzell Innerrhoden
Uri
- 1918** Neuchâtel-Ville
- 1922** Riviera vaudoise
- 1924** Baden
- 1925** Lugano
- 1931** Basellandschaft-Gemeinden
Bern-Gemeinden
Yverdon et environs
- 1932** Aarau
Zürich-Kanton
- 1933** Aargau-Kanton
Thun
- 1934** Val-de-Travers
- 1936** Vignoble neuchât.
Zofingen
- 1938** Bundespolizei
Obwalden
- 1939** Glarus
Valais-Canton
Zürich-Gemeinden
- 1941** Vaud-Gendarmerie
- 1942** Fribourg-Gendarmerie
Fribourg-Ville
- 1943** Bellinzona
- 1944** La Côte
Lavaux
Vaud-Sûreté
- 1945** Genève-Sûreté
Sion
- 1946** Grenchen
- 1955** Locarno
Plaine-du-Rhône
- 1958** Fribourg-Sûreté
- 1960** Valais-Sûreté
- 1963** Neuchâtel-Sûreté
- 1964** Genève-Ville
- 1965** Chiasso
- 1966** Sierre et environs
- 1975** Fribourg-Communes
- 1976** Genève-Aéroport
Zürich-Verkehrsbeamte
Genève-Communes
Genève-AGAG
Jura-Canton
Jura-Communes
- 2000** Bundeskriminalpolizei
- 2002** Bahnpolizei Schweiz

Organigramma delle strutture federative



Statistica per la galleria dei Presidenti

Dopo la sua creazione nel 1907, e dopo averle dato degli statuti, si trattava di procedere alla costituzione della nuova Fondazione. Gli statuti prevedevano che la Giunta direttiva avrebbe rappresentato il futuro organo direttivo, o l'Esecutivo, della Federazione. All'epoca, la Giunta direttiva era formata da un Presidente centrale, dal Vicepresidente, dal Segretario centrale, dal Cassiere centrale e dal Consigliere giuridico. Nel corso dei decenni, questa costellazione è rimasta pressoché invariata. Nel 1981, mediante la procedura di voto per corrispondenza, è stata decisa l'introduzione di un Segretariato centrale con un posto di Segretario centrale a tempo pieno. Nel 1996 la Giunta direttiva è diventata Ufficio esecutivo. Il Segretario centrale è diventato Segretario generale ed il relativo Segretariato ha assunto la denominazione odierna di Segretariato federativo.

Subito dopo la fondazione della Federazione si è iniziato a stilare delle statistiche anche sui funzionari e sulle attività federative, sulle sezioni e sui membri. La tabella seguente elenca i nomi dei Presidenti che si sono avvicendati alla guida della Federazione dal 1907 al 2007 e i loro rispettivi mandati:

1907 – 1920	Zurigo Città	Heinrich Gut Albert Schoch Adolf Fehr
1920 – 1923	La Chaux-de-Fonds	François Groz Alfred Bois
1923 – 1927	Canton Lucerna	Leo Wolfisberg
1927 – 1930	Ginevra	Alois Gutknecht
1930 – 1934	Basilea	Fridolin Häusler
1934 – 1938	San Gallo – Cantone e Città	Eduard Schmid
1938 – 1942	Canton Neuchâtel	Jules Troyon
1942 – 1946	Berna Città	Otto Büchi
1946 – 1950	Canton Zurigo	Paul Stucki
1950 – 1954	Losanna	Robert Marguet
1954 – 1958	Canton Argovia	Fritz Meier
1958 – 1962	Zurigo Città	Adolf Gege
1962 – 1966	Ginevra	André Clerc
1966 – 1970	Basilea Città	Charles Bula
1970 – 1974	Berna Città	Ernst Merz
Dal 1974 potrete leggere le interessanti interviste agli ex Presidenti FSFP, da Jean Chesaux fino all'attuale Presidente in carica Heinz Buttauer, pubblicate nelle pagine 174.		
1974 – 1978	La Côte VD	Jean Chesaux
1978 – 1982	Ticino-Cantone	Sergio Crivelli
1982 – 1988	Basilea Città	Ernst Berger
1988 – 1994	Ginevra giudiziaria	Daniel Stuby
1994 – 1998	Uri-Cantone	Walter Zraggen
1998 – 2004	Polizia federale	Helmut Schmid
dal 2004	Zurigo Città	Heinz Buttauer

Voglia di cambiamento

Dopo avere ricordato la fondazione ed i primi anni, nonché il periodo di sviluppo e consolidamento, in questa terza ed ultima parte della cronistoria dedicata al 100° anniversario della Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia FSFP, parleremo degli anni successivi al 1980, che hanno segnato il nuovo posizionamento della Federazione. Questa nuova situazione si è fondata in primo luogo su due considerazioni principali. Dopo l'esperienza con il sistema di rotazione cantonale (Vorort) come principio di gestione, le Giunte direttive di volta in volta incaricate della direzione della Federazione hanno iniziato a mostrare crescenti segni di affaticamento nell'adempiere, nei quattro anni di mandato a loro disposizione, ai compiti sempre più vasti e complessi in seno alla Federazione, che nel frattempo era arrivata a comprendere 82 sezioni e 14 800 membri. Il sistema di milizia tradizionale, risalente ancora ai primi anni, aveva ormai raggiunto i limiti delle proprie capacità. Parallelamente a questa constatazione, all'interno delle sezioni e fra i loro membri, si stava sviluppando una consapevolezza sempre più chiara e orientata alla politica del settore. La richiesta di un'azione pubblica più decisa era ormai pressante: l'obiettivo era di ottenere un più ampio riconoscimento a livello politico ed amministrativo degli agenti di polizia, che svolgevano una professione non ancora riconosciuta a livello federale, ma che poneva requisiti sempre più elevati in termini di competenze sociali e professionali. Non solo: anche il mutamento delle forme di criminalità ed una propensione alla violenza la cui soglia si era pericolosamente abbassata, alimentavano fra le fila della polizia l'esigenza di un riconoscimento. In un contesto politico che, negli anni 70 e 80, è stato segnato da fenomeni di terrorismo e rivolte giovanili di dimensioni fino ad allora sconosciute, molte colleghe e molti colleghi hanno perso la propria vita o subito gravi danni alla salute.

C'era voglia di cambiamento, ed i membri auspicavano delle modifiche strutturali sia nella direzione che nella politica federativa. La 74ª Assemblea dei delegati a Neuchâtel ha stabilito con 64 voti favorevoli e 18 contrari l'istituzione di un Segretariato centrale permanente. Lo stesso è stato inaugurato nel 1982 a Lucerna, durante la seduta autunnale del Comitato centrale. L'allora redattore del giornale della FSFP, Peter A. Sigron, è stato eletto primo Segretario centrale. Con l'inizio dell'attività del Segretariato e l'instaurazione di un Segretario centrale a tempo pieno, il principio della rotazione cantonale come struttura di gestione della FSFP è stato sostituito da una Giunta diret-



EuroCOP-Kundgebung in Bratislava
Manifestation EuroCOP à Bratislava
Manifestazione EuroCOP a Bratislava

tiva, alla cui carica di Presidente era stato eletto Ernst Berger di Basilea. I membri facenti parte della Giunta direttiva provenivano dalle varie regioni federali e dalle sezioni della Svizzera. Con questo storico passo, la Federazione si è data una struttura gestionale efficiente ed orientata al futuro. Da quel momento in poi, gli affari correnti, le istanze e le visioni politico-federative hanno iniziato a confluire nella «centrale» di Lucerna. Il nuovo sistema ha portato all'alleggerimento del carico lavorativo del Presidente ed una migliore ripartizione dei compiti specifici fra gli altri quattro membri della Giunta direttiva. Il Segretario centrale era ed è tutt'ora promotore di nuove idee e coordinatore nelle attività. Egli è responsabile sostanzialmente della revisione periodica della partnership sociale e del suo adeguamento alle realtà politiche e alle condizioni specifiche del settore, allo scopo di tutelare e promuovere la continuità e la filosofia dell'idea fondamentale della FSFP. Dal 1996, in ragione della complessità del suo mandato, il Segretario centrale è diventato Segretario generale, mentre la Giunta direttiva si è trasformata in Ufficio esecutivo, ed il Segretariato centrale ha preso il nome di Segretariato federativo.

Una nuova era nella storia della Federazione ha così avuto inizio. Dopo lo scetticismo e le critiche che nei primi tempi erano state espresse da alcune sezioni nei confronti del nuovo Segretariato centrale, questo è riuscito, superate le inevitabili difficoltà iniziali, a prendere saldamente posto all'interno della struttura della Federazione. In questo contesto il successore di Peter A. Sigron, il bernese con radici ticinesi e neocastellane Jean-Pierre Monti, è potuto subentrare alla guida di un Segretariato con solide basi, portandone avanti lo sviluppo. Il passaggio delle consegne è avvenuto in occasione della 78ª Assemblea dei delegati del 1986 a Ginevra.

Tappe

Dal 1987 Il Segretariato doveva essere urgentemente strutturato come centro di servizi facilmente accessibile per gli utenti ed a disposizione degli organi federativi. Le premesse erano buone, ma era necessario modernizzare la logistica. Innanzitutto occorreva consolidare la gestione finanziaria, dato che il sistema contabile seguiva ancora il buon vecchio metodo della contabilità manuale. La chiusura dei conti annuali richiedeva circa tre settimane. L'ora dell'elettronica era scoccata: nel 1988/89 sono stati introdotti i primi PC.

1988/89 Introduzione dell'EDP. Abbandono della contabilità manuale e passaggio all'e-banking di prima generazione. Questa novità ha segnato un ulteriore passo verso la professionalizzazione della Federazione sotto la guida esperta dell'amministratore fiduciario Hugo Herzog, che viene per così dire promosso a «Funzionario delle finanze».

Da questo momento in poi la contabilità della FSFP diventa professionale e trasparente.

1989/90 L'affare delle schedature scuote il paese. La fiducia della popolazione nelle istituzioni subisce un tracollo ed il Consiglio federale non fa nulla per assumersi le responsabilità e togliere dai guai la polizia. L'allora Presidente esecutivo Daniel Stuby ed il Segretario centrale lavorano giorno e notte per presentare un incisivo piano di protesta in occasione dell'AD di Friburgo. Come è noto, le ripercussioni in Svizzera sono state enormi. L'evento ha fatto emer-

gere la necessità di una nuova strategia politico-federativa. Da quel momento in poi, la FSFP non avrebbe più permesso che la professione ed il personale venissero attaccati senza possibilità di replica. Un assaggio di questa nuova politica si era già avuto nel 1988, quando le controversie federative interne nel Canton Grigioni sono state risolte in modo pragmatico. La FSFP ha deciso che sarebbe intervenuta in tutte le questioni, politiche e mediatiche concernenti le condizioni professionali e sociali dei suoi membri. Il lavoro di pubbliche relazioni su vasta scala è stato accelerato.

- 1991–97** Sono stati gli anni del boom della droga in Svizzera. Nel 1991, su questo tema si è svolta a Zurigo una Conferenza dei presidenti allo scopo di fare il punto della situazione sulla posizione della FSFP nei confronti della politica del Consiglio federale. Dopo un intenso dibattito, l'assemblea plenaria ha deciso di richiedere al Consiglio federale in forma scritta e verbale il perseguimento di una politica antidroga coerente e di portata nazionale. Il turismo della droga, il Röstli-Graben, i programmi di recupero a base di metadone, la riduzione dei danni, la prevenzione e la repressione dovevano essere adattati alle circostanze esistenti. Le premesse della politica a quattro pilastri della Confederazione erano state create.
- 1994** La situazione sul fronte della droga assume dimensioni catastrofiche. Christian Buschan, aggiunto scientifico dell'UFP, ed il Segretario centrale Jean-Pierre Monti osservano questa situazione con preoccupazione crescente. Per far fronte a questa situazione, nella primavera del 1994 i due creano il gruppo di lavoro nazionale ZuPo (collaborazione tra polizia e specialisti in materia di dipendenze). Allora come oggi, il gruppo lavora per eliminare le paure reciproche delle parti che si trovano ad affrontare in prima linea il problema della droga, per favorire la mutua conoscenza e per elaborare proposte ed istanze all'attenzione del DFGP e del DFI in materia di lotta alla droga. Al fine di approfondire le tematiche politiche si è deciso di organizzare dei seminari annuali della durata di due giorni.
- 1996** L'esigenza di assumere nell'ambito del servizio pubblico una posizione migliore, più trasparente e più influente sulla scena politica ed agli occhi dell'opinione pubblica, ha indotto la Federazione centrale del personale dei comuni e dello Stato ZV, l'Associazione mantello dei docenti svizzeri LCH e la FSFP a fondare, nel castello di Ebenrain, l'omonima Conferenza. Negli ultimi dieci anni questa Conferenza è evoluta in un'alleanza dei lavoratori del servizio pubblico, che con i suoi 800 000 membri è oggi l'organizzazione dei dipendenti pubblici più grande della Svizzera.
- 1997** Come alternativa all'Assemblea dei delegati biennale, e sulla base della convinzione dell'Ufficio esecutivo che fosse necessario aprire una seconda finestra politico-federativa sull'opinione pubblica, è stato fondato nel 1997 il forum «Sicurezza interna». Per evitare che l'idea venisse copiata, la denominazione «Forum Innere Sicherheit 2000» (Forum sulla sicurezza interna

2000) è stata registrata e protetta da diritto d'autore presso l'Ufficio federale della proprietà intellettuale di Berna. Nel corso degli anni il forum si è trasformato in una piattaforma di confronto indispensabile, dedicata ai problemi della sicurezza interna che, fino a quel momento, venivano discussi raramente o per nulla a livello di grande pubblico o fra gli stessi membri della FSFP. Ogni anno il forum «Sicurezza interna» è stato organizzato con sulla base di un tema diverso: dalla violenza contro la polizia o nelle scuole, alla politica antidroga o all'influenza dei media sul nostro lavoro quotidiano. Nel 2006, il forum si è svolto sotto il titolo «Hooliganismo, estremismo» presso lo Stade de Suisse Wankdorf a Berna. Il forum si è sempre contraddistinto per l'intervento di esperti di spicco e per l'apertura di una vasta arena di discussione. Il successo riscosso ci ha finora dato ragione.

1998

Sin dall'inizio degli anni 50 l'adesione della FSFP all'Europa, in particolare all'Union Internationale des Syndicats de Police UISP con sede in Lussemburgo, ha costituito un tema di discussione ricorrente. Dopo un'intensa campagna informativa, sulla base del nuovo statuto professionale ed in ragione dei rapidi cambiamenti che stavano interessando la polizia in Svizzera ed in Europa, l'Assemblea dei delegati ha stabilito con l'80% dei voti, di aderire all'UISP, oggi EuroCOP. Sin dall'inizio l'adesione era subordinata all'obbligo da parte della FSFP di assumere un ruolo attivo nell'ambito di quest'Europa delle polizie, obbligo a cui fino ad oggi la Federazione ha adempiuto con successo.

2003

A Lucerna si svolge il primo congresso ufficiale della EuroCOP, organizzazione che ha sostituito la precedente UISP. Per la Svizzera, si tratta di un grandissimo onore. Lo svolgimento impeccabile di questo importante evento europeo della polizia rimane ancora oggi un successo storico. A dimostrazione della solidarietà intereuropea fra i corpi di polizia basta citare l'esempio seguente che, forse in altra forma, avrebbe potuto accadere anche in Svizzera.

Nel 2005 EuroCOP ha affrontato a livello europeo la questione dell'intensificazione continua dell'attività delle società di sicurezza private. Mediante un sondaggio diffuso a tutte le organizzazioni membro sul tema delle società di sicurezza private, EuroCOP intendeva definire una posizione comune che, in seguito, sarebbe stata rappresentata al Consiglio Europeo di Strasburgo e presso l'UE a Bruxelles.

Anche la militarizzazione della polizia rappresenta un tema di grande rilievo. A questo riguardo e dopo l'ennesimo episodio in cui le colleghe ed i colleghi della polizia slovacca sono stati subordinati alla giurisdizione militare, la Svizzera ha presentato la richiesta di sostenere in loco a Bratislava una manifestazione di protesta. La mancanza di rispetto mostrata dal Ministro degli interni slovacco, anche nei confronti del Presidente del sindacato di polizia che aveva espresso la sua opposizione, si è spinta al punto di declassarlo ad una funzione subalterna nella manutenzione dei sistemi radio. In seguito, durante la seduta del 3 novembre 2005, il comitato di EuroCOP ha adottato una risoluzione in cui si è detta scioccata dalla reazione del Ministero degli interni della Slovacchia nei confronti del sindacato di polizia, reazione attribuibile più a un regime totalitario che ad una democrazia matura.

La richiesta di solidarietà della FSFP è stata accettata all'unanimità. In data 3 dicembre 2005 i membri del Comitato di EuroCOP presenti a Bratislava hanno sostenuto con vigore la manifestazione di protesta. L'autore ha avuto l'onore di leggere la nota di protesta redatta dalla FSFP davanti ad un pubblico di 5000 tra poliziotte e poliziotti.

Successivamente, il progetto in base al quale la polizia avrebbe dovuto essere subordinata alla giurisdizione militare, è stato abbandonato ed il lavoro del sindacato di polizia slovacco è stato riconosciuto. Allo stesso modo, le misure disciplinari adottate contro il Presidente del sindacato sono state revocate.

7.5.2003

Il 7 maggio 2003, dopo tredici lunghi anni di lotte ed il superamento di ostacoli di ogni tipo, l'obiettivo è stato finalmente raggiunto. Con la sua firma in calce al regolamento per l'esame della professione e alle relative direttive, il Consigliere federale Joseph Deiss ha conferito alla professione di agente di polizia il riconoscimento a livello federale ai sensi della nuova legge svizzera sulla formazione professionale. Contemporaneamente è stato introdotto anche il riconoscimento di tutti quanti erano impegnati fino ad oggi in un corpo di polizia, e la denominazione professionale ha ottenuto una tutela ufficiale, consentendo di differenziarci chiaramente dagli agenti della sicurezza privati.

Nella loro pazzia utopistica, la grande sfida di due poliziotti ottimisti è diventata realtà!



La FSFP è co-fondatrice dell'Istituto svizzero di polizia

Le origini

Dopo le conseguenze catastrofiche della Seconda Guerra mondiale, quasi tutta l'Europa era praticamente ridotta a un cumulo di macerie. Alle istituzioni democratiche, fra cui anche la polizia, spettava l'immane compito di «ricominciare» e di partire con la ricostruzione. La Svizzera, per gran parte risparmiata dagli orrori della guerra, doveva attivarsi se non voleva essere sorpassata dalla ricostruzione dell'Europa e rimanere immobile come un'isola da cartolina nel cuore del continente. In quanto a mentalità, le istituzioni svizzere erano rimaste all'epoca antecedente il conflitto e necessitavano con urgenza di rimettersi in discussione, a tutti i livelli. Questa necessità era particolarmente avvertita per la polizia e la sua immagine, dato che le sue strutture erano quelle di un'organizzazione gerarchica paramilitare con rigidi principi di guida, riconducibili più all'ordine dell'esercito che a una formazione professionale certificata. A livello federale e dei cantoni, ma anche delle città e dei comuni, era opinione condivisa che nel campo della formazione e del perfezionamento della polizia si dovessero percorrere nuove strade. Questa opinione era sostenuta già durante gli anni della guerra anche dalla Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia FSFP. Sulla base dell'osservazione che, attraverso l'esercizio dittatoriale del potere, la polizia aveva abusato del suo mandato fondamentale di organismo al servizio delle leggi democraticamente emanate nei confronti della popolazione ed era stata privata della sua etica, la FSFP richiese una revisione approfondita delle sue strutture. A questo si affiancava l'idea di una formazione e del perfezionamento didattico-professionali trasmessi in modo quanto più possibile uniformato. La FSFP stava sostanzialmente promuovendo il principio della «Unité de doctrine», prima ancora che l'espressione venisse utilizzata con questa accezione.

Il 5 gennaio 1946 ha segnato la svolta decisiva: la fondazione di un Istituto svizzero di polizia con sede a Neuchâtel divenne realtà. Fondatori dell'ISP sono stati il Presidente del Consiglio di Stato del Cantone Neuchâtel Leo Dupasquier, il Consigliere comunale Georges Béguin, Neuchâtel, il Presidente FSFP Otto Büchi e il Segretario centrale FSFP Bartolomeo Frosio, entrambi originari di Berna, Maurice Nooser, professore di teologia all'Università di Neuchâtel, Albert Rais, Giudice federale a Losanna, Jean-Georges Baer, professore all'Università di Neuchâtel, François Clerc, professore all'Università di Neuchâtel, Oscar Härdy, Procuratore a Zurigo, Jules Troyon, poliziotto cantonale a Neuchâtel ed ex presidente FSFP, Willy Bleuler, Comandante della Polizia della città di Neuchâtel, Charles Gilliéron, docente privato all'Università di Losanna, e Albert Morand, Ispettore di polizia a Winterthur.

All'articolo 2 dei suoi statuti è definito lo scopo del nuovo Istituto: «... creare, quando il suo capitale (della Fondazione) avrà raggiunto l'importo di cinquantamila Franchi, un Istituto svizzero di polizia a Neuchâtel, una scuola per funzionari di polizia e agenti della polizia giudiziaria dell'intera Svizzera.

Con il suo capitale la Fondazione può creare altre istituzioni scientifiche, come ad es. un Istituto per la polizia giudiziaria e la chimica, un Istituto per la medicina legale, un Istituto per il diritto penale internazionale e una Biblioteca del diritto penale.

Può altresì organizzare, specialmente a Neuchâtel, dei corsi di perfezionamento per magistrati, funzionari di polizia e non dell'intero Paese.»

L'ISP si consolida

Sono passati 60 anni dalla fondazione dell'Istituto svizzero di polizia a Neuchâtel: facciamo tanto di cappello al coraggio di questo pugno di pionieri. Essi hanno dimostrato, poco dopo la fine della guerra, di possedere una mentalità proiettata al futuro e uno straordinario spirito di apertura verso un'Europa ed una polizia democratica da ricostruire. Sappiamo che durante tutti gli anni della guerra, dei disordini e degli errori, la polizia ha in parte svolto anche un ruolo diverso da quello ad essa destinato. Possiamo pertanto ritenere vero che, fra le intenzioni dei fondatori, ci sia stata quella di impedire che una cosa simile potesse mai verificarsi con la polizia svizzera. Questo pensiero viene sottolineato dal fatto che, nel nostro Paese, la sovranità in materia di polizia è affidata ai Cantoni ed all'epoca, l'offerta di una formazione ed un perfezionamento centralizzati dei poliziotti era molto scarsa o nulla. Lo sviluppo di questi concetti centralizzati ha consentito di allontanare la minaccia di questi pericoli.

Integrazione e nuova definizione nel mutamento della Polizia svizzera

Dagli anni della fondazione dell'ISP la nostra società ha dovuto confrontarsi con profondi cambiamenti. La fine della Guerra Fredda fu quasi senza dubbio l'evento che mescolò nuovamente le carte nello scacchiere mondiale. Negli ex Stati comunisti si formarono nuovi mercati e l'etimologia della parola «democrazia» acquisì una nuova definizione. La solidarietà con i cittadini degli ex Stati del blocco orientale divenne oggetto di accesi dibattiti e l'economia imboccò un nuovo corso. Espressioni come flessibilità e globalizzazione iniziarono a comparire nel linguaggio corrente e nei dizionari.

Era tuttavia già evidente che il nuovo orientamento della nostra società non avrebbe potuto essere compiuto senza stonature. La flessibilità e la globalizzazione presero piede anche nel mondo della criminalità, che si organizzò trasformandosi in un enorme affare globale. Senza doversi preoccupare di problemi del personale, mezzi finanziari e logistica, la criminalità mise a dura prova i valori consolidati dello Stato di diritto, soprattutto sul piano esecutivo. Era necessario reagire rapidamente. La formazione della polizia doveva essere adattata alle nuove sfide, e con la stipulazione di concordati di polizia fra i cantoni, fu compiuto un primo importante passo verso un'Unité de doctrine nell'ambito della formazione.

Anche la FSFP doveva rivedere il suo orientamento. L'Europa stava procedendo a grandi passi verso l'unità politica ed economica e le forze di polizia europee furono pertanto interessate da un progressivo avvicinamento in termini sia logistici che tattici. Questa situazione ha spinto, all'inizio degli anni novanta del secolo scorso, la Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia a combattere con tutto il peso di un'organizzazione del personale orientata al settore, per il riconoscimento e la certificazione federale della professione di agente di polizia. Ma come doveva essere realizzato nel 2003 il riconoscimento ufficiale, e come si potevano convincere la Confederazione ed i Cantoni che da quel momento in avanti la figura dell'agente di polizia non avrebbe più costituito solo una funzione ufficiale, ma una professione riconosciuta a livello nazionale?

Nell'ambito di questi complessi interrogativi, l'Istituto svizzero di polizia ha svolto ancora una volta un ruolo chiave. L'ISP ha avviato una profonda revisione interna dei servizi offerti



Moderne Technologie im Dienste der Polizei
La technologie moderne au service de la police
La tecnologia moderna al servizio della polizia

nell'ambito della sua struttura, rimasti quasi immutati durante i 60 anni della sua storia. Dalla revisione è emersa la convinzione che l'ISP doveva essere riorganizzato e integrato in un concetto generale di formazione di portata nazionale. A questa svolta concettuale ha fatto seguito, nel 2004, la creazione di un gruppo di lavoro a cui è stata assegnata la denominazione programmatica «Concetto generale di formazione per la polizia e la giustizia penale». Con il sostegno della Confederazione e dei Cantoni, nel quadro del «Concetto generale di formazione CGF», si doveva procedere a una profonda revisione della formazione dei funzionari di polizia e della giustizia penale. L'obiettivo era mobilitare le volontà politiche necessarie al fine di proporre ai giovani una professione interessante in grado di offrire delle prospettive di crescita. Tuttavia, era necessario anche ridefinire la professione di poliziotto, adattandola alle sfide moderne ed alle nuove strutture sociali. Nel 2004, grazie alla revisione del regolamento per l'esame della professione, sono stati rilasciati i primi attestati professionali federali ai giovani che hanno superato con successo l'esame per il conseguimento del titolo professionale di agente di polizia. Una pietra miliare nella storia della polizia di questo Paese!

Il lavoro nell'ambito del Concetto generale di formazione prosegue. I livelli poliziotto II, III e IV devono ancora essere attuati o elaborati, ed a questo proposito non si può fare a meno di esprimere anche alcune riserve. Senza dubbio il CGF era e continua ad essere la nostra grande opportunità sul fronte della riforma della formazione poliziesca. Tuttavia, la problematica di un concetto generale per la giustizia penale rimane tutt'ora ampiamente irrisolta. La FSFP ritiene che il CGF non riuscirà a riunire la polizia e la giustizia penale sotto un'unica organizzazione ombrello a livello concettuale. Pertanto è necessario che lo spirito del CGF si avvicini ulteriormente allo spirito e alla filosofia dell'ISP e agli obiettivi definiti nel suo statuto. La FSFP fa notare che il gruppo di lavoro CGF, nell'ambito dei suoi molteplici interessi, è sempre più influenzato anche da interessi politici. Quest'influenza produce una certa incertezza non solo all'interno della FSFP. Siamo profondamente convinti che il concetto generale debba essere utilizzato come uno strumento per la formazione e la certificazione al servizio della polizia, e non possa essere in alcun modo guidato da interessi politici.

Nell'odierna difficile situazione economica di molte amministrazioni pubbliche, l'Istituto svizzero di polizia rappresenta oggi più che mai un punto di riferimento per la polizia del nostro Paese. Inseriti nel servizio pubblico della Svizzera, grazie alla formazione e al perfezionamento, gli agenti di polizia di tutti i gradi trovano all'interno dell'ISP gli strumenti necessari per identificarsi con il loro contesto lavorativo.

Queste considerazioni ci portano direttamente ad affrontare un problema, la cui importanza non deve essere sottovalutata: se conformemente alla delibera, dal 2007 la formazione di base degli agenti di polizia non dovesse più essere offerta dall'ISP, sussisterebbe il rischio che per una determinata categoria di aspiranti poliziotti, venga meno la garanzia di un avvicinamento alla professione di poliziotto conforme alle direttive del CGF ed al regolamento per l'esame professionale. Questo problema non interessa i corpi di polizia cantonali o delle grandi città, ma piuttosto il gruppo delle polizie comunali di piccole e medie dimensioni e della polizia ferroviaria. Cosa accadrà per questi corpi di polizia? Dalla discussione con diversi esponenti di questi corpi abbiamo notato che sul tema predomina una grande incertezza. Questi corpi di polizia troveranno un'integrazione totale e garantita nei centri di formazione regionali? Verranno aperte altre vie di formazione?

Oppure la decisione di sollevare l'ISP dalla formazione di base della polizia si sta rivelando, col senno di poi, sbagliata? Ad ogni buon conto, le decisioni prese possono sempre essere riconsiderate sulla base dell'esperienza. La FSFP ritiene in ogni caso estremamente importante, sia per la polizia sia per l'immagine dell'ISP, che l'Istituto svizzero di polizia metta in chiaro la sua posizione di guida nell'ambito di altre collaborazioni di diversa natura che dovessero eventualmente essere avviate.

A nome della Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia, esprimiamo al nostro Istituto svizzero di polizia i migliori auguri per il suo 60° anniversario. I desideri della FSFP sono quelli di un'organizzazione che è consapevole di quanto deve all'ISP. Un'organizzazione che augura alla nostra piattaforma nazionale di formazione della polizia un futuro all'insegna del dinamismo, del coraggio e dell'apertura mentale. La Federazione rinnova all'ISP la sua disponibilità ad una totale collaborazione.

La professione di agente di polizia viene riconosciuta

La seconda considerazione cardine correlata al nuovo posizionamento della Federazione, riguardava la certificazione professionale e con essa, il riconoscimento a livello federale della professione di agente di polizia.

Nel 1993, dopo una seduta nello storico ristorante «Della Casa» a Berna dell'allora Giunta direttiva, il Presidente in carica della FSFP Daniel Stuby e il Segretario centrale Jean-Pierre Monti decisero che era giunto il momento di perseguire il riconoscimento professionale a

livello federale. Questo pur sapendo che in passato già molti tentativi erano stati attuati, purtroppo senza successo. Si decise come primo passo, di definire la posizione della Polizia svizzera nei confronti dell'Unione Europea per mezzo di uno statuto professionale. Era chiaro tuttavia, che lo statuto professionale non avrebbe rappresentato che la base sulla quale fondare un riconoscimento professionale, base che avrebbe potuto essere creata solo grazie a un gruppo di lavoro costituito in modo paritetico.

Il progetto dello statuto professionale poggiava sulla certezza che la tutela dei diritti dei cittadini, e l'applicazione delle disposizioni da parte degli agenti di polizia ai fini della legge e dell'ordine, avrebbe richiesto un riconoscimento professionale completo sotto tutti gli aspetti. A questo si è aggiunto l'interrogativo riguardante l'interpretazione delle critiche che vengono rivolte alla polizia quando il suo comportamento non soddisfa le aspettative delle autorità politiche o giudiziarie, come pure dell'opinione pubblica, senza ammettere che, ogni volta, viene messa in dubbio anche la qualità della formazione dei suoi agenti. La richiesta della FSFP di uno statuto professionale per la polizia era legittima. Questo statuto avrebbe dovuto costituire anche una garanzia per le autorità, la cui responsabilità è direttamente chiamata in causa in ragione dell'esercizio del monopolio dell'uso della forza.

A livello federale, cantonale, delle città e dei comuni della Svizzera che dispongono di un corpo di polizia, le assunzioni si basano su un sistema di selezione diversificato e adattato alle proprie esigenze. Questo sistema ha portato, da una parte al raggiungimento di un livello altamente qualificato nei cantoni e nelle città, ma, dall'altra, ha lasciato la formazione della polizia comunale in balia delle esigenze locali. Poiché tuttavia la popolazione non sceglie «una» polizia, con lo statuto professionale la Federazione voleva evitare che

nell'ambito del mandato generale e delle competenze della polizia, si determinasse una selezione qualitativa non auspicabile. Tuttavia, il federalismo incentivava in ragione della sua stessa natura lo sviluppo di una molteplicità di sistemi che potessero soddisfare le diverse strutture sociali. Di conseguenza si è avvertita con impellenza la necessità di sviluppare delle disposizioni normalizzate in grado di contribuire al perseguimento di miglioramenti sociali per gli agenti di polizia attraverso la certificazione professionale. A questo riguardo, i responsabili della Federazione non hanno mai dimenticato che i miglioramenti raggiunti finora hanno potuto essere realizzati in primo luogo per merito delle sezioni che, nell'ambito del loro lavoro, si sono orientate prevalentemente alle realtà locali. Senza mettere in discussione il federalismo e la natura della Polizia svizzera, la FSFP desiderava elaborare uno statuto professionale che potesse soddisfare le esigenze



relative alla selezione ed alla formazione, ed alla competenza dei compiti di polizia. Da una prospettiva europea l'armonizzazione dei compiti e lo scambio reciproco di conoscenze, erano e sono una condizione fondamentale, in particolar modo per la polizia. Sostenuti da accordi elaborati con perizia, gli Stati europei hanno coordinato e coordinano tutt'ora i loro mezzi di intervento, e questo ha prodotto necessariamente un adattamento delle loro strutture. Con l'intensificazione dello scambio internazionale, l'integrazione delle normative europee ha dovuto e deve essere realizzata continuamente a tutti i livelli. Nell'ambito della sua considerazione la Federazione ha dedotto che la formazione, con l'ammissione degli agenti di polizia svizzeri alle accademie di polizia estere ed il riconoscimento delle competenze professionali acquisite, avrebbero favorito questa integrazione. Questo soprattutto per permettere all'Istituto svizzero di polizia di Neuchâtel ed ai cantoni di offrire una controprestazione equivalente.

Nell'ambito dell'elaborazione di uno statuto europeo vengono considerate la Convenzione europea dei diritti dell'uomo, le delibere del Consiglio Europeo e della Corte di Giustizia Europea, in base alle quali viene definita l'attività della polizia.

A questo riguardo la FSFP ha aderito alla definizione ed agli obiettivi del Consiglio Europeo relativi alla polizia, che sono espressi nella Risoluzione 690 del 1979, la cui dichiarazione definisce la deontologia e lo statuto degli agenti di polizia.

Rispetto allo statuto definito come base dal Consiglio Europeo, oggi possiamo affermare che in Svizzera, l'esercizio dell'attività di polizia è sostanzialmente conforme ai criteri raccomandati in merito ad etica, organizzazione e diritto di coalizione. Le condizioni di formazione presentano altresì ancora diverse lacune, che sono state formulate dal Consiglio Europeo come segue:

«Prima dell'entrata in servizio e durante il suo mandato, il funzionario di polizia deve ricevere una formazione generale e professionale solida, nonché una formazione adeguata sui problemi sociali, i diritti ed i doveri pubblici, i diritti dell'uomo, con particolare attenzione alla Convenzione europea dei diritti dell'uomo».

Inoltre, in riferimento alle condizioni sociali:

«Il funzionario di polizia ha diritto ad una retribuzione equa, che deve tenere in giusta considerazione i criteri speciali di rischio e responsabilità, nonché gli orari di lavoro irregolari.»

L'armonizzazione di queste condizioni in Svizzera è stata assunta dalla FSFP come fondamento del suo mandato. Lo statuto professionale sviluppato su questa base è stato riconosciuto e approvato nella sua interezza l'11 aprile 1987 dalla Confederazione e dalla Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia. Questo anche grazie all'opinione favorevole espressa dalla CCPCS, dalla ASPS ed al forte sostegno dell'allora direttore dell'ISP Jean-Robert Warynski. Un primo passo estremamente importante verso il riconoscimento professionale era stato compiuto. Ad esso ha fatto seguito la fase della realizzazione.

Nel corso degli anni la costituita commissione paritetica ha assunto un'importanza crescente. Essa è divenuta lo strumento centrale di coordinamento fra il Consiglio di fondazione dell'ISP, il ripristinato gruppo di lavoro «Concetto generale di formazione CGF», ed il gruppo di lavoro per la stesura di un regolamento compatibile con l'UFFT per l'esame professionale, gruppo nel quale la FSFP svolgeva un ruolo guida.

Dopo tredici lunghi anni di lotte e dopo il superamento di ostacoli di tutti i tipi, il 7 maggio 2003 l'obiettivo è stato finalmente raggiunto. Apponendo la sua firma in calce al regolamento per l'esame professionale di agente di polizia ed alle relative direttive, il Consigliere federale Joseph Deiss ha conferito alla nostra professione il riconoscimento a livello federale. Ciò che anni prima non era riuscito con il BIGA, ha potuto essere raggiunto grazie all'Ufficio federale della formazione professionale e della tecnologia UFFT, grazie alla nuova legge sulla formazione professionale.

Contemporaneamente all'approvazione del regolamento dell'esame professionale, è avvenuto il riconoscimento ufficiale della professione a livello federale per tutti gli agenti di polizia impiegati in un corpo di polizia riconosciuto. In questo modo la denominazione professionale ha pure ottenuto una tutela ufficiale. Questo successo, unico nel suo genere a livello europeo e straordinario in considerazione dell'organizzazione federalistica della Polizia svizzera, ci distingue in modo sempre più inequivocabile rispetto alle ambizioni di privati e parti dell'esercito.

I primi attestati professionali federali di agente di polizia hanno potuto essere rilasciati nell'anno 2004. Ora, nell'ambito del Concetto generale di formazione CGF, dobbiamo attuare i passi successivi nella carriera poliziesca, e rendere la formazione una componente integrante del sistema di formativo svizzero.

Nella loro utopistica pazzia, la sfida di due poliziotti ottimisti è diventata realtà!

Requisiti futuri relativi alla formazione della polizia

Come già detto nel capitolo sul riconoscimento professionale, la professione di agente di polizia viene definita attraverso lo statuto professionale. In fase di elaborazione di tale statuto si è osservato che, rispetto allo statuto definito come base dal Consiglio Europeo, l'esercizio dell'attività di polizia è sostanzialmente conforme ai criteri raccomandati in merito a etica, organizzazione e diritto di coalizione; tuttavia, per quanto riguarda le condizioni della formazione, restano ancora delle lacune da colmare.

Nella raccomandazione del 1997 indirizzata ai Cantoni relativamente al rilascio di un certificato di capacità svizzero basato sullo statuto professionale, si legge:

- Raggiungimento di un'uniformazione possibilmente vasta dei tempi e delle materie d'insegnamento della formazione di base della polizia;
- Garanzia di un livello professionale elevato del funzionario di polizia, tale che gli effettivi compiti di polizia possano essere adempiuti solamente da coloro che hanno conseguito il certificato di capacità;
- Creazione dei presupposti migliori per la collaborazione fra tutti i corpi di polizia svizzeri e fra questi ultimi e i corpi di polizia esteri;
- Sostegno del principio della libera circolazione.

Nel 2003, il regolamento per l'esame professionale elaborato su queste basi ha portato al

tanto atteso riconoscimento professionale federale della professione di poliziotto/poliziotto. Già nell'autunno 2002, sotto la guida della Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CCDGP), è stato avviato il progetto per l'elaborazione di un Concetto generale di formazione CGF sotto la responsabilità della Consigliera di Stato Karin Keller-Suter, San Gallo, e con la direzione di progetto del D' Christoph Hoffmann, ex Comandante di polizia della città di Berna.

Il Concetto doveva tenere conto dell'aumento dei requisiti e delle sfide del futuro anche nel campo della formazione. La Svizzera e l'Europa si trovavano ad affrontare sempre più spesso nuove forme di criminalità organizzata e di estremismo, e questo richiedeva con crescente urgenza una collaborazione transnazionale ancora più stretta. Questo sviluppo doveva riflettersi già nella formazione di base, in modo tale che, attraverso il CGF, si potessero realizzare dei cambiamenti radicali. Un'analisi dello stato attuale, svolta durante la fase preparatoria al progetto, ha evidenziato i punti di forza del sistema finora utilizzato, ma anche alcune debolezze rilevanti:

- Mancanza di un concetto generale per la formazione della polizia a livello nazionale svizzero
- La formazione della polizia non è integrata nel sistema di formazione generale svizzero; all'epoca in cui è stata svolta l'analisi dello stato attuale, la professione di poliziotto non era annoverata fra le professioni riconosciute a livello federale
- Le numerose offerte di formazione esistenti mancano di un coordinamento sufficiente e sono scarsamente uniformate
- La formazione non è sufficientemente orientata in modo sistematico agli sviluppi attuali e futuri nell'ambito della sicurezza pubblica
- Manca una formazione di base uniformata e coordinata con la formazione della polizia per il personale preposto al perseguimento penale
- Le infrastrutture per la formazione sono in parte antiquate e insufficienti a soddisfare le esigenze didattiche moderne
- A causa del sistema di milizia che caratterizza il corpo insegnante, la professionalità didattica non è del tutto garantita
- Mancano degli standard di formazione vincolanti e validi a livello nazionale, non esiste un sistema di garanzia della qualità
- I livelli di formazione superiori (in particolare l'istruzione alla condotta) non sono sufficientemente uniformati; manca una continuità sistematica
- Manca quasi completamente un calcolo reale delle spese totali per la formazione all'interno dei corpi di polizia e, di conseguenza, la trasparenza sulle spese non è garantita.

In questo modo sono state gettate le basi del Concetto.

Concetto generale di formazione per la polizia e la giustizia penale svizzera

Già nel novembre 2003, il gruppo responsabile del progetto ha presentato il Concetto approvato all'unanimità dalla CCDGP. Gli elementi cardine del Concetto erano espressi come segue:

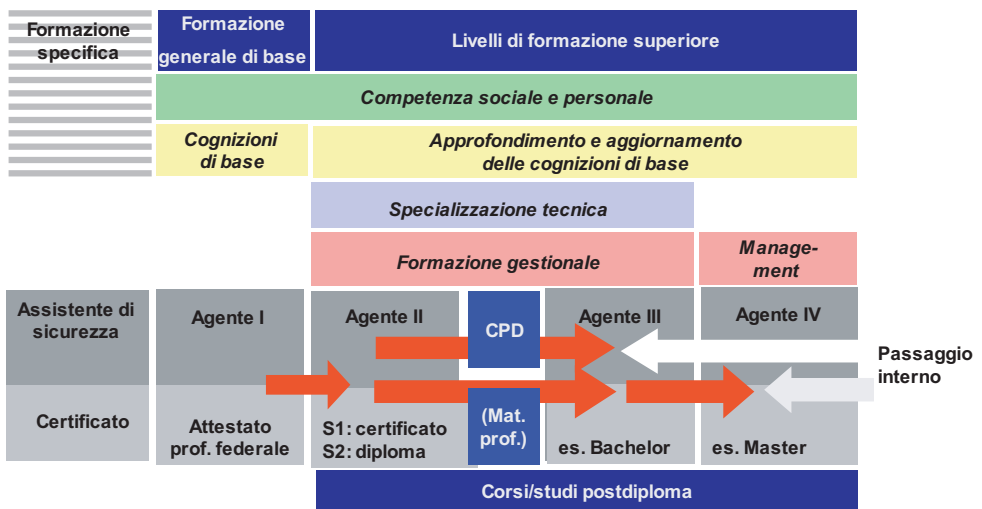
- La formazione della polizia deve essere equiparata al sistema di formazione generale con qualifiche professionali corrispondenti. La formazione di base ha una durata di circa un anno e si conclude con il rilascio dell'attestato professionale federale (Poliziotto I)
- Al fine di garantire una cooperazione efficace fra la polizia e le autorità preposte al perseguimento penale nell'ambito delle procedure di indagine, si consiglia di realizzare una

stretta collaborazione anche nell'ambito della formazione tramite l'introduzione di moduli comuni

- La formazione di base generale non viene più svolta in ogni singolo corpo di polizia, ma preferibilmente in 4–5 centri di formazione regionali che dispongono di infrastrutture moderne
- La formazione superiore viene svolta sotto la responsabilità del centro di formazione nazionale svizzero
- Le strutture per la formazione continueranno a fare riferimento ai principi federalistici, ma dovranno al contempo consentire il controllo e il coordinamento a livello nazionale
- Alla formazione degli insegnanti viene attribuita un'elevata priorità; le competenze specialistiche, metodiche, didattiche e sociali hanno grande importanza
- Per l'ammissione alla formazione di base viene definito a livello nazionale il profilo dei requisiti. Rimane valido il principio della formazione di polizia dopo la conclusione del tirocinio o il superamento dell'esame di maturità.

In futuro, la formazione di base superiore, che crea le qualifiche professionali per i quadri, verrà organizzata sulla base dell'attestato professionale federale così definito (Poliziotto I). La permeabilità viene incentivata grazie all'integrazione nel quadro della formazione generale della Svizzera.

Questo consente agli agenti di polizia, dopo la conclusione della formazione di base, di affrontare un esame professionale di livello superiore (Poliziotto II) al termine di un concetto di formazione modulare. Il Concetto prevede inoltre la possibilità di conseguire degli attestati a livello di scuola universitaria professionale o di università (Poliziotto III e IV).



Grazie all'attuazione del CGF, la professione di agente di polizia è sulla strada giusta verso il futuro e, con queste strutture, riuscirà ad affrontare con flessibilità e rapidità le nuove sfide nel campo della formazione.

Punti fondamentali politico-federativi

Mercato del lavoro Polizia

In un ambiente lavorativo sempre più difficile, gli agenti di polizia offrono il loro enorme contributo al mantenimento della tranquillità, dell'ordine e della sicurezza. Essi assolvono questo compito anche mettendo al servizio la loro integrità fisica. Tuttavia, constatiamo con preoccupazione che i loro servizi e la loro lealtà vengono troppo spesso dati per scontati dal datore di lavoro pubblico e riconosciuti meno di quanto meriterebbero. Questa constatazione ci porta a riconoscere che il «mercato del lavoro Polizia» è sottoposto a pressioni sempre più forti. Le iniziative di taglio dei costi promosse dai circoli ultraliberali si fanno sempre più sfrontate. Citiamo come esempio il politico che si è chiesto pubblicamente se non sia economicamente più vantaggioso privatizzare i posti di polizia (nel Cantone Vaud). Un'altra corrente di pensiero nell'ambito di una «amministrazione» più efficiente della polizia propone l'utilizzo della possibilità di congedare anticipatamente e senza tante esitazioni gli agenti di polizia che si sono esauriti e ammalati a causa di anni di servizio quotidiano a turni, concedendo loro una rendita di invalidità. Sì, queste cose accadono. Per di più in misura crescente, come la FSFP può desumere dalla statistica della sua protezione giuridica.

Dopo che, negli ultimi decenni, il mercato del lavoro della polizia è stato oggetto di un dibattito serrato fra i partner sociali, ossia il datore di lavoro pubblico e le sezioni FSFP, che ha portato alla regolamentazione delle esigenze di base della categoria come orario di lavoro, ferie, salario, ecc., oggi l'obiettivo è di ottenere dei miglioramenti di tipo qualitativo. Questi comprendono ad es. l'informazione, la partecipazione, il coinvolgimento e la responsabilizzazione sul luogo di lavoro. Nell'ambito dell'introduzione del riconoscimento professionale all'interno del Concetto generale di formazione CGF, la FSFP ritiene importante garantire che, a fianco dei Cantoni e delle grandi città, i comuni di piccole e medie dimensioni non vengano «dimenticati». Garantire sul mercato della polizia una formazione professionale di alto livello qualitativo anche per questa categoria nell'ambito del regolamento per l'esame federale di professione agente di polizia, costituisce un compito importante e di grande responsabilità della Federazione. Tanto più che, nelle piccole città e nei piccoli comuni, le pressioni al risparmio della mano pubblica si spingono spesso al limite di argomentazioni ancora sufficientemente ragionevoli per la tutela della sicurezza interna. Non c'è da meravigliarsi dunque se queste situazioni vengono sfruttate dalle società di sicurezza private a proprio esclusivo vantaggio.

In questo contesto di insicurezza, i membri FSFP si vedono sbattere in faccia dai politici la difficile situazione finanziaria generalizzata della Confederazione, dei Cantoni e dei comuni, che la maggior parte delle volte viene assunta ad «argomentazione di sfascio quasi totale». Particolarmente amara è la constatazione che già oggi la FSFP deve considerare un successo il fatto di impedire che accada il peggio.

Le conseguenze di quest'evoluzione sono ambivalenti: da una parte, l'efficienza economico-aziendale viene migliorata e gli interessi dei finanziatori nonché di certi manager vengono vergognosamente tutelati. Dall'altra parte si cerca di indebolire il monopolio del potere statale nell'ambito della sicurezza interna adducendo a motivazione che, a causa

della precarietà dei mezzi finanziari, il sistema comprovato odierno non è più attuale e dovrebbe pertanto cedere il passo a una mentalità globale anche in questo delicato settore. Da questo ragionamento è scaturita la prospettiva strategica di consentire alle società di sicurezza private e all'esercito di accedere nel medio termine al settore della sicurezza interna, attualmente di competenza della forza pubblica di polizia. Tutto questo senza considerare minimamente i deficit sociali, professionali e umani.

Tuttavia, mediante chiare ammissioni politiche sullo stato civile di una polizia che mette in atto il monopolio del potere statale e mediante ammissioni altrettanto chiare a tutti i livelli della politica e della polizia riguardo alla realizzazione di un riconoscimento professionale esteso a tutte le categorie, sarà possibile sviluppare un mercato del lavoro per il futuro della professione del poliziotto che si fondi su un sano principio di libera circolazione.

Conferenza di Ebenrain

Nell'ambito delle sue attività, negli ultimi anni la Conferenza di Ebenrain si è occupata in modo intensivo delle possibili conseguenze dello smantellamento di sistemi di sicurezza sociali per i quali si è duramente combattuto, smantellamento promosso apertamente e propagandato come solo ed unico mezzo salvifico da parte di alcuni gruppi politici e pubblici. In questo confuso contesto di riduzione delle prestazioni sociali si inserisce l'attacco alle strutture della LPP e delle casse pensioni. In molte sezioni, i nostri membri devono confrontarsi direttamente con la problematica del «risanamento» delle casse pensioni nell'ambito della ristrutturazione finanziaria e dell'abolizione del servizio pubblico all'interno della Confederazione, dei Cantoni e dei comuni. Dopo che, nel 2000, lo statuto di funzionario è stato abolito a livello federale, molti Cantoni e comuni hanno intrapreso la stessa strada. Da quest'anno, la tendenza nelle assunzioni si è evoluta sempre più chiaramente verso contratti di lavoro basati sul Codice delle Obbligazioni. Anche per la polizia. Non sorprende pertanto il fatto che stiamo assistendo a una transizione verso tesi ultraliberali che parlano di privatizzazione e smantellamento delle istituzioni statali.

Incontro con i parlamentari

Già da qualche tempo, fra le fila delle sezioni FSFP è emersa la richiesta di un'intensificazione dell'azione di lobby presso i politici nazionali. Questo ha indotto i dirigenti della Federazione ad analizzare i presupposti sulla base dei quali potrebbe essere introdotto un incontro annuale con i parlamentari federali. È grazie agli amichevoli contatti intrattenuti da vari anni con l'organizzazione mantello Travail.Suisse e il suo Presidente, il Consigliere Nazionale Hugo Fasel, se questo strumento di scambio politico-federativo, ormai irrinunciabile per la FSFP, ha potuto essere istituito nel 2003.

Questo confronto politico si svolge su tematiche specificamente selezionate in occasione della sessione invernale delle Camere federali a Berna.

- Dipartimento della sicurezza nazionale – I soldati sono poliziotti?
- Riforma delle ferrovie II – La sicurezza delle ferrovie è una faccenda privata?
- «Quo vadis?» polizia pubblica: impiego e armamento di servizi di sicurezza privati/impiego dell'esercito in settori di competenza della forza pubblica di polizia
- G8: bilancio dalla prospettiva della FSFP – Conseguenze per la politica
- Raggiungimento di un obiettivo: riconoscimento professionale da parte del Consigliere federale Joseph Deiss

- Decentralizzazione dei compiti di polizia relativi alla sicurezza a imprese private in Svizzera
- Introduzione di nuove munizioni per il servizio per la polizia in Svizzera

Questa breve panoramica delle tematiche dei dibattiti parlamentari dimostra con quali problemi di forte natura politica hanno dovuto confrontarsi negli ultimi tempi la tutela degli interessi federativi e la difesa della nostra categoria professionale. Questa situazione perdurerà tuttavia di certo anche in futuro e, presumibilmente, mostrerà una tendenza al peggioramento.

I tre problemi che, negli ultimi due – tre anni, hanno impegnato notevolmente la FSFP con un consistente dispendio di tempo sono, in relazione al progetto del DDPS i cui contorni si stanno delineando in modo sempre più nitido, l'assunzione di compiti di esercizio della forza pubblica di polizia, gli impieghi della polizia all'estero a favore dell'ONU nell'ambito dell'organizzazione Civpol, punti cardine nell'ambito della riforma delle ferrovie II, e la revisione del Codice di procedura penale federale.

In merito agli impieghi all'estero delle poliziotte e dei poliziotti svizzeri nell'ambito del mandato ONU dell'organizzazione Civpol, obiettivo primario della FSFP era di sottolineare il carattere civile di questa missione. Si è ribadito con forza che, nei paesi in cui le ferite della guerra sono ancora lontane dal rimarginarsi, l'istituzione di una polizia democratica di natura civile deve essere un compito di esclusiva competenza dei paesi e non può essere lasciata all'esercito. La FSFP ha voluto sapere in base a quali condizioni vengono realizzati gli impieghi all'estero. Per la FSFP risulta inoltre assolutamente incomprensibile il motivo per il quale le poliziotte e i poliziotti che mettono la loro competenza professionale e sociale al servizio della Confederazione, al loro ritorno in Svizzera non hanno alcuna possibilità, nella maggioranza dei casi, di riprendere servizio nel corpo di polizia da cui erano partiti. Anche se la FSFP appoggia gli impieghi all'estero della polizia nello spirito delle iniziative di pace della Svizzera, ritiene importante garantire che alle poliziotte e ai poliziotti venga concessa all'estero la stessa protezione giuridica di cui generalmente godono in Svizzera. Il dibattito su questo tema rimane aperto.

Sul fronte della riforma delle ferrovie II si è voluto attirare l'attenzione dei politici sulla piattaforma che si sarebbe aperta per i servizi di sicurezza privati con l'attuale testo del progetto di legge. L'eventuale approvazione del Parlamento di questo testo del progetto di legge significherebbe che, nelle stazioni e sui treni, indipendentemente dal fatto che siano privati o pubblici, la sicurezza potrebbe essere posta nelle mani di persone non sufficientemente qualificate dal punto di vista professionale che svolgerebbero funzioni di forza pubblica di polizia. I controlli sulle persone e sulla sicurezza sarebbero di conseguenza solo ed esclusivamente nelle mani di società di sicurezza private. L'indebolimento del monopolio del potere statale non potrebbe più essere fermato. Il Parlamento rinuncerebbe inoltre consapevolmente a un mezzo di controllo politico fondamentale.

Il confronto con i parlamentari ha riguardato inoltre i problemi, ancora irrisolti a livello politico, correlati alla revisione del Codice di procedura penale federale. La Federazione ha presentato ai parlamentari il lavoro svolto dal gruppo di lavoro «Codice di procedura penale». Maggiori informazioni possono essere richieste in ogni momento presso il Segretariato della Federazione a Lucerna.



Le munizioni adeguate per il servizio esistono!

In Svizzera, da molti anni la polizia è dotata quasi esclusivamente di armi corte (pistole) calibro 9 mm Luger (9 × 19). Ad eccezione di alcune unità speciali, i funzionari dispongono di armi corte caricate con cosiddette munizioni incamiciate, la cui pallottola presenta un nucleo in piombo completamente rivestito. Queste munizioni sono state sviluppate per l'esercito all'inizio degli anni quaranta del secolo scorso dalla Fabbrica federale di munizioni (Pist Pat 41 da 9 mm).

Per vari decenni, queste munizioni sono state sufficienti a soddisfare le esigenze della polizia. Nel corso degli ultimi 20 anni, tuttavia, sia le condizioni sociali che quelle della polizia hanno subito un significativo cambiamento. Gli episodi di violenza mortali hanno assunto una portata talvolta spaventosa. Questo ha portato alla nascita di espressioni come criminalità organizzata e turismo criminale. L'utilizzo delle armi da fuoco è diventato più frequente. La conseguenza è stata l'aumento di morti e feriti, molti dei quali appartenenti alle forze di polizia. Questa situazione ha spinto diverse sezioni, guidate dall'Union Syndicale des Policiers Romands USPRO, a presentare al Comitato centrale e al Comitato esecutivo della FSFP una mozione volta a richiedere l'introduzione in tempi rapidi di munizioni adeguate al servizio di polizia quotidiano.

Al di là delle considerazioni della sfera emotiva, questi tragici episodi hanno dimostrato chiaramente che le munizioni utilizzate nell'ambito di un intervento di polizia con armi da fuoco, in questo caso delle munizioni da guerra, non sono in grado di produrre l'effetto di neutralizzazione necessario. La polizia, il cui stato è regolamentato in base al diritto civile, cerca in primo luogo di sventare le aggressioni contro terze persone e contro sé stessa utilizzando mezzi appropriati. Per poter svolgere questo compito, il nostro sistema democratico è dotato di un servizio di polizia armato. Questo principio fondamentale è espresso nelle legislazioni di tutti i Cantoni.

In questo contesto e sulla base di una solida formazione professionale riconosciuta dalla Federazione, per i servizi di polizia si pone con piena plausibilità la domanda sulla scelta delle munizioni.

Se il Consiglio federale, rispondendo a una semplice richiesta di un Consiglio nazionale, esprimesse parere contrario all'utilizzo di pallottole a deformazione nell'ambito del normale servizio di polizia, dovremo fare presente che, negli ultimi anni, la violenza contro i cittadini e i funzionari di polizia ha subito un aumento allarmante. In Svizzera, come pure all'estero, questa escalation di violenza ha determinato un aumento della frequenza dell'utilizzo delle armi da parte delle forze di polizia.

Nei casi più recenti, come quello di Bex, la polizia ha dovuto sparare quasi l'intero caricatore per mettere fuori combattimento un avversario.

La FSFP ha già fatto notare diverse volte, pubblicamente come pure presso le autorità e gli ambienti politici, l'inadeguatezza delle attuali munizioni per il servizio. Esse non solo sono inadeguate a neutralizzare gli autori di gravi atti di violenza se non colpendoli in punti mortali, ma in caso di sparatoria (a causa della loro potenza d'urto e del rinculo), tali munizioni mettono direttamente in pericolo anche terze persone.

La Germania, la Francia e l'Olanda, fra gli altri paesi, si sono dotati già da tempo di pallottole a deformazione controllata. Questo cambiamento di munizioni è stato motivato dalle stesse considerazioni qui illustrate, ma anche da studi approfonditi nel campo tecnico e medico della balistica. Le munizioni adottate da questi paesi non sono assolutamente pallottole dum dum, in quanto il loro nucleo non presenta incisioni. Esse non esplodono in corpo, ma si deformano all'impatto.

Secondo il punto di vista della FSFP, queste nuove munizioni offrono il vantaggio di neutralizzare gli autori di gravi atti di violenza con una sicurezza maggiore rispetto a quella fornita dalle attuali munizioni per il servizio. Inoltre, l'utilizzo di questo tipo di pallottole non viola in nessun modo la Convenzione dell'Aja del 1899, che trova applicazione nell'ambito dei conflitti armati. Qui non si tratta di voler affermare che la dignità umana di un criminale è meno importante di quella di un funzionario di polizia.

Nell'ambito del servizio che presta alla popolazione, compito principale della polizia è quello di proteggere le persone e le cose, ma anche di catturare gli autori di atti criminali affinché possano essere assicurati alla giustizia.

La valutazione della richiesta di introdurre delle pallottole prive di piombo e facilmente deformabili come munizioni per il servizio di polizia armato ha evidenziato i seguenti vantaggi determinanti:

- significativa riduzione dei rischi per le persone non coinvolte o le proprie colleghe e i propri colleghi nei casi in cui un sospettato viene colpito
- munizioni senza piombo
- l'aumento dell'efficacia di neutralizzazione del sospettato riduce la probabilità che quest'ultimo possa minacciare gravemente la poliziotta o il poliziotto.

Le argomentazioni contrarie all'introduzione di queste munizioni, che fra le altre cose sono conformi alle convenzioni internazionali, di cui la Svizzera è Stato depositario, non sono apparse convincenti.

Grazie all'eccellente lavoro del gruppo di lavoro FSFP, a un dibattito pubblico di ampio respiro, al sostegno delle Conferenze della polizia e al CCDGP, dopo un primo fallimento nel 2001, nell'anno 2006 l'introduzione di munizioni di servizio adeguate per la polizia è finalmente divenuta realtà.

E per concludere ...

L'autore di questo testo è pienamente consapevole del fatto che non tutte le lettrici ed i lettori, o almeno non tutti i membri della Federazione, potrebbero trovarsi in piena sintonia con quanto qui scritto. Probabilmente ci si aspettava una cronistoria che fornisse, sotto forma di elenco minuzioso, un resoconto sugli eventi decisivi, i successi e gli insuccessi della Federazione.

Il valore documentario di un saggio sulla nostra organizzazione professionale non può limitarsi tuttavia alla sola elencazione dei successi e degli insuccessi materiali. Sin dall'inizio, l'intenzione principale è stata quella di ringraziare i lungimiranti fondatori della nostra Federazione, tutti i funzionari delle sezioni, i Comitati centrali e i Comitati esecutivi per il loro coraggioso operato di ieri e di oggi. Si voleva inoltre far conoscere in modo più approfondito alle autorità, alla classe politica ed all'opinione pubblica, non solo l'operato sindacale svolto nell'ambito della nostra organizzazione del personale, ma anche la professione dell'agente di polizia e l'importanza della nostra categoria. La polizia in Svizzera non sarebbe mai riuscita a raggiungere, in termini di auto-consapevolezza come pure di percezione esterna, il livello istituzionale e strutturale qualitativamente elevato di oggi se non fosse stata guidata attraverso i decenni dalla solidarietà e dalla competenza della Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia. La FSFP è pronta per il futuro e prosegue con tenacia sulla sua rotta.

Per mantenere la stessa occorre la volontà di mettersi in discussione, di non evitare le nuove sfide politiche e sindacali e, se del caso, attuare i cambiamenti necessari.

Prova tangibile di questa volontà è l'acquisto della nostra casa a Lucerna. Con il trasferimento del 29.03.2005 dalla sede sulla Tribschenstrasse 19, che ospitava il Segretariato federativo dal 1982, alla «Casa della Polizia» in Villenstrasse 2, la FSFP ha visto realizzarsi un desiderio a lungo accarezzato. Possedere una sede federativa propria ha dimostrato che, anche dopo 100 anni dalla sua fondazione, la FSFP è ancora in grado di rinnovarsi e di perseguire nuovi obiettivi.

Non è tanto il valore materiale, con i suoi contorni fondamentalmente limitati, ad essere determinante. È sempre il valore ideale che alla fine conta e che definisce la rotta da seguire. In base a questo valore è anche possibile stabilire il comune denominatore dell'azione politico-federativa. In altre parole: una Federazione che fondasse il suo operato solo ed esclusivamente sui valori materiali si sarebbe resa, con il raggiungimento di un obiettivo di questo tipo, superflua con le sue stesse mani. Sarebbe come se la qualifica di «partnership sociale» perdesse la componente ideale espressa dall'aggettivo «sociale».

La solidarietà è il filo che lega la filosofia della FSFP alle preoccupazioni, alle necessità, alle speranze, alle gioie ed ai successi dei suoi membri, e li tiene uniti. Questa coesione ci dà la forza di tenere serrate le fila e il coraggio di seguire impavidi la nostra rotta anche controcorrente. Una Federazione di questo tipo non perderà mai l'identità coltivata in cento anni di storia e lascerà ai suoi successori una traccia chiara e inconfondibile.

Jean-Pierre Monti

Parola conclusiva per i «100 anni della FSFP»

L'operato pionieristico avviato cento anni fa dai nostri antenati è oggi più attuale che mai. Considerato il contesto dell'epoca, anche e in particolar modo per i poliziotti dai quali le autorità esigevano in primo luogo un'obbedienza incondizionata e una fedeltà totale in qualunque situazione, essi hanno compiuto un'impresa che dal punto di vista odierno, e dopo cento anni di storia, non possiamo ancora apprezzare a sufficienza. Già allora il principio politico-federativo occupava un ruolo di primo piano, ma non fu attuato con il significato marcato che oggi gli viene attribuito. Tuttavia, dopo la fondazione, la classe dirigente pose alla base del proprio operato alcune delle caratteristiche pregnanti dell'azione sindacale, come quelle proprie delle prime «Trade Unions» inglesi, al fine di lottare per conseguire dei miglioramenti economici e sociali a favore dei suoi membri.

Il filo conduttore di allora

- rafforzamento del singolo attraverso la comunità e
- solidarietà reciproca

è valido ancora oggi.

Per il singolo, ma soprattutto per il lavoratore soggetto ad obblighi sociali e famigliari, i cento anni di storia della propria organizzazione professionale significano molto e rappresentano al contempo la prova di un'esigenza profondamente sentita. È stato con grande tenacia e con una sensibilità politico-federativa equilibrata, nonché con approfondite conoscenze socio-politiche e specifiche della professione, insieme ad argomentazioni adeguate, che i responsabili della Federazione sono riusciti a condurre la nostra organizzazione là dove oggi si trova: nella posizione di un partner sociale accettato e rispettato in tutti i settori, per tutti gli aspetti della categoria professionale della Polizia.

Dal passato ai giorni nostri la dirigenza della FSFP ha sempre perseguito un impegno instancabile a favore dei propri membri, ed è ciò che continuerà a fare anche in futuro. Negli ultimi anni la nostra organizzazione è riuscita ad occupare nel panorama politico una posizione tale da essere considerata un interlocutore riconosciuto ed accettato. Questo obiettivo è stato raggiunto con uno sforzo comune ripartito in tanti piccoli passi.

Visto che la FSFP può essere forte solo quanto lo sono i propri membri, il nostro successo continua a dipendere dalla presenza di una solida base come dall'impegno e dalle visioni dei nostri affiliati. La percentuale a livello svizzero di oltre il 95% di tutti gli agenti di polizia iscritti alla Federazione è un risultato che parla da solo – e che va mantenuto. Non vogliamo perciò riposare sugli allori, ma piuttosto continuare il processo di adattamento e miglioramento a fronte di circostanze in costante evoluzione. Desideriamo rappresentare in modo affidabile e competente i nostri membri a tutti i livelli, offrendo loro una gamma di servizi utili e necessari.

Nell'Assemblea dei delegati del 2002 una chiara maggioranza ha scelto di rinviare la fusione con un grande sindacato, e non si prevedono cambiamenti a questo proposito nei prossimi anni. Nella nostra qualità di semplice associazione professionale per la categoria

dei poliziotti abbiamo raggiunto una posizione di forza che intendiamo difendere e, se necessario, adattare alle situazioni. Dopo vari colloqui ho maturato la convinzione che sia opportuno proseguire nella rotta che ci siamo prefissati, concentrandoci sui nostri punti di forza. Ciò però non significa che si possano trascurare le questioni che non hanno direttamente a che fare con la nostra professione. Le problematiche sociali riguardano anche noi, come tutti i cittadini del nostro paese. Nel passato in varie votazioni abbiamo puntualmente appoggiato concretamente sia l'USS che Travail.Suisse. Questa è per noi la strada giusta.

L'evoluzione sociale e l'esigenza sempre più sentita di un rafforzamento della sicurezza, richiedono dalle forze di polizia un impegno crescente. Anche qui non molleremo la presa, lottando per l'aumento degli organici di polizia e potere così operare in un ambiente di lavoro piacevole e incentivante.

Per i prossimi cento anni auguro alla Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia FSFP ogni bene, nonché il coraggio e la forza per continuare, nonostante gli inevitabili mutamenti sociali e politici, ad impegnarsi con tutta la sua forza per i suoi membri.

Possiamo essere orgogliosi della forza della nostra FSFP – ora e in futuro.

Heinz Buttauer, Presidente FSFP



VSPB · FSFP

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia

Herausgegeben vom Verband
Schweizerischer Polizeibeamter VSPB
aus Anlass seines
100-jährigen Bestehens
1907–2007

Édité par la Fédération Suisse
des Fonctionnaires de Police FSFP
à l'occasion de son centenaire
1907–2007

Edito dalla Federazione
Svizzera dei Funzionari di Polizia FSFP
in occasione
del giubileo dei
100 anni dalla fondazione
1907–2007

